

Gesellschaftlicher Aufbruch, reale Utopien und die Arbeit am Sozialen

Hrsg.

Susanne Elsen

Anna Aluffi Pentini

bu,press

bozen
bolzano
university
press



FREIE UNIVERSITÄT BOZEN
LIBERA UNIVERSITÀ DI BOLZANO
FREE UNIVERSITY OF BOZEN · BOLZANO

Gesellschaftlicher Aufbruch, reale Utopien und die Arbeit am Sozialen

Hrsg.

Susanne Elsen

Anna Aluffi Pentini

bu,press

bozen
bolzano
university
press



Design: DOC.bz

Druck: Karodruck/Frangart

© 2013 by Bozen-Bolzano University Press

Freie Universität Bozen

Alle Rechte vorbehalten

1. Auflage

www.unibz.it/universitypress

ISBN 978-88-6046-057-8

E-ISBN 978-88-6046-104-9



This work—excluding the cover and the quotations—is licensed under the Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International License.

Inhaltsverzeichnis

Zum 70. Geburtstag von Friedrich W. Seibel <i>Martin Dimiter Hoffmann, Susanne Elsen</i>	7
Gesellschaftlicher Abbruch und ökosozialer Aufbruch – Einführung <i>Susanne Elsen</i>	9
Aufbrüche, Umbrüche und reale Utopien	
Gesellschaftlicher Aufbruch, reale Utopien und die Arbeit am Sozialen <i>C. Wolfgang Müller</i>	17
Wachstumswende und die Arbeit am Sozialen <i>Susanne Elsen</i>	27
Der Aufbruch in der islamischen Welt <i>Markus Litz</i>	61
Europa und die Arbeit am Sozialen	
Die Verteidigung Europas gegen seine Befürworter <i>Franz Hamburger</i>	77
Towards an epistemology of social work – lessons from the European history of an uncertain discipline <i>Walter Lorenz</i>	99
Current developments in Europe causing growing social problems and how social work and social policy should cope with them <i>Hans-Uwe Otto</i>	119
Mobilitätskultur in der Europäischen Union – Erwartungen und Motive <i>Günter J. Friesenhahn</i>	129

Zukünfte der Sozialen Arbeit

Political democracy is necessary, but not sufficient <i>Silvia Staub-Bernasconi</i>	153
The Global Agenda for Social Work and Social Development. On the way to real Utopia? <i>Klaus Kühne</i>	177
Soziale Arbeit als Gerechtigkeit schaffende Profession Ein sozialetisch informierter Beitrag zur Normativitätsdebatte in der Sozialen Arbeit <i>Marc-Ansgar Seibel</i>	191
Gender-Diskurs und Geschlechtsreflexivität im Blick auf die Zukunft der Sozialen Arbeit <i>Lothar Böhnisch</i>	209

Soziale Arbeit als reale Utopie

„Open Educational Resources“ – innovative Triebkraft für Entwicklung und Bildung? Zum Stand der Umsetzung einer realen Utopie im Bildungsbereich <i>Patricia Arnold</i>	227
Beiträge von Lokaler Agenda 21 und Gemeinwesenarbeit zur Versorgung mit erneuerbaren Energien <i>Sabine Gruber</i>	251
Lavoro sociale, interventi psicopedagogici e di riabilitazione con famiglie multiproblematiche: intersezionalità e pratica interculturale <i>Anna Aluffi Pentini</i>	267
Developments and barriers in social work with families and children at risk in Poland in times of transition <i>Ewa Kantowicz</i>	285
Kurzbiographien	299

Zum 70. Geburtstag von Friedrich W. Seibel

Martin Dimiter Hoffmann, Susanne Elsen

Gleich zu Beginn stellt sich die Frage: wo anfangen bei dem weiten Spektrum an Aktivitäten und Netzwerkarbeit von Friedrich W. Seibel, wo Schwerpunkte setzen bei der Würdigung dieses europäischen Pioniers der modernen Sozialpädagogik und Sozialarbeit, der die Öffnung der Profession und Disziplin, der Lehre, Forschung und Entwicklung zur internationalen und interkulturellen Dimension vorgezeigt und vorgelebt hat? Wenn in diesem Band reale Utopien und die Arbeit am Sozialen im Zentrum stehen, so ist damit auch immer ein Blick über den Tellerrand des eigenen Erfahrungsraumes und die vergleichende Auseinandersetzung mit Möglichkeiten gemeint, die vor anderen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Hintergründen entstanden sind.

Als junger Gründungsdekan und langjähriger Hochschullehrer einer der ersten Fakultäten für die Ausbildung im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der Fachhochschule Koblenz, brachte er europäische und internationale Ansätze und Verbindungen in die neue akademische Ausbildung ein und entwickelte diese im Laufe von Jahrzehnten inhaltlich und didaktisch weiter. Einen besonderen Anteil hat Friedrich Seibel an der Entwicklung, Implementation und Evaluation online-basierter Studiengänge auf Bachelor- und Masterebene.

Für die kollegialen Freundinnen und Freunde des ECCE-Netzes (European Centre for Community Education) ist seine internationale Vernetzungsarbeit von ganz besonderer Bedeutung. Friedrich W. Seibel war und ist die zentrale Ansprechperson für die Planung, Verankerung und Durchführung von Austauschprogrammen Studierender und Lehrender aller Studienstufen in ganz Europa und darüber hinaus.

Friedrich Seibel ist ein scharfer Beobachter, Netzwerker und Brückenbauer. Seine kollegialen und freundschaftlichen Kontakte, seine Sensibilität für

sozialpolitische Fragen und seine intensive Kenntnis des europäischen Hochschulraums, bringt er seit mehr als 40 Jahren in den Aufbau und die Pflege grenzüberschreitender Aktivitäten zur Weiterentwicklung der Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Europa ein. Eine der besonderen Leistungen ist seine frühzeitige und intensive Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen in den Ländern Osteuropas, die Recherchen zu den verschütteten fachtheoretischen Traditionen der postsozialistischen Länder und die zahlreichen Versuche, den Diskurs zwischen Ost und West zu fördern.

Über viele Jahre sind kollegiale Kontakte zu Freundschaften gereift und auf dieser Grundlage ließen sich neue Netzwerke aufbauen, die sich als Teil des größeren Netzwerks ECCE verstanden. Lange noch vor der Einrichtung der Erasmus- und Sokrates-Programme zur Gestaltung eines europäischen Hochschulraumes war es Friedrich W. Seibel ein Anliegen, durch vergleichende Forschung über die unterschiedlichen Ausbildungen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Europa das Niveau der Ausbildung anzuheben und zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit beizutragen. Die Idee, durch mehr Wissen über die Ausbildungen und die Berufssituation der sozialen Professionen in Europa diese selbst zu stärken und voranzubringen, blieb und bleibt für Friedrich Seibel ein Leitmotiv.

Wir, seine Freundinnen und Freunde, ehemalige Studentinnen und Studenten, Kolleginnen und Kollegen danken ihm herzlich und freuen uns auf eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit.

Gesellschaftlicher Abbruch und ökosozialer Aufbruch – Einführung

Susanne Elsen

Freie Universität Bozen

Mit diesem Band möchten wir einen Beitrag zur Reflexion und Diskussion aktueller gesellschaftlicher Veränderungsprozesse anregen und eine Verbindung mit Ansätzen der Arbeit am Sozialen leisten. Es geht um Möglichkeiten eines besseren demokratischeren, ökologisch nachhaltigen und sozial gerechteren Lebens in einer Zeit wachsender Unsicherheiten. Vor allem aber geht es um Alternativen zu der Vorstellung, dass es keine Alternativen zu den Zerstörungen gäbe, die die Interessen der Großindustrie, der Finanzwirtschaft und der neoliberalen Politik weltweit verursachen.

Der Kapitalismus zeigt sich in seiner Endzeit ebenso wie zu seinem Beginn von seiner hässlichsten Seite, einer extremen sozialen und ökologischen Verantwortungslosigkeit und einer einzigartigen Erpressung der Gesellschaften. Als Vertreterinnen und Vertreter der Arbeit am Sozialen können wir die Augen nicht verschließen vor den neuen Erfordernissen der Sicherung der Lebensgrundlagen und des Zugangs zu Ressourcen insbesondere für jene, die nicht über die ausreichende Marktmacht verfügen. Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass nicht nur die bereits heute benachteiligten Menschen und Gemeinwesen neue Antworten auf soziale und ökologische Problemlagen und Zukunftserfordernisse brauchen. Die gesellschaftlichen und ökologischen Katastrophen treffen die Menschen und Regionen am stärksten, die am verwundbarsten sind. Doch ökonomische und ökologische Krisen und ihre sozialen Folgen weiten sich auch auf reiche Regionen und Bevölkerungsgruppen aus, wie die Folgen der Finanzkrise in Europa zeigen.

Die Weiterentwicklung der Menschenrechtsarbeit muss die aktuellen Arenen der Überlebensrechte integrieren. Dabei ist davon auszugehen, dass die

Ressourcenknappheiten und die existenzielle Abhängigkeit der wachsenden Weltbevölkerung die Begehrlichkeiten der globalen Märkte und der Finanzwirtschaft weiter schüren und ihre Praxis der globalen Enteignung von Menschen und Gemeinwesen verschärfen werden. Unter den veränderten Bedingungen gesellschaftlicher Wertschöpfung und der notwendigen Erhaltung der Lebensgrundlagen, gewinnt die Frage der gerechten Verteilung an Bedeutung.

Die Verteidigung von Lebens- und Menschenrechten in Verbindung mit der Frage des Zugangs zu den nötigen Lebensgrundlagen steht also im Kampf gegen übermächtige Interessen und erfordert Verbündete in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen in Ansätze der aktiven ökosozialen Transformation, insbesondere solcher, die als sozial randständig zu betrachten sind, ist eine Bedingung, ohne die viele gesellschaftliche Fragen nicht angegangen werden können. Dies aber erfordert eine Ausweitung von Handlungsoptionen und einen Paradigmenwandel von einer reaktiven und individualisierenden, hin zu einer gestaltenden und kooperativen Sozialpolitik und Sozialen Arbeit, die die Erschließung von Verwirklichungschancen, gesellschaftliche Erfordernisse und veränderte Normalitätsvorstellungen zum Ausgangspunkt nimmt.

Nachdem wir unser Thema definiert hatten, bekamen wir die Information, dass auch die amerikanische Gesellschaft für Soziologie ihre Jahrestagung 2012 zum Thema „envisioning real utopias“ veranstaltet. Dabei stellen die amerikanischen Soziologen vier reale Utopien ins Zentrum:

1. Den demokratischen Bürgerhaushalt von Porto Allegre
2. Freie Wissensressourcen, als zentralen Teil des offenen Zugang zu Gemeingütern für alle
3. Genossenschaften als demokratische und soziale Formen des kooperativen Wirtschaftens im eigenen und gemeinsamen Interesse
4. Das bedingungslose Grundeinkommen

In der Tat sind dies reale und realisierte Utopien. Bei Weitem aber sind sie nicht ausreichend für die Gestaltung eines zukunftsfähigen Gesellschafts-

modells. Die vier Ansätze müssten vielmehr Teil und Konkretisierung eines Gesellschaftsentwurfes sein, in dem die demokratische Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger über ihre Belange, der freie Zugang zu Gemeingütern, solidarische Ökonomien und eine gesicherte Existenzgrundlage zentrale Säulen sind. Dies wäre aus unserer Sicht eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Sozialstaates mit starken zivilgesellschaftlichen Verankerungen.

Dass Soziale Arbeit Teil und treibende Kraft der sozialen Innovation und ökosozialen Transformation sein kann, zeigen Beispiele in diesem Band. Zukunftsfähige Arbeit am Sozialen erfordert eine Methodologie, die geeignet ist, Prozesse des sozialen Wandels und des kollektiven Lernens einzuleiten und zu begleiten. Von zentraler Bedeutung sind die Stärkung der Organisations- und Bewältigungsfähigkeiten und die Schaffung von Ermöglichungsstrukturen für sozialproduktive Aktivitäten insbesondere im lokalen Nahraum. Gestaltender Sozialpolitik und Sozialer Arbeit mit diesem Ziel kämen die Aufgaben zu, Lebensoptionen in den Gemeinwesen zu erschließen und insbesondere mit benachteiligten und verwundbaren Gruppierungen sozialproduktiv zu nutzen. Ein solcher Ansatz setzt voraus, dass die lebensweltlichen Deutungen und Sinnstrukturen, die Bedürfnisse, Ressourcen und Restriktionen der Menschen und ihrer Lebensbedingungen vor Ort als Realität und Ausgangspunkt wahrgenommen werden. Hieraus können „Politiken der Möglichkeiten“ entstehen, die auch einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten.

C. Wolfgang Müller in diesem Band: „Seit Jahren liegen uns Journalisten und Talkshow-Wissenschaftler mit der Feststellung in den Ohren, die Zeiten der Moderne seien nun endgültig vorbei und wir würden in einer gleichsam geschichtslosen Post-Moderne leben, in der die alten Gegensätze zwischen ‚Rechts‘ und ‚Links‘ zwischen ‚Reaktion‘ und ‚Fortschritt‘ endgültig überwunden worden seien. In der Öffentlichkeitsarbeit für Märkte und Meinungen hat sich ein sogenanntes postmodernes Prinzip durchgesetzt, das von den Werbe-Fritzen als TINA-Prinzip buchstabiert wird. TINA ist eine englische Abkürzung und steht für ‚There is no alternative‘ Dieser Satz ist nicht nur dumm, sondern auch menschenfeindlich und anti-demokratisch. Denn wenn

es wirklich keine Alternative zu der gegenwärtigen und kritikwürdigen Praxis geben würde, dann könnten wir auch auf den Weg ins nächste Wahlbüro verzichten. Natürlich gibt es Alternativen aber bestimmte Interessengruppen verschweigen sie.“

Reale Utopien verbinden Vorstellungen von einer lebenswerteren Gesellschaft mit konkreter alternativer Praxis. Solche lebensdienliche Gegenentwürfe sind realistischer als das, was als reale Sachzwänge der Ökonomie oder als Realpolitik vermittelt wird. Lange überkommene Vorstellungen, z.B. dass Wachstum Wohlstand erzeuge, sind die eigentlichen Illusionen. Für real halten wir das, was unserem Weltbild entspricht, auch wenn dieses Weltbild längst überkommen ist. Es fußt auf der irrigen Vorstellung von grenzenlosem wirtschaftlichem und materiellen Wachstum ohne zu berücksichtigen, dass wir auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen leben.

Was sind die Bausteine einer zukunftsfähigen Entwicklung?

1. Integrative Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen
2. Soziale Gerechtigkeit und die Teilhabe aller
3. Neue institutionelle Arrangements die den ökosozialen Erfordernissen Rechnung tragen
4. Eine gestaltende Arbeit am Sozialen

Die Demokratie – als Herrschaft des Volkes verstanden – wird sich, so Franz Hamburger, entweder auf der Straße abspielen und/oder in nationalistischen Schuldzuschreibungen ergehen, die das aggressive Potential der Zwangsgesellschaften nach außen oder auf Feinde im Innern („die Fremden“, „der Islam“) richten. Gegen ein solches „Europa“ sind die friedlichen und die den Frieden fordernden Bestrebungen der Gründungszeit des neuen Europas zu mobilisieren, ist das demokratische Versprechen des freien Europas zu verteidigen, auch wenn die Integration Europas langsamer vorankommt, auch wenn die Profitraten langsamer und geringfügiger steigen, auch wenn die Modernisierung verlangsamt wird. Das Diktat der „nervösen Finanzmärkte“ kann nur durch demokratischen Widerstand und eine Rückgewinnung des

Politischen gegen die grenzenlose Vermehrung des Reichtums in den Händen Weniger erreicht werden.

Wir danken Stefanie Gapp, Martin Dimiter Hoffmann und Matthias Oberbacher für die Unterstützung in der Realisierung eines anregenden Kongresses sowie Stefanie Gapp und Laura Speicher für die Unterstützung bei dieser Publikation.

Aufbrüche, Umbrüche und reale Utopien

Gesellschaftlicher Aufbruch, reale Utopien und die Arbeit am Sozialen

C. Wolfgang Müller

Technische Universität Berlin

Abstract

Seit Jahren liegen uns Journalisten und Talkshow-Wissenschaftler mit der Feststellung in den Ohren, die Zeiten der Moderne seien nun endgültig vorbei und wir würden in einer gleichsam geschichtslosen Post-Moderne leben, in der die alten Gegensätze zwischen „Rechts“ und „Links“ zwischen „Reaktion“ und „Fortschritt“ endgültig überwunden worden seien. In der Öffentlichkeitsarbeit für Märkte und Meinungen hat sich ein sogenanntes postmodernes Paradigma durchgesetzt, das als „TINA-Prinzip“ bezeichnet wird. TINA steht für „There is no alternative“. Dieser Satz ist nicht nur dumm, sondern auch menschenfeindlich und anti-demokratisch. Natürlich gibt es Alternativen aber bestimmte Interessengruppen verschweigen sie. Eine wichtige Aufgabe für aufgeklärte Angehörige der Sozialen Arbeit ist es, uns selber und anderen jeden Tag von neuem die Augen zu öffnen für *tatsächliche* Alternativen zu der schlechten Praxis, mit der wir versuchen, unsere Probleme zwar nicht in den Griff zu bekommen, sondern klein zu reden.

1. Meine Position angesichts eines vielfältigen Themas

Ich bin Sozialpädagoge, Soziologe und Philologe. Philologen gelten gemeinhin als „Wörterliebhaber“ oder zumindest als solche, die Wörter ernst nehmen und auf ihre vielfältige Geschichte zurückverfolgen. Erlauben Sie mir deshalb drei Vorbemerkungen zu Schlüsselwörtern, mit denen wir uns verständigen. Ich neige dazu, den Begriff „gesellschaftlicher Umbruch“ oder „social transition“ oder „Risveglio della società“ in den Plural zu setzen – also von „gesellschaftlichen *Umbrüchen*“ zu sprechen. Sie haben ja gestern schon

ausführlich darüber gesprochen, dass die neuen sozialen und politischen Bewegungen in Europa und in Nord-Afrika unterschiedliche Ursachen haben, unterschiedliche Erscheinungsformen und möglicherweise unterschiedliche Konsequenzen. Schon als mir vor Jahren der Harald Swedner Preis in Moldavien zugesprochen wurde, habe ich davor gewarnt, den Modebegriff der „Globalisierung“ als Ausdruck weltweit geltender allgemeiner Gesetzmäßigkeiten ernst zu nehmen. Denn mit Dani Rodrik und seinem Buch „Das Globalisierungs-Paradox“ (2011) bin ich der Meinung, dass der harte Kern des Globalisierungsbegriffs auf kolonialistische Traditionen verweist und eigentlich die Internationalisierung imperialistischer Ausbeutung von Rohstoffen, Arbeitskräften und anderen Ressourcen von sogenannten „Entwicklungsländern“ kennzeichnen sollte. Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung unterschiedlicher Entwicklungsländer hängt aber von vielerlei Faktoren ab: von der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsmittel, von ethnischen und kulturellen Traditionen, vom Charakter der Organisation des Politischen und von der Schlagkraft progressiver Bewegungen und Gewerkschaften. Zeitgenössische Gesellschaftswissenschaftler betonen deshalb heute weniger die weltweiten Gleichförmigkeiten, sondern vielmehr die nationalen, die regionalen, die lokalen Besonderheiten. Wenn wir heute Nachmittag von der „nachhaltigen Entwicklung in Süd-Tirol“ sprechen, dann sprechen wir eben von „Süd-Tirol“ und nicht von „Italien“ und schon gar nicht von „Europa“.

Dass wir uns bei der *Fahndung nach „realen Utopien“* auf einem verminten Gelände befinden, haben die Organisatoren dieser Konferenz schon im Vorfeld deutlich gemacht. Uns geht es heute nicht mehr um ein idealistisches Gedankenkonstrukt im Lande „Nirgendwo“, wie Platon es vor zweieinhalb tausend Jahren im Kopfe hatte. Es geht uns auch nicht mehr um jene „realen Utopien“, welche Sozialisten und Kommunisten aller Länder auf revolutionären Wegen aufbauen wollten und die ihren Überzeugungen entsprechend nur „weltweit“ durchgesetzt werden könnten. So gesehen war Stalins Idee vom „Sozialismus in einem Land“ ein autoritärer Rückschritt.

Sondern es geht uns, wie die Einladung zu dieser Konferenz es formuliert, „um reale Utopien, die an konkreten Orten geplant und umgesetzt werden und die in Anteilen gewünschte zukünftige Entwicklung vorausnehmen“.

Diese positive, in die Zukunft gerichtete Fassung des Begriffs „reale Utopien“ ist mir besonders wichtig, weil ich in einem Lande lebe, in dem seit dreißig Jahren reaktionäre politische Kräfte die Definitionsmacht darüber übernommen haben, was für sie „zukunftsfähig“ ist. Auf diese Weise ist etwa der Begriff „Reform“ seines, für meinen Sprachverstand positiven Charakters entkleidet worden und muss in diesen Tagen als Gütesiegel für gesellschaftlich-ökonomische Wegbeschreibungen herhalten, die ich seit langem für Gott sei Dank überwunden glaubte.

Meine dritte Bemerkung bezieht sich auf *die Rolle der Sozialen Arbeit* im Zusammenhang mit der Entwicklung und Verwirklichung von realen Utopien, die der allseitigen Entwicklung eines humanen, auf Gleichheit und Zugangsgerechtigkeit gerichteten Gemeinwesens dienen. Für mich ist es eine zentrale Frage, auf welchen Voraussetzungen eine solche Entwicklung ruhen könnte – denn dass es nicht ausreicht, darauf zu bauen „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut, denn das allein unterscheidet ihn von allen Wesen, die wir kennen“ – darüber können wir uns wahrscheinlich rasch verständigen.

2. Bedingungen für die Nachhaltigkeit realer Utopien

Um den Begriff „reale Utopien“ zu konkretisieren schlage ich für meine Zwecke eine Operationalisierung vor, die sich auf die sozialstaatliche Entwicklung in meinem Lande bezieht, die ich über die Zeit der letzten 120 Jahre wissenschaftlich und zur Hälfte auch persönlich verfolgen konnte. Dabei hat es eine Phase gegeben, in der anspruchsvolle und erwartungsfrohe Studierende der Sozialen Arbeit davon überzeugt waren, dass sie selber als Pioniere zur Vorhut solcher sozialen Utopien gehören würden, wenn es ihnen gelänge, die Mehrheit der Bevölkerung oder doch relevante Kader hinter ihrem Banner zu versammeln. Eine kurze Weile haben auch ich mit diesem Gedanken geliebäugelt. Aber dann wurde mir klar, dass jene Schweizer Sozialarbeiter recht hatten, die auf einer Demonstration des Jahres 1930 das Transparent zeigten „Wir sind die Sanitätskolonne des kämpfenden Proletariats“. Sanitätskolonne – nicht Stosstrupp und auch nicht Vorhut!

Die Zielgruppe Sozialer Arbeit haben sich im Laufe der letzten 80 Jahre in Deutschland und sicherlich auch anderswo teilweise verändert und in die Mitte der Gesellschaft verschoben. In den USA, in Griechenland und bald auch in Deutschland werden mehr und mehr Familien des kleinbürgerlichen Mittelstandes um unterstützende Hilfe nachsuchen müssen – Familien, die ihre Ersparnisse und ihre bescheidenen Aktienanteile Finanzbanken anvertrauten, die dieses Geld achselzuckend verzockt haben.

Als das von mir gegründete Institut für Sozialpädagogik der Technischen Universität Berlin seinen 25. Geburtstag feierte, haben wir einen Sammelband mit dem Titel herausgegeben „Tropfen auf heißem Stein“ (1992). Er sollte die eigentliche Funktion sozialer Arbeit mit einem einprägsamen Bild illustrieren: „The title of our book describes a main function of Social Work. It works like some small drops of cold water brought down to a hot millstone to prevent the stone from bursting.“

Oder mit einem deutschen Schlagwort: Soziale Arbeit hat in jeder Gesellschaft, die auf die Zustimmung breiter Massen der Bevölkerung angewiesen ist, *auch* die Funktion der Loyalitätsbeschaffung. Oder, wie es meine gegenwärtige Bundeskanzlerin einmal ausgedrückt hat: „Wir müssen schauen, dass uns unsere Gesellschaft nicht mal um die Ohren fliegt“.

Entscheidend für die schrittweise Entwicklung des deutschen Sozialstaats in den zwei Generationen zwischen Bismarck und Bebel waren recht unterschiedliche intervenierende Variablen. Ich nenne Ihnen fünf. Da registrieren Historiker gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine Verschärfung der Klassengegensätze und damit verbunden ein zunehmend schlechtes „soziales Gewissen“ der gebildeten Teile des deutschen Funktionsbürgertums. Nach der Aufhebung der Sozialistengesetze kam eine deutliche Stärkung der deutschen Sozialdemokratie und der Einzelgewerkschaften hinzu. Gleichzeitig aber auch die Einsicht deutscher Großindustrieller, dass sie im internationalen Konkurrenzkampf mit dem britischen Maschinenbau nur bestehen könnten, wenn sie ihre qualifizierten Facharbeiterfamilien über Generationen hinweg bei der Stange halten konnten und sie nicht in jeder

Absatzkrise auf die Straße setzten und aus ihrem angestammten Wohnort vertrieben. Und schließlich waren es drei soziale Bewegungen, die auf den Ausbau sozialer Unterstützungs- und Sicherungssysteme drängten und unterschiedliche Bereiche der Sozialen Arbeit personell und methodisch voran brachten, qualifizierten und schließlich professionalisierten: die bürgerliche Frauenbewegung, die Frauen innerhalb von Sozialdemokratischer Partei, Arbeiterwohlfahrt und Roter Hilfe und die Jugendbewegung zwischen 1900 und 1914, die in Deutschland und Österreich einen besonderen Charakter hatte und für die Entwicklung von Reformpädagogik, Jugendförderung und Kinderschutz entscheidende Impulse beisteuerte. Und schließlich führte der militärisch verlorene 1. Weltkrieg zur Abdankung des Kaisers und zu einem bei aller Kritik von rechts und links ernst zu nehmenden Versuch von Rheinischem Kapitalismus und revisionistischer Sozialdemokratie, die inzwischen erkämpften und erprobten sozialen Einrichtungen und Maßnahmen auch sozialpolitisch abzusichern und zu verstetigen. Bis die Weltwirtschaftskrise alle Hoffnungen zunichte machte und letztendlich Adolf Hitler und seine braunen Kämpfer an die Macht spülte.

3. Der kalte Krieg und die beiden Hälften des Himmels

Nach dem blutigen Ende des 2. Weltkriegs versuchten die bis dahin gemeinsam gegen das Dritte Reich kämpfenden Machtblöcke in West und Ost, ihre Territorien nicht nur abzusichern und zu erweitern, sondern auch gegenseitig durch sozialstaatliche Leistungen, Maßnahmen und Einrichtungen zu legitimieren. Dabei gingen die Länder des „realen Sozialismus“ davon aus, dass grundlegende soziale Probleme gelöst wären, weil der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit überwunden sei. Während „wir“ im Westen davon ausgingen, dass die „Soziale Marktwirtschaft“ von Ludwig Erhard das spannungsreiche Bündnis von Rheinischem Kapitalismus und entproletarisierte Arbeitsbevölkerung wiederbeleben könne. In den beiden Teilen des gespaltenen Rest-Deutschland gab es einen Konkurrenzkampf der besonderen Art. Die Bundesrepublik Deutschland lockte mit persönlicher Freiheit, Freizeit und Konsumrausch. Die Deutsche Demokratische Republik versprach soziale

Sicherheit, Bildung für alle und einen gesicherten Arbeitsplatz. Wir alle wissen, wer letztlich überlebt hat und was übriggeblieben ist.

Das alles ist Schnee von gestern. Aber es mag helfen, die Bedingungen ins Auge zu fassen, die vorherrschen müssen, wenn reale Utopien im Bereich der Arbeit am Sozialen eine Auftrittswahrscheinlichkeit und eine Überlebenschance haben sollen.

Da ist einmal ein gewisses Niveau der *Entfaltung der Produktivkräfte und der Entwicklung der Produktionsmittel*. Im Prinzip könnte man natürlich auch die Armut gerecht verteilen. Aber unter kapitalistischen Produktions- und Besitz-Verhältnissen ist ein gewisser Wohlstand, der von der Mehrheit der Beteiligten zwar nicht als „gerecht“ aber doch als „fair“ erlebt wird, eine Voraussetzung, wenn der Kampf um den Platz an der Sonne nicht zum Kampf aller gegen alle ausufern soll. Doch die Entfaltung der Produktivkräfte und der Produktionsmittel war vor allem in Europa ein jahrhundertlanger Prozess, der sich zwar heute beschleunigen lassen könnte, der aber seine zwei bis drei Generationen braucht, um zu nachhaltigen sozialen, kulturellen und politischen Errungenschaften zu führen. In dieser Zeit bedarf es internationaler Solidarität aller beteiligten Gesellschaften – und die Ächtung eines Finanzmarktes, der auf den Bankrott der Entwicklungsländer wettet.

Dann bedarf es einer *aufgeklärten Wahlbürgerschaft*, die sich nicht hat einreden lassen, „jeder sei seines Glückes Schmied“ und „jeder sei sich selbst der Nächste“. Wir haben schließlich in allen wichtigen weltanschaulichen Traditionen das Gebot, dem Nächsten zu helfen, unabhängig davon, wie nahe er oder sie uns ist. Dieses Gebot ist etwa im 10. Kapitel des Lukas Evangeliums am Beispiel des barmherzigen Geschäftsreisenden von Jerusalem nach Jericho erzählt, der unter die Räuber gefallen war. Aber es gilt *nicht* für massenweise Notfälle, die strukturelle gesellschaftliche Ursachen haben. Hier weist der achselzuckende Hinweis auf individuelle Barmherzigkeit ins Leere. Hier sind gesamtgesellschaftliche Vorkehrungen von Nöten. Aber diese Vorkehrungen müssen für jedermann verbindlich formuliert worden sein – und sie müssen

sich auch ins Bewusstsein und ins Handlungsmuster von uns allen eingegraben haben.

Weiter bedarf es einer geschärften Sichtweise von uns allen, um internationale, nationale, regionale und lokale *Beispiele gelebter Praxis* identifizieren zu können, die sich bereits *als Teile realer Utopien* verstehen und von einer aufgeklärten Öffentlichkeit als solche verstanden werden. Ich erinnere mich noch deutlich an einen Reportageband, den mein späterer Kollege an der TU Berlin, Robert Jungk 1952 unter dem Titel „Die Zukunft hat schon begonnen“ veröffentlicht hat. Er, der gelehrte Wissenschaftspublizist und Zukunftsforscher hatte auf dem nordamerikanischen Kontinent Orte und Projekte besucht, die damals bereits beispielhafte künftige Entwicklungen vorwegzunehmen schienen. Und er hatte sie in ihrer ganzen Ambivalenz als Reporter abgeschrieben – denn reale Utopien sind immer schon Schaubilder, die sich zu einem Wunsch – oder auch zu einem Furchtbild verdichten können. Das kommt ganz auf die Interessenlage und den Standpunkt des Betrachters an.

In meiner Lehrtätigkeit im Berliner Westen der Studentenbewegung zwischen 1965 und 1975 habe ich selber Beispiele aus der konkreten sozialen Arbeit miterlebt und mitgestaltet, die man als „reale Utopien“ bezeichnen könnte. Wir haben Kinderläden als Alternative zu der staatlichen Kleinkindererziehung gegründet. Unsere Studenten haben an der Zerschlagung übergroßer Erziehungsheime mitgewirkt, in denen kirchliche Wohlfahrtsverbände für jeden Heimplatz das Geld der Steuerzahler kassierten. Wir haben die „Sozialpädagogische Erziehungshilfe“ erfunden, um verfrühte Heimeinweisungen zu verhindern. Wir haben eine neue Art von „Elternerziehung“ erfunden, um uns selber als emanzipierte Eltern zu erziehen. Wir haben Abenteuer-Spielplätze erfunden – als Alternative zu den behördlichen Tummelplätzen mit Sandkasten und Kletterbaum. Und wir haben Erfahrungen mit einer „Erlebnispädagogik“ gemacht, die anders war als ein Aufenthalt im Landschulheim an der Hand von sorgenvollen Klassenlehrern. Geschichten, in denen reale Utopien aufscheinen können, gibt es natürlich nicht nur in der Sozialen Arbeit, sondern auch in zahllosen anderen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens: im Produktionsbereich, im Wohnbereich und in der Freizeit.

Susanne Elsen, die diesen Kongress mit Kollegen zusammen vorbereitete, hat einen großen Teil ihres wissenschaftlichen Lebens mit der Erforschung von Geschichte und Gegenwart genossenschaftlicher Produktionsgemeinschaften zugebracht – Produktionsgemeinschaften, die nicht primär an der Mehrwertproduktion interessiert waren, sondern an einer humanen Verbindung von Arbeit, Leben und Freizeit. Das, was uns im verblässenden Spätkapitalismus als immer größeres Problem auf die Tagesordnung drängt: die immer wieder misslingende Balance zwischen Arbeit und Leben – besser: zwischen Lohnarbeit und dem anderen Leben – hat sie am positiven Beispiel von Produktions-, Wohnungs- und Konsumgenossenschaften studiert und damit eine Forschungslücke geschlossen, die von der gängigen, eng geführten Betriebswirtschaftslehre aus guten Gründen überhaupt nicht auf den Schirm genommen wird. Wir werden heute Nachmittag interessante Beispiele der Gemeinwohlökonomie aus Südtirol erfahren.

4. TINA ist falsch – es gibt Alternativen

Seit Jahren liegen uns Journalisten und Talkshow-Wissenschaftler mit der Feststellung in den Ohren, die Zeiten der Moderne seien nun endgültig vorbei und wir würden in einer gleichsam geschichtslosen Post-Moderne leben, in der die alten Gegensätze zwischen „Rechts“ und „Links“ zwischen „Reaktion“ und „Fortschritt“ endgültig überwunden worden seien. In der Öffentlichkeitsarbeit für Märkte und Meinungen hat sich ein sogenanntes postmodernes Prinzip durchgesetzt, das von den Werbe-Fritzen als TINA-Prinzip buchstabiert wird. TINA ist eine englische Abkürzung und steht für „There is no alternative“ = „Es mag Ihnen nicht gefallen. Aber was wollen Sie machen? Es gibt halt keine Alternative!“

Dieser Satz ist nicht nur dumm, sondern auch menschenfeindlich und antidemokratisch. Denn wenn es wirklich keine Alternative zu der gegenwärtigen und kritikwürdigen Praxis geben würde, dann könnten wir uns alle begraben lassen oder zumindest auf den Weg ins nächste Wahlbüro verzichten.

Natürlich gibt es Alternativen aber bestimmte Interessengruppen verschweigen sie.

Eine wichtige Aufgabe für aufgeklärte Angehörige der Sozialen Arbeit ist es in meinem Verständnis, uns selber und anderen jeden Tag von neuem die Augen zu öffnen für – nein – nicht für mögliche, *sondern für tatsächliche* Alternativen zu der schlechten Praxis, mit der wir versuchen, unsere Probleme zwar nicht in den Griff zu bekommen, sondern klein zu reden.

Und es gibt genügend Einrichtungen und Zusammenschlüsse – analog und virtuell –, die den erfolgreichen Versuch machen, unser Wahrnehmungsvermögen für Alternativen zu schärfen: für Alternativen, die es gibt, nicht für solche, die sich Feuilletonisten ausdenken. Die Berliner Tageszeitung TAZ (Die andere Zeitung) hat im letzten Monat eine Veranstaltungsreihe zu ihrem 20. Geburtstag organisiert unter dem Titel:

„DAS GUTE LEBEN! Es gibt Alternativen!“

Dabei geht es um die Fragen, was ein „gutes Leben“ für Menschen in der arabischen Welt bedeuten kann, warum Menschenrechte wichtiger sind als ökologische Erneuerungen, wie Pioniere die Natur in die Stadt holen und warum das Land Schleswig-Holstein eine „grüne“ Wirtschaftsmacht werden will.

Eine verrückte Mischung vielleicht. Manchem vielleicht zu „grün“ oder zu „versponnen“ – aber eben gedacht und gemacht, um uns die Augen zu öffnen für mögliche Alternativen, die manche von uns sich längst haben ausreden lassen. Aus Müdigkeit? Aus Resignation? Aus Faulheit vielleicht ...? Ich aber denke: Es gibt wirklich was Neues zu tun. Packen wir es an!

Literaturverzeichnis

- Elsen, S. (2007). *Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung*. Weinheim: Juventa.
- Elsen, S. (Hrsg.). (2011). *Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens*. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.
- Müller, C. W. (2009). *Wie helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit*. Weinheim: Juventa.
- Müller, C. W. & Ripp, W. (Hrsg.). (1992). *Tropfen auf heißem Stein. 25 Jahre Institut für Sozialpädagogik der TU Berlin*. Weinheim: Beltz.
- Jungk, R. (1952). *Die Zukunft hat schon begonnen*. Frankfurt am Main: Scherz & Goverts.
- Rodrik, D. (2011). *Das Globalisierungs-Paradox*. München: Beck.

Wachstumswende und die Arbeit am Sozialen

Susanne Elsen

Freie Universität Bozen

Abstract

Wir erleben derzeit die Kumulation ökonomischer, sozialer und ökologischer Problemszenarien, die nachhaltige Alternativen zum dominanten Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zur Überlebensfrage machen, denn die Existenzbedingungen lebender und zukünftiger Generationen stehen zur Disposition. Der Kapitalismus zeigt sich zu seiner Endzeit ebenso wie zu seinem Beginn von seiner hässlichsten Seite, einer extremen sozialen und ökologischen Verantwortungslosigkeit und einer einzigartigen Erpressung der Gesellschaften. Was wir brauchen sind Alternativen, vor allem aber Alternativen zu der Vorstellung, dass es keine Alternativen zu den Zerstörungen gebe, die die Interessen der Großindustrie, der Finanzwirtschaft und der neoliberalen Politik weltweit verursachen.

Es geht um reale Utopien, die Vorstellungen von einer lebenswerteren Gesellschaft mit konkreter alternativer Praxis verbinden. Solche Vorstellungen sind als lebensdienliche Gegenentwürfe realistischer als das, was als reale Sachzwänge der Ökonomie oder als Realpolitik vermittelt wird. Lange überkommene Vorstellungen, z.B. dass Wachstum Wohlstand erzeuge, sind die eigentlichen Illusionen. „[...] was Utopismus ist, ist Realismus – utopisches Handeln bzw. eine utopische Handlungsmaxime sind insofern realistisch, als sie davon ausgehen, so wie jetzt können wir einfach nicht weitermachen, und es muss einen fundamentalen Wandel geben, und zwar keinen Wandel [...] im Kontext bestehender Praktiken, sondern [...] eine Veränderung des Rahmens selber, der Praktiken selber“ (Welzer, 2012, S.42). Diese Beitrag stellt aktuelle Gegenentwürfe in den Kontext der ökosozialen Transformation.

1. Gesellschaftlicher Abbruch und ökosozialer Aufbruch

Formen des Wirtschaftens und Lebens, die noch vor kurzer Zeit utopisch anmuteten werden diskutiert und erprobt. Utopien gibt es nicht nur in der Literatur, sondern im gelebten Alltag, in Diskursen und innovativen Gegenentwürfen. Sie haben mehr oder weniger utopische Züge. Weltweit können wir beobachten, dass sich Menschen auf gesellschaftlich Verantwortbares und Wünschenswertes besinnen, auf die Verteidigung sozialer Rechte und auf neue Formen des selbst bestimmten Lebens und Zusammenlebens sowie des ökosozialen Wirtschaftens. Die Herausbildung neuer Solidarsysteme und die Hinwendung zu Eigenproduktivität gelten als aktuelle gesellschaftliche Megatrends. Die Freude am Selbermachen, an neuen Gemeinschaftsformen und am Experimentieren mit Dingen, Arbeits- und Lebensformen tritt in vielfältigen Formen an die Öffentlichkeit und findet den Weg in gesellschaftliche Diskurse (Müller, Baier & Werner, 2007). Diese experimentelle, bunte und junge Bewegung der Eigenproduktivität suggeriert selbst gewählte Veränderungen persönlicher Präferenzen. Postmaterielle Motive aber auch ein bewusster Ausstieg aus den Abhängigkeiten von Angeboten des Marktes scheinen den Kern eines Paradigmenwandels hin zur Wachstumswende zu bilden (Plöger, 2011). Aus sozialpolitischer und umweltpolitischer Perspektive ist dieser Trend eine bemerkenswerte Entwicklung. Er darf jedoch nicht einseitig als reflexive postmaterielle Orientierung interpretiert werden, denn zunehmend gesellen sich zu den ökosozialen Experimenten derer, die sie bewusst als Alternative zu anderen Optionen wählen neue produktive Praktiken, die als Antworten auf reine Not und Alternativlosigkeit verstanden werden müssen.

Die rasante Zerstörung sozialer Sicherheiten und sozialökonomischer Lebensgrundlagen erzeugt andere Dynamiken und die Akteure sind andere als die, von denen im Kontext des reflexiven ökosozialen Umbruchs die Rede ist, auch wenn die Handlungsfelder und -formen, zum Beispiel eine Besinnung auf Subsistenzwirtschaft, die gleichen zu sein scheinen. Motive derer, die mangels Alternative eine ökosoziale Variante wählen, sind nicht zuletzt überwunden geglaubte soziale Unsicherheiten. „Molti giovani (oltre 30.000 negli ultimi anni) hanno lasciato la città per trasferirsi in campagna. Il ritorno

all'agricoltura è certamente un segno della crisi economica" (Leone, 2012). Die Statistiken zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit vom Oktober 2012 sind erschreckend: Die Jugendarbeitslosigkeit (15–24 Jährige) in Italien liegt bei 36,5, in Spanien bei 55,9 und in Griechenland bei 57 % (Cillis, 2012). Nicht nur in Griechenland, Süditalien und Spanien, sondern auch in peripheren Regionen Deutschlands kehren junge, akademisch ausgebildete Menschen nicht nur freiwillig zurück in ihre Herkunftsgebiete, um sich dort mit landwirtschaftlicher Produktion eine Subsistenzgrundlage zu schaffen. Solche Rückzugsmöglichkeiten sind als Privileg derer zu betrachten, die über wenn auch bescheidene Grundlagen der Subsistenz verfügen, ein Privileg, welches die Mehrheit der von Erwerbsarbeit oder Sozialsystemen abhängigen Bevölkerung nicht hat. Der Bedeutungszuwachs der Eigenproduktion verdeutlicht jedoch den Stellenwert der Verteidigung und (Wieder-)Aneignung von Gemeingütern und Handlungsoptionen für die Mehrheit der Bevölkerung.

Unter dem Druck der Deindustrialisierung und der Verschärfung der Verwertungsbedingungen auf den globalisierten Arbeitsmärkten, neuen sozialen Unsicherheiten und der Prekarisierung der Erwerbsarbeit, entstehen auch andere Überlebensökonomien, z.B. Mitarbeiterbetriebe, die aufgegebenen Produktionsstätten in Selbstverwaltung weiterführen. Die Akteure haben die Anfälligkeit und Krisenhaftigkeit des globalisierten Wirtschaftssystems und ihre existenzielle Abhängigkeit von wirtschaftlichen Strukturen erlebt, auf die sie selber keinen Einfluss haben. Alternativ- und Komplementär-ökonomien suchen Wege der Existenzsicherung jenseits der Abhängigkeit von unbeeinflussbaren Systemen und verweisen auf ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell jenseits von Wachstum und großindustrieller Produktion.

Die neoliberale Enteignungsökonomie und die ökosozialen Zerstörungen bewirken gerade im Bereich der Verteidigung der Lebensgrundlagen (Boden, Wasser, Wissen, öffentliche Einrichtungen etc.) weltweit konkrete Alternativen zur Abhängigkeit von den globalen Märkten. Neue ökosoziale Wirtschaftsformen, das breite Spektrum der als Solidarökonomie bezeichneten Praktiken, z.B. genossenschaftliche Ökonomien, Zeitbanken und Gemeinschaftsnutzungen lassen sich mit dieser Dynamik ebenso erklären wie die aktuellen Bewegungen, Diskurse und Strategien zur Wiederaneignung der

Commons (Gemeingüter). Die Akteure dieser Bewegungen sind Teil der globalen Zivilgesellschaft und eine kulturelle Kraft, die die Bedürfnisse des Lebens und Zusammenlebens gegenüber den Interessen des Marktes und den politischen Systemen verteidigt. Die stärkste Bewegung ist ohne Zweifel die der Wiedergewinnung von Grundlagen zur Subsistenz in der Stadt, insbesondere die der urbanen Landwirtschaft (z.B. Urban Agriculture). Die sozialen Bewegungen und die Prozesse der Aneignung und eigenständigen Bewirtschaftung sind zu erkennen als Ansätze der Rückbettung ökonomischen Handelns in gesellschaftliche Zusammenhänge und eben dies trifft den Kern der ökosozialen Transformation.

2. Überlegungen zur Arbeit am Sozialen vor dem Hintergrund der Wachstumswende

Als Vertreterinnen und Vertreter der Arbeit am Sozialen können wir die Augen nicht verschließen vor den neuen Erfordernissen der Sicherung der Lebensgrundlagen und des Zugangs zu Ressourcen insbesondere für jene, die nicht über die ausreichende Marktmacht verfügen. Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass nicht nur die bereits heute benachteiligten Menschen und Gemeinwesen neue Antworten auf soziale und ökologische Problemlagen und Zukunftserfordernisse brauchen. Die gesellschaftlichen und ökologischen Katastrophen treffen die Menschen und Regionen am stärksten, die am verwundbarsten sind. Doch ökonomische und ökologische Krisen und ihre sozialen Folgen weiten sich auch auf reiche Regionen und Bevölkerungsgruppen aus, wie die Folgen der Finanzkrise in Europa zeigt.

Armut, Unterversorgung und extreme soziale Ungleichheit sind die stärksten Hindernisse zukunftsfähiger Entwicklung. Sie sind, so der ehemalige UNEP-Direktor Klaus Töpfer, das schlimmste Umweltgift (Zahrnt, 2003, S. 39 ff.). Die OECD stellte in einer internationalen Vergleichsstudie 2008 fest, dass trotz des enormen wirtschaftlichen Wachstums die Ungleichheit der Einkommen und die Armut zugenommen hätten. Bereits in der Definition von 1987 beinhaltet das Konzept Nachhaltigkeit das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Verantwortung der Industrie- und Entwicklungsländer für eine sozial und

ökologisch zukunftsfähige Entwicklung. Der „Erdgipfel“ von Rio de Janeiro 1992 konkretisierte die globalen Entwicklungsziele in der „Agenda 21“ und den „Rio-Prinzipien“: „Make poverty history, make conflicts and wars history, make environment destruction history, make human abuse history“ (ebd.). Auch der Entwicklungsbericht der Weltbank von 2006 belegt, in welchem Maße ungleiche Chancenverteilungen nachhaltige Entwicklung und Armutsverringerung behindern (Weltentwicklungsbericht 2006) und kommt zu dem Schluss, dass die Bekämpfung von Armut, das Streben nach Chancengleichheit, ökologische Nachhaltigkeit und die Verfolgung wirtschaftlichen Wohlstands komplementäre Ziele werden müssen.

Angesichts der bereits eingetretenen und bevorstehenden Ressourcenknappheiten z.B. der Wasserversorgung in China, des Zugangs zu Boden in vielen Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas sowie der katastrophalen Folgen des Klimawandels stellt sich die Frage des Rechts auf Leben verbunden mit den nötigen Voraussetzungen neu. Der Sozialstaat selber als verbrieftes Rechtsanspruch auf solidarische Hilfe war und ist eine reale Utopie. Die Weiterentwicklung der Menschenrechtsarbeit muss die aktuellen Arenen der Überlebensrechte integrieren. Dabei ist davon auszugehen, dass die Ressourcenknappheiten und die existenzielle Abhängigkeit der wachsenden Weltbevölkerung die Begehrlichkeiten der globalen Märkte und der Finanzwirtschaft weiter schüren und ihre Praxis der globalen Enteignung von Menschen und Gemeinwesen verschärfen werden. Die Verteidigung von Lebens- und Menschenrechten in Verbindung mit der Frage des Zugangs zu den nötigen Lebensgrundlagen steht im Kampf gegen übermächtige Interessen und erfordert Verbündete in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen in Ansätze der aktiven ökosozialen Transformation, insbesondere solcher, die als sozial randständig zu betrachten sind, ist eine Bedingung, ohne die viele gesellschaftliche Fragen nicht angegangen werden können. Dies aber erfordert eine Ausweitung von Handlungsoptionen und einen Paradigmenwandel von einer reaktiven und individualisierenden, hin zu einer gestaltenden und kooperativen Sozialpolitik und Sozialen Arbeit, die gesellschaftliche Erfordernisse und veränderte Normalitätsvorstellungen zum Ausgangspunkt nimmt. Der Grundfähigkeitsansatz, der von Martha Nussbaum als wesentliche

Begründung für einen neuen Begriff des Wohlergehens formuliert wurde, ist als Basis für eine zukunftsfähige (Welt-) Sozialpolitik und die Herausbildung einer ökosozialen Gesellschaft zu betrachten (Nussbaum 1999). Der erste Schritt hin zu einer solchen gestaltenden Sozialpolitik und Sozialen Arbeit bestünde in einem Ende der Diffamierungen strukturell Ausgegrenzter¹ und in der Eröffnung von Möglichkeiten der produktiven Teilhabe. Überlegungen zu einer bedingungslosen Grundsicherung sind notwendig, aber nicht ausreichend um dem näher zu kommen. Eine weitere Voraussetzung besteht in demokratischen Organisationsformen, die Reziprozität, Vertrauen und Verantwortungsübernahme für gemeinsame Belange im Gemeinwesen erleichtern. Wesentlich ist ein Klima der Ermöglichung und der sozialen Innovation, welches Gestaltungswillen und bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme nicht nur rhetorisch propagiert. Lokale Räume könnten zu Entwicklungslaboren möglicher Zukünfte werden.

Dezentralisierte, demokratische Organisationsformen und Entscheidungsverfahren sowie neue institutionelle Arrangements auf lokaler Ebene sind die Basis ökosozialer Innovationsprozesse. Die Idee des lokalen und partizipativen Staates wird in verschiedenen europäischen Städten erprobt. In Italien sind Kommunen, die diese Idee lokaler Demokratie verfolgen, im Netz „Nuovo Municipio“ verbunden (Herzberg, 2009, S. 186). Experimentelle Formen der partizipativen Planung und Entscheidung werden auf Quartiersebene erprobt. Themen sind z.B. Grünflächen, Jugend, Mobilität, Kultur, Straßen und Wege etc.,. Die materielle und organisatorische Grundlage bilden Bürgerhaushalte, themenzentrierte Arbeitsgruppen, Vereine und Genossenschaften der zivilen Selbstorganisation oder Multiakteurskonstellationen (cooperative di comunità).

Lokalisierung und neue Subsidiarität sind Leitlinien nachhaltiger Entwicklung, da sie integrative Handlungsansätze, Handlungsfolgenabschätzung und Ressourceneffizienz sowie lokal-regionale Wertschöpfung gewährleisten. Die Stärkung der lokal-regionalen Ebene, die Lebensnähe ermöglicht, ist jedoch zwingend in einem Modell der politischen Steuerung und Verteilung auf mehreren Niveaus, bis hin zur globalen Ebene zu denken. In einer Welt

1 In Deutschland werden sozialpolitische Programme seit vielen Jahren von der Arbeitgeberseite formuliert und vom Sprecher der Arbeitgeberlobby Dieter Hundt verkündet.

der entgrenzten Ökonomie können ökologische, soziale und politische Interessen nicht auf nationale, regionale oder lokale Ebenen begrenzt werden. Insofern sind Ansätze des Community Development, die angesichts der kumulierenden Krise an Bedeutung gewinnen, dann mit Skepsis zu betrachten, wenn sie als Ausfallbürge für staatliche Steuerung und Umverteilung instrumentalisiert werden und wenn nicht auch die nötige Zuweisung von Kompetenzen und Mitteln an die untere Ebene erfolgt, auf der sich die gesellschaftlichen Probleme in Form von Armut, Arbeitslosigkeit, gesellschaftlicher Spaltung etc. niederschlagen.

3. Ökosoziale Transformation und Postwachstumsgesellschaft

„Die zivilisatorisch-technologisch-ökonomische Materialschlacht nähert sich wohl ihrem Ende. Diese Materialschlacht, die im 18. Jahrhundert begonnen hat, verbindet menschliche Maßlosigkeit mit Materialismus und Technologiebesessenheit, aber auch mit der Forderung nach wirtschaftlichem Wachstum“ (Ruh, 2011, S. 126). Das westliche Entwicklungsmodell ist abhängig von ständigem Wirtschaftswachstum, was sich in einer Welt begrenzter Ressourcen und Aufnahmemöglichkeiten als unmöglich erweist, zumal die Entwicklungs- und Transformationsländer heute dem Weg folgen, den wir ihnen gewiesen haben. Nicht nur die für das westliche Entwicklungsmodell notwendigen Ressourcen werden knapp und die Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre (carrying capacity) sind bereits heute überschritten, sondern das gesamte Wirtschafts- und Zivilisationsmodell steht in Frage. Fest steht, dass nahezu alle Säulen der industriellen Moderne, insbesondere Wirtschaftswachstum als Versprechen des stetig wachsenden Wohlstandes, der sozialen Sicherheit und gesellschaftlichen Entwicklung, massiv ins Wanken geraten oder gar bereits eingebrochen sind. Doch Wohlstand wird immer noch mit Wachstum gleichgesetzt und ein hohes Bruttoinlandsprodukt (BIP) gilt als Maßstab für die Wohlfahrt einer Volkswirtschaft. Das BIP berücksichtigt jedoch die Bereiche nicht, die für eine nachhaltige Entwicklung von zentraler Bedeutung sind, so z.B. die Verteilung

des materiellen Reichtums und die informellen, nicht marktförmigen Ökonomien, die in allen Ländern der Welt zwischen 40 und 60 % der Wertschöpfung erbringen. Die Leistungen der Natur als Rohstofflieferantin und Aufnahmemedium von Schadstoffen werden ignoriert und systembedingte Katastrophen schlagen rechnerisch positiv zu Buche. Doch nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch die Regenerationsfähigkeit des Ökosystems ist durch die zunehmende Industrialisierung der Weltwirtschaft und der Landwirtschaft gefährdet.

Das Unbehagen an den immer deutlicher werdenden Begleiterscheinungen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist nicht neu.² Bemerkenswert ist die von der französischen Regierung 2008 beauftragte Kommission zur Messung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt unter Leitung von Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean Paul Fitoussi. Stiglitz kommentiert den Auftrag: „Es geht um nichts Geringeres als darum, das grundlegende Fortschrittsparadigma für Völker und Staaten zu verändern, weg von der Produktion und hin zu einem auf gerechter Verteilung und Nachhaltigkeit beruhenden Wohlergehen“ (The Measurement of Economic Performance and Social Progress 2009). Im Bericht dieser Kommission finden Ansätze, die zuvor bereits aus der Position der Wohlfahrtsökonomie von Amartya Sen und Martha Nussbaum als Grundlage für den „Human Development Index“ der UNO entwickelt wurden.

Die aktuellen Ansätze zur Neudefinition gesellschaftlicher Wohlfahrt fallen zeitlich mit den immer deutlicher werdenden systemimmanenten Krisen zusammen. Die beiden zentralen Aspekte des Marktversagens – Naturmissachtung und soziale Gleichgültigkeit – stärken weltweit die gesellschaftlichen Strömungen, die alternative Vorstellungen von Wohlfahrt und einem guten Leben vertreten. Begriffe wie postmoderne und postindustrielle Gesellschaft haben nur einen vagen Erklärungswert hinsichtlich dessen, was nicht mehr sein wird, nicht aber, was an seine Stelle

2 William Nordhaus und John Cobb entwickelten Anfang der 1970er Jahre den alternativen Index „Measure of Economic Welfare“ (MEW) der von John Cobb und Herman E. Daly Ende der 1980 Jahre zum „Index of Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) weiter entwickelt wurde. Neben der Einkommensverteilung und der Berücksichtigung der unbezahlten Hausarbeit, bringt der Index die sozialen und ökologischen Kosten und die Verschlechterung der Lebens- und Umweltqualität in Abzug.

treten wird. Deutlicher ist der Begriff, der sich derzeit zögerlich aus der kritischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaft aber auch aus vielfältigen realen Gegenentwürfen zur industriellen Moderne in den öffentlichen Diskurs bewegt, der Begriff „Postwachstumsgesellschaft“, (Seidl & Zahrnt, 2010) der auf objektive Grenzen verweist. Die Tatsache, dass wirtschaftliches Wachstum nicht die Lösung, sondern das Problem ist, setzt alle gesellschaftlichen Bereiche in einen radikal veränderten Bezugsrahmen. Gleichzeitig verdeutlicht der Begriff „Postwachstumsgesellschaft“ die Erfordernisse weitreichender ökosozialer Transformationsprozesse die sich auf grundsätzliche Vorstellungen vom Leben, auf gesellschaftliche Institutionen und soziale Praktiken bezieht. „Damit ist eine Perspektive der Endlichkeit in den linearen Fortschritt eingezogen, die dem modernen Denken fremd, geradezu ungeheuerlich ist. Risiken wandeln sich zurück in Gefahren. Nicht nur die Rohstoffe sind endlich, mit ihnen könnten die großen Errungenschaften der westlichen Moderne zur Neige gehen, als da sind: Marktwirtschaft, Zivilgesellschaft und Demokratie.“ (Leggewie & Welzer, 2009, S. 10). Der Klimawandel ist ein Ausblick auf künftige Lebensverhältnisse und erfordert einen Kulturwandel.

In seiner 1999 veröffentlichten Schrift entfaltet Herman Daly die Idee der Postwachstumsgesellschaft und der Ökonomie der Wachstumsrücknahme. Daly plädiert für Wachstumsrücknahme, da dem wirtschaftlichen Wachstum immer größere Umwelteinbußen, kulturelle und soziale Schäden gegenüberstünden (vgl. Latouche, 2003, S. 3). Die Ökonomie der Wachstumsrücknahme geht aus von einer Reduktion künstlicher Bedürfnisse, der Herstellung gerechter Verteilung und einer effektiveren Ressourcennutzung. Dies bedeutet jedoch nach Daly keine Mangelwirtschaft.

Die Einleitung einer erneuten „großen Transformation“ mit ökosozialen Vorzeichen ist das dringende Gebot des 21. Jahrhunderts. Wenn wir von gesellschaftlicher Transformation sprechen, dann verstehen wir darunter einen intentionalen Prozess geplanter Veränderungen gesellschaftlicher Institutionen und Praktiken, die als unzureichend oder schlecht geregelt empfunden werden. Ökosoziale Transformation meint eine bewusste Umkehrung dessen, was Karl Polanyi 1944 in seinem wirtschaftshistorischen Werk „The Great Transformation“ als Charakteristikum der kapitalistischen

Moderne beschrieben hat, die Entbettung des wirtschaftlichen Systems aus seinen gesellschaftlichen und natürlichen Einbindungen und die sukzessive Umkehr in Form der Herausbildung eines Wirtschaftssystems, welches Natur und Gesellschaft vollständig seiner Verwertungslogik unterwirft.

Ansätze der ökosozialen Transformation verfolgen die Einbettung wirtschaftlicher Aktivitäten in ökologische und gesellschaftliche Zusammenhänge (Eisen, 1998 & 2007). Die Eigenproduktivität der Natur findet dabei Beachtung und die Biosphäre wird nicht nur als Lebensgrundlage der Menschen betrachtet. Bedeutend ist für Ansätze der ökosozialen Transformation die Aufhebung der destruktiven Trennungslogik des Kapitalismus, nämlich der Trennung individueller und kollektiver Belange, der Trennung des Wirtschaftssystems aus seiner Einbettung in Gesellschaft und Biosphäre, der trennenden Externalisierung ökologischer und sozialer Lasten und der Privatisierung der Gewinne sowie der Separierung sozialer Belange in einem gesonderten Bereich, der keine Verbindung zu sozialproduktivem Handeln ermöglicht und dabei die Anspruchsberechtigten diskriminiert. Auch die Trennung lebensweltlicher Belange und Verhaltensweisen von so genannten „wirtschaftlichen Sachzwängen“, bis hin zu Haltungen und Verhalten der Akteure ist Teil des destruktiven Systems.

4. Gemeinwesen als Kontext der Integration

Integration, die Rücknahme funktionaler Differenzierungen und multifunktionale institutionelle Arrangements sind Alternativen zu den Trennungslogiken der kapitalistischen Moderne. Ökosoziale Ansätze basieren auf hybriden Organisationsformen, die verschiedene gesellschaftliche Ziele verbinden und an die Stelle eines „entweder – oder“, ein „sowohl – als auch“ setzen. Genossenschaften sind beispielsweise soziale und wirtschaftliche Institutionen. Engagement in der Urbanen Landwirtschaft oder in einer Zeitbank ist Engagement in eigener und in gemeinsamer Sache und verbindet kulturelle, ökologische, ökonomische und soziale Effekte.

Integrierte Antworten auf sozialpolitische Entwicklungserfordernisse verknüpfen das Recht auf soziale Sicherung und die Option der sozialpro-

duktiven Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Beispiele sind Senioren-genossenschaften, die in Verbindung mit Zeitbanken neue Solidar- und Reziprozitätsformen schaffen und bürgerschaftliches Engagement in eigener und gemeinsamer Sache produktiv machen. Ein weiteres Beispiel ist die Gemeinwesen basierte Bewirtschaftung von Gemeingütern in Form einer Gemeindegensossenschaft, die aktive Teilhabemöglichkeiten erschließt. Sie löst gleichzeitig ein drängendes ökologisches und ökonomisches Gegenwarts- und Zukunftsproblem. Ein Beispiel aus der Umweltpolitik, verbunden mit sozialen und demokratisierenden Effekten im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich, sind Energiegenossenschaften, die in kooperativer Selbstorganisation Kontrolle über die Einspeisung, die Preise und die Gewinnverwendung im Energiebereich gewährleisten.

Aktivitäten auf der Ebene lokaler Gemeinwesen können nationale und globale Dynamiken zwar nicht außer Kraft setzen (Herzberg, 2009, S. 218), doch sind sie in ihrer Bedeutung auch in Bezug auf Prozesse der ökosozialen Transformation mit größerer als nur lokaler Reichweite nicht zu unterschätzen. Lokale und regionale Lebensräume ermöglichen die umfassende Gestaltung in all den Wirkungsbereichen, die örtlich verankert sind. Der Raumbezug hebt die Trennung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Sphären potenziell auf und ermöglicht integrierte Handlungsansätze sowie Lernen für eine ökosoziale Zukunft. Lokales Agieren, z.B. in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Verteidigung von Naturressourcen und Handlungsoptionen kann globale Reichweite³ erzielen. Die Perspektive über die lokale Operationsebene hinaus ist im Konzept Nachhaltigkeit angelegt. Lokale Entwicklung fördert auch die Herausbildung neuartiger lokal-globaler Institutionen in der Weltgesellschaft sowie Transformationsprozesse innerhalb und zwischen Institutionen und gesellschaftlicher Umwelt (Wobbe, 2000).

Der Begriff „Gemeinwesen“ impliziert einen Gegenentwurf zum Menschen- und Gesellschaftsbild der orthodoxen Marktwirtschaft, ihren Rationalitätskriterien und Koordinationsprinzipien (Elsen, 2007, S. 57–78) aber

3 Der Kampf gegen die Patentierung des Saatgutes und zur Erhaltung des „Landwirteprivilegs“ verbindet Bauern weltweit. Bemerkenswert ist die Rede von Vandana Shiva im Bayerischen Rosenheim, wo sie 2008 vor bäuerlicher Bevölkerung und Traditionsvereinen zu diesem Thema sprach.

auch zu einem Staatsverständnis, welches sich auf Wettbewerbs- und Wachstumsförderung sowie Kontrolle und Verwaltung der Bürgerbelange beschränkt. Viel stärker als bisher ist im Kontext der Arbeit am Sozialen das lokale Gemeinwesen als Ort aktiver Teilhabe und Integration, kollektiver Selbstorganisation und nachhaltiger Entwicklung zu betrachten. Ökosoziale Selbstorganisation birgt Lebensmöglichkeiten, welche die Gesellschaften angesichts schwieriger Zukunftsfragen dringend brauchen werden. Optionen eigenständiger Entwicklung sind auch mit Hilfe sozialpolitischer Instrumente herzustellen und zu gestalten.

Professionelle Arbeit am Sozialen müsste heute die ökosozialen Entwicklungserfordernisse einerseits und die Förderung der grundlegenden Fähigkeiten (Capabilities) und Tätigkeiten von Menschen andererseits zum Ausgangspunkt nehmen. Die gesamte Struktur des Gemeinwesens müsste auf diese beiden Eckpunkte hin entwickelt werden. Von zentraler Bedeutung ist die Stärkung der Organisations- und Bewältigungsfähigkeiten von Menschen und die Schaffung von Ermöglichungsstrukturen für ökosoziale Aktivitäten. Dies beinhaltet auch die existenzielle Absicherung. Die Bündelung der Kräfte zu gemeinsamem produktiven Handeln bringt Gemeinwesen neu hervor. Gestaltender Sozialpolitik und Sozialer Arbeit im Gemeinwesen kämen die Aufgaben zu, Optionen zu erschließen und insbesondere mit benachteiligten und verwundbaren Gruppierungen sozialproduktiv zu nutzen. Soziale Experimente sind angesichts einer höchst unsicheren Zukunft Labore für die Erprobung von Politiken der Möglichkeiten.

5. Gemeinwesenökonomie und ökosoziale Transformation

Im Zentrum der ökosozialen Transformationserfordernisse steht die Rückbettung wirtschaftlicher Handlungsvollzüge in den gesellschaftlichen Zusammenhang. Ökosoziale Entwicklung wirft dabei die Frage nach einer Logik eingebundenen Wirtschaftens auf, welches der Erhaltung der sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Evolutionsfähigkeit dient. Aus dieser Perspektive ist Wirtschaften von den Bedürfnissen der Menschen, des Gemeinwesens und der Biosphäre aus zu denken. Die (Re-) Produktion und

Bewirtschaftung des Gemeinwesens ist Kontext, Ziel und Grundlage der vielfältigen Formen der Gemeinwesenökonomie, die Subsistenzwirtschaft, Familienökonomien, Tauschwirtschaft, Gemeinschaftsnutzung, Kooperativen, sozialökonomische Netzwerke und eingebundene Marktunternehmen umfasst. Der Begriff Gemeinwesenökonomie bezieht sich auf das „gemeine Eigene“ (Gemeingüter) und das Gemeinwohl. Er impliziert einen pluralen Eigentumsbegriff und demokratische Formen der Steuerung. Wirtschaften ist ein zentraler Aspekt des Zusammenlebens im Gemeinwesen.

Gemeinwesenökonomien (Elsen, 1997) bewirken Rückbettungen ökonomischer Handlungsvollzüge in territoriale und soziale Zusammenhänge, Lokalisierung und Pluralisierung ökonomischen Handelns, die erhaltende Bewirtschaftung von Lebensgrundlagen sowie die Teilhabe verwundbarer Gruppen und ganzer Weltregionen (Elsen, 2011). Es geht immer auch um die kollektive Produktion von Wissen, die Reduzierung von Abhängigkeiten und die Aneignung und Schaffung von Voraussetzungen für menschliches und soziales Gedeihen (Wright, 2010, S. 11). Dieser Prozess ist von eminenter politischer Bedeutung. Er ist verbunden mit der Herausbildung neuer institutioneller Arrangements und einer neuen Gewichtung des Verhältnisses von Staat, Markt und Zivilgesellschaft.

Im Folgenden stelle ich fünf Ansätze der Gemeinwesenökonomie in den Kontext der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Wachstumswende und reflektiere ihr Potenzial für eine eigenständige lokal-regionale Entwicklung. Sie haben als lokal-regional spezifische Ausprägungen universelle Gültigkeit mit dem Ziel der Stärkung der unteren Arena des Lebens, Produzierens und Zusammenlebens.

1. Genossenschaften als Organisationsmodelle der Postwachstumsgesellschaft
2. (Wieder-)aneignung und community-basierte Bewirtschaftung von Commons
3. Erschließung und Entfaltung von Ansätzen neuer Subsistenz
4. Neue Solidarsysteme für die veränderte Demographie
5. Gemeinwohlökonomie als ökosoziale Einbettung von Unternehmen

Die Ansätze sind nicht neu und für alle lassen sich historische Wurzeln nachweisen, die mit der Entfaltung des Kapitalismus zum Verschwinden gebracht wurden, da sie Gegenentwürfe zur dominanten sozial und ökologisch entbetteten und verantwortungslosen Form des Wirtschaftens darstellen. Sie sind heute, vor dem Hintergrund der Erfordernisse und Möglichkeiten der Postwachstumsgesellschaft, neu zu bewerten und als Beiträge zur Lebenssicherung zu entfalten.

Bei Weitem sind diese Ansätze jedoch nicht ausreichend für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft und sie sind stets gegen die Versuche der Instrumentalisierung und weiteren Enteignung von Menschen und Gemeinwesen zu erwirken und zu verteidigen. Alle Ansätze sind aber Bausteine und Konkretisierungen eines Gesellschaftsentwurfes, in dem die demokratische Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger über ihre Belange, der freie Zugang zu Gemeingütern, solidarische Ökonomien und eine gesicherte Existenzgrundlage zentrale Säulen sind. Dies wäre eine zeitgemäße Weiterentwicklung eines ermöglichenden Sozialstaates mit starken zivilgesellschaftlichen Verankerungen.

6. Genossenschaften als Organisationsmodelle der Postwachstumsgesellschaft

Die Gründung von Genossenschaften vollzog sich stets verstärkt als Reaktion auf die Wahrnehmung von Wirtschaftskrisen (Schwendter, 1986). Betrachtet man die Bereiche, in denen sich die aktuellen Gründungen vollziehen, zeigt sich jedoch eine neue Dimension der Kumulation gesellschaftlicher Unsicherheiten und Bedrohungen sowie eines hohen Transformationsdrucks. Es geht um Zugang zu Krediten für kleine Unternehmen unter den Bedingungen der Finanzkrise, um Zugang zu sozialen und gesundheitlichen Diensten unter Bedingungen des sozialstaatlichen Abbaus, um Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge, insbesondere Lebensgütern (z.B. Wasser) unter Bedingungen der Privatisierung sowie um eine gesicherte Versorgung der lokalen Bevölkerung in weitgehender Eigenständigkeit und unabhängig von den Unsicherheiten des Weltmarktes (Campbell et al., 2007). Einen starken Impuls

erfährt die neue Welle der genossenschaftlichen Selbstorganisation durch das wachsende Bewusstsein der Zivilgesellschaft für die überlebensnotwendige ökosoziale Transformation zur Bewältigung des Klimawandels und der bevorstehenden Knappheit an lebenswichtigen Ressourcen (Dobkowski & Wallimann, 2002 & 2004). Genossenschaften eignen sich als Vorreiter einer anderen Modernisierung, die nicht von Kapital- und Wachstumsinteressen, sondern von der Verantwortung für die Erhaltung der Gesellschaften und ihrer Lebensgrundlagen dominiert wird.

Sie erwiesen sich in der Geschichte und sie erweisen sich heute in vielen Weltregionen als Organisationsformen der ökosozialen Transformation und Entwicklung. Als soziale und ökonomische Gemeinschaftsformen entstehen sie nicht ohne Grund weltweit neu. Ihr besonderes Potential liegt in der Mischung von Kultur- und Strukturelementen verschiedener gesellschaftlicher Handlungslogiken und der Herausbildung sozial eingebundener und bedarfsspezifischer Lösungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Ihr Aktionsradius ist überwiegend lokal und regional, was sie für alle Ansätze nachhaltiger Entwicklung interessant macht. Aus diesem Grund sind sie gerade auch für die lokale und regionale Versorgung und die Bewirtschaftung von Gemeingütern geeignet.

In Italien (seit 1947) und in Bayern (seit 1946) genießt die Förderung von Genossenschaften Verfassungsrang. Nach Jahrzehnten des Siegeszuges der neoliberalen Ökonomie scheinen sie in Deutschland jedoch aus dem historischen Gedächtnis verschwunden. In der Krise besinnt man sich nun wieder auf diese klassische Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsweise. Das ökonomische Potential der Genossenschaft liegt in der Möglichkeit der Bündelung von Kräften, der tendenziellen Ausschaltung des Marktes durch die Mitgliederwirtschaft und das Identitätsprinzip. Wertschöpfung und Wertverteilung folgen der Zweckbestimmung, die von den Mitgliedern definiert wird, und sie sind nicht dominiert von Investoreninteressen. Genossenschaften können auch demokratische Organisationsmodelle für die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Belange im Rahmen lokaler und regional vernetzter Demokratien sein. Ihre aktuellen Neuentwicklungen sind nicht zu verstehen als Rückfall vor die Moderne, sondern als Vorgriff auf Wege in eine andere Moderne (vgl. Pankoke, 2000, S. 189 f.).

Hermann Schulze-Delitzsch (*1808) ist der Ideengeber für genossenschaftliche Gründungen im Kleingewerbe sowie der Kooperationen kleiner Unternehmen, die sich durch ihre Zusammenarbeit im Markt stärken und über gegenseitige Unterstützungsleistungen stabilisieren. Diese Idee wurde in vielen Weltregionen umgesetzt und sie gewinnt ihre heutige Aktualität unter den Bedingungen des Wettbewerbs im Weltmarkt, der Marktkonzentration, der Finanz- und Kreditkrise sowie der Erfordernisse der Re-Lokalisierung wirtschaftlicher Schlüsselbereiche. Genossenschaftsgründungen im produzierenden Gewerbe können in Entwicklungs- und Transformationsländern den Schritt vom informellen Sektor in den Markt bahnen. In Industrieländern ermöglichen sie, insbesondere arbeitsintensive Bereiche für lokale Märkte zu erschließen oder lokales Wirtschaften synergetisch zu organisieren. Ein erfolgreiches Beispiel ist der schweizerische Kooperationsring WIR, der seit fast 100 Jahren erfolgreich agiert.

Die Idee Friedrich Wilhelm Raiffeisens (*1818) als Begründer von „Selbsthilfegenossenschaften“ mittelloser Menschen ist weltweit bekannt. Durch die Bündelung ihrer Kräfte als Produzentinnen und Produzenten, Konsumentinnen und Konsumenten, erreichen arme Menschen gemeinsam Ziele, die sie alleine nicht erreichen könnten. Diesen Hintergrund haben Produktiv- und Konsumgenossenschaften überall auf der Welt. Die Idee gewinnt heute an Aktualität für indigene Gruppen, die ihre traditionelle Produktionsweise erhalten und gegen Fremdinteressen schützen wollen ebenso wie für Produzentinnen und Produzenten in der biologischen Landwirtschaft in Industrie- und Transformationsländern. Auch lokale Kleinkreditbanken und Sparvereine realisieren heute weltweit die Ideen, die Raiffeisen vor mehr als 150 Jahren im Westerwald umsetzte.

Die „redlichen Pioniere von Rochdale“ begründeten 1844 sozialreformerische Genossenschaftsverbände, die auf die Nöte und Bedürfnisse der Bewohner eines Gemeinwesens reagierten und in Formen wirtschaftlicher Kreisläufe gemeinwohlorientiert wirkten. Im Fall der Pioniere von Rochdale bildete eine Konsumgenossenschaft den Entwicklungskern für weitere Gründungen von Produktiv- und Wohnungsgenossenschaften und die Einrichtung von Schulen, Sport- und Kulturorganisationen. Dieses Modell könnte Pate stehen für die Verwendung der Erlöse einer gemeinwohlorientierten Organisation

der Commons in Form eines kooperativen Trusts. Einige der neuen Bürgergenossenschaften im Energiebereich arbeiten nach diesem Muster der Genossenschaften für die Gemeinwesenentwicklung. Sie erzeugen und vertreiben regenerative Energien, bestimmen den Preis und lassen den Gewinn den Nutzern und dem Gemeinwesen zu Gute kommen, indem sie einen „Sozial-Agio“ abführen.

Wohnungsgenossenschaften entstanden Ende des 19. Jahrhunderts aus sozialpolitischen Erwägungen und Wohnungspolitik war Sozialpolitik bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Wohnungsgenossenschaften stellten nicht nur bezahlbaren und langfristig nutzungsgebundenen Wohnraum für die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung, sondern sie waren auch immer Akteure der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung.⁴ Unter den Bedingungen wachsender öffentlicher Armut und demographischer Veränderungen, (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2007) werden nun Wohnungsgenossenschaften in ihrer Bedeutung als Entwicklungsakteure des Gemeinwesens neu entdeckt.

Seit Erlass des Gesetzes zur Regelung von Sozialgenossenschaften 1991 (Luzzatti, 1992, S. 18 f.) in Italien sind zahlreiche Kooperativen im Gesundheits- und Sozialbereich oder Produktivgenossenschaften mit beschäftigungsorientierten und ökologischen Zielsetzungen entstanden. Sie arbeiten in der Landwirtschaft, im Handwerk, in Industrie und Handel. Im Verwaltungsrat der Kooperative müssen 30 % der Sitze von Angehörigen der benachteiligten Zielgruppen besetzt sein.⁵ In den ersten zehn Jahren nach Inkraft-Treten des Gesetzes Nr. 381/91 wurden ca. 6000 Genossenschaften mit sozialer Zielsetzung gegründet, in denen rund 147.000 Personen hauptamtlich tätig waren (Centrostudi Legacoop, 2006). Diese demokratischen Organisationsformen sind auch aus der Perspektive der Emanzipation benachteiligter Menschen in der Kultur der „Independent-Living-Bewegung“ von Interesse, da sie Alternativen gegenüber wohlfahrtsstaatlicher Bevormundung darstellen. Spanien, Frankreich und Großbritannien fördern

4 Bemerkenswert z.B. die genossenschaftlichen Wohnbauten und ihre Infrastruktur in Wien

5 Als solche gelten Langzeitarbeitslose, Haftentlassene, Menschen in sozial benachteiligten Lebenssituationen, Psychiatrieerfahrene etc.

kooperative Gründungen und Übernahmen aus beschäftigungspolitischen Erwägungen (Raimbeau, 2007, S. 4 f.).

Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften sind in besonderer Weise geeignet, in ländlichen Strukturen sowie zwischen städtischen Gebieten und dem ländlichen Umfeld die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Sie gewährleisten ökologisch nachhaltige Produktion, was nach zahlreichen Lebensmittel-skandalen auf wachsendes Interesse stößt. In der Vermarktung landwirtschaftlich produzierter Nahrungsmittel kommen 70 bis 80 % des Preises, den der Verbraucher zahlt, dem Einzel-, Zwischen- und Großhandel zugute. Die genossenschaftliche Organisation des Absatzes im regionalen Raum ermöglicht die Ausschaltung dieses Mittelabflusses, der insbesondere kleine Produzenten belastet. Direktvermarktung und lokale Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte gewinnen an Bedeutung. Die systematische Verknüpfung von Erzeugern, weiterverarbeitendem lokalen Handel und Verbrauchern kann eine wirksame Strategie zur Stärkung der lokalen und regionalen Ökonomie sein. Denkbar ist die Förderung durch regionale Komplementärwährungen oder das System der Community Supported Agriculture (CSA) (Eisen, 2007, S. 288 f.). Auf einer vergleichbaren Konstellation der Verbindung von Nachfragenden und Anbietenden basieren Assistenzgenossenschaften im Bereich der haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Diese Formen werden für ein selbstbestimmtes Leben im Alter an Bedeutung gewinnen.

Gemeinwesenökonomische Verbände binden im lokalen und regionalen Raum Unternehmen, Initiativen und Einzelakteure in ein strategisches und normatives Netz ein, um so den Prozess der ökosozialen Transformation und die Entwicklung von Alternativen vor Ort zu fördern. Die Transaktionen zwischen den Beteiligten und damit die lokal-regionale Wertschöpfung werden über Alternativwährungen und Kleinkredite gestärkt. Beispielhaft ist die Initiative ViaVia in Basel und die Regiostar-Initiative im Berchtesgadener Land.

Die Ziele und Entstehungskontexte dieser Gründungen machen deutlich, dass eine Bewertung nach den einseitigen Kriterien von Wirtschaftsprüfungen, auch von Genossenschaftsprüfungen, wie sie vom deutschen Verband der

Genossenschaftsbanken (DGRV, 2005) definiert werden, der Spezifik der kooperativen Wirtschaftskultur und den gesellschaftlichen Effekten nicht gerecht werden kann. Die französische „unions d'économie sociale“ regelt seit 1984 Umfang und Zweck der Genossenschaftsprüfungen in einer umfassenden Weise und bewertet neben den wirtschaftlichen und mitgliederbezogenen auch die gesellschaftlichen Effekte mit einer differenzierten Form der „gesellschaftlichen Bilanzierung“ (bilan sociétal). Die zentralen Fragen richten sich auf die soziale und ökologische Relevanz der kooperativen Unternehmen in der „Économie Sociale et Solidaire“ (Münkner, 2009, S. 271–285).

7. (Wieder-)aneignung und Bewirtschaftung von Commons

Mit der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom im Jahr 2009 haben die ökosozialen und solidarökonomischen Bewegungen unerwarteten Rückenwind erhalten.⁶ Elinor Ostrom war die bedeutendste Vertreterin des „Commons“ – Ansatzes. Die (Wieder-) Aneignung, Erhaltung und Bewirtschaftung der Commons (Gemeingüter), könnte die praktische Voraussetzung für ein solidarisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem schaffen (Henning, 2010, S. 42–45). Commons sind das gemeinsame natürliche und kulturelle Erbe einer (spezifischen) Gemeinschaft. Zu ihnen zählen nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, Wasser, Boden, Wälder, Fischgründe, Luft, Landschaften, Artenvielfalt etc., sondern auch soziale Organisationsformen wie öffentliche Räume, Daseinsvorsorge, Sozialversicherungssysteme, Gesetze und Vieles mehr. Zu den kulturellen Gemeingütern zählen Bildungs-, Wissens- und Kommunikationsformen, Sprache, Riten, Traditionen etc.. „Commons“ (das „gemeine Eigene“) sind die materielle und immaterielle Basis von Community (Gemeinwesen) (Elsen, 2007, S. 105 ff). Sie bilden die Grundlage produktiver, reproduktiver und kreativer Prozesse des Gemeinwesens.

Der gesicherte Zugang zu diesen Grundlagen für alle, unabhängig von ihrer Kaufkraft, ist von höchster sozialpolitischer Bedeutung und die erhaltende

6 Elinor Ostrom (gest. 2012) war Professorin für Politikwissenschaften an der Indiana University, Bloomington.

Bewirtschaftung lokal-regionaler Ressourcen ist eine Voraussetzung nachhaltiger ökologischer und ökonomischer Entwicklung. „Die Fragmentierung und Einzäunung unserer Umgebung haben die gewaltsame Loslösung von immer mehr Menschen aus dem Netz, das uns trägt, mit sich gebracht“ (Helfrich, 2009, S. 15). Die erhaltende Nutzung von Gemeingütern braucht sozialen Zusammenhalt und Bürgerinnen und Bürger, die ihre ökosozialen Rechte mit der Übernahme von Pflichten verbinden. Insofern ermöglichen und produzieren Gemeingüter auch soziale Kohäsion und schaffen dadurch Gemeinwesen. Die Qualität der Beziehung zwischen den Mitgliedern der nutzenden Gemeinschaften und zwischen diesen und den Lebensressourcen ist Schlüssel zur Entwicklung eines nachhaltigen Lebensmodells.

Die Verfügung über und Bewirtschaftung von Gemeinressourcen ist ein historisch und aktuell hart umkämpftes Terrain. Der gesellschaftliche Enteignungsprozess wird mit dem Argument effektiverer Nutzung und Produktivität durch marktförmige Bewirtschaftung gerechtfertigt. Gemeingüter sind immer produktiv. Die Frage ist jedoch, zu wessen Gunsten. Die Abhängigkeit der Menschen vom Zugang zu diesen Ressourcen garantiert Investoren hohe, langfristige und sichere Renditen. Gemeingüter müssen dafür allerdings der Allgemeinheit enteignet und zu veräußerbarem Privateigentum gemacht werden. Die Versuche, freie Ressourcen der Verwertung im Markt zu unterwerfen, werden immer massiver. Die Patentierung von Lebewesen ist neben der Privatisierung von Wasser und der Aneignung von Boden derzeit weltweit die am heftigsten umkämpften Enteignungen von Gemeingütern, denn es handelt sich um Überlebensgüter (life goods).

Die aktuelle Wiederentdeckung der Commons ist eine Kampfansage gegen den Privatisierungswahn und die bizarren Formen der Plünderung und Enteignung von Menschen und Gemeinwesen (Helfrich, 2012). Es ist ein Plädoyer für Überlegungen über eine nachhaltige Wirtschaftsordnung, in deren Zentrum die Lebensqualität des Gemeinwesens, die Evolutionsfähigkeit der Natur und der Zugang zu den Voraussetzungen eines gelingenden Lebens von Menschen stehen. Gemeingüter basieren auf öffentlichen oder gemeinschaftsbasierten Formen des Nutzungseigentums, welche nicht ausschließen, sondern den Zugang und nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten sichern. Das Recht auf Zugang zu den grundlegenden Gemeingütern folgt der Prämisse

sozialer Gleichheit und die Teilhabe am Erbe der Natur sowie der soziokulturellen Evolution ist ein grundlegendes Menschenrecht. Der britische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm (gest. 2012) stellt dieses Recht in den Kontext der ökosozialen Krise, deren Risiken prinzipiell alle Menschen betreffen. Der marktunabhängige Zugang zu Ressourcen werde unumgänglich sein, um der drohenden Krise die Spitze zu nehmen (Hobsbawm, 2001).

Die Privatisierung von Gemeineigentum wird mit der Gefahr des Raubbaus und der mangelnden Sorge der Nutzenden begründet. Ein Beispiel ist die Übernutzung gemeinschaftlichen Weidelandes. In diesem Zusammenhang wird von der „Tragik der Commons“ gesprochen (Hardin, 1968, S. 1243–1248). Die Übernutzung endlicher Ressourcen ist tatsächlich eine Gefahr, sofern die Nutzung keinen Regeln unterliegt. Doch die Prämisse, Menschen würden nur ihren individuellen und kurzfristigen Nutzenüberlegungen folgen und deshalb Raubbau an Gemeingütern betreiben, entspricht der fehlerhaften Denkfigur des „homo oeconomicus“, die den sozialen Kontext ökonomischen Handelns, die Regeln des Zusammenlebens im Gemeinwesen und die vielfältigen Motive wirtschaftlicher Akteure negiert.

Elinor Ostrom weist als Antwort auf diese Argumentationen auf die Notwendigkeit eines Gemeineigentumsregimes hin (Ostrom, 2009, S. 218–229). Dies bedeutet, dass die nachhaltige Nutzung der Commons wirksame institutionelle Arrangements erfordert, die der Einbindung in die Community Rechnung tragen. Die erfolgreiche Organisation von Gemeingütern beruht nach den langjährigen und weltweiten Untersuchungen Ostroms auf acht Design-Prinzipien. Dazu gehören eindeutige und akzeptierte Grenzen zwischen legitim Nutzenden und Nichtnutzern, Sanktionen bei Verstößen gegen vereinbarte Regeln, ein präzises Monitoring der Ressourcen und der Nutzer, lokale Arenen für schnelle Konfliktlösungen und ein Mindestmaß an Rechten der Gemeinschaft, sich eigene Regeln zu geben (Stollorz, 2011, S. 65). Ostrom weist nach, dass nicht nur private oder öffentliche Eigentumsformen, sondern eine Vielzahl von regelbasierten Mechanismen existieren, die eine effektive und nachhaltige Verwaltung der Gemeingüter gewährleisten. Bürgerinnen und Bürger seien die zentralen Akteure der polyzentrischen Verwaltung natürlicher Ressourcen. Es bedürfe der Schaffung von Institutionen, die Reziprozität, Vertrauen und Verantwortungsübernahme im Kontext

des bürgerschaftlichen Engagements für gemeinsame Belange erleichtern, da das Verhältnis der Nutzenden zu den Ressourcen wesentlich für eine verantwortliche und gerechte Verwaltung der Gemeingüter sei.

Der Gemeingüterbegriff verweist also auf eine Mit-Besitzerbeziehung, die zugleich eine Mit-Verantwortungsbeziehung und Mit-Nutzerbeziehung ist (Helfrich, 2009, S. 252). Diese Überlegung zu verantwortlichen Nutzergemeinschaften legt für die Verwaltung endlicher Naturressourcen, insbesondere Wasser und Boden, ebenso wie für die Organisation von Kultur, Bildung, Freizeit, Gesundheit und Sozialem, genossenschaftliche Formen nahe, in denen Bürgerinnen und Bürger gestaltend mitwirken. Ein demokratisches Modell der Verwaltung von Gemeingütern sind kooperative Stakeholderformen, die aus verschiedenen Nutzergruppen eines Gemeinwesens zusammengesetzt sind. Menschen, die im Dilemma der drohenden Übernutzung gemeinschaftlicher Ressourcen stecken, brauchen insbesondere Arenen kollektiven Lernens, in denen sie miteinander Lösungen für die Organisation gemeinsamer Belange aushandeln und erproben können.

Gemeingüter können Basis und Ergebnis einer solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden. Die Wiederaneignung der Gemeingüter ist mit der Kultur und Praxis der Gemeinwesenökonomie zu verbinden und als materielle und kulturelle Grundlage eines zukunftsfähigen Gemeinwesens zu gestalten. Diese Perspektive stellt Community Development und Community Organizing in einen zukunftsorientierten Bezugsrahmen.

8. Erschließung und Entfaltung von Ansätzen neuer Subsistenz

In enger Verbindung mit der Frage der Wiederaneignung und Bewirtschaftung der Commons steht die facettenreiche Bewegung zur Entwicklung von Ansätzen neuer Subsistenz. Im weiteren Sinne lassen sich darunter alle neuen Formen des freien Engagements zur eigenen und gemeinsamen Lebenssicherung und generell Formen marktunabhängiger sozialer Produktivität verstehen. Dazu gehören z.B. handwerkliche und künstlerische Eigenarbeit, familiäre und überfamiliäre Sorgearbeit, neue Solidarsysteme auf

Gegenseitigkeit und urbane Landwirtschaft als derzeit stärkste Bewegung. Ansätze neuer Subsistenz verbreiten sich derzeit weltweit. Selbsterntegärten und Bauerngärten boomen, die Bewegung der Interkulturellen Gärten wächst weiter, Nachbarschaftsgärten, Kiezzgärten und Gemeinschaftsdachgärten entstehen und vernetzen sich untereinander (Urban Agriculture). Urbane Landwirtschaft ist Symbol und realer Beitrag der Gestaltung der Postwachstumsgesellschaft, die einerseits eine stärkere Unabhängigkeit von Markt und Staat anstrebt, andererseits auf Grundlagen der eigenständigeren Lebenssicherung angewiesen ist.

Die Münchener Sozialwissenschaftlerin Christa Müllerkonzipt, fördert und dokumentiert seit vielen Jahren Ansätze der Eigenarbeit und der neuen Subsistenz, insbesondere die Bewegung der urbanen Landwirtschaft. Was sich in den letzten Jahren mitten in unseren Städten ereignet, ist, so Müller, aufsehenerregend. In Berlin bauen junge Großstadtmenschen Seite an Seite mit türkischen Alteingesessenen am Kreuzberger Moritzplatz Gemüse in Bäckerkisten und ausgedienten Reissäcken an. Die ersten Berliner Parks werden von Anwohnerinnen und Anwohnern übernommen und in Eigenregie betrieben, Gemüsebeete inklusive. Der Berliner Senat sah sich nicht mehr in der Lage, die zahlreichen Parks und öffentlichen Gärten zu pflegen. Die Übertragung an die Bürgerinnen und Bürger war eine kluge Lösung, die jedoch auch von wachsender öffentlicher Armut zeugt und bereits Teil neuer Bewältigungsstrategien privater Armut ist. Dies gilt nicht nur für Berlin. Während neue Gemeinschaftsgärten seit Ende der 1990er Jahre insbesondere der Förderung der interkulturellen und intergenerativen Koexistenz in der Stadt dienten oder auch therapeutische und sozialkulturelle Ziele verfolgten, rückt zunehmend der Beitrag zur Existenzsicherung einer wachsenden Armutsbevölkerung in das Zentrum der Gartenbewegung.

Eine Romantisierung ist also unangebracht. Doch die vielfältigen Möglichkeiten gemeinsamer Alltagsbewältigung oder der Aneignung produktiver Räume ist ein zentraler Aspekt ökosozialer Entwicklung und unter sozial- und umweltpolitischer Sicht ein großes Potenzial, welches in Verbindung mit einer bedingungslosen Grundsicherung zu denken wäre. Interessant erscheint mir, dass diese Bewegung der sozialproduktiven Eigenarbeit kulturelle, soziale

und generative Grenzen überschreitet und auch deshalb Gemeinwesen neu entstehen lässt.

9. Neue Solidarsysteme für die veränderte Demographie

Die aktive Gestaltung einer alternden Gesellschaft kann Schritte in die Postwachstumsgesellschaft eröffnen. Wenn es einen wirksamen Ansatz zur Beförderung des Paradigmenwandels gibt, so ist es sozialproduktives Tätigsein im Sinne dessen, was André Gorz als Konsequenz des Abschieds von der Einseitigkeit der Erwerbsarbeitsgesellschaft konzipiert hat: die multiaktive Tätigkeitsgesellschaft (Gorz, 2000, S. 15). Alter bedeutet nicht nur Hilflosigkeit, Pflegebedürftigkeit und soziale Last. Es bedeutet auch Wissen, Handlungsbereitschaft, Erfahrung und eine relative Zeitsouveränität. Die heute älteren Menschen sind in ihrem Funktionsstatus, ihren Fähigkeiten und ihrer sozialen Engagementsbereitschaft nicht zu vergleichen mit jenen, die noch vor wenigen Jahrzehnten in diesem Lebensabschnitt standen (Dietzel-Papakyriakou et al., 2007, S. 49–70). Sie sind nicht zu reduzieren auf ihren Bedarf an Sorge und Pflege, sondern sie sind wahrzunehmen als Menschen auf der Suche nach sozialproduktiven Handlungsoptionen.

Es geht bei der Bewältigung der veränderten demografischen Lage nicht nur um die Frage der Finanzierung von Renten und Pflegekosten, sondern um einen tief greifenden Paradigmenwandel in Bezug auf nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Ins Zentrum rückt die Frage, was Menschen für ihr Leben und das Zusammenleben im Gemeinwesen wirklich brauchen, Fragen der nähräumlichen Versorgung, der sozialkulturellen Einbindung, der Möglichkeiten von Teilhabe und sozialproduktiver Tätigkeit, der guten Nachbarschaft und des Verbleibs in der vertrauten Wohnumgebung, kurz Fragen der Lebensqualität. Die ökologische Gerontologie zeigt, dass die Qualität von Nachbarschaft, Wohnbereich und Nahraum für ältere Menschen an Bedeutung gewinnen und ihre sozialen Funktionen verändern (Beetz, 2007, S. 247). Die berechtigte Angst vor Armut, Einsamkeit und Fremdbestimmung im Alter einerseits, und die Engagementbereitschaft und Experimentierfreude von älteren Menschen andererseits, stehen hinter den Gründungen von Senio-

rengenossenschaften aber auch anderer kooperativer und experimenteller Formen des Lebens und Wohnens in der alternden Gesellschaft. Sie sind in die Lebenswelten eingebunden und basieren auf Reziprozität (Elsen, 2003, S. 57–79). Das genossenschaftliche Identitätsprinzip und das Demokratieprinzip gewährleisten Selbstkontrolle, Selbstorganisation und Selbstbestimmung in Fragen, die tief in das persönliche Leben der Betroffenen reichen. Kern der Seniorengenossenschaft bilden generationsübergreifende Zeitbanken (Lietaer, 2002, S. 326). Zeit hat dabei die gleichen Funktionen wie Geld: sie ist Tauschmedium, Recheneinheit und Mittel der Wertaufbewahrung. Gegenüber dem gesetzlichen Zahlungsmittel hat sie jedoch einige Vorteile: Sie ist wertstabiler, denn Zeit gewinnt oder verliert nichts über eine längere Phase. Zins und Inflation können einem Zeitguthaben nicht schaden oder zusätzlich nutzen.

Alle Menschen verfügen über Zeit, auch und besonders diejenigen, die wenig Geld haben und ihr Arbeitsvermögen im monetarisierten Markt nicht einbringen können. Durch Zeit können auch Arbeiten für private und öffentliche Auftraggeber im Gemeinwesen erschlossen werden, für die kein Geld vorhanden ist. Nicht zuletzt fördern die Möglichkeiten der Zeitwährungen die Bildung und Nutzung von Human- und Sozialkapital. Sie beruhen auf Reziprozität und dem Vertrauen in Fähigkeiten, die jeder Mensch besitzt, die er selber weiterentwickelt und die andere nutzen können (Elsen, 2007, S. 248 ff). Gerade im Bereich von häuslichen und personenbezogenen Dienstleistungen, sind Seniorengenossenschaften auf der Basis von Zeitbanken interessant. Sie stellen eine Alternative zu den Angeboten der „Pflegerwirtschaft“ dar und implizieren eine Kritik an „sozialtechnokratischer Professionalisierung“, die Laienkompetenzen diskreditiert (Offe & Heinze, 1999).

Ein gelungenes Beispiel: Die Seniorengenossenschaft Riedlingen wurde im Mai 1991 gegründet. BürgerInnen unterstützen hilfebedürftige alte Menschen zuverlässig und erheblich preiswerter als professionelle Anbieter der Pflegerwirtschaft. Die aktiven Mitglieder selber haben dadurch zahlreiche Vorteile. Sie arbeiten für die gemeinsame Idee: Altern in Würde und im vertrauten sozialen Umfeld. Sie liefern Essen aus, bereiten das Frühstück zu, bringen Hilfebedürftige zum Arzt oder in die Tagespflege. Die Genossenschaft

vermittelt barrierefreie Wohnungen und bietet dort einen professionellen Pflegedienst an. Bei der Gründung waren es 20 Personen, die sich als aktive Helferinnen und Helfer betätigten. Heute hat die Genossenschaft 654 Mitglieder und 113 aktive Helferinnen und Helfer. Die Mitwirkenden haben die Wahl unterschiedlicher Honorierungsmöglichkeiten: Sie erhalten entweder einen Stundenlohn in Geld oder sie lassen sich die geleistete Zeit auf ihr Stundenkonto gutschreiben.

Dieses Modell passt für eine kleine Gemeinde wie Riedlingen, mit ihren 10.000 EinwohnerInnen (Friemel, 2010, S. 123–127). Die Elemente: Nahraumversorgung, Bürgerschaftliches Engagement, monetäre Entlohnung und Zeitwährung in Kombination mit professionellen Diensten und baulich-räumlichen Anpassungen sind jedoch auch in urbanen Strukturen als Lösungsansätze kombinierbar. Die Bewältigung der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft kann, wie eine Frischzellenkur zugunsten innovativer gesellschaftlicher Entwicklung wirken.

Ein weiteres Beispiel: Bevor Mario Tommasini, ehemaliger Sozialdezernent von Parma in einem Bergdorf der Emilia Romagna ein utopisch anmutendes Projekt zur Ansiedlung alter Menschen begann, lebten dort noch dreißig BewohnerInnen, überwiegend alte. Weil es Arbeit nur in der Landwirtschaft gab schrumpfte Tiedoli bereits seit den 1930er Jahren. Das Dorf verfiel und viele Häuser standen Ende der 1990er Jahre leer (Deutsch, 2006). Tommasinis Engagement galt immer der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung. So wie er sich erfolgreich für die Schließung der psychiatrischen Anstalten einsetzte, machte er sich für die Schließung von Altenheimen und die Entwicklung von lebenswerten Alternativen stark. Die Wahl des Ortes Tiedoli bot äußerst schwierige Voraussetzungen – sowohl baulich-räumlich als auch bezogen auf die verbliebene Restbevölkerung. Diese Wahl vollzog Tommasini bewusst, um zu zeigen, dass auch unter schwierigen Bedingungen lebenswerte, intergenerative Lösungen möglich sind, wenn man dies will. Kooperativen haben in der Emilia Romagna eine lange Tradition und die oben beschriebenen fördernden Strukturen. Die leer stehenden Häuser wurden mit Unterstützung der Sparkassenstiftung altengerecht saniert. Die Sozialgenossenschaft „Aurora“ mit über zwölfhundert haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, leistet die Betreuungsarbeit. Auch das Ziel,

jüngere Menschen zur Rückkehr nach Tiedoli zu bewegen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, konnte erreicht werden. Das Dorf ist heute Reiseziel vieler Menschen aus Europa, die eine Alternative zur Aussonderung in Altenheimen suchen. Was können wir daraus lernen? Ein Dorf, in dem alte Menschen neue Arbeits- und Lebensformen entwickeln, ist auch interessant für Junge. Es kann zum Impulsgeber gesellschaftlicher Experimente und Innovationen in allen Bereichen werden. Es braucht dafür Visionäre und Menschen, die ihre Visionen teilen, und politisch-administrative Strukturen, die solche Ansätze ermöglichen und aktiv fördern.

10. Gemeinwohlökonomie als ökosoziale Einbettung von Unternehmen

Die Gemeinsamkeit der in diesem Beitrag diskutierten Ansätze ökosozialer Transformation besteht in der Rückbettung ökonomischer Handlungsvollzüge in den gesellschaftlichen Zusammenhang. Ausgehend von Polanyis Analyse des Prozesses der gesellschaftlichen Entbettung des Wirtschaftssystems (Polanyi, 1995) als Kennzeichen der kapitalistischen Modernisierung, ist die systematische und schrittweise Umkehrung in Form der bewussten Rückbettung eine wirksame Strategie.

Der österreichische Sozialwissenschaftler Christian Felber hat das Konzept der „Gemeinwohlökonomie“ entwickelt und in den vergangenen Jahren zahlreiche Unternehmen in einen Prozess der Neudefinition und Neugestaltung des Wirtschaftens im gesellschaftlichen Kontext einbeziehen können (Felber, 2012). Felbers Konzept ermöglicht praktische und überprüfbare Schritte hin zu einer ökologisch und sozial verantwortlichen Wirtschaftsweise. Die beteiligten Unternehmen, die lokal-regional zusammenarbeiten und überregional vernetzt sind, bilden nach nur kurzer Zeit eine soziale Bewegung und einen intensiven Lern- und Transformationskontext in verschiedenen Bereichen:

- Im wirtschaftlichen Bereich entwickeln sie konkrete Alternativen nach klaren Kriterien sozialer und ökologischer Verantwortung. Diese sind anwendbar auf Unternehmen verschiedener Größen und Rechtsformen.

- Auf politischer Ebene strebt die Bewegung steuer- und förderrechtliche Veränderungen sowie sozialpolitische Ziele an,
- Auf gesellschaftlicher Ebene ist die Bewegung eine Initiative für Bewusstseinsbildung, kollektives Lernen und Systemwandel durch achtsames Handeln möglichst vieler Menschen und Organisationen.

Die Gemeinwohlbilanz ist das „Herzstück“ der Gemeinwohl-Ökonomie. Unternehmenserfolge werden nicht am finanziellen Profit alleine gemessen, sondern an Indikatoren, die den Beitrag des Unternehmens zum allgemeinen Wohl messen, denn der Bilanzgewinn alleine sagt nichts über die eigentlichen Ziele des Wirtschaftens aus: Schaffung von Nutzwerten, Bedürfnisbefriedigung, Teilhabe aller, Verteilungsgerechtigkeit, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit usw. Die zugrunde liegende Gemeinwohl-Matrix integriert mehrheitsfähige Grundwerte – Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung und bezieht diese auf die konkrete Firmenpraxis. Berücksichtigt werden dabei alle Anspruchsberechtigten des Unternehmens, also Rohstoffproduzenten, Beschäftigte, Zulieferer, Kunden, Geldgeber, Gemeinwesen, zukünftige Generationen und Natur. Die an den Schnittstellen formulierten Gemeinwohlkriterien sind messbar und mit Punkten versehen.

Die Gemeinwohlbilanz dient in erster Linie dem Unternehmen selbst. Gleichzeitig soll sie Standortbestimmung und Ausgangspunkt eines nachhaltigen, organisationalen und gemeinschaftlichen Lernprozesses sein. Die Arbeit an der Gemeinwohlbilanz wird als unternehmensinterner und peergruppenorientierter Prozess gestaltet. Die Zuteilung der Gemeinwohlpunkte muss mit Fakten unterlegt sein. Dieser Prozess des gemeinsamen Aushandelns und Lernens sowie der regionalen und überregionalen Vernetzung auch auf dieser Ebene bietet eine gute Basis des Umdenkens und Umsteuerns als Kern ökosozialer Transformation.⁷ Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften, so die Pioniere, soll öffentlich anerkannt sowie finanziell und strukturell unterstützt

⁷ Die derzeit stärkste Gruppe der Gemeinwohlunternehmer ist die Gruppe in Südtirol, die von TERRA-Institute Brixen begleitet wird. Die Autorin als wissenschaftliche Begleiterin konnte den Entwicklungsprozess verfolgen.

werden. Dies bedeutet eine politische Weichenänderung in der Subventions- und Fiskalpolitik als zentrale Politikbereiche einer Nachhaltigkeitspolitik. Gemeinwohlökonomie verbindet wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele innerhalb des Wirtschaftssystems. Würde sie zum Maßstab wirtschaftspolitischer Entscheidungen und Förderstrukturen, könnte sie maßgeblich zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitspolitik beitragen. Sie ist nicht vergleichbar mit dem, was unter „Corporate Social Responsibility“ (CSR) verstanden wird (Elsen, 2007a, S. 36 ff) und eine Rückkehr der Almosenkultur repräsentiert.

Aus sozialpolitischer Perspektive ist diese Bewegung und der generelle Zugang einer Rückbettung gesellschaftlicher Belange in Unternehmenspraxis sowie einer Demokratisierung des wirtschaftlichen Bereiches bemerkenswert, denn eine der fatalsten Entwicklungen der kapitalistischen Moderne ist die Trennung sozialer und politischer Belange aus dem ökonomischen Kontext, verbunden mit einer rein flankierenden Sozialpolitik, die die, welche aus dem ökonomischen System ausgesondert oder erst gar nicht zugelassen werden, fürsorglich und meist repressiv behandelt.

11. Abschließende Überlegungen

Wenn Ressourcen knapper werden, wird ihre erhaltende Nutzung und ihre gerechte Verteilung zu einer zentralen sozial-, umwelt- aber auch wirtschaftspolitischen Fragestellung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Suffizienz, genug für alle und Effizienz, die bestmögliche erhaltende Nutzung knapper Ressourcen, sind Maßstäbe, an denen gesellschaftliche Praktiken und soziale Institutionen zu messen sind. Dies bezieht sich auch auf Sozialpolitik und die Arbeit am Sozialen. Verteilungsgerechtigkeit gewinnt unter den Bedingungen der Wachstumswende an Bedeutung. Das Versprechen, nach erreichtem Wachstum auch soziale und ökologische Ziele verfolgen zu können, hat keine Basis mehr. Genug für alle in Form eines gerechten Anteils am gesellschaftlichen Reichtum mit dem Ziel, gleichberechtigter Teilhabe, ist der sozialpolitische Maßstab. „Zugleich darf niemand so viel mehr als andere haben, dass er die gleichberechtigte Einflussnahme für alle anderen außer

Kraft setzen könnte.“ (Möhring-Hesse, 2010, S. 124). Die Integration sozialpolitischer, allgemein gesellschaftspolitischer, wirtschafts- und umweltpolitischer Zielsetzungen in Organisationsstrukturen und Lösungsansätze könnte zu einem Kern der Neudefinition des gesellschaftspolitischen Rahmens und zur Generierung sozialproduktiver Praktiken und Institutionen vor dem Hintergrund der Wachstumswende werden. Es geht um die Sicherung des Ressourcenzugangs und der Handlungsoptionen insbesondere für Benachteiligte, um Organisationsformen und Regeln der Gestaltung von Lebensprozessen und der nachhaltigen Bewirtschaftung der Lebensgrundlagen durch die betroffenen Menschen selber, um eine Reduktion der Versorgungsabhängigkeit vom Markt und um neue soziale Arrangements, in denen zivile Selbstorganisation möglich wird, und um wirksame politische Steuerung. Der zivilgesellschaftliche Aufbruch in Wirtschaft und Gesellschaft und die Wiederentdeckung der „Commons“ sind ein Entwicklungspotenzial, welches eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure und alle Weltregionen im Interesse lebensdienlicher Lösungsansätze verbindet. Die sozialpolitische Kraft der ökosozialen Transformation beruht auf der Verteidigung lebensnotwendiger Ressourcen und Handlungsoptionen im Konflikt mit dominanten Gegnern.⁸ Diese konfliktbasierte Konstellation des sozialen Wandels kennt Soziale Arbeit aus den Ansätzen des Community Organizing⁹ und des Empowerment, Ansätzen der professionellen Arbeit am Sozialen im Sinne geplanten sozialen Wandels.¹⁰ Sozialpolitik und Soziale Arbeit könnten einen wesentlichen Beitrag zur ökosozialen Entwicklung durch die Förderung solidarökonomischer Selbstorganisation und die Erschließung von Handlungsoptionen im Gemeinwesen leisten.

8 Eine besondere Organisationskraft hat die weltweite Bewegung gegen die Enteignung durch Patentrechte auf Leben

9 In der Tradition von Saul Alinsky.

10 Als „Planned Change“ werden die Ansätze der professionellen Sozialen Arbeit bezeichnet, die auf die Förderung von Selbsthilfe und Selbstorganisation sowie auf eine Veränderung der Ressourcenverteilung zugunsten Benachteiligter zielen.

Literaturverzeichnis

- Beetz, S. (2007). Wohnungsgenossenschaften und Nachbarschaften. *Informationen zur Raumentwicklung*, 4, S. 241–249.
- Campbell, K. et al. (2007). *The Age of Consequences*. Washington: Center for Strategic & International Studies.
- Cillis, L. (2012, 1. Dezember). Mai così tanti disoccupati, quasi 3 milioni. *La Repubblica*, S. 15.
- Daly, H. E. (1999). *Wirtschaft jenseits von Wachstum*. Salzburg: Pustet Verlag.
- Deutsch, D. (2006). *Schöne Aussichten fürs Alter*. München: Piper.
- DGRV (Hrsg.). (2005). *Die Prüfung der Geschäftsführung von Genossenschaften* (DGRV-Schriftenreihe, Bd. 10, 3. vollst. überarb. Aufl.). Wiesbaden: Dt. Genossenschafts-Verl.
- Dietzel, P., Gohde, M., Kruse, J. & Lehr, U. (2007). *Alter und sozialer Wandel*. In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Alter neu denken* (S. 49–70). Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Dobkowski, M. & Wallimann, I. (Hrsg.). (2002). *On the Edge of Scarcity*. Syracuse: Syracuse University Press.
- Dobkowski, M. & Wallimann, I. (Hrsg.). (2004). *Das Zeitalter der Knappheit*. Bern: Haupt.
- Centrostudi Legacoop: Legacoop in cifre pre-consuntivi 2003 e stime 2004. Zugriff am 15.07.2008 über www.legacoop.it
- Elsen, S. (1998). *Gemeinwesenökonomie – Eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der Globalisierung*. Neuwied: Luchterhand.
- Elsen, S. (2007). *Die Ökonomie des Gemeinwesens*. Weinheim, München: Juventa.
- Elsen, S. (2003). Lässt sich Gemeinwesenökonomie durch Genossenschaften aktivieren? In B. Flieger (Hrsg.), *Sozialgenossenschaften. Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft* (S. 57–79). Neu-Ulm: AG SPAK.
- Elsen, S. (Hrsg.). (2011). *Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. Perspektiven und Ansätze von unten*. Neu-Ulm: AG SPAK.
- Felber, C. (2012). *Die Gemeinwohl-Ökonomie*. Berlin: Deuticke.

- Friemel, K. (2010, April). Geben und Nehmen. *brand eins*, S. 123–127.
- Gorz, A. (2000). *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hardin, G. (1968, 13. Dezember). The Tragedy of the Commons. *Science*, 162, S. 1243–1248.
- Helfrich, S. (Hrsg.). (2009). *Wem gehört die Welt?* (2. Ed.). Frankfurt am Main: Oekom.
- Helfrich, S. & Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). (2012). *Commons*. Bielefeld: Transcript.
- Henning, U. (2010, Juli). Wohlstand durch Teilen? *Humane Wirtschaft*, 4, S. 42–45.
- Herzberg, C. (2009). *Von der Bürger- zur Solidarkommune*. Hamburg: VSA Verlag.
- Hobsbawm, E. (2001, 27. März). Freiheit, Gleichheit, Müdigkeit. *Süddeutsche Zeitung*.
- Istituto Italiano degli Studi Cooperativi »Luigi Luzzatti« (1992). Legge 8 novembre 1991, n. 381 – Disciplina delle cooperative sociali, Roma, S. 18 f.
- Latouche, S. (2003, 14. November). Circulus virtuosus. *Le monde diplomatique*, S. 3.
- Leggewie, C. & Welzer, H. (2009). *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten*. (3. Aufl.). Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Leone, U. (2012, 13. Januar). Torniamo a lavorare la terra. *La Repubblica*, S. 1.
- Lietaer, B. (2002). *Das Geld der Zukunft*. München: Riemann.
- Müller, C. (Hrsg.). (2011). *Urban Gardening*. München: Oekom.
- Müller, C., Baier, A. & Werner, K. (2007). *Wovon Menschen leben*. München: Oekom.
- Münkner, H.-H. (2009). „Bilan Sociétal“ – ein neuer Ansatz zur Messung des Erfolgs von Genossenschaften in Frankreich. In *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen*, 59(4), S. 271–284.
- Möhring-Hesse, M. (2010). Warum die Verteilung Gerechtigkeit, nicht Wachstum braucht. In I. Seidl & A. Zahrnt. (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft* (S. 117–128). Marburg: Metropolis.
- Nussbaum, M. (1999). *Gerechtigkeit und das gute Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Offe, C. & Heinze, R. (1990). *Organisierte Eigenarbeit*. Frankfurt am Main: Campus.

- Ostrom, E.(2009). Gemeingütermanagement – eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement. In S. Helfrich & J. Haas (Hrsg.), *Wem gehört die Welt?* (2. Ed.) (S. 218-228). Bielefeld: Transcript.
- Pankoke, E.(2000). Freie Assoziationen. In A. Zimmer & S. Nährlich (Hrsg.), *Engagierte Bürgerschaft* (S 189–212). Opladen: Verlag Leske und Budrich.
- Plöger, P.(2011). *Einfach ein gutes Leben*. München: Hanser.
- Polanyi, K. (1995). *The great Transformation* (3. Ed). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Raimbeau, C. (2007, 14. Dezember). Die Roten schreiben schwarze Zahlen. *Le monde diplomatique*, S. 4–5.
- Ruh, H. (2011). *Ordnung von unten*. Zürich: Versus.
- Schwendter, R. (Hrsg.). (1986). *Die Mühen der Berge*. Neu-Ulm: AG SPAK.
- Seidl, I. & Zahrnt, A. (Hrsg.). (2010). *Postwachstumsgesellschaft*. Marburg: Metropolis.
- Stiglitz, J. Sen, A. & Fitoussi, J.-P. (2009). *The Measurment of Economic Performance and Social Progress*. Zugriff am 30.06.2011 über www.stiglitz-sen-fitoussi.fr
- Stollorz, V. (2011). Das zarte Pflänzchen der Allmende. *polis*, 18(1), S. 62–69.
- Urban Agriculture Basel. Zugriff am 10.11.2012 über www.urbanagriculture.ch
- Die Weltbank (Hrsg.). (2006). *Weltentwicklungsbericht 2006 – Chancengerechtigkeit und Entwicklung*. Düsseldorf: Droste.
- Wobbe, T.(2000). *Weltgesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- Wright, E. O. (2010). *Envisioning Real Utopias*. London: Verso.
- Zahrnt, A. (2003). Nachhaltigkeit als Wegweiser für zukunftsfähiges Wirtschaften. In G. Linne & M. Schwarz (Hrsg.), *Handbuch Nachhaltige Entwicklung* (S. 39–45). Opladen: Leske & Budrich.

Der Aufbruch in der islamischen Welt

Markus Litz

Goethe-Institut, München

Abstract

Die Frage nach den Ursachen der Aufbruchsbewegungen in der islamischen Welt und der Bedeutung dieser Ereignisse für die westliche Welt, ist die Kernfrage des Aufsatzes. Dabei werden vor allem kritische Phänomene wie das weitgehende Fehlen „realer Utopien“ und die offensichtliche Distanz starker Kräfte innerhalb der islamischen Welt gegenüber Säkularisierungsbestrebungen näher betrachtet und analysiert. Ebenso wird in diesem Zusammenhang die Schwierigkeit erörtert, wie die Idee einer demokratischen Staatsverfassung mit islamischen Grundvorstellungen in Einklang gebracht werden kann.

Eines ist unzweifelhaft feststellbar: Die Ära der Bevormundung – sowohl durch koloniale wie neokoloniale auswärtige Kräfte als auch durch extreme Vertreter der „reinen Lehre“ des Islam ist endgültig vorüber.

Beginnen möchte ich meine Gedanken zum „Aufbruch in der islamischen Welt“ mit einer kurzen Betrachtung über den beispielhaften Impuls, den der Patron der Cusanus-Akademie, Nikolaus von Kues, dem Denken der Neuzeit gegeben hat.

Versetzen wir uns in das Jahr 1453: Nach erbitterten Kämpfen erobert die osmanische Armee die Stadt Konstantinopel und beendet damit die mehr als tausendjährige Kultur Ostroms. Eine einst glanzvolle christliche Kultur ist nun unter der Herrschaft des Islam, Kirchen werden in Moscheen umgewandelt, viele Bewohner werden getötet, fliehen oder werden zur Konversion gezwungen. Unter dem Eindruck, besser gesagt dem existenziellen Schock dieses Ereignisses verfasst der Theologe und Philosoph

Nikolaus Cusanus, der zugleich ein hoher Würdenträger der katholischen Kirche ist, eine überaus bemerkenswerte Schrift mit dem Titel „De Pace Fidei – Über den Glaubensfrieden“. Der Tenor dieses Büchleins ist: Dialog statt Konfrontation. Der Berater des Papstes plädiert dafür, anstelle der gewalttätigen Auseinandersetzung das Gespräch, die intellektuelle Auseinandersetzung, zu versuchen. Er erkennt an, dass Wahrheit auch in anderen Religionen zu finden sei, er betont, dass jegliche Form der Gewalt im religiösen bzw. interreligiösen Kontext fatal sei, und er bestreitet das Recht der Religionen auf erzwungene Konversion. Die Auseinandersetzung mit dem Islam nimmt breiten Raum ein. Cusanus will angesichts der Zeitumstände ein Zeichen für Toleranz und Gesprächsbereitschaft setzen: Sein Werk ist in gewisser Weise die älteste Urkunde des interreligiösen Dialogs, der heutzutage in aller Munde ist, aber nicht wirklich praktiziert wird.

Wenn Cusanus sein Gespräch von siebzehn gelehrten Männern, die unterschiedlicher Herkunft sind und unterschiedlichen Religionen angehören, mit einem Bekenntnis zum christlichen Gottesbild schließt, dann ist dies nicht als religiöse Propaganda im Dienste einer engherzigen Amtskirche zu verstehen, sondern als Bekenntnis zur „Einheit in der Verschiedenheit“, denn insbesondere die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam teilen ein bedeutsames religiöses und kulturelles Erbe und es ist ungleich wichtiger, deren Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten als fortwährend die Unterschiede zu betonen. Damit bekennt sich Cusanus zur ursprünglichen Bedeutung des Wortes „katholisch“, dessen griechischer Wortsinn mit „allgemein“ oder auch „universal“ zu übersetzen ist (Kues, 2002).

Was aber hat ein spätmittelalterlicher Denker wie Cusanus mit unserer heutigen Thematik, dem „Aufbruch in der islamischen Welt“ zu tun? Meine These ist, dass es unserer Zeit an Denkern wie Cusanus mangelt, Menschen, die den Mut besitzen, die Grenzen des Eigenen zu durchbrechen und das Andere – die andere Kultur, Lebenswelt und Religion – nicht als Bedrohung sondern als Bereicherung zu sehen und anzuerkennen. Die eigentliche Toleranz besteht ja nicht im passiven Ertragen des Anderen, sondern im

Anerkennen der Verschiedenheit und in dem Wunsch, dieses Verschiedene zu verstehen und damit zu würdigen.¹

In meinen Gedanken zu den Ereignissen, die seit dem Winter 2010/2011 die islamische Welt erschüttern und verändern, möchte ich ihnen weniger eine Schilderung dieser Ereignisse vorstellen; diese sind vielerorts dokumentiert und nachzulesen. Viel wesentlicher erscheinen mir jedoch die Fragen, warum sich diese Ereignisse gerade jetzt und mit solcher Vehemenz vollziehen, wie diese den Wandel und die Mentalitätsgeschichte in den islamischen Gesellschaften Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens reflektieren und nicht zuletzt, welche Bedeutung diese Ereignisse für uns in der sogenannten westlichen Welt haben (Lüders, 2011; Jellow, 2011).²

Es ist bezeichnend, dass die Aufbruchsbewegungen ihren Anfang in Nordafrika nahmen, wo eine Reihe von autoritären Machthabern – insbesondere in Tunesien, Ägypten und Libyen – die Menschen ihrer jeweiligen Länder jahrzehntelang mithilfe eines korrupten und repressiven Systems eingeschüchtert und unterdrückt haben. Besonders tragisch ist, dass die westliche Welt an diesen Missständen eine erhebliche Mitschuld trägt. Im Zuge des seit 2001 propagierten „war on terror“ erschien es den meisten westlichen Demokratien nicht angebracht, Missstände und ausbleibende demokratische Entwicklung in den sogenannten moderaten islamischen Staaten zu kritisieren, oder Verbesserungen einzufordern. Die Regierungsapparate in Kairo, Tunis, Algier und Tripolis erschienen als Garanten dafür, die islamistischen Kräfte zu unterdrücken oder wenigstens kleinzuhalten und damit dafür zu sorgen, dass die terroristische Gefahr minimiert wurde. Das Resultat war, dass in den genannten Ländern zwei parallele Entwicklungen zu beobachten waren: das Erstarken der Muslimbrüder, also der „weichgespülten“ Islamisten, und, in

-
- 1 Die Toleranz, ursprünglich „erdulden“ und „ertragen“ (abgeleitet von dem lateinischen Verb „tolerare“), wird anfänglich als eine Art „passiver Tapferkeit“ betrachtet, meint aber eigentlich das souveräne Anerkennen des Anderen in dessen Anderssein, ohne dieses aber notwendigerweise für sich selbst zu akzeptieren.
 - 2 Aus der Fülle an Literatur über den „Aufbruch in der islamischen Welt“ seien hier zwei Titel paradigmatisch hervorgehoben: Lüders, M. (2011). *Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt*. München: Verlag C.H. Beck & Ben Jelloun, T. (2011). *Arabischer Frühling. Vom Wiedererlangen der arabischen Würde*. Berlin: Berlin Verlag.

den urbanen Zentren, die zunehmende Unzufriedenheit der studentischen Jugend, deren Protest sich mittels der neuen Medien – Facebook, Twitter, Internetblogs – mit rasanter Geschwindigkeit vereinte und potenzierte. Die Rolle der neuen Medien, und auch der liberaleren Fernsehsender wie Al'Jazeera und Al'Arabiya, bei den Protestbewegungen ist ein interessantes Kapitel, über das sicherlich in Zukunft noch mehr und intensiver geforscht werden wird (Mhenni, 2011).³ Der durch die neuen Medien unterstützte Protest der Jugend richtete sich vor allem gegen ein System, das Partizipation am gesellschaftlichen Fortschritt nur für Privilegierte ermöglicht. Zugleich wendet sich die Kritik, aber auch Wut und Enttäuschung gegen jene Familienclans und Oligarchien, die unter dem Deckmantel der als heilig erklärten Tradition jeglichen Wandel und jegliche Demokratisierungsbestrebung im Keime ersticken. Sicherlich spielt auch hier eine gewisse Frustration über den Mangel an „realen Utopien“ bzw. die Unfähigkeit, Utopien als kreative Impulse in einer Gesellschaft anzuerkennen, eine Rolle. Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, dass in der islamischen Welt die Utopie eine marginale und eher verdächtige Denkfigur ist. Utopien oder besser gesagt utopisches Denken finden wir zumeist bei als ketzerisch eingestuften Dichtern und Denkern, die der mystischen Strömung des Islam, dem Sufismus, nahestehen oder angehören. Einer der bemerkenswertesten persischen Dichter des Mittelalters, Attar, beschreibt in seinem „Buch der Leiden“ die metaphysische Revolte gegen einen Gott, der das Leiden zulässt und entwirft zugleich eine Vision der Versöhnung durch die Reise nach Innen, in den Herzraum der Kunst. Doch solche Dichter und Denker blieben kritisch bäugte Einzelgänger und erreichten niemals die Bedeutung und Verbreitung etwa eines Thomas Morus, dessen sagenhafte Insel „Utopia“ zur Kernmetapher einer ganz neuen Denkrichtung im Abendland wurde (Kermani, 2005).⁴

Die Utopie ist in gewisser Weise als eine säkulare Transformation der messianischen Idee zu verstehen. Was ist damit gemeint und inwiefern besteht eine

3 Zur Rolle und Bedeutung der Neuen Medien beim „Arabischen Frühling“ vgl.: Ben Mhenni, L. (2011). *Vernetzt Euch!* Berlin: Ullstein.

4 Über Attar und dessen Bedeutung im Rahmen der islamischen Mystik hat der Orientalist und Schriftsteller Navid Kermani ein überaus lesenswertes Buch geschrieben: Kermani, N. (2005). *Der Schrecken Gottes. Attar, Hiob und die metaphysische Revolte*. München: Verlag C.H. Beck.

Verbindung zu unserer Thematik? Die monotheistischen Erlösungsreligionen – Judentum, Christentum und Islam – sind im Gegensatz zu den vergangenheitsverklärenden oder gegenwartsfrohen Religionen der Antike dezidiert zukunftsorientiert: Das erstrebte „Heil der Welt“ ist nicht im Hier und Jetzt, sondern in einem zu erreichenden radikalen Wandel am Ende der Zeit zu finden, der mit der Ankunft bzw. Wiederkunft des Messias und seiner damit verbundenen Friedensherrschaft verknüpft ist. Hier ist die Wurzel der säkularen Fortschrittsidee angelegt und in diesem messianischen Horizont, welcher die drei Religionen vereint, ist auch der Urkeim der Utopie, des Nicht-Ortes, erkennbar (Cohn, 1988).⁵

Während Judentum und insbesondere das Christentum den messianischen Gedanken über die Jahrhunderte hinweg zu einem Herzstück ihrer Religion und Eschatologie entwickelt und schließlich ins Säkulare transformiert haben, ist dieser Prozess im Islam vor allem durch das Erstarken von buchstabengläubigen, ja fundamentalistischen Bewegungen seit dem späten 18. Jahrhundert, unterbrochen. Es ist bezeichnend, dass genau zur Zeit der europäischen Aufklärung und der Französischen Revolution, auf der arabischen Halbinsel die Sekte der Wahhabiten entstand, eine Bewegung streng puritanischer Observanz, die zur herrschenden Doktrin des Islam in Saudi-Arabien und in verschiedenen Gebieten Indiens, Sumatras und des Sudan wurde. Durch den Familienclan der Saudis und der von ihnen finanzierten und geförderten Koranschulen verbreitet sich diese extrem konservative und modernisierungsfeindliche Sekte vor allem in den großen muslimisch dominierten Metropolen Südasiens: In Lahore, Karachi und Dhaka, und dies mit weitreichenden, um nicht zu sagen verheerenden Folgen. Der Export dieser religiösen Ideologie in die urbanen Zentren von Pakistan und Bangladesch ist einer der Gründe dafür, dass die islamische Protestbewegung in diesen Ländern sich bis dato kaum artikulieren konnte, da der durch die Wahhabiten ausgeübte soziale Druck und das Erpressungspotential ihrer immensen Finanzmittel zu stark

5 Über den messianischen Gedanken und dessen Auswirkung auf die Herausbildung (revolutionärer) chiliastischer Bewegungen hat Norman Cohn sein Standardwerk verfasst: Cohn, N (1988). *Das neue irdische Paradies. Revolutionärer Millenarismus und mystischer Anarchismus im mittelalterlichen Europa*. Hamburg: Rowohlt.

sind, um eine Protestbewegung entstehen zu lassen. Zudem ist nachweisbar, dass die Angehörigen der Muslimbruderschaften sich nur zögerlich an den Protesten beteiligt haben und beteiligen, da die Proteste keine primär religiöse Motivation erkennen lassen. Eine säkulare Erneuerungs- oder Modernisierungsbewegung erscheint den meisten konservativ geprägten Muslimen aber als „haram“, als nicht im Einklang mit den wahren Idealen des Islam. Dies hindert sie allerdings nicht daran, im Nachhinein von den Früchten der Demokratiebewegungen zu profitieren; das Ergebnis der ersten freien Wahl in Ägypten mit deren Sieger Mursi, Vorsitzender der ägyptischen Muslimbruderschaft, ist hierfür ein sprechendes Beispiel.

In Saudi-Arabien sowie in den Golfstaaten ist die Protestbewegung bisher deswegen nicht zu einem mitbestimmenden Faktor geworden, weil die Regierungen dieser Länder jegliche Opposition entweder durch die großzügige Streuung von Geldmitteln entkräften, oder, wenn dies keine Wirkung zeigt, mit repressiven und auch militärischen Mitteln gegen die Demonstranten vorgehen. Wie lange es noch gelingen wird, die Protestbewegungen dort, mehr oder weniger subtil, zu unterdrücken, mag eine Denksportaufgabe für Politikwissenschaftler sein. Das Beispiel des Golf-Königreiches Bahrain zeigt aber, dass militärische Aktionen gegen die Demonstranten zu einer Verstärkung der Empörung und Wut führen und mittelfristig noch heftigere Auseinandersetzungen hervorrufen werden.

Wie bereits erwähnt sind die wesentlichen Ursachen der Protestbewegungen im islamischen Raum die wachsende Unzufriedenheit mit hergebrachten Machtstrukturen, die Empörung gegen ein System der Bevormundung, Einschüchterung und Korruption, in dem lediglich privilegierte Kreise profitieren und ihren Macht- und Entfaltungsspielraum ausbauen. Nicht außer Acht gelassen werden darf aber der jahrhundertelange Konflikt zwischen sunnitischem und schiitischem Islam, der ebenso bei den Protesten eine Rolle spielt. Wie sich künftig das Machtgleichgewicht zwischen den Gravitationszentren der Sunniten (Saudi-Arabien und Nordafrika) und denen der Schiiten (Iran, Irak, Libanon, Syrien) entwickeln wird, wird die nähere Zukunft zeigen. Ich wage die Prognose, dass mittelfristig der Einfluss des Iran

und damit des schiitisch geprägten Islam wachsen wird und dass dadurch Bruderkämpfe entstehen, die durchaus im Interesse der Weltmächte – USA und Russland – sind. Das maßgeblich von den USA unterstützte Saudi-Arabien mitsamt den Golfstaaten wird mittelfristig an Einfluss verlieren, da das von ihnen zu verantwortende System der Heuchelei und des hemmungslosen Materialismus allzu offenkundig im Widerspruch steht zu den propagierten Idealen des Islam.

Saudi-Arabien und die Golfstaaten sind rohstoffreiche Länder, deren Bevölkerung in großem Wohlstand, ja in materieller Übersättigung leben. Gleichwohl haben sich auch in diesen Ländern Protestbewegungen entwickelt, die, unterstützt durch Internetkommunikation, ein Netzwerk von weltweiten Kontakten aufgebaut haben. Ziel dieser Bewegung ist es, einen Reformprozess einzuleiten, die verkrusteten Macht- und Gesellschaftsstrukturen der Länder durch eine Demokratisierung aufzubrechen. Es geht also weniger um Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Chancengleichheit und steigende Lebensmittelpreise – Themen, die in Tunesien, Ägypten und Algerien eine gewichtige Rolle gespielt haben – als vielmehr um das Einfordern politischer Mitspracherechte, auch um Geschlechtergerechtigkeit, ein Thema, das insbesondere in Saudi-Arabien besondere Brisanz besitzt. Warum aber setzt diese Protestbewegung erst jetzt ein; mehr als vierzig Jahre nach den Studentenunruhen in Europa und mehr als zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und damit dem Scheitern einer menschenverachtenden Utopie?

Eine der zahlreichen Wurzeln interkultureller Missverständnisse ist die Hybris, der übertriebene Stolz auf die vermeintliche Überlegenheit der eigenen Kultur. Wir haben es uns in der westlichen Welt angewöhnt, die in Jahrhunderten entwickelte und erkämpfte demokratische Verfassung unserer Länder als das eigentliche und verbindliche Demokratiemodell anzusehen, das vorbildlich für alle anderen Länder sein soll. Dabei vergessen wir allzu oft, dass die Entstehung einer Demokratie und demokratischer Entscheidungsprozesse eine relativ neue Entwicklung ist und in unserem Kulturkreis

gerade einmal eine Tradition von hundert oder hundertfünfzig Jahren hat.⁶ Grundlegend für das Entstehen demokratischer Strukturen ist die Einsicht in den überragenden Wert des Menschen und seiner Vernunftkraft. Der europäische Humanismus des 15. und 16. Jahrhunderts und die europäische Aufklärung des 18. Jahrhunderts haben hierfür die entscheidenden Weichen gestellt. Wie verhalten wir uns gerechterweise gegenüber solchen Kulturen, die nicht das Privileg einer solchen Entwicklung hatten, die vielmehr ihre eigene „islamische Aufklärung“ (Avicenna, Averroes) vergessen oder verdrängt haben?⁷ Eingefordert wird stets, dass der Islam und die islamische Welt eine Säkularisierung vorantreiben müssen, um eine Demokratie westlicher Prägung zu ermöglichen. Aber gerade gegen diese Säkularisierung wehren sich in den meisten islamischen Ländern nicht allein eine Mehrheit der sogenannten einfachen Leute, sondern auch zahlreiche Intellektuelle. Warum ist dies so, woher kommt diese negative Einschätzung der Säkularisierung, die in unserem Kulturkreis zur unhinterfragbaren Grundlage unseres Zusammenlebens geworden ist?

Die im Westen seit der Aufklärung zur Aufgabe und zum Ziel deklarierte Trennung der Bereiche von Kirche und Staat ist mit dem Idealbild der islamischen „umma“, der übernationalen Gemeinschaft aller Gläubigen, unvereinbar. Ziel der islamischen Idealvorstellung der Gesellschaft ist die Realisation einer Theokratie: Die indirekte Herrschaft Gottes, dessen Willen in dieser Welt durch die Glaubensdeuter und -hüter und das Gesetz der Scharia umgesetzt wird. Man mag diese Vorstellung entweder für naiv oder für fatal ansehen; Faktum aber ist, dass dies für viele Menschen in der islamischen Welt das

6 Erst in der Folge des Englischen Bürgerkriegs (17. Jahrhundert) bildeten sich erste demokratisch verfasste Strukturen in Europa, deren wichtigstes Dokument die 1689 beschlossene „Bill of Rights“ darstellt. In Deutschland entwickelte sich eine demokratische Bewegung mit dem Verlauf der Revolution von 1848. Die erste demokratische Verfassung in Deutschland war die der „Weimarer Republik“ (1919).

7 Ibn-Sina (lat. Avicenna) und Ibn-Rushd (lat. Averroes) sind die bedeutendsten Vertreter der sogenannten „islamischen Aufklärung“ zwischen dem 10. und 12. Jahrhundert, deren zentrale Bedeutung vor allem darin bestand, dass sie die Übersetzung von Aristoteles-Texten initiierte und damit das Denken dieses Vertreters einer streng wissenschaftlichen Methode auch dem Abendland und der beginnenden Scholastik zugänglich machte. Ibn-Rushd geriet in Konflikt mit orthodoxen Kräften des Islam, fiel in Ungnade und wurde verbannt, seine Werke wurden verboten und in der Folgezeit kaum mehr (im islamischen Kulturraum) rezipiert.

Ideal einer Gesellschaft bedeutet. Ein interkultureller und interreligiöser Dialog, der seinen Namen verdient, muss gerade hier ansetzen und diese Position nicht nur zur Kenntnis nehmen sondern auch zu verstehen lernen.

Ein Verständnis des Anderen beginnt genau da, wo wir beginnen, ein kritisches Selbstverständnis zu entwickeln. Über diesen notwendigen Prozess der „Aufklärung der Aufklärung“ haben Adorno und Horkheimer ihr fulminantes Buch „Dialektik der Aufklärung“ verfasst, das auch für unseren Kontext hohe Relevanz besitzt (Horkheimer & Adorno, 1992). Die (historische) Notwendigkeit einer Säkularisierung steht außer Frage; sie ist der Reflex auf die empörende Tatsache der Bevormundung durch autoritäre Institutionen und Strukturen. Doch mit dem unaufhaltsamen Prozess der Säkularisierung geht auch vieles verloren, was unwiederbringlich ist: Geborgenheit in traditionellen religiösen und familiären Verbänden, Aufgehobensein in einer Gemeinschaft von gleichgesinnten Gläubigen, Vertrauen auf eine übermenschliche Form der Gerechtigkeit. Max Weber nennt diesen Verlust „die Entzauberung der Welt“ (Weber, 1995).⁸ Vielleicht ist es das, was viele konservative Muslime befürchten, weil sie Materialismus und Seelenlosigkeit sowohl in den materiell übersättigten Ländern des Nahen Ostens, vor allem aber in der westlichen Welt sehen und erleben und diese Art von Entfremdung nicht wünschen und wollen. Was sie außerdem nicht wünschen, ist eine neue Art von Bevormundung, in der die westlichen Länder abermals als Lehrmeister auftreten, und ihr Demokratiemodell und damit auch – gleichsam als Trojanisches Pferd – ihre wirtschaftlichen Strategien und Interessen zu exportieren versuchen. Vielleicht sollten wir, bevor wir für unsere Demokratievorstellung werben, bedenken, mit welchen Verlusten unsere Demokratisierung und Säkularisierung verbunden ist und aus dieser Fehler- und Verlustrechnung zunächst Konsequenzen ziehen lernen.

8 Weber, M. (1919). *Wissenschaft als Beruf*. München: Duncker und Humblot: „Die zunehmende Intellektualisierung und Rationalisierung bedeutet also nicht eine zunehmende allgemeine Kenntnis der Lebensbedingungen, unter denen man steht. Sondern sie bedeutet etwas anderes: Das Wissen davon oder den Glauben daran, dass man, wenn man nur wollte, es jederzeit erfahren könnte, dass es also prinzipiell keine geheimnisvollen unberechenbaren Mächte gebe, die da hineinspielen, dass man vielmehr alle Dinge – im Prinzip – durch Berechnen beherrschen könne. Das also bedeutet: die Entzauberung der Welt.“

Welche Art von Demokratisierung wünschen sich die Demonstranten des Tahria-Platzes, die Protestbewegungen im Maghreb, im Jemen und in Syrien? Es geht zuerst umso Essentielles wie Bildung, Arbeit, Partizipation am Wohlstand und an Entscheidungsprozessen. Der Westen könnte einen gewichtigen Beitrag dadurch leisten, indem er – ohne Vorbedingungen – Maßnahmen demokratisch legitimierter neuer Regierungen in jenen Ländern unterstützt, um größere Chancengleichheit und eine Verbesserung der materiellen Lebensumstände zu erreichen. Stattdessen stehen angekündigte Hilfszahlungen an Länder wie Tunesien, Algerien und Ägypten immer noch aus; offenbar wird auf Zeit gespielt und beobachtet, in welche Richtung sich diese Länder entwickeln bzw. ob dem Westen gemäße Regierungen sich etablieren. Die jüngste Entwicklung in Ägypten zeigt, dass der demokratische Aufbruch scheinbar in einer Sackgasse münden kann und die Muslimbruderschaft und radikale Salafisten plötzlich zu Profiteuren einer einzigartigen Revolution werden. Es ist entscheidend, wie wir künftig auf solche Entwicklungen reagieren: Ignorieren wir den Willen des ägyptischen Volkes oder versuchen wir mit dem Ergebnis einer weitgehend demokratisch verlaufenen Wahl zu leben, in der Hoffnung, dass sich die Muslimbruderschaft, ähnlich wie in der Türkei, allmählich zu einer moderaten und moderierenden Kraft entwickeln wird.

Ist der „Aufbruch in der islamischen Welt“ tatsächlich „the end of post-colonialism“, wie der Publizist Hamid Dabashi in seinem gerade erschienenen Buch diagnostiziert? (Dabashi, 2012). Wenn mit dem Begriff „post-colonialism“ die beherrschende und dirigierende Haltung des Westens gegenüber vielen Ländern der islamischen Welt gemeint ist, dann ist tatsächlich ein Ende dieser Ära absehbar. Zu groß ist der Widerspruch zwischen einer moralisierenden Position und deren eigentlicher Motivation, dem Wunsch nach Einflussnahme und ebenso der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Um es deutlicher auszudrücken: Die westliche Welt braucht sich ihrer Errungenschaften auf dem Gebiete der Demokratisierung, der Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur nicht zu schämen; im Gegenteil. Wofür ich allerdings plädiere, ist ein verantwortlicher Umgang mit diesen unbezweifelbaren Leistungen und eine größere

Lernfähigkeit in Bezug auf die komplizierte und komplexe Entwicklungsgeschichte unseres Fortschritts. Dialogbereitschaft setzt voraus, dass ich das Denken und Fühlen anderer Kulturen und Menschen erfahren und verstehen lerne, und auch anerkenne, dass es unterschiedliche Geschwindigkeiten von Säkularisierungsentwicklungen gibt. Dies ist ein langwieriger und oftmals schwieriger Prozess. Am Ende kann mitunter die Erkenntnis stehen, dass die andere Kultur und Lebenswelt fremd ist und bleibt. Das ist das Wagnis eines interkulturellen Dialogs, der die einzige Alternative zu einer Konfrontation oder auch dem „clash of civilizations“ darstellt, den manche Forscher wie Bernard Lewis oder Samuel Huntington für unausweichlich halten (Huntington, 1996; Lewis, 2002).

Lassen Sie mich mit der Schilderung einer persönlichen Erfahrung enden: Ich habe vier Jahre lang in Pakistan gelebt und gearbeitet, einem Land, das laut Time Magazine „das gefährlichste Land der Welt“ ist. In der Stadt Karachi, meinem damaligen Lebensmittelpunkt, leben mittlerweile zwanzig Millionen Menschen; unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg waren es nur 400.000. In Pakistan hat sich bisher eine Protestbewegung wie in Nordafrika oder im Nahen Osten nicht artikulieren können; stattdessen beherrschen schwebewaffnete Gangs, Militante unterschiedlicher politischer Gruppierungen und Mitglieder der Taliban und Al-Kaida's die Straßen und das politische Szenario. Es grenzt an ein Wunder, dass in diesem hochexplosiven Gemisch aus Hass, Militanz und ethnischen Konflikten trotzdem ein offenbar „normales Leben“ für viele Karachiiten möglich ist. Der Schriftsteller Mohamed Hanif hat in seinem jüngsten Buch „Our Lady of Alice Bhatti“ über dieses schwer erklärliche Phänomen geschrieben und in mehreren Interviews und auch in einem Gespräch mit mir betont, dass die Stadt Karachi in gewisser Weise ein „Zukunftsmodell“ darstelle, da die Bewohner durch die alltägliche existenzielle Bedrohung gezwungen seien, Strategien zu entwickeln, um miteinander auszukommen (Hanif, 2011). Um es mit den Worten von Nikolaus Cusanus auszudrücken: die „coincidentia oppositorum“ (der Zusammenfall der Gegensätze im Unendlichen) meint auch, dass wir alle herausgefordert sind, die zwanghafte Vorstellung vom Primat des Eigenen abzulegen und bereit zu sein für eine friedfertige und

kreative Auseinandersetzung mit dem Anderen (Flasch, 1992, S. 221–61).⁹ Dies ist in gewissem Sinne die „reale Utopie“ eines ernstzunehmenden interkulturellen Dialogs.

Literaturverzeichnis

- Ben Jelloun, T. (2011). *Arabischer Frühling. Vom Wiedererlangen der arabischen Würde*. Berlin: Berlin Verlag.
- Ben Mhenni, L. (2011). *Vernetzt euch! Tunisian Girl-Blogueuse pour un printemps arabe*. Berlin: Ullstein.
- Cohn, N. (1988). *Das neue irdische Paradies. Revolutionärer Millenarismus und mystischer Anarchismus im mittelalterlichen Europa*. Hamburg: Rowohlt.
- Dabashi, H. (2012). *The Arab Spring: The End of Post-Colonialism*. London: Zed Books.
- Flasch, K. (1992). Nikolaus von Kues. Die Idee der Koinzidenz. In J. Speck, *Grundprobleme der großen Philosophen. Philosophie des Altertums und des Mittelalters* (S 221–261). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hanif, M. (2011). *Our Lady of Alice Bhatti*. London: Vintage.
- Horkheimer, M., & Adorno, W. T. (1992). *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Huntington, S. (1996). *Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster.
- Kermani, N. (2005). *Der Schrecken Gottes. Attar, Hiob und die metaphysische Revolte*. München: C.H. Beck.
- von Kues, N. (2002). *Vom Frieden zwischen den Religionen/De pace fidei* (zweisprachige Edition, hrsg. von Klaus Berger und Christiane Nord). Frankfurt am Main: Insel.

9 Dieser Kernbegriff der cusanischen Philosophie findet sich erläutert und exemplifiziert vor allem in dreien seiner Werke: „De docta ignorantia“, „De coniecturis“ und „De visione Dei“. Zum cusanischen Koinzidenzdenken hat der Philosophiehistoriker und Mediävist Kurt Flasch einen bemerkenswerten Essay verfasst: Flasch, K. (1992). Nikolaus von Kues. Die Idee der Koinzidenz. In J. Speck, (Hrsg.), *Grundprobleme der großen Philosophen. Philosophie des Altertums und des Mittelalters* (S. 221–261). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Lewis, B. (2002). *What went wrong? Western Impact an Middle Eastern Response.*

London: Oxford University Press.

Lüders, M. (2011). *Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt.*

München: C.H. Beck.

Europa und die Arbeit am Sozialen

Die Verteidigung Europas gegen seine Befürworter

Franz Hamburger

Universität Mainz (em.)

Abstract

Die Entstehung der Europäischen Union war von Anfang an mit kritischen Analysen zu den Veränderungen der nationalen Gesellschaften durch Europäisierung begleitet. Seit Einführung des EURO in einem Teil der Union haben diese Analysen die Überhand in der wissenschaftlichen Diskussion gewonnen. Denn der europäische Integrationsprozess erweist sich zunehmend als das, was in den Gründungsverträgen der EWG schon formuliert war, nämlich als ein einheitlicher Wirtschaftsraum. Seine Produktivität hat sich in enormen Vorteilen für die großen und immer größer werdenden wirtschaftlichen Einheiten erwiesen, die „produktive Zerstörung“ hat vor allem die peripheren Räume der Union getroffen. Sie haben ihre Marginalisierung mit erheblicher sozialstaatlicher Verschuldung zu kompensieren versucht – die Staatsverschuldung kommt wieder den großen Finanzakteuren zu Gute. In diesem Prozess erscheint die Soziale Arbeit insbesondere als finanzielle Belastung und soll reduziert werden. Gleichzeitig ist die sozialstaatliche Stabilisierung der Gesellschaften durch Soziale Arbeit eine wachsende Aufgabe. In diesem Spannungsfeld zu agieren ist für die sozialen Akteure zu einer Zerreißprobe geworden.

Die Allgemeine Zeitung Mainz hat es am 10. Juli 2012 auf den Begriff gebracht. Unter dem Titel „Schnelle Nothilfe für Spaniens Banken“ heißt es einleitend: „Zur Beruhigung der hoch nervösen Finanzmärkte werden die Euroländer noch im Juli milliardenschwere Nothilfen für Spaniens Banken auf den Weg bringen. Die Vereinbarung für das Hilfsprogramm von bis zu 100 Milliarden Euro soll am 20. Juli unter Dach und Fach gebracht werden.“ Seit dem Zusammenbruch der Investmentbank *Lehman Brothers* am 15. September 2008 folgte Finanzkrise auf Finanzkrise, abwechselnd eine Krise von Banken

und eine Haushaltskrise von Ländern. Der Volksmund bringt die Ursache für diese Krisen in einer einfachen Lebensweisheit zum Ausdruck: Man hat „über seine Verhältnisse gelebt“. Die Banken haben mit dem Geld ihrer Kunden spekuliert und für Vorhaben Kredite gewährt, die nicht refinanzierbar waren. Sie konnten das maßlos tun, denn als Eigenfinanzierung waren nur wenige Prozent der Manövriermasse verlangt. Und die Staaten konnten das tun, weil das erhoffte Wirtschaftswachstum die Refinanzierung aller Staatsanleihen versprach. Jetzt aber wird die uneingeschränkte Abhängigkeit der Politik von der Finanzwirtschaft für jeden offensichtlich. Das Kapital hat den Staat im Griff.

Das Besondere und das spezifisch Europäische an der Zeitungsmeldung ist der Hinweis auf die ökonomischen Bedingungen des erwarteten Handelns und die politischen Akteure. Die „nervösen Finanzmärkte“ sind die Bewegungen des global fließenden Kapitals, dessen Ströme von Banken und bankenähnlichen Gebilden in Gang gehalten und gesteuert werden. Die notleidenden Banken sind also Teil des Systems, das ihre Not hervorbringt. Wenn Nothilfe geleistet wird, ist dies Futter für den Moloch. Die politischen Akteure sind nationale Regierungen oder deren Repräsentanten, die mit ihrem Bedarf an Staatsanleihen zur Sicherung ihrer Haushalte nichts anderes tun dürfen, als sich nach den Bedürfnissen der „nervösen Finanzmärkte“ zu richten. Es ist faktisch unerheblich, ob ihre Entscheidungen demokratisch legitimiert sind oder nicht.

Im Mehrebenensystem der europäischen Politik verschärfen sich diese Bedingungen des politischen Handelns auf spezifische Weise. Denn Europa selbst ist als „Wirtschaftsgemeinschaft“ ohne zentrale politische Steuerung selbst ein Projekt der Deregulierung; im Teil-Europa des *Euroist* dies vollständig ausgeprägt. Die Marktkräfte sollten sich ungestört von den engen Grenzen der Nationalstaaten entfalten können. Die „nervösen Finanzmärkte“ sind insofern das Ziel der europäischen Einigungspolitik gewesen und sind es noch, auch wenn dieses nicht explizit, sondern als „Freiheit für Menschen und Waren, Dienstleistungen und Kapital“ formuliert wird. Die Ambivalenzen im zurück liegenden europäischen Integrationsprozess weisen erstaunlich klar auf die heutigen Problemlagen hin.

1. Das Europa der zwei Gesichter

Die tatsächliche Realisierung des europäischen Binnenmarktes am 1. Januar 1993 war verbunden gewesen mit einem Höchststand der Arbeitslosigkeit von 10 %. Mit dem Erreichen des Ziels, das in den Römischen Verträgen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erstmals formuliert und 1957 noch utopisch erscheinen konnte, waren nicht nur die Vorteile des erweiterten Marktes, sondern auch seine Nachteile verbunden. Mitte der 90er Jahre stieg die Zahl der Arbeitslosen in Europa auf 18 Millionen an, die der Armen auf 52 Millionen. Europa als Realität hat offensichtlich eine andere Qualität als seine bloße Idee.

Die europäische Wirklichkeit ist also schon auf den ersten Blick gespalten: Der ökonomischen und politischen Integration stehen wachsende Soziale Probleme gegenüber. Die Entstehung kapitalistischer Marktgesellschaften ist immer auch mit der Neubildung von Mechanismen der sozialen Integration, der Bewältigung von Lebensrisiken und der ökonomischen Absicherung verbunden. Auch auf dem erweiterten europäischen Markt stehen den Vorteilen für die „Modernisierungsgewinner“ die Nachteile für die „Modernisierungsoffer“ gegenüber, die durch die Institutionalisierung von Ausgleichsmechanismen und Kompensationsstrategien aufgefangen werden können. Dies hat sich mit jedem Erweiterungsschub, der vor allem die armen Regionen in der Europäischen Union vermehrt hat, weiter verstärkt. Die jeweils neu integrierten Länder standen in der Regel vor einer wirtschaftspolitischen Modernisierung, wobei das in Aussicht stehende Wirtschaftswachstum durch eine stetig wachsende Staatsverschuldung erreicht werden sollte. Doch das Wachstum konnte durch die „produktive Zerstörung“ der traditionellen Wirtschaftsbedingungen deshalb nicht erzielt werden, weil die Kolonialisierung durch die ökonomischen Kräfte der europäischen Zentralregionen das Wachstum systemisch begrenzte.

Die Bearbeitung der Schattenseiten des ökonomischen Fortschritts ist traditionelle Aufgabe der *Sozialpolitik*. Sie hat sich in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nur marginal entwickelt und gewinnt vor allem Raum in

politischen Forderungen, beispielsweise in der Grundrechtscharta, die beim Regierungsgipfel von Nizza im Dezember 2000 verabschiedet wurde, oder im Entwurf für eine europäische Verfassung. Sehr viel langsamer freilich geht die praktische Umsetzung voran.

Am Ende des 20. Jahrhunderts und zum Anfang des 21. Jahrhunderts lassen militärische und politische Konflikte in Europa und in der Welt die sozialpolitischen Fragen eher aus dem Licht der Öffentlichkeit verschwinden. Die Sozialpolitik bewegt sich auch nicht in prinzipiell neuen Bahnen, folgt aber dem europäischen Prinzip der Ausweitung und Vertiefung. Das „Sozialpolitische Aktionsprogramm 1998 – 2000“ hebt einerseits die Relevanz eines soliden „Sozialschutzes“ für die Handlungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt, also die konstitutive Funktion der Sozialpolitik hervor, andererseits sollen die Regelungen des Sozialschutzes im Sinne einer optimierten Reaktionsfähigkeit der Wirtschaft in einer sich rasch wandelnden Welt „flexibilisiert“ werden. Die dabei erwartete Verschärfung Sozialer Probleme soll durch eine erweiterte Qualifikationspolitik auf allen Niveaus und durch Maßnahmen gegen Ausgrenzung gemildert werden. Damit zieht das Thema „Bildung“ mit neuem Gewicht in die europäische Politikprogrammatisierung ein; bis dahin war dieses Thema vor allem eine Domäne der OECD, die an der ständigen Modernisierung der Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum interessiert ist.

Die beim Berliner Gipfel des Europäischen Rates 1999 beschlossene „Agenda 2000“ ordnet schließlich die Struktur- und Regionalpolitik der EU neu. Der Anteil der einzelnen Staaten an den 30 Milliarden Euro, die jährlich umverteilt werden können, wurde neu definiert, der Umfang der Strukturpolitik im Hinblick auf das Bruttosozialprodukt festgelegt und der sozialpolitische Korridor für die Osterweiterung vorbereitet. Einen Kompromiss zu finden zwischen den Unterstützungsbedarfen der Länder im Süden und Westen (von Griechenland bis Irland) und der armen Beitrittsländer des ersten Jahrzehnts in Mitteleuropa ist zu einer wichtigen Aufgabe der europäischen Politik geworden. Die bereits zu Beginn des Jahrhunderts wieder bewusst gewordenen Disparitäten begleiten die europäische Politik bis zur Gegenwart.

Aber die Kräfte einer weiteren kapitalistischen Deregulierung waren stärker als die warnenden Stimmen, die bereits damals das Problem eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes als Steuerungsproblem identifizierten. Der beim Gipfel von Nizza (2000) ausgetragene Streit über die Partizipation der verschiedenen Akteure an der europäischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung weist auf eine Verdichtung der Problemlkomplexität, aber auch die Fähigkeit zur Konsensbildung hin. Es zeigt sich bei den Rückschlägen der europäischen Politik immer wieder: Die Politik muss, wenn sie einigermaßen mit der Vernetzungsgeschwindigkeit der Ökonomie Schritt halten will, sich immer „aufraffen“ und von Neuem beginnen, denn die Staaten haben „keine Alternative“. Lediglich ganz reiche Staaten wie die Schweiz oder Norwegen konnten eine politische Eigenständigkeit bewahren – die anderen konkurrieren miteinander immer schärfer um die Investitionen des Kapitals und die Anleihen der Banken zur Sicherung der Haushalte und müssen deshalb miteinander kooperieren. Gleichzeitig müssen sie – und diese Aufgabe hat sich im gemeinsamen Euro-Raum potenziert – die Folgen der nicht mehr aufhebbaren Vernetzung autonomer Staatstätigkeiten in Rechnung stellen.

2. Das Grundproblem demokratischer Legitimation

Die Integration Europas ist einer der tiefgreifenden Wandlungsprozesse des 20. Jahrhunderts. Während die erste Hälfte dieses Jahrhunderts von den europäisch induzierten Weltkriegen bestimmt war, ist die zweite Hälfte, zumindest in Westeuropa, von einer Phase „des Wachstums, des Wohlstands, der Freiheit und des Friedens“ – wie die berühmte Formel von Jaques Delors lautet – geprägt.

In der Entstehungsgeschichte des neuen Europas spielt der Gemeinschaftsbegriff eine erstaunliche, aber nachvollziehbare Rolle. Gegenüber den Jahrhunderten der zunächst feudal und klerikal, dann nationalstaatlich und demokratisch partikularen Identitäten haben die neuen Gebilde einer größeren Einheit einen schweren Stand. Mit dem Begriff der Gemeinschaft, der seit F.

Tönnies für die kleinen, überschaubaren, lebensweltlich fundierten Zugehörigkeiten von Familie, Freundschaft und Nachbarschaft verwendet wird, wird der hohe Identifikationsanspruch selbst von einem so technischen Gebilde wie dem der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag 1951) signalisiert. Seitdem ist es eine der zentralen europäischen politischen Aufgaben, Zugehörigkeitsgefühle zu wecken und zu stärken. Das auf der Zweckmäßigkeit des großen Marktes beruhende Europa ist erfolgreich, bindet aber keine Identitäten und Leidenschaften. Solange Europa ökonomischen Erfolg verspricht, erzeugt es eine zunächst hinreichende Selbstlegitimierung. Lange Zeit ist der Wunsch, dass es keine Kriege mehr geben solle in Europa, und der Gegensatz zum osteuropäischen Kommunismus die Basislegitimation für die Integration gewesen. Nachdem eines der beiden Elemente ganz verschwunden ist und das zweite langsam verblasst, sind neue kulturelle Muster für die Identifikation mit Europa erforderlich, wenn es eine demokratische Legitimation behalten will. Dass Europa eine Zivilgesellschaft – auch ganz im Sinne einer zivilen oder zivilisierten Gesellschaft – werden solle oder sei, das ist zu einem bedeutenden Element des europäischen Selbstverständnisses geworden und dieses Element darf in keiner politischen Rede mehr fehlen.

Die nationalstaatlich verfasste Soziale Arbeit und Sicherung und das Bildungswesen, die eine zentrale Vereinheitlichungsfunktion haben, nämlich einerseits das Fürsorglichkeitsprinzip des Staates für alle seine Bürger ohne Ausnahme zu demonstrieren und andererseits die für Zusammengehörigkeitsgefühle erforderlichen kognitiven Gleichheiten herzustellen, werden notwendigerweise verunsichert im Hinblick auf ihre Ziele und Methoden. Denn sie haben sich intentional zu erweitern auf den europäischen Rahmen hin, ohne den nationalstaatlichen Rahmen, der gerade für Soziales und Bildung zentral bleibt, aufzugeben. Sozial- und Bildungspolitik haben gleichzeitig eine durch die europäische (und weitergehende) Öffnung ermöglichte Mobilität und Mischung der Bevölkerung zu bearbeiten und stehen dabei vor einer zusätzlichen Paradoxie: Das Bildungssystem hat die wertvoller werden Berechtigungsscheine so zu verteilen, dass sowohl die besondere Privilegierung der Staatsbürger erhalten bleibt als auch die Chancen der Hinzuge-

kommenen gewahrt werden können. Die Soziale Arbeit hat es besonders mit denjenigen zu tun, die auf der Verliererseite der europäischen und globalen Öffnungsprozesse stehen. Sie soll den Armen die knapperen Güter verteilen und sie gleichzeitig politisch bei der Stange halten, damit nicht „von unten“ das europäische Projekt de-legitimiert wird.

In dieser Situation werden gerade im Sozial- und Bildungsbereich neue praktische und theoretische Balancierungen verlangt. Diese Balancierungen sind von Personen zu erbringen, zum Beispiel von Fachkräften in der Pflege, deren Arbeitsplatz gefährdet scheint oder die Nachteile erfahren, weil Pflegekräfte aus anderen Ländern illegal oder legal beschäftigt werden. Deren Anwesenheit muss direkt der erleichterten europäischen Mobilität zugeschrieben werden, die zugleich eine Destabilisierung der erreichten Niveaus sozialer Sicherung (beispielsweise der Arbeitseinkommen oder des arbeitsrechtlichen Schutzes) mit sich bringt. Diese Balancierungen von Widersprüchen sind auch von Organisationen zu erbringen, die Völkerversöhnung in ihrem Leitbild stehen haben, sich zur gemeinsamen Interessenvertretung in Brüssel zusammenschließen und gleichzeitig die nationalstaatliche Ordnung verteidigen, weil sie sie vor europaweitem Wettbewerb zu schützen verspricht.

Der exemplarisch am Sozialsektor illustrierte Widerspruch zwischen europäischer Orientierungsnotwendigkeit und nationaler Schließung breitet sich endemisch aus, wenn die Haushalte der Nationalstaaten prinzipiell betroffen sind. Und genau dies charakterisiert die Legitimationsprobleme des Euro-Raumes, die in der Krise des kontinentalen Kapitalismus aufbrechen. Periphere Modernisierung in Griechenland, Spanien, Italien und Irland beispielsweise führt zu einem „Wirtschaftswunder“ für eine bestimmte Phase, die vor allem Kapitalakkumulation bei einer kleinen Schicht der Gesellschaft ermöglicht. Der Staat sichert seine Legitimität durch Klientelpolitik und Sozialpolitik. In der Krise werden die sozialen Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Familien reduziert, die Reichen können ihr Geld in die sichere Schweiz oder anderswohin schaffen. Weil das europäische Regime an der Verteilung von Armut und Reichtum nichts ändern kann und will, werden keine Maßnahmen gegen diese Mechanismen ergriffen. In den reichen Ländern des Euroraumes, die vor und während der Krise vom Export in die peripheren Länder (z.B. Waffenexport aus Deutschland nach Griechenland) profitieren,

entsteht der Eindruck und er wird populistisch verstärkt, dass die armen Länder subventioniert würden, was zu einem Einkommensverlust auch in den reichen Ländern führen würde. Die reichen Länder setzen auf der Ebene der europäischen Politik gleichzeitig ihr Politikprinzip durch, dass nämlich die Sozialpolitik vor allem das Feld der Einsparungen sein müsse. In den armen Ländern müssen Wahlen notfalls so lange wiederholt werden, bis eine Regierung der europaorientierten, das heißt die sozialpolitischen Sparprogramme durchsetzenden Politik erreicht ist. Mit der Wiederholung von Volksabstimmungen bei der Entscheidung über eine europäische Verfassung war diese „Friss-oder-stirb-Strategie“ schon einmal praktiziert worden. In beiden Ländergruppen entsteht deshalb nationalistischer Populismus; vor allem aber richtet sich die diffuse Wut gegen „die Fremden“. „Europa“ wird mit Entbehrungen und Problemen assoziiert.

3. Divergenz statt Konvergenz

Die europäische Gesellschaft ist schon seit Ende der 1990er Jahre von Tendenzen einer fortschreitenden Desintegration bestimmt. Diese These bezieht sich zunächst auf den Charakter dieser Gesellschaft als "Arbeitsgesellschaft", der zumindest teilweise die Arbeit ausgeht. Während zwischen 1970 und 1980 die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft bei 4,2 % lag, stieg sie im darauffolgenden Jahrzehnt auf 9,3 % und unterschreitet in den 90er nicht mehr den Sockel von 10 %. Nach der Jahrhundertwende setzt sich dieser Prozess fort, mit großen Differenzen innerhalb Europa, auch innerhalb der einzelnen Staaten. Die Regionen Europas weisen die höchsten Disparitäten auf, seit der Integrationsprozess begonnen hat.

Das angestrebte Ziel, dass im größeren Markt Europas die Produktivität erheblich gesteigert werden kann, ist erreicht – aber die mit ihm verbundenen Freisetzungseffekte ebenfalls. Gerade die mit dem berühmten *Cecchinibericht* 1988 einseitig versprochenen großen Wachstumseffekte konnten nur propagiert werden mit der systematischen Ausblendung von Modernisierungsverlusten. Die Arbeitslosigkeit in der Peripherie ist eine unbeachtete Folge des „Cecchini-Programms“. Wenn in manchen Peripherien Europas, so in

Griechenland und Portugal, die Arbeitslosigkeit (zumindest die statistisch erfasste) lange Zeit noch unter dem europäischen Durchschnitt lag, dann hing dies mit einer noch nicht hinreichend durchgedrungenen Europäisierung zusammen, weil traditionale Sozialordnungen und Schattenwirtschaft noch Alternativen zur formellen Arbeitslosigkeit bereithielten. Diese Reservoirs für integrierte, wenn auch oft prekäre Lebensbedingungen sind durch Modernisierung weitgehend aufgelöst worden. In vier Dimensionen lassen sich diese Entwicklungen konkretisieren.

Die besondere Problematik der europäischen Arbeitslosigkeit (1) liegt darüber hinaus in dem Umstand, dass der Anteil der Dauerarbeitslosigkeit kontinuierlich steigt und die Jugendarbeitslosigkeit in peripheren Regionen bei über 50 % liegt. Dauerhafte Marginalisierung und unzureichende Integration der nachwachsenden Generation sind die problematischen Folgen. Sie waren vorübergehend in den Hintergrund geraten, kommen aber in der Krise wieder in den Vordergrund, in der Regel durch die Demonstrationen der Betroffenen. Und deren Zorn richtet sich gegen die Herrschenden in Europa, die durch Personalisierung und nationale Zuordnung am einfachsten identifiziert werden können.

Diese Phänomene müssen angesichts der gleichzeitig fortschreitenden Globalisierung der Ökonomie besonders kritisch beurteilt werden. Denn die freie Weltmarktkonkurrenz ist in den 1990er Jahren erst eröffnet worden, sie zwingt zu weiterer Produktivitätssteigerung und zu Investitionen außerhalb von Europa und wird deshalb dessen Arbeitsmarktprobleme vergrößern.

In der Dimension der Einkommensverteilung (2) geht die Schere kontinuierlich auseinander. Während 10 % der Bevölkerung über 40 % der Einkommen verfügen, sinkt die Nettolohnquote auf den Stand von Anfang der 1960er Jahre und der Anteil der Mittelschichten an der Bevölkerung geht langsam zurück. Am unteren Rand der Gesellschaft wachsen gleichzeitig die Armutschichten, die inzwischen einen Bevölkerungsanteil von einem Fünftel bis zu einem Drittel ausmachen. Dabei ist die Armut insbesondere bei den Eingewanderten groß.

Hinzu kommen demographische Veränderungen (3). Die industriegesellschaftlichen Lebensphasen modifizieren sich, wobei vor allem die lange Altersphase soziale Probleme mit sich bringt. Die gegenwärtigen Mechanismen der Alterssicherung (Pensionen, hohe Versicherungsleistungen, Zusatzversorgungen) sichern vorübergehend einer relativ reichen Klasse der Alten ein gutes Leben, was wiederum zu Verwerfungen zwischen den Generationen führen kann. Während in den zurückliegenden Jahrzehnten das Bild des Alters modernisiert und von seinen negativen Aspekten "befreit" wurde (wenn auch auf problematische Weise), ist deshalb mit einer Umkehrung dieser Tendenz und einer Abwertung des Alters zu rechnen. Denn die absehbaren oder bereits eingeleiteten Einschnitte bei der Altersversorgung müssen legitimatorisch abgesichert werden. Gleichzeitig werden die Gesamtausgaben für Kindheit und Jugend reduziert, was besonders widersinnig ist, weil Bildung das besondere "Standortkapital" der europäischen Gesellschaften ausmacht.

Eine vierte Tendenz hängt mit den Fortschritten der medizinischen Gentechnik zusammen. Gegenwärtig beruhen die kollektiven Versicherungssysteme auf der Unkalkulierbarkeit des individuellen Risikos, alt, krank, invalide, arbeitslos oder pflegebedürftig zu werden. Die biologische Nicht-Steuerbarkeit des menschlichen Lebens wird jedoch zunehmend relativiert, weil Erkenntnisse über "Merkmalsträger" sich zunehmend zu Prognosen über den individuellen Grad eines Risikos verdichten lassen. Die Individualisierung des Versicherungsrisikos ermöglicht in der Folge eine Neuverteilung von Beiträgen und Leistungsansprüchen und eine tiefgreifende Spaltung von Lebenschancen. Die in Versicherungssystemen geronnene Solidarität steht vor Überlebensproblemen.

"Stellt man die vier Perspektiven der Struktur gewordenen Massenarbeitslosigkeit, der zunehmenden Ungleichheit der Einkommen, der Auflösung industriegesellschaftlicher Lebensphasen und der Aushöhlung des sozialen Sicherungspaktes in einen gemeinsamen Horizont, so erhebt sich eine ganz neue soziale Frage. Zwar ist diese Frage noch nicht hinreichend deutlich gestellt, so ist doch schon eines klar: Der europäische Sozialstaat ist nicht

mehr geeignet, darauf eine Antwort zu finden. Der Vorwurf, er sei zu teuer, führt deshalb von vornherein in die Irre. Die gesamte Institution des Sozialstaates hat ihre ein Jahrhundert währende Festigkeit verloren, die bisherigen Begründungen seiner Zwecke und seiner Ressourcen stimmen nicht mehr" (Koch, 1995, S. 645). Größere Bevölkerungsgruppen werden gewissermaßen "entgesellschaftet", der Exklusion des Individuums in modernen Gesellschaften stehen für größer werdende Gruppen keine Inklusionsmechanismen mehr gegenüber.

Das europäische Sozialmodell differenziert zunehmend drei Etagen aus, die das bunte Bild unterschiedlicher Milieus und vielfältiger Soziallagen zugunsten älterer Gesellschaftsmodelle auflösen. Im Erdgeschoss lebt die Schicht mit Minimaleinkommen aus Sozialhilfe, anderen reduzierten Transfers und vor allem Suppenküchen. Hier setzen die Einschnitte zur Differenzierung der Solidarität besonders deutlich an (Leistungen für Behinderte und Alleinerziehende, Asylbewerber). In der 1. Etage wohnt die große Schicht der ängstlich in die Zwangssolidarität der Versicherten Eingebundenen, die aggressiv darauf achten müssen, dass die reduzierten Leistungen aus ihren Beiträgen nicht in das Erdgeschoss gelangen. In der 2. Etage wohnen schließlich diejenigen, die mit ihren hohen Einkommen sich nach dem Marktmodell privat versichern können.

Im Unterschied zur Gegenwart wird in diesem Gesellschaftsmodell der Anspruch der Arbeitsgesellschaft aufgegeben, die politische Demokratie findet in den Soziallagen keine gesellschaftliche Entsprechung mehr. Der Sozialstaat als "tragender Rahmen" für den Tarifstreit der Arbeitgeber und Gewerkschaften tritt in den Hintergrund, Paritäten werden durch Disparitäten ersetzt. Im europäischen Integrationsprozess spielt aber gerade das Versprechen, Disparitäten (sozialer und regionaler Art) abzubauen zu können, eine große Rolle („Fortschritt auf dem Wege der Angleichung“ hieß die Zauberformel in den Römischen Verträgen). Am Beispiel der regionalen Ungleichheit stellt sich die tatsächliche Entwicklung indessen anders dar.

Zwischen 1950 und 1960 waren die regionalen Disparitäten innerhalb der damaligen EG um 19 % vermindert worden, weil die Migration der Arbeitskräfte in die Zentren der industriellen Entwicklung die Maßzahl (Bruttoinlandprodukt pro Kopf) verbessert hatte. In den 60er Jahren bleiben die Disparitäten unverändert, um dann in den 70ern wieder stark zuzunehmen. Dabei ist weniger der Vergleich zwischen Nationen (Disparitäten immerhin noch 1:6) als vielmehr zwischen Regionen (1:10) von Bedeutung. Regionale Disparitäten drücken sich sowohl in ökonomischen (Bruttosozialprodukt, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Armut) als auch in sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen aus. Der seit 1975 eingerichtete Europäische Fonds für regionale Entwicklung kann die zunehmenden Ungleichgewichte nicht annähernd kompensieren. Wichtig für das Bild der Gesamtentwicklung ist insgesamt eine zunehmende Differenzierung in den Peripherieländern, deren moderne Wachstumskerne sich ausdehnen.

Mit der Realisierung des Binnenmarkts setzten sich diese Entwicklungen fort. Der Anteil des spezifischen Binnenmarkteffektes am Wachstum des Bruttosozialprodukts war in Deutschland, Belgien, Luxemburg, Großbritannien und Irland besonders hoch. Auch die beschäftigungswirksamen Anteile des Binnenmarkteffektes ließen sich in Deutschland, Großbritannien, Luxemburg und Belgien besonders deutlich nachweisen (Konle-Seidl, 1991, S. 14 ff.). 20 Jahre nach dieser Feststellung werden diese Umstände in der Finanzkrise unübersehbar. Eine zusätzliche, qualitativ nicht unwichtige Polarisierung ergibt sich im Binnenmarkt durch die Migration hochqualifizierter Arbeitskräfte: "Steigende Qualifikationsanforderungen im zunehmenden europäischen Wettbewerb, ein alterndes Erwerbspersonenpotential und geburtenschwache jüngere Jahrgänge werden den EG-weiten Wettbewerb um knappe Fachkräfte verstärken." (Konle-Seidl, 1991, S. 19) Mit den Programmen Erasmus und Sokrates trägt die EU dann selbst zur transnationalen Mobilisierung der qualifizierten Arbeitskräfte bei.

4. Gesellschaftliche Dynamisierungen

Für die Ordnung des Sozialen, wie sie sich am Ende des 19. Jahrhunderts herauskristallisiert hat, war der nationale Sozialstaat Struktur bildend. Zwischen ihm und der Nationalökonomie bestand ein enges Band wechselseitiger Steuerung, die immer weitergehende Absicherung der Lohnarbeiterexistenz war in beiderseitigem Interesse. In den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts war deshalb in den industrialisierten Ländern eine stabile sozialpolitische Infrastruktur entstanden. Diese dehnte sich dann in der zweiten Jahrhunderthälfte in die sozialen Dienstleistungen hinein aus, das Wachstum von Jugendhilfe und Sozialarbeit setzte unaufhaltsam ein. Wir können Verschiebungen und Verzögerungen beobachten, aber wir können bis zur Gegenwart keine ernsthafte Gefährdung des Sozialstaats diagnostizieren.

Und doch zeichnen sich Veränderungen in der Beschaffenheit und Struktur Sozialer Probleme ab. Langzeitarbeitslosigkeit, Verfestigung der Armut, Privatisierung von Risiken sind Stichworte dazu. Im Hintergrund entkoppeln sich Ökonomie und Staat, der europäische Binnenmarkt beispielsweise bildet eine neue Ebene von wirtschaftlichen Entscheidungen aus, die von kleineren staatlichen Einheiten losgelöst sind, bei denen die organisierte Gegenmacht der Gewerkschaften und das demokratische Gegengewicht der Parlamente fehlt. Die Globalisierung, sei es als Realität oder Argumentationsknüppel zur Disziplinierung von wohlfahrtsstaatlichen Bequemlichkeiten, baut über den Kontinenten eine globale Ebene des Regimes von Weltbank, Währungsfonds und Konzernen auf, dem die demokratischen und sozialen Institutionen nur eine schwache Position entgegensetzen können. In dieser Lage ist der Nationalstaat, der auf absehbare Zeit die soziale Sicherung zu gewährleisten hat, in die Klemme geraten. Er muss attraktive Bedingungen für das um die Erde rasende Finanzkapital schaffen, weshalb sein bildungs- und sozialpolitischer Spielraum eingeschränkt wird. Die Abwälzung von sozialen Integrationsaufgaben auf die kommunale Ebene verschafft ihm Luft, führt aber die Gemeinden in grenzenlose Verschuldung.

Auf der anderen Seite, am anderen Pol der Risikogesellschaft, setzte schon in der Blüte des Wohlfahrtsstaates der 1970er Jahre die inzwischen berühmt gewordene *Erodierung traditioneller Lebensformen* ein. Der Sozialstaat hatte mit der Kleinfamilie auf der Grundlage von typisierter Geschlechterordnung und privatisierter Reproduktion und Sozialisation, also unentgeltlicher Kindererziehung, Behindertenversorgung und Altenpflege, seine Wirksamkeit erst entfalten können. Die Veränderung der sozialen Integration aller Individuen, die sich nicht durch Erwerbsarbeit eine eigenständige Lebensweise sichern können, ist mit einem wachsenden Bedarf an personenbezogenen sozialen Dienstleistungen verbunden. Die Effekte des demografischen Wandels sind Voraussetzung und Folge dieser Entwicklung und verstärken sie erheblich. Die Kluft zwischen sozialen Bedarfen und staatlichen Handlungsspielräumen wächst.

Diese Situation wird in den Gesellschaftstheorien der Gegenwart unterschiedlich akzentuiert und benannt. Dabei spielt die Vorsilbe „post“ eine große Rolle. Die Bezeichnung *post-modern* ist in aller Munde, das Wort *postfordistisch* bezieht sich auf den kapitalistischen Kern des Wohlfahrtsstaats, die Charakterisierung *post-industriell* hebt den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft hervor, die Bezeichnung „*post-sozialistische Situation*“ hebt vor allem darauf ab, dass die Zeit der großen Hoffnungen endgültig vorbei scheint. In dieser Situation wird eine Politik der Umverteilung, die sich an sozialer Gerechtigkeit als Leitnorm orientierte, in den Hintergrund gedrängt. In den Vordergrund rückt der Diskurs der Differenz, die Politik der Anerkennung von Verschiedenheiten soll, durch Feminismus und Multikulturalismus angetrieben, das Recht auf je eigene Identitäten sichern. Kulturpolitik tritt an die Stelle der Sozialpolitik. Wenn sich soziale Bewegungen um ihre Identität kümmern, kann sich relativ ungestört – und das macht das dritte Merkmal dieser Situation aus – die Ideologie des Neoliberalismus ausbreiten. Alles was im Sozialstaat im weitesten Sinne der allgemeinen Daseinsvorsorge zugerechnet wurde und deshalb als gesamtgesellschaftlich zu regeln galt, steht auf dem Prüfstand: die Versorgung mit Strom und Wasser, mit Information und Kommunikation, mit Mobilität und Entsorgung, die Altersvorsorge und die Bildung.

Dies ist nun die Stunde der Sozialarbeit. Denn jedes Krisenszenario ist ein Jungbrunnen für die Soziale Arbeit. Sie muss alles bearbeiten, was im schnellen Sozialen Wandel abfällt und liegen bleibt:

- von der Ehevorbereitung bis zur Sterbebegleitung,
- von der öffentlich organisierten Sozialisation der Kinder bis zur Mobilisierung der Arbeitslosen,
- von der sozialpädagogischen Begleitung der Berufsausbildung bis zur Beratung der Armen und Verschuldeten,
- von der Reintegration von „Aussteigern“ und „Abbrechern“ bis hin zur Ganztagsversorgung der Schüler und Schülerinnen,
- von der Unterrichtung der vier Millionen Analphabeten bis zur Flexibilisierung der Personalführung in Großbetrieben,
- von der Abenteuerpädagogik für Manager bis zur Erlebnispädagogik für kriminelle Kids.

Wenn es bezahlbar wäre, wir wären ein Volk von Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen. Der konservative Intellektuelle Schelsky und der linke Gesellschaftskritiker Illich hatten beide recht: Der postmoderne Mensch könnte der betreute Mensch sein. Von der Betreuung haben die Medien die Hauptarbeit übernommen. Aber auch die Soziale Arbeit ist wichtiger geworden, das laute Klagen über Einsparungen an allen Ecken zeigt nur eine Seite der Medaille und verdeckt den stillen Sieg.

5. Die Krise im europäischen Mehrebenensystem

Die europäischen Institutionen sind seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 zu einem relevanten Akteur auf kontinentaler und globaler Ebene geworden. Durch die Verzögerung der Verfassungsratifizierung wird die Entwicklung zur Stärkung dieses Akteurs nur verzögert, aber nicht prinzipiell aufgehalten. Der europäische Einigungsprozess hat nämlich, weil er für eine Mehrheit der Bevölkerung wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt, schon viele Krisen überstanden. Frankreich hat einmal

versucht, mit der Politik des „leeren Stuhls“ seine nationalen Interessen durchzusetzen, Großbritannien hat schon mehrfach insbesondere die sozialen Fortschritte der Union gehemmt, in Irland und Dänemark haben Volksabstimmungen den Prozess der Erweiterung der Europäischen Union und der Vertiefung der politischen Koordination und Kooperation aufhalten können. Neben der Vertragsunion der 25 Mitgliedstaaten gibt es heute ein Europa des Schengen-Abkommens und eines der Euro-Zone, ein Europa des Bologna-Prozesses und ein kulturelles und menschenrechtliches Europa des Europarats. Die Differenzierung der verschiedenen Politikprozesse ermöglicht Flexibilität und unterschiedliche Geschwindigkeiten – doch ist der Binnenmarkt die dominante Einheit. Je hemmungsloser er seine Dynamik freisetzt, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass soziale, politische und kulturelle Widerstände gegen die Dominanz des Ökonomischen und seine Auswirkungen auf die europäische Vielfalt mobilisiert werden.

Insgesamt kann man heute von einem fünfstufigen Modell sprechen, mit dem sich die politischen Prozesse verschränken. Auf *globaler* Ebene spielen Konzerne und Börsen sowie Weltbank und der Internationale Währungsfonds die erste Geige. Auf der Ebene der *Kontinente* gibt es handlungsfähige Einheiten oder auch nicht, z.B. in Afrika. Unterhalb der Europäischen Ebene hat der *Nationalstaat* nach wie vor eine große politische, kulturelle, soziale und begrenzt auch ökonomische Bedeutung. Die Einschränkung seiner finanz- und wirtschaftspolitischen Kompetenz macht die entscheidende Veränderung aus. Die Ebenen der *Regionen* und des *Lokalen* sind in der europäischen Tradition von Landesherrschaft und Bürgerdemokratie in der Regel ebenfalls relevant, besonders bei der Versorgung in der Infrastruktur. In diesem Mehrebenensystem ergeben sich Verschiebungen, die auch die spezifische Form der Krisenbewältigung erklären.

Die europäische Ebene ist die der vier Freiheiten: Freiheit für das Kapital, die Waren, die Dienstleistungen und schließlich – aber immer noch eingeschränkt, zum Beispiel durch Strafrecht und Sozialrecht – die Freiheit für die Menschen. Dabei sind seit den Römischen Verträgen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnengemeint. Mit der Europäischen Verfassung gewinnen diese Freiheiten für die Menschen Anspruchscharakter. Der Binnenmarkt hat die Grenzen für die Entfaltung der Wirtschaft beseitigt, die

sich seitdem in den Größenordnungen des erweiterten Marktes entwickelt hat. Europäische Konzerne bestimmen zunehmend das Bild. Um deren Investitionen müssen die Staaten, die Regionen und die lokalen Gemeinschaften konkurrieren. Die Herstellung von europaweiter Konkurrenzfähigkeit ist der entscheidende Imperativ, dem sich alle anderen Impulse unterzuordnen haben. Dies trifft für alle nicht unmittelbar oder mittelbar der Wettbewerbsfähigkeit dienenden Ausgaben zu. Ideen wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität zwischen den Generationen, Umverteilung zu Gunsten der Armen, Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen und Ähnliches haben deshalb einen schweren Stand, einen schwereren, als sie ihn ohnehin schon hatten. Die neue europäische Ordnung ist eine Ordnung der Wettbewerbsstaaten (vgl. Ziltener, 1999).

Im Wettbewerb setzen sich die Stärkeren durch. Auch in der Krise. Die europäischen Zentralstaaten diktieren den verschuldeten Staaten der europäischen Peripherie die Bedingungen der Krisenbewältigung. Sie setzen dabei die Interessen ihrer Banken, bei denen auch die Pensionsfonds der Staaten und die Streikgelder der Gewerkschaften lagern, und ihre ökonomischen Interessen durch. Denn nach der erstrebten Entschuldung durch Sozialabbau soll in den armen Ländern wieder ein Wirtschaftswachstum möglich sein, das die Exportchancen der Zentralstaaten verbessert. Um ihre Exportfähigkeit zu sichern, dürfen entsprechend die Sozialprogramme auch in den florierenden Staaten nicht zu üppig werden. Europa ist endgültig eine Maschine zur Perpetuierung und Steigerung sozialer Ungleichheit geworden.

6. Die Verteidigung Europas

Die erste europäische Gemeinschaft, die für Kohle und Stahl von 1952 (EGKS, Montanunion), war möglich, weil sie als Konsequenz des Zweiten Weltkrieges dargestellt werden konnte und weil man sich von der Abtretung nationaler Souveränitätsrechte gerade in einem kriegswichtigen und -fördernden Wirtschaftsbereich eine den Weltfrieden fördernde politische Wirkung versprechen konnte. „Europa“ wurde erneut zum Symbol der Kriegsüberwindung. Diese Begleitmusik begleitete auch die Gründung der Europäischen Wirt-

schaftsgemeinschaft 1957, die darüber hinaus wirtschaftliches Wachstum und Wohlergehen versprach. Im gespaltenen Europa des „Kalten Krieges“ wurde die EWG zusätzlich als Hort der Freiheit, des Fortschritts und der Menschenrechte gefeiert. Tatsächlich gibt es aber keine Eindimensionalität des historischen Prozesses. Vielmehr drängten von Anfang an starke wirtschaftliche Interessen auf eine Liberalisierung der Märkte, hatte doch die OECD schon über eine solche Union diskutiert (Bayer, 2002). Die auf den innereuropäischen Frieden gerichteten Hoffnungen und die Erfahrungen von Wirtschaftswachstum, Reisefreiheit und Erfolg in der Systemkonkurrenz verschmolzen aber zu einer europäischen „Identität“, die nur in den europäischen Integrationskrisen ins Wanken geriet.

In der Finanz- und Staatskrise nach 2009 wiederholt sich dieser Prozess – aber auf einem höheren Niveau. Denn die Regierungen hasten seitdem von Gipfel zu Gipfel, von Krisenkonferenz zu Krisenkonferenz und können der Finanzkrise im Euro-Raum nicht Herr werden. Die nationalen Regierungen der wirtschaftlich schwächeren Staaten hatten über lange Zeit die Haushaltprobleme durch Staatsanleihen auffangen können. Dieser Weg, der gegen die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrags verstößt, war ihnen von den dominanten Ländern Deutschland und Frankreich gewiesen worden, als diese ihre konjunkturellen Schwierigkeiten durch eine höhere Staatsverschuldung, als sie der Vertrag zulässt, lösten. Der global entfesselte Finanzkapitalismus beobachtet solche Entwicklungen nicht nur. Er forciert sie durch Bereitstellung scheinbar unbegrenzter Geldmengen für Staatskredite und er steigert seine Profite durch Wetten zu den Entwicklungen in den von ihm gesteuerten Finanzmärkten. Die „nervösen Finanzmärkte“ diktieren deshalb Zeitpunkt und Umfang der staatlichen Interventionen. Sie bestehen aus Gewährleistungen und in der Bereitstellung von Geld.

Der entscheidende Punkt ist dabei, dass alles staatliche Handeln als „alternativlos“ bezeichnet wird und dass es keine Rücksicht mehr nehmen kann auf Interessen der Bevölkerung, auch wenn diese demokratisch legitimiert sind.

Sobald sich Widerstand regt, werden die schwärzesten Szenarios aufgezo- gen, die der Bevölkerung das Ende des Wohlstandes vor Augen führen. Eine weitere Strategie, die Bevölkerung zu einem blinden Vertrauen auf alles, was

unter „Europa“ firmiert, zu zwingen, ist die Drohung mit einem Übel, das die Bevölkerung vermeiden möchte. So haben die deutsche und die französische Regierung („Kernländer Europas“) sich darauf verständigt, dass die Grenzkontrollen in „besonderen Situationen“ wieder eingeführt werden können (Prantl, 2012). Die auch nur temporäre Einführung von Grenzkontrollen müsste begründet werden: Möglich sind dabei entweder nationalistische Argumentationen oder aggressive Verdächtigungen von Drittstaatlern, insbesondere Flüchtlingen, Illegalen oder Verbrechern, sie würden die innereuropäische Reisefreiheit missbrauchen. Der Effekt der bloßen Ankündigung, die Grenzkontrollen wieder einführen zu wollen, wird deutlich: Ein Europa, das identitätsstrategisch in der Abwehr von Dritten das Erbe des Nationalstaats angetreten hat und von den Regierungen „gut“ verwaltet wird. Die rechtsgerichtete dänische Regierung hatte diese Praxis im Jahr 2011 exemplarisch durchgespielt.

Öffentliche Diskussion und Legitimierung sowie die Beteiligung der Parlamente erschweren aber erheblich die Möglichkeit schneller Reaktionen auf die „Nervosität“ der Finanzmärkte. Deshalb haben die Regierungen des Euro-Raumes einen „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) erfunden, der zur Zeit der Abfassung dieses Beitrags vom Deutschen Verfassungsgericht auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüft wird. Auch wenn dabei Modifikationen des Vertragswerkes erreicht werden würden, ist die Richtung der europäischen Politik deutlich: Die Regierungen der Euroländer werden „Gouverneure“ einsetzen, die dann „Direktoren“ des ESM ernennen. Diese geben Kredite an Euroländer und Hilfen für Finanzinstitute, können Staatenleihen aufkaufen und entscheiden über neue Finanzinstrumente. Der ESM ist also ein Staat und eine Bank zugleich. Die Parlamente, normalerweise für das demokratische Ur-Recht der Budgethoheit zuständig, werden ausgehebelt, und wenn sie beteiligt sind, erklärt ihnen die Regierung die Alternativlosigkeit der Entscheidungen der Gouverneure so lange, bis sie sich fügen. Europa ist nicht mehr das Reich der Freiheit und Demokratie, sondern das der napoleonischen Präfekten.

Die Demokratie – als Herrschaft des Volkes verstanden – wird sich entweder auf der Straße abspielen und/oder in nationalistischen Schuldzuschreibungen

ergehen, die das aggressive Potential der Zwangsgesellschaften nach außen oder auf Feinde im Innern („die Fremden“, „der Islam“) richten.

Gegen ein solches „Europa“ sind die friedlichen und die den Frieden fordernden Bestrebungen der Gründungszeit des neuen Europas zu mobilisieren, ist das demokratische Versprechen des freien Europas zu verteidigen, auch wenn die Integration Europas langsamer vorankommt, auch wenn die Profitraten langsamer und geringfügiger steigen, auch wenn die Modernisierung verlangsamt wird. Das Diktat der „nervösen Finanzmärkte“ kann nur durch demokratischen Widerstand und eine Rückgewinnung des Politischen gegen die grenzenlose Vermehrung des Reichtums in den Händen Weniger erreicht werden.

Literaturverzeichnis

- Bayer, N. (2002). *Wurzeln der Europäischen Union. Visionäre Realpolitik bei Gründung der Montanunion*. Sankt Ingbert: Röhrig.
- Cecchini, P. (1988). *Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes*. Baden-Baden: Nomos.
- Hamburger, F. (2004). Die Jugendhilfe im neuen Europa. *Forum Erziehungshilfen*, 10(4), S. 196–199.
- Hamburger, F., Lauer, F. & Stauf, E. (2004). Europäische Netzwerke der Sozialen Arbeit – Eine Annäherung an neue Akteure. *Zeitschrift für Sozialpädagogik* 1, S. 78–102.
- Hamburger, F. (2002). Neue Bedingungen für die Soziale Arbeit. In J. Schulze-Krüdener et al. (Hrsg.), *Grenzen ziehen – Grenzen überschreiten* (S. 152–161). Hohengehren: Schneider.
- Hamburger, F. (2006). Perspektiven der Jugendhilfe zwischen europäischer Öffnung und sozialpolitischer Schließung. In N. Knuth et al. (Hrsg.), *Hinter'm Horizont geht's weiter...Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe* (S. 23–48). Frankfurt: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen.
- Koch, C. (1995, Oktober). Kein Umbau. Perspektiven des Sozialstaates in Europa. *Gewerkschaftliche Monatshefte*, S. 641–652.

- Konle-Seidl, R., Walwei, U. & Werner, H. (1991): Die Entwicklung der Arbeitsmärkte im Europäischen Binnenmarkt bis zum Jahr 2000. In U. Walwei & H. Werner (Hrsg.), *Beschäftigungsaspekte und soziale Fragen des EG-Arbeitsmarktes (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 142)* (S. 7–19). Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit.
- Prantl, H. (2012, 20. April): Europas blinde Sterne. *Süddeutsche Zeitung*, S. 4.
- Ziltener, P. (1999). *Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Towards an epistemology of social work – lessons from the European history of an uncertain discipline

Walter Lorenz

Free University of Bozen-Bolzano

Abstract

This chapter outlines the dynamic relations with the various social, cultural and political contexts which characterise social work as a profession and as an academic discipline. The renewed intensification of international contacts and exchanges in Europe, promoted by the various networks which ECCE helped to establish, demonstrates the benefits of recognising the specificity of social work's epistemology as being embedded in these tensions. This perspective offers the possibility of engaging more critically with both the social policies that seek to instrumentalise social work and to affirm the academic autonomy of the various disciplines in which social work gets framed as a means of challenging the restrictive positivism of the current dictate of "evidence".

The activities of ECCE, the European Centre for Community Education, ostensibly centred on promoting European dimensions in the training and practice of social work. In pursuing this aim it however made a much more fundamental contribution to the puzzling question of how, given the enormous diversity of approaches to social work theory and practice one discovers in European exchanges, an epistemological basis for treating it as a serious academic discipline can be found and developed without imposing a 'standard model' on the historically grounded differences. The following reflections arise very directly from the experiences and insights that shaped my academic and professional views on social work on account of my

involvement with ECCE and hence on account of the stimulating exchanges with its founder, Friedrich Seibel. They will centre on three intricately connected questions:

- What is the subject matter of social work
- What justifies the place of social work in academia
- What benefits do users of social services derive from social workers being educated at academic level.

With regard to the first question, social work has been struggling since its beginnings with defining its subject area. Every student of social work in every country where social work is taught is confronted with the somewhat embarrassing dilemma that in contrast to other academic disciplines no easy answer is available to the question, 'what subject do you actually study'. And when we attempt to define our subject matter, we are immediately embroiled in boundary questions to the effect that what we claim as our territory is already occupied by other disciplines such as psychology and sociology.

Conventionally the subject of social work has been defined at three levels:

- a) 'The subject of social work are human beings in difficult relationships'. While the various forms of human behaviour are the uncontested terrain of psychology, we can say that the specificity of social work lies in the relationship dimension of human behaviour. Or more specifically, and this is an astonishing historical observation, the interest of social work in this subject matter combined always a view on the problems that arise in human relationships with the attention to the coping abilities of people to resolve their relationship problems themselves. This is a first hint with regard to the troublesome question of our relationship with other professions and particularly with the profession of psychology, because when our expertise is defined not by the 'compensatory' ability to achieve changes in behaviour that people themselves cannot manage, but by the supportive ability, to foster the self-help capacities of clients, this may reflect detrimentally on our professional importance (if not

competence). It is from this central practiceconcern, or from this epistemological principle (which, as can be seen, already contains a value perspective) that different psychological frameworks were and can be examined that help to elucidate this subject matter and construct the specific knowledge framework. This also explains the fact that historically social work showed a preference for particular psychological frameworks, usually not behaviourism, where behavioural change is framed in a rather mechanical way, but specifically psychoanalysis. Freud's pioneering scientific system not only extended the logic of scientific enquiry into the domain of the unconscious, it above all established the centrality of the agency of the ego as key to any behavioural change, moreover an ego which is fundamentally shaped by interactions with others. This accounts for the phenomenal importance that psychoanalytic concepts assumed in the history of social work, particularly for the model of case work. It served not only to explain the complexity of the helping relationship, it also gave the principle of the priority of self-help a scientific grounding. Social work later on sought also to exploit similar conceptual opportunities of cognitive psychology where changes in behaviour are also related back to the mental constructs which individuals themselves have to tackle.

- b) The perspective described so far, the typical case work perspective, received a fundamental challenge early on from the community work perspective which prioritises the public dimension of human behaviour. What emerged as a focus of research and specialisation relatively late in psychology, the branch of social psychology, constituted a key element of certain strands of social work right from the beginning in the 19th century: the settlement movement based itself not only on a strategy, but on an epistemology of self-help as the utilisation of collective capacities, the positive validation of 'coping' that exists particularly in communities under pressure. This concern obviously led to searches for sociological explanations of interactive behaviour, to the establishment of 'social laws' for instance in relation to the incidence of poverty (see the pioneering surveys by Rowntree and Booth in England and the movement of the Fabian Society, Barker, 1984) which established that poverty had a

structural cause and not a psychological, and had to be tackled therefore structurally through reforms rather than through counselling and therapy at individual level. Similar surveys in the 1930s and 50s made the field of delinquency accessible to scientific enquiry and consequently to intervention programmes on a community basis: particularly youth crime was found to correspond to structural factors in society rather than to psychological pathology in certain young people. A related framework was provided by the rise of system theory in the post-war era which found interest in social work again on account of its emphasis on self-organisation and collective agency, although the areas of application were normally confined to family and group contexts.

- c) Many of the epistemological strands in community work interlace with considerations concerning the fundamental question of the impact of society on the behaviour of individuals. In this regard the particular subject area of social work becomes nothing less than 'the social' itself, or, as it is framed particularly in the German discourses of the 19th century, the 'social question', meaning the political concern over a threatening disintegration of society in the light of the fundamental revolutions which more or less abolished the old social order: the cultural revolution of the enlightenment, the industrial revolution and finally the political revolutions which transformed the nature of the state according to the principles of democracy. All these revolutions have in common that they constitute the individual's autonomy and sovereignty politically and beg therefore the question which laws govern the existence of social order. The Durkheimian insight of a transition from mechanical to organic solidarity is lastly not just of sociological interest but has above all political consequences. Societies, or rather governments had to actively and deliberately concern themselves with the creation of social solidarity. Consequently the behaviour of individuals as members of society assumes a political dimension, is influenced by political choices and contributes at the same time to the shaping of politics. Social work in this perspective is exercised in social policy measures. Interestingly, this epistemology found only occasionally acceptance in social work discourses, at least at the time when social work began to professionalise. Political action, based on political

insights and analysis, were largely the domain of professionals and activists who not only had nothing to do with social work but who actually opposed and criticised the approach of social work as an impediment to fundamental political change. Occasionally the call for a grounding of social work practice in political theory was raised (Bailey & Brake, 1975; Corrigan & Leonard, 1978), as in the models of radical social work or of community action, but their epistemology remained a minority phenomenon.

An overview of these broad theoretical frameworks with which the subject area of social work can be defined, is incomplete, however, if presented as a neat and harmonious side-by-side of options, as if the choice was arbitrary and neutral, a matter for the individual taste of the professional-as-theoretician. I want to propose instead that seen from a meta-level of historical and particularly of political analysis, epistemology in social work of necessity interacts with politics. This observation, yet to be illustrated, once more can give rise to a negative image of social work as a profession unable to ground itself in independent academic discourses. But this connection can be seen, on the contrary, as the starting point for a very particular approach to epistemology itself.

For the epistemological options with which to frame not just the timeless relationship patterns of human beings in general, but these patterns under the conditions of a socially and politically driven re-ordering of 'the social' need to be analysed against the background of the political choices which characterised the European nation states.

According to the well-known welfare regime typology of Esping-Andersen (1990) three basic choices characterise not just the welfare systems of European states, but the fundamental approaches to social solidarity and social integration, choices which are also reflected in the overall pattern of political party positions which – at least until the last decades – characterised the political landscape of Europe. There is the liberal model, which places emphasis on the individual as self-responsible agent grounded in guarantees

of freedom which the state has to respect by keeping a long distance from individuals. Then there is the social democratic position which by contrast sees in the state the embodiment of the collective will of citizens and the guarantor of equality. It therefore attributes to the state readily all major public and hence also all major welfare functions. And in between there developed the conservative position which entrusts the responsibility for integration and well-being to the institutions of civil society, like the family, the association, the churches – carriers of cultural values and traditions in which corporate groups of people find their identity.

Now it is obviously true that all levels at which social work operates conceptually and professionally are to be found in all European countries. But it is interesting to speculate that the development of the corresponding epistemologies was not unaffected by the social policy context of the different European ‘welfare regimes’ and that there exists a certain affinity between a particular conceptual frame of social work and a particular political approach to social integration and solidarity.

political orientation	conceptual orientation
liberalism	individual responsibility
social democracy	public commitment / rights
conservatism	community autonomy / subsidiarity

Turned another way, it can be said that while all theoretical models of social work can be found in the various welfare regime contexts of Europe, each regime gives them a particular ‘spin’, thereby setting up path dependencies in the transmission of practice traditions which emphasise or de-emphasise certain aspects – and thereby in turn contribute to the stability of welfare traditions.

Liberalism for instance has a particular affinity to social case work in the sense that it emphasises the responsibility of the individual for improving his or her situation. Within this ideological framework there is a tendency to instrumentalise self-help as an obligation, a means of exerting pressure on people, either through the mechanism of stigma or via the conditions attached

to the helping process as a threat that looms in the background, for instance the withdrawal of welfare payments.

By contrast, social casework in the context of social policies in Nordic countries, which emphasise rights and entitlements as the basis of an equal treatment of citizens, maintains that self-help requires the provision of a sufficient material basis as part of public welfare provisions.

The ambiguity that attaches to a particular theoretical approach taken in isolation can best be illustrated by the considerable variations in the meaning that social pedagogy as a theory has assumed in different countries. In Nordic countries it tends to be relegated to the area of residential care or work with children and young people, areas where special educational skills are required to initiate a specific learning process that extends beyond the institution of the school. As such it is generally considered auxiliary to a social science based social work approach. Social science in Nordic countries has the status of the theoretical basis from which social democratic regimes approach the task of 'bringing social order' and thereby solidarity to an otherwise divided society. It is particularly interesting to note that the UK is currently very keen to import social pedagogical concepts as a theoretical basis for a field which has – like many services under liberalism! – grown pragmatically and hence with scant reference to a coherent theoretical framework. There is now a politically motivated drive to shape the care sector from such a theory base as a means of lending it higher professional and academic status (see the initiative by the Thomas Coram research unit in London, Cameron, McQuail & Petrie, 2007; Cameron & Moss, 2011). But the transfer of theories does not automatically mean the transfer of the social policy conditions for their strategic implementation. The particular character of the German version of social pedagogy is, that it developed within the context of Bismarckian social policies which are grounded in the principle of subsidiarity, i.e. the notion that the state must not assume responsibilities which devolved institutions, such as local authorities and particularly institution of civil society like churches and associations, are able to carry out. Only when their efforts do not suffice can the appropriate higher level of organisation be invoked. Social

pedagogy in the German version meshes intricately with this social policy concept because it acknowledges that 'learning' is an everyday, lifelong process which happens collectively in a myriad of contexts thereby creating and sustaining communities. This community dimension of the educational process as a shared responsibility (contained in the untranslatable German term *Bildung*), either in the conservative sense brings about a continuity of values and identities, or – more rarely – in the progressive sense harnesses innovation and transformation quite outside the pathways laid down by governmental policies and often in opposition to them (cf. Freire's 'Pedagogy of the Oppressed', 1996).

The principles and also the constitutive theories of social work can therefore be said to be embedded not only in societal practices, as is the case where they describe an element of emancipatory, autonomous action, but also in dominant social policy trends which each modern state espouses. The search for the subject matter of social work and in correspondence for an appropriate epistemology must therefore not conclude with the identification of interventive methods per se, rather it must proceed to include the analysis of the relationship between these methods and the contingent, historically grown and politically shaped national contexts.

But this is now where the second question needs to be raised: What justifies the place of social work in academia?

If placed in training institutions outside academia the danger for social work is always that it becomes unwittingly incorporated into the national welfare agenda, that it turns into the executor of the prevailing social policy framework, its more or less willing and competent servant. Let me emphasise straight away that simply placing social work training at the university level is no guarantee against the same mechanism coming into operation there, and that developing reflective practice concepts based on research is not the prerogative of universities but can also take place in non-university institutions.

But at least in the academic context of the university the process of theory generation is exposed to the precepts of academic teaching and research, which are guided ultimately by the standards of scientific analysis and open critique. Social work understood as an academic discipline, irrespective of the way it defines its subject matter, gets therefore confronted with an examination of its theoretical basis. It needs to address the question, what allows us to know and on what basis can we accept a theory to be true.

Social work thereby confirms its particular place in the post-enlightenment era and shares in the fundamental debates of modern sciences which have to account for the validity of the knowledge they generate. Across various disciplines we can distinguish two fundamental approaches which, despite all the additional differentiations, have emerged roughly over the last 300 years.

One is the natural science paradigm aimed at establishing facts and reliable regularities in the form of 'laws' which together constitute objectivity. This paradigm celebrated its triumphs in the field of science and technology, replacing belief in the authority of dogma with reliance on experimentally established evidence through the application of rational principles. Thus mathematical laws of nature were established, accurate predictions about the behaviour of objects became possible, laws of physics could be harnessed to extract energy from new sources and apply it efficiently in the interest of saving manual labour and thereby enhancing 'civilization'. But this quest was not confined to the field of natural sciences, the discipline of sociology which became established in the 19th century, also owes its existence to the transfer of this paradigm, the paradigm of positivism, to the subject matter of society. Emile Durkheim in particular deliberately spoke of 'social facts' and sought to establish 'laws of society' (Durkheim, 1964), for instance with his famous statistical work on incidents of suicide which he related to the phenomenon of 'anomie', radical changes in the value structure of societies (Durkheim, 1997). Karl Marx in at least some of his writings analysed economic processes in this perspective with the intention of arriving at laws of social transformations in the form of revolutions which were to occur inevitably.

But it is also within sociology where strong resistance against this positivist view of the social world emerged under the banner of 'Verstehende Soziologie' or phenomenology, picking up on the paradigm of hermeneutics developed in the human sciences and specifically in historical research, literary criticism and theology: Here the emphasis is on subjectivity, or rather on the quest for understanding meaning which manifests itself in human action and which cannot be properly understood from an objective distance but only from an inter-subjective engagement with actors. Max Weber's sociology constitutes this attempt at valuing the nature of human action from the perspective of such sets of meaning which can also have a predictive value but which recognises the unique generativity of human agency rather than its determinacy by external factors (Ringer, 2000). This led to the development of distinct research methods aimed at capturing 'meanings', mainly qualitative research methods in a line of development from Weber to Schütz (1962), Berger and Luckman (1966), Goffman (1969) and Bourdieu (1992), that correspond to a view of the social world as a historical and cultural construct. In this view, person and world are intrinsically related through the lived experience of this world.

It is interesting to see which other academic disciplines joined this controversy and with what kind of consequences. Psychology for instance is still characterised by such a fundamental divide, at least as far as therapeutic psychology is concerned in a hereditary line going back to Freud and his insistence on the ultimate subjectivity of the meaning of human behaviour, even where its unconscious motivations can be determined with a degree of regularity and hence objectivity (Elliott, 2005).

The observation that scientific enquiry into complex human matters leads not so much to unequivocal clarity and universal consensus but to constant controversy and disunity may make it appear additionally futile to expose a discipline like social work to such procedures, and indeed many see in the 'academisation' of social work a hindrance to the prospect of improved practice. But it can be argued that only by exposing our knowledge and particularly our ways of establishing knowledge to such elaborate scrutiny

can we do justice to the enormous challenges that the practice reality of social work confronts us with. Having critically examined our epistemology is a necessary precondition for responsible practice even if shortcuts appear more efficient or at least convenient.

This hypothesis now needs to be examined in answer to my third question. What benefits do users of social services derive from social workers being educated at academic level?

We can approach this subject by considering the all but 'neutral' effect of theoretical constructs in particular political contexts to find that there is generally no linear, mono-directional pathway of transmission of theories into practice. This would confirm the role of universities as relays where impulses from both sides and in both directions meet and get negotiated.

This can be illustrated with one of the earliest frameworks devised to give social work interventions a scientific grounding, the concept of 'social diagnosis' devised by Mary Richmond (1917) and taken up, with significant modifications, by Alice Salomon in 1926. Clearly the framework for this proposal tried to emulate a key instrument of the discipline and profession of medicine, that of diagnosis, with the implicit message that by examining all the 'facts' of a client's difficult situation one can arrive at proposals for change which take as many of those factors into account. This is ostensibly a positivist project in which importance is given to the accuracy of observation and the causal connection between observed facts. If child neglect is seen in the context of poverty and poverty resulted from unemployment then improving the job prospects of a negligent parent might have positive effects on the child's wellbeing.

Yet in the actual elaboration of the concept by Richmond and Salomon the positivism assumes a specific purpose in as much as it is applied from the perspective of the client. The validation of the 'facts' is a matter of negotiation at the micro-level of the professional interaction and therefore incorporates an inter-subjective approach that takes the life-world of clients into account.

The choice between objectivising and subjectivising approaches therefore cannot be settled at the epistemological level alone but inevitably assumes an ethical character. The choices that have to be made in this regard involve value positions and making them requires a particular kind of competence, a professional competence which cannot be separated from the actual methodological competence. And precisely this connection between 'technical' and ethical competence has become obscured or even disrupted by a worrisome disjuncture at the level of theory formation corresponding to societal changes and their representation in politics.

The disjuncture concerns the extreme polarisation between the objectivising and the subjectivising traditions in epistemology. As far as the latter is concerned we have witnessed over the past two or three decades a kind of radicalisation of subjectivity in the philosophical form of post-structuralism and sociologically in that of post-modernism. Taking up the critique of metaphysics by Nietzsche, post-structuralists like Feyerabend and Derrida (1978) have extended this radical questioning of established certainties as mere 'narratives' and turned it into a coherent method of de-construction. 'Neither science nor rationality are universal measures of excellence. They are particular traditions, unaware of their historical grounding' (Feyerabend, 1993, p. 7). All claims of 'authoritative truth' can be unmasked as attempts at gaining dominance and power with what the process of questioning and deconstruction reveals as subjective and hence relative viewpoints. There is no way of gaining firm ground objectively beyond this relativity and the regress of questioning and de-constructing is infinite.

The approach appears to find its confirmation in the cultural aspects of globalisation which, facilitated by the spread of electronic media, demonstrate the relativity of value positions as mere subjective opinions by conveying a myriad of lifestyle options to virtually every corner of the world. The quest for justification, contained in the question 'why?', gives way to the relativising counter-question 'why not?' in matters as disparate as inventing new stock market products that have no clear connection to any tangible product any

longer to women having children at the age of 56 (as was the case with the Italian singer Gianna Nannini).

The condition for all these endless choices is of course that they are conditional on being 'technically possible', and this touches the other side of the divide: under this protective ideological umbrella of value indifference or rather with the assistance of this splitting device of calling for radical subjectivity, objectivity climbs to new heights. Spearheaded in the field of medicine, methods of cure and intervention are no longer organised and examined within particular therapeutic traditions and schools but are subjected simply to the verdict of 'what works'. Factual evidence drives and determines the development of new cures and new medicines. This model of 'Evidence Based Practice' (EBP), has long reached also social work and overshadows our epistemological discourses (Lorenz, 2012).

Before briefly entering into the debate over the value of EBP for social work we have to once more consider the scientific aspects in the context of the social and political transformation processes that surround it. To consider this link is vital for any assessment of academic and professional merits as it impacts on the 'spin' the theoretical aspects assume in practice.

At the societal level, it has to be born in mind that the split objectivity / subjectivity is accompanied by the trend termed by Ulrich Beck (1992) towards a 'risk society' or rather the desire to life risk free lives and, since this is not possible, to 'calculate risk'. From weather forecasts, which nowadays are incomplete if they do not include a reference to the percentage risk of rain or snow on a particular day or at a particular hour, to the complex questions concerning the 'risk' to children of living with their (potentially abusive) carers, we are surrounded by such predictions which are all aimed at reducing uncertainty measurably and hence of introducing an objectifying mathematical calculus into all aspects of physical and social life.

This trend connects intricately with the advancement of economic thinking in areas outside the economy, particularly in areas of local administration and in

the provision of public services. Under the title of New Public Management the type of rationality represented by bureaucracy (Adams, 2000), is given a further twist through the introduction of an economic calculus which ultimately lets market mechanisms decide on the allocation of priorities and replaces the political form of democratic governance, deemed inefficient and wasteful, with an economistic form of governance.

Both trends finally are ideologically sanctioned by the politics of neoliberalism and the subsequent reduction of state functions wherever possible and their replacement with private market enterprises, resulting in a global re-education process which seeks to install the individual and his or her rational economic choices as the sovereign will and driving force. Rational homo economicus becomes the paradigm of the 'institution' of post-modern society charged with the responsibility for bringing about social integration paradoxically through a heightened emphasis on self-interest and individualism played out in the market place.

These societal and political changes have had a profound impact on the nature and orientation of theory formation in social work and through this also on service delivery models. While the degree to which social work recently came under criticism for incompetence varied from country to country, mainly over misjudgements in the area of child protection, the split between objectivity and subjectivity, the uncertainties resulting from it and the growth of regulations replacing comprehensive explanatory frameworks derived from theoretical standpoints have been noticed in all countries. As Nigel Parton and Stuart Kirk so aptly diagnose:

Coherent causal accounts which attempt to provide a picture of the subject in their social context have become of declining importance, for the key purpose of the social worker is increasingly to classify clients for the purpose of judging the nature and level of risk and for allocating resources. The emphasis on the professional worker/client relationship – previously the central feature of social work practice – is being stripped of its social, cultural and professional significance. Knowledge for practice is relevant only in so far as it aids the gathering, assessing, monitoring and

exchange of information and is closely related to the central role now given to managers in most agencies. (Parton & Kirk, 2010, p. 33)

The split between objectifying and interpretative, constructivist approaches meanwhile runs through all academic subject areas and disciplines. The most famous example in physics is perhaps Heisenberg's Uncertainty Principle in Quantum mechanics. But while this example is often cited, this is of no help and no practical use to social work when taking position to the split that concerns this discipline more directly and urgently. Research – and research based professional training – must assume the character of not just noticing the variety of theoretical approaches (and then leaving it to practitioners to sort out the value and relevance of one or the other); it must find a 'meta-method' that goes beyond relativity if practice is not to become paralysed by all the theoretical options or driven by the seeming objectivity of short-term results.

This is now the central purpose of placing social work into an academic context: Only the unsettling exposure to the threat of absolute relativity of all knowledge and of all value positions can prepare for accountable practice. Academic discourse must examine the 'circumstances' in which evidence is being collected, including the political context as it impacts on the process of theory formation, at the same time as it widens the perspective to relate the emerging evidence to the actual life experience of clients. This is an extremely complex task and needs both space and detachment in order to fathom the depth of this complexity, and engagement with society where the theoretical questions find their political equivalents. Academic scrutiny, and epistemological responsibility, cannot be content with simply stating the variety of positions that can be taken, nor can it simply place itself in one or the other of these 'camps' without questioning such a choice critically. There is indeed merit in both the objectivist view of social reality and in the subjectivist scepticism concerning this project. A 'social worker as researcher' must seek to penetrate the divide to arrive at 'situational' conclusions, situational not so much in relation to the person or user group to whom the research findings are supposed to relate; this differentiation is only one side of the 'it depends'

attitude. Much more important is the critical situational analysis of the political situation that lies behind a particular use of epistemology.

Concurrently this can be observed most dramatically and clearly in the clamour surrounding EBP. In one sense the demand that social workers should make better, wider and more explicit use of research findings in planning their interventions is perfectly justified. Too often bad, i.e. unaccountable practice was hiding behind the 'excuse' of following a particular 'school of theory' where the validity of the theory, rather than its effect on practice, was taken as the key justification for the appropriateness of the intervention. But the exhortation to use evidence from research in practice then needs to be followed by a critical examination of what counts as evidence and particularly what interests lie behind the drive to use a particular kind of evidence (Otto, Polutta & Ziegler, 2009).

Here economic considerations play a crucial role, as EBP is frequently embedded in a management approach aimed at saving expenditure with the use of cost-cutting methods. At the same time, economic considerations have frequently been left out entirely in the examinations of different intervention options by social workers, leading to the accusation that they are naïve and idealistic in their approach to practice. But when economics are to be factored into the equation, then 'realistic' calculations need to be made distinguishing for instance short and long term effects (Nothdurfter & Lorenz, 2010). Short term intervention by means of residential care for a child at risk of abuse might be appropriate but long term effects of being deprived of attachment figures might be equally or even more damaging to a child's emotional development. In these considerations, the subjectivity of 'the client perspective', the meaning of crises and problems in terms of their values and perceptions, need to be combined with the objectivity of empirical regularities, such as the 'facts' about the importance of bonding in developmental psychology and the 'facts' about links between poverty and certain forms of mental and physical illness. As Wachterhouser (2002) proposed, we can still, develop, apply, and retest criteria of knowledge that give us enough reliable evidence or rational assurance to claim in multiple cases that we in fact know some-

thing and do not just surmise or opine that it is the case” (p. 71). Every research approach makes specific assumptions about the nature of reality under investigation (ontology) and about the nature of knowledge (epistemology).

To conclude therefore: social work has not only the right to a place in academia, but the subject matter of social work, the creation of conditions under which social solidarity and integration can be practised in modern societies, by necessity requires the institution of systematic reflexive processes that are the traditional, though not exclusive, prerogative of academia. One could go even further and say, social work is a subject for university-based research and teaching with paradigmatic potential because of its very nature as an inter-disciplinary subject that challenges the university to make use of its inter-disciplinary nature and of its bridging and mediating function between abstract theoretical knowledge and accountable professional practice. Such a programme could be oriented towards the following parameters:

1. the search for truth by means of a radical, reflexive critique of the foundations of knowledge themselves;
2. the recognition of the grounding of all knowledge in lifeworld processes;
3. the necessity of linking knowledge production to ethical considerations;
4. an understanding of the politics and power interests underlying the quest for knowledge;
5. the hermeneutic competence of relating knowledge to language at every stage of investigating reality and communicating the results.

This last concern relates in a very particular way to the core business of social work. To quote Parton and Kirk once more:

‘Whether research is qualitative, quantitative or mixed-method in approach, the key issues relate to epistemological concerns and the priority to give voice to those who would otherwise be silent’ (Parton & Kirk, 2010, p. 35).

References

- Adams, G. (2000). Uncovering the political philosophy of the new public management. *Administrative Theory & Praxis*, 22(3), pp. 498–499.
- Bailey, R. & Brake, M. (1975). *Radical Social Work*. London: Pantheon Books.
- Barker, P. (1984). *Founders of the welfare state*. Aldershot: Gower.
- Beck, U. (1992). *Risk Society. Towards a New Modernity*. London: Sage.
- Berger, P. L. & Luckmann, T. (1966). *The Social Construction of Reality: A Treatise in the Sociology of Knowledge*. Harmondsworth: Penguin.
- Bourdieu, P. (1992). *An Invitation to Reflexive Sociology*. Chicago: University of Chicago Press.
- Cameron, C., McQuail, S. & Petrie, P., (2007). *Implementing the social pedagogic approach for workforce training and education in England – A preliminary study*. Thomas Coram Research Unit, Institute of Education, University of London. see http://www.cabinetoffice.gov.uk/media/cabinetoffice/social_exclusion_task_force/assets/publications_1997_to_2006/social_pedagogic_report.pdf
- Cameron, C. & Moss, P. (eds.). (2011). *Social Pedagogy and Working with Children and Young People – Where Care and Education Meet*. London: J. Kingsley.
- Corrigan, P. & Leonard, P. (1978). *Social work under capitalism*. London: Macmillan.
- Derrida, J. (1978). *Writing and Difference*. Chicago: University of Chicago Press.
- Durkheim, E. (1997). *Suicide: a study in sociology*. New York: The Free Press.
- Durkheim, E. (1964). *The rules of sociological method*. New York: The Free Press.
- Elliott, A. (2005). Psychoanalysis and the Theory of the Subject. In G. Steinmetz (ed.), *The Politics of Methods in the Human Sciences – Positivism and its methodological others* (pp. 427–450). Durham: Duke University Press.
- Feyerabend, P. (1993). *Against Method* (3rd ed). London: Verso.
- Freire, P. (1996). *Pedagogy of the oppressed*. London: Penguin.
- Goffman, E. (1969). *Strategic Interaction*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Lorenz, W. (2012). Hermeneutics and Accountable Practice: Lessons From the History of Social Work. *Research on Social Work Practice*, 22(5). doi:1049731512444167

- Nothdurfter, U. & Lorenz, W. (2010). Beyond the Pro and Contra of Evidence-Based Practice: Reflections on a Recurring Dilemma at the Core of Social Work. *Social Work and Society*, 8(1). Retrieved from <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0009-11-27027>
- Otto, H.-U., Polutta, A. & Ziegler, H. (eds.). *Evidence-based practice: Modernising the knowledge base of social work?* Oplanden: B. Budrich.
- Parton, N. & Kirk, S. (2010). The nature and purposes of social work. In I. Shaw, K. Briar-Lawson, J. Orme & R. Ruckdeschel (eds.), *The SAGE Handbook of Social Work Research* (pp.23–36). London: Sage.
- Richmond, M. (1917). *Social Diagnosis*. New York: Russell Sage Foundation.
- Ringer, M. (2000). *Max Weber's methodology: The unification of the cultural and social sciences*. Harvard: Harvard University Press.
- Salomon, A. (1926). *Soziale Diagnose (Social Diagnosis)*. Berlin: Heymanns.
- Schutz, A. (1962). *The Problem of Social Reality: Collected Papers I*. The Hague: Martinus Nijhoff.
- Wachterhauser, B. (2002). Getting it right: Relativism, realism and truth. In R. J. Dostal (ed.), *The Cambridge companion to Gadamer* (p. 52–78). New York: Cambridge University Press.

Current developments in Europe causing growing social problems and how social work and social policy should cope with them

Hans-Uwe Otto
Universität Bielefeld

Introductionary remarks: Social Problems in Europe

In these times of crisis in Europe it is necessary to talk also about social problems and groups at risk. On the one hand the EU is a significant political masterpiece with an enormous ongoing impact on 27 member states – not only free access for the population to travel without any borders and generally with a lot of helpful other advantages involved for instance at the labour market in the economics etc. is a historical event one should never forget. However, the financial misleading actions from the so-called elite that also seriously aggravate social problems are currently distinctive in a weighty way. By demanding social justice we have to remember the overall intention of the EU to become an equal world player in the economy compared with the US and China driven by an overall ideology which in the meantime is called “turbo capitalism” or “predatory capitalism” by leading conservatives themselves who do not know anymore how to react against this development. But in talking about the European social model we have to face the intention of the EU as continue stabilizing the market capitalistic society which in fact till today broadens the gap between the rich and the poor in more or less all European member states. As a result, the structure of a class society is clearly back and arising problems for the suffering population become more and more apparent. Old and new social crises dominate the current development and also the so-called “normal” people are helpless victims on this capitalistic

playing ground. For example only a few of the main problems which are coming up in a new and dramatic form should be mentioned. First, the migration and the process of exclusion of these people. Before they get a proper chance in the host society they will experience all the discriminating forms in everyday life. The social support and the welfare subsidies for them are more or less below the threshold. In addition, precarisation, low wage policy, unemployment and poverty have to be mentioned. The social misery in numerous countries is increasing. The continent forgets its children. This misery of the young people is not only an evidence of incapacity from the economic point of view, but also for the whole process of growing up under equal chances and conditions of justice.

To make it more plausible by underlining the situation of vulnerable youth and their families will be underlined.

1. The situation of vulnerable youth in Europe

The increases in youth unemployment across the member states have perhaps been of greatest significance and have been growing to the center problem of the EU social policy. In 2011, the youth unemployment rate was 22% in the EU-27; in October 2010 it was 21%. The lowest rates were observed in Germany (7.8%), Austria (8.2%) and the Netherlands (8.6%), and the highest in Spain (50.5%) (cf. Eurostat, 2012).

A number of reasons can be identified for this negative development:

- the general contraction of the economy and labour market
- reluctance of employers to take on new employees
- and the overall increase in competition for a decreasing number of jobs (Oxford Economics, 2010). These factors present problems for all young people trying to take the first steps in the labour market, but particularly for those facing greatest labour market barriers such as:
 - those who have been in care;
 - young parents;
 - those with caring responsibilities;

- those with disabilities;
- young offenders;
- and those with mental health issues.

First findings of the Bielefeld coordinated EU Collaborative research Project “Making Capabilities Work” (WorkAble) involving 10 European states give insights into the group of young people who fail in the standard routes of education and transition to employment and can therefore be seen as the most vulnerable group. They are likely to be young people

- with parents of low educational background
- from a low social class or manual working class.
- from a migrant background.
- with actual or ascribed non-conformist behaviours.
- This target group sometimes, but not always, includes young people with physical or mental disabilities.

Unemployment can have a long lasting impact on a young person’s future career prospects. Those who have been unemployed in their youth experience long-term negative impacts on their career development, earnings and health (Bell & Blanchflower, 2009 & 2010). These effects can be felt for many years with individuals experiencing the ‘scar of youth unemployment’ when they are in their 40s (Gregg & Tominey, 2004). Further, it has been argued that young people, particularly from disadvantaged backgrounds, can become trapped in ‘poor jobs’ or ‘poor work’ throughout adulthood (Green & Owen, 2006). There is also the suggestion that early poor performance in the labour market can have a market effect on future prospects (Schroeder et al., 2008). There is evidence that young people (in addition to other vulnerable groups in the labour market) are more likely to be concentrated in atypical forms of employment such as temporary or part time work. While for some this may be a way into the labour market, for many young people it can lead to unstable unemployment and a lack of career path (Barbieri, 2007). The economic crisis has led to an increase in atypical forms of work with employers cutting hours rather than making employees redundant. Evidence from a European Trade

Union Confederation survey suggests that young women are increasingly being offered atypical employment contracts (ETUC, 2011).

Although the objective of combating social exclusion and poverty was a prominent feature of the 'Lisbon Strategy 2000' and employment is often claimed to be the best protection against poverty, this does not seem to apply any more. In 2007, in the EU 27, about 9% of persons aged 18-24 were working and nevertheless were under the poverty line (Vogel, 2011). In addition, labour market experts say that the hardships of the gathering recession will hurt the working poor (especially younger job seekers) or young people from working poor families to reach their educational goals.

Key to addressing inequalities in the employment of young people is to identify those strategies which work best in getting young people back into work. From a capabilities perspective this would be those activation policies that go beyond simply placing young people into work but also give them the freedom to choose work that they have reason to value.

A key issue that has been identified is that the increase in the number of young people accessing employment services is likely to put therefore a strain on existing services, which may lead to those young people with the most severe barriers to employment and living in the most disadvantaged areas not getting the help they need.

The 'EU 2020' Strategy is perceived as an answer towards inequalities promoting social innovation as a core of change by offering and enhancing innovative education, training and employment opportunities for the most vulnerable people and the most deprived communities among the EU and within the EU member states. However, an integrated approach to social problems of young people has not been carried out in most of the European countries yet.

Most of the integrated approach perspectives used until now have been focused on employment as the key integration operator. In the so-called "world of activation", integration has been thought off in terms of the contribution of social policies domains (health, housing, substance abuse, social assistance, childcare, training, guidance, etc.) to employment policy.

2. The Capabilities Approach and youth policy

Here a shift in this conception will be proposed. It is argued that the Capability Approach (Nussbaum, 2007 & 2011; Otto & Ziegler, 2008 & 2010; Sen, 2009) invites to change the focus of policy. Instead of having the labour market as the sole landscape for policies and the sesame of programmes for youths, the idea of focusing also on well being will be brought in. Since employment in itself could not be the sole ambition of social policies and welfare state's evolution, and employment policy obviously does not lead to smart growth and sustainable development also promote the idea that although employment remains a key point of entry to social inclusion, integrated policies should be evaluated and designed with regards to their ability to enhance capabilities and flourishing for young people.

Research literatures, as well as findings from our research project (WorkAble), suggest that it is those young people from disadvantaged backgrounds and areas who are at most risk from long-term inequality in the labour market. However, less is known about how to give voice to these groups of young people and their experiences and aspirations.

The proposed aims at situating young people's voice by taking into account the character of social support networks, may they be public institutions, families, religious institutions, friends, neighbourhoods, sports clubs, employers or others. It supports social innovation by shedding light on the interplay, the opportunities and obstacles put into practice in the relations between different young people and their different social support networks. Therefore, one should implement participatory research methods which address the idea of agency, a key concept in the Capability Approach. Sen considers people "not merely as 'the patient' whose well being commands attention, but also as 'the agent' whose actions can transform society" (Dreze & Sen, 1989). A participatory research process enables us to involve all those affected by the practice of developing and evaluating capabilities, e.g. capability for voice or capability to aspire, in and through social programmes; but also in and through non-institutionalized social networks (Walker, 2005, p. 109), The capability of voice is the ability to voice one's concerns, opinions

and aspirations and make them count in the course of public discussions (e.g. Bonvin & Orton, 2009).

The capability to aspire can be defined as a future-oriented capability which opens up a new possibilities: the capability to project oneself into the future and formulate one's expectations. It includes a constructive aspect, since it means being able to express wishes, needs, preferences and make choices. It requires having the necessary resources to be able to hope to steer one's own future: resources for participating and acting as well as contesting and challenging the present situation when it needs to be changed (Appadurai, 2004, p. 68).

Concerning capability for voice and to aspire it becomes clear that by using the Capability Approach, a framework is implemented in which on the one hand the agency of young people's is taken seriously, and on the other hand the interaction with social structures and institutions becomes central. This requires a participation approach. The main contribution of the participation approaches lies in the idea of perceiving these process of social transformation as a collective process.

Beyond a mere income or employability led definition of inequality, participatory research can capture the complexities, multidimensionality and underlying dynamics of inequality rather than just measure through indicators the manifestation of inequality. It shows how clusters of interlocking disadvantage disable marginalised groups in terms of participation, representation, collective action and citizenship and therefore takes a precise look on linkages between intervention, participation and empowerment. However, it is obvious that this requires not just the opening up of opportunities and capabilities (e.g. to aspire) but also revisiting state welfare provision as a precondition for any meaningful sort of participation (Clever, 2001).

3. The pressure on Social work

Currently all European countries are not able to find solutions which give the vulnerable youth the chance to lead a life they really would like to do. The stabilizing percentage of early school leavers e.g. is very often the starting

point into an uncertain career with mostly a low chance to be integrated into the society as an adult who can independently lead their life. Beside the national attempts the EU ideology behind some solutions, e.g. 'Youth on Move' and 'Youth 2020', will be controlled by a radical focus on employability knowing that there are no chances available in the required scope. So, there should be alternatives in a broader perspective of an educational focus which will give these youngsters the chance to become a subject, which means to get a voice as a member of civil society. In our opinion, this has to be a task for a critical Social Work, but it is not easy to realize opportunities to develop capabilities combined with structural chances.

But without this relation a lot of measures are a circle of no way out for the transfer from school to work.

The problems of the old and new social crisis cannot be solved without structural changes in the European social model itself. This battle is rather a paradigmatic shift. For Social Work a radical reflexivity is needed to position itself in the current social policy and the dominating norms.

In all countries we see e.g. the market-driven welfare organisation and the growing number of private agencies to mainly strive for money, but also declaring better work and higher efficiency and effectivity. This development obviously enjoys growing popularity even among social workers who lose their identity as professionalized experts at the same time. So, this dramatic change is not only driven by the organisation itself. This will provide crucial reference points to public and private service providers particularly in the light of the new distribution of responsibilities between public-financed, not-for-profit and for-profit organisations. For quite some time now the European welfare state models have become under heavy pressure. This pressure was characterised by the discussion on the nature of social solidarity under the impact of neoliberalism. This has brought about socio-political restrictions in almost every European country – at times in extreme form.

Against this background many European countries are witnessing a certain radicalization of the social policy discourse about the new definition of the social – not least because social security systems are increasingly doing more to bring about insecurity than security. One of the current problems is, however, the normative reference points both of the welfare state and of social

work embedded in it. It is obvious that the objects as well as the aims of social work have a normative character (integration, autonomy, justice, political maturity or human dignity, capabilities etc.). There is an intimate connection between what happens in social policy and politics and social work, witness such current developments as the neo-liberal transformation of the welfare state, the growing flexibilization and, because of it, the precarity of employment, cuts in social benefits, the erosion of hard-won social advances, and the decline of solidarity. All of these are complemented by an ideology of personal responsibility and the pressure to take on responsibility for one's own life. It is against this background that the need to tackle various issues has arisen, such as the question in how far the relation in social work between help and control is shifting, and what social inequalities are being reproduced or are getting normative support from theoretical constructs. If social work is considered as work situated at section boundaries and subjected to an intersectional perspective, then a critical analysis can be made of lines of difference and normative boundaries. But what are the norms that social work can refer to, both as a discipline and as a profession? Where is its place in the field of social and political conditions, and where can current theoretical debates be normatively situated? What concepts can be utilized to capture the normative relation between welfare state and social work? And is social work restricted to merely taking over social norms or can it also examine these yardsticks critically, both as profession and academic discipline, and lay a reasoned foundation, if necessary, for its own targets? From the point of view of social policy, the question has to be raised what is happening to social work, that is to say, does it allow itself to be dominated by economic considerations or does it put up active resistance? Will people in social work continue to be the henchmen of neoliberal politics? Will social work in the last resort merely serve to legitimate the welfare state? Or will it be able to hold its own in the face of current trends towards efficiency maximization and the devolution of costs to its addressees? Or, what is more, will it try to find out in critical debate what scope there is for initiatives of its own? And, given the present realities of social policy and politics that have to be viewed with a rather critical eye, will it still be possible to save or even extend measures promoting individual autonomy?

The question of how much and what kind of normativity social work needs is to serve for the analysis of processes in social policy and politics. Therefore, much more than on the national level the European dimension requires an open and self-reflexive discussion about the future of a cooperative critical social work in Europe in order to find comprehensive solutions reflecting the different national cultures and welfare organizations. That is the only chance to overcome the current European programmes and the one-sided problem definition of inclusion by employability.

Therefore, the question of identity and normativity has to be discussed.

In any case the question of identity and normativity has to be answered by professional social workers. Professional social workers need to answer this question before responding to the people who are asking for help and support in their personal suffering in and on society.

References

- Barbieri, P. (2007). *Atypical employment and welfare regimes, Equalsoc economic change, quality of life & social cohesion, Policy Paper V. 1*. Retrieved on 10.04.2012 from http://www.equalsoc.org/uploaded_files/regular/Atypical_employmentandwelfare regimes.pdf
- Bell, D. & Blanchflower, D. (2009). *Youth unemployment: déjà vu?* Dartmouth College Working Paper.
- Bell, D. & Blanchflower, D. (2010): *Young people and recession. A lost generation?* Dartmouth College Working Paper. Retrieved on 10.04.2012 from http://www.cepr.org/meets/wkcn/9/979/papers/Bell_%20Blanchflower.pdf
- Bonvin, J.-M. & Orton, N. (2009, november). Activation policies and organisational innovation. The added value of the capability approach. *International Journal of Sociology and Social Policy*, 29(11/12), pp. 565–574.
- Dreze, J. & Sen, A (1989). Hunger and public action. *WIDER studies in development economics*. Oxford: Claredon Press.
- ETUC (2011). *ETUC (European Trade Union Confederation) survey highlights the gender dimension of the economic crisis: in the absence of adequate measures women will be hit severely*. Retrieved on 10.04.2012 from <http://www.etuc.org/a/8426>

- Eurostat (2012). *Eurostat News Release, 16/2012*. European Commission. Retrieved on 10.04.2012 from http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31012012-AP/EN/3-31012012-AP-EN.PDF
- Green, A. E. & Owen D. (2006). *The Geography of Poor Skill and Access to Work*. York: Joseph Rowntee Foundation.
- Gregg, P. & Tominey, E. (2004). The Wage Scar from Youth Unemployment. *CMPO Working Paper Series, 04/097*. Retrieved on 10.04.2012 from <http://www.bris.ac.uk/cmppo/publications/papers/2004/wp97.pdf>
- Nussbaum, M. (2007). *Frontiers of Justice. Disability, Nationality, Species Membership*. Harvard: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Nussbaum, M. (2011). *Creating Capabilities: The Human Development Approach*. Harvard: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Otto, H.-U. & Ziegler, H. (eds.). (2008). *Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag
- Otto, H.-U. & Ziegler, H. (eds.). (2010). *Education, Welfare and the Capabilities Approach*. Opladen: Barbara Budrich.
- Oxford Economics (2010). Why has unemployment not risen more in the recession. *Economic Outlook, 34*, pp. 5–12.
- Schroeder, A., Miles, A., Savage, M., Halford, S. & Tampubolon, T. (2008). Mobility, careers and inequalities. A study of work-life mobility and the returns from education. *Research Report 8*. Manchester: Equality and Human Rights Commission.
- Sen, A. (2009). *The Idea of Justice*. Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Vogel, S. (2011). Europas Jugend: Abstieg und Wut. *Blätter für deutsche und internationale Politik, 4*, pp. 27–30.
- Walker, M. (2005). Amartya Sen's Capability Approach and Education. *Educational Action Research, 13*(1), pp. 103–110.
- WorkAble (2012). Retrieved on 10.04.2012 from <http://www.workable-eu.org/>

Mobilitätskultur in der Europäischen Union – Erwartungen und Motive

Günter J. Friesenhahn

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Koblenz

Abstract

Mobilitätsprogramme gehören seit 25 Jahren zu den bedeutenden Initiativen und Strategien, um Bürger/-innen das EU-Europa als Lern-, Beschäftigungs- und Erfahrungsraum attraktiver zu machen. Diese Programme verdanken sich auf der strukturellen Ebene im Wesentlichen ökonomischen Prämissen, können aber durchaus auch auf der persönlichen Ebene fruchtbare interkulturelle Lernprozesse entfalten und als notwendige Basis für das Konzept einer europäischen Bürgerschaft angesehen werden. Die Teilnahme an Mobilitäts-Programmen hängt stark von der persönlichen Lebenssituation der jungen Menschen ab. Aktuell hat Mobilität wieder Hochkonjunktur. Die proklamierte Gleichrangigkeit von beruflicher Bildung und wissenschaftlichem Studium sucht nach Wegen der Anerkennung und Validierung von Kompetenzen. Mithilfe von Qualifikationsrahmen sollen Kompetenzen transnational vergleichbar werden. Die damit verbundene Standardisierung ist für Soziale Arbeit nicht nur schwierig zu handhaben, sondern grundsätzlich problematisch.

1. Feierlicher Einstieg

Das EU-Programm Erasmus feierte 2012 seinen 25. Geburtstag.

Was 1987 mit ca. 3000 Studierenden begann und im Studienjahr 2011/12 bei mehr als 250.000 Nutzern angekommen ist, ist in den Worten der EU-Kommissarin Androulla Vassiliou EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit, Jugend und Sport, eine der größten Erfolgsgeschichten der Europäischen Union:

Es ist unser bekanntestes und beliebtestes Programm. Über Erasmus-Austausche können Studierende ihre Fremdsprachenkenntnisse verbessern und Kompetenzen wie Anpassungsfähigkeit erwerben, was ihre Beschäftigungschancen erhöht. Ferner erhalten Lehrende und anderes Bildungspersonal die Möglichkeit, zu sehen, wie Hochschulbildung in anderen Ländern funktioniert, und die besten Ideen mit nach Hause zu nehmen.

Kommissions-Präsident Jose´ Manuel Barroso fügte hinzu:

Erasmus hat eine enorme Wirkung entfaltet; nicht nur für die einzelnen Studierenden, sondern auch für die europäische Wirtschaft insgesamt. Da das Programm Lehre von hoher Qualität und ein modernes Hochschulwesen mit engeren Kontakten zwischen Hochschuleinrichtungen und Unternehmen fördert, hilft es uns, die Diskrepanz zwischen vorhandenen und nachgefragten Qualifikationen abzubauen. Darüber hinaus vermittelt es jungen Menschen das Vertrauen und die Fähigkeit, in anderen Ländern mit den passenden Arbeitsplätzen zu arbeiten, anstatt in einem Land festzusitzen, in dem es keinen Bedarf für ihre Qualifikation gibt. (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/83&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>)

Erasmus und die dann folgenden Programme, insbesondere das 1988 gestartete Programm „Jugend für Europa“ waren aus der Sicht der Verantwortlichen des 1985 gegründeten European Centre for Community Education – ECCE geradezu ideale Instrumente, um die Ziele von ECCE umzusetzen: Europa als soziale Gemeinschaft zu fördern, multilaterale Austauschprogramme anzuregen, zu entwickeln und zu fördern und schließlich interkulturelle Lernmöglichkeiten für Fachkräfte der Sozialen Berufe einzurichten (http://www.ecce-net.eu/will_en.html).

Zeitgleich mit der Einführung von Erasmus 1987 führte das ECCE unter der Leitung von Terry May, Günter J. Friesenhahn, Liliana Dozza und Friedrich W. Seibel das erste multilaterale Trainings-Seminar zum Thema „International Youth Exchange and Intercultural Learning“ durch, dem in den Folgejahren noch mehrfach wiederholt wurde.

Es gab – so kann man das rückblickend resümieren – eine Art euphorische europabezogene Aufbruchsstimmung, die – aus heutiger Sicht – nicht frei von idealistischen Vorstellungen war. Diese Aufbruchsstimmung wurde auch genährt von damaligen Neu-Akzentuierungen einiger Politikbereiche in der EU. Pietro Adonnino legte für dem ein Jahr zuvor vom Europäischen Rat eingesetzten Ad-hoc-Ausschuss „Europa der Bürger“ 1985 einen Bericht vor, in dem er darlegte, wie aus Sicht der europäischen Institutionen die Bürger die EU im Alltag erfahrbar gemacht werden könnte. Diese Perspektiv-erweiterung hin zu den BürgerInnen Europas hatte mit der Erkenntnis zu tun, dass der ökonomische und politische Integrationsprozess Europas ohne flankierende soziale und bildungsbezogene Maßnahmen fragmentarisch und instabil bleiben mußte. Anstelle eines Europas der undurchsichtigen, bürokratischen Institutionen sollte ein „Europa der Bürger“ wachsen, in dem sich die Menschen kennen lernen, kulturelle Unterschiede wertschätzen, mobil sind und zugleich über eine Bejahung der europäischen Wertegrundlagen eine europäische Identität ausbilden sollten. Dieses Konzept war für einige Jahre mit einer ernstgenommenen sozialen und demokratiethoretischen Idee verbunden.

Im Bericht sind einige Vorschläge enthalten, wie die Mobilität der Menschen innerhalb Europas zu erhöhen sei. Dazu gehörten die Steigerung der Mobilität der Bürger durch Erweiterung der Freizügigkeit sowie Aktionen in verschiedenen Politikbereichen z. B. Europäisierung der Medienpolitik und Europäisierung und Erweiterung von Bildungsprogrammen (Fremdsprachen, Austausch, Kooperation), gemeinsame Forschung auf den Gebieten Gesundheitswesen, soziale Sicherheit, verbesserte Kommunikationstätigkeit, Drogenbekämpfung, einheitlicher Notfall-Gesundheitspass sowie eine Förderung von Städtepartnerschaften. Zur Ausprägung einer europäischen Identität sollte die offizielle Einführung europäischer Symbole (Europäische Flagge, Europäische Hymne, Briefmarkenmotive) beitragen (<http://omniaverlag>).

de/europa/DVD_Europa/media/Lexikon/Pdf/Europa_der_Buerger.pdf; http://aei.pitt.edu/992/1/andonnino_report_peoples_europe.pdf).

Die damaligen Schlagworte klingen wie aus einer anderen Zeit: Soziales Europa, Europa der Bürger, Demokratisierung der EU, europäische Identität gegenseitiges und interkulturelles Lernen waren inhaltliche Rahmungen für einen Diskurs, der sich nun auch in den Sozialwissenschaften – die sich bis dato wenig mit EU-Politik beschäftigt hatten – zu entwickeln begann. „Europäische Förderprogramme im Bildungswesen“ (Friesenhahn, Schäfer & Seibel, 1989), die auch mit Finanzmitteln ausgestattet waren, konnten auch als praxisbezogene Ergänzungen der programmatisch in Gang gekommenen interkulturellen Pädagogik in Einwanderungsgesellschaften (vgl. Friesenhahn, 1988; Auernheimer, 1990; Hamburger, 1994) gelesen werden. Mit den Programmen gingen neu geschaffene Kooperationsformate und didaktische Innovationen (z.B. multilaterale Intensivseminare) einher, die auf der personalen Ebene von den teilnehmenden Studierenden und Lehrenden sehr positiv bewertet wurden. Insofern darf man auch bei einer kritischen Perspektive nicht übersehen, dass diese Programme eine Reihe von vielfältigen Kollateral – Gewinnen in Form von attraktiven Angeboten für Lernen und Begegnung in Europa haben entstehen lassen (vgl. Hamburger, 1998). Natürlich war die Organisation dieser Seminare mühsam und erforderte hohes Engagement und eine längerfristige persönliche und organisatorische Perspektive der Beteiligten. Aus heutiger Sicht können diese Seminare mit ihrem Wissen um Kontinuität, Fachlichkeit und Kooperationsbereitschaft als Vorreiter des peer learnings angesehen werden. Damit ist ein EU-Konzept multilateraler Seminare von Fachkräften der Sozialen Arbeit gemeint, dem aktuell im Rahmen der EU-Jugendstrategie eine große Bedeutung zugemessen wird.

Dass seitens der EU immer wirtschaftliche Interessen prioritär im Spiel waren, wurde damals zwar erkannt, aber nicht als Einschränkung für pädagogische, interkulturelle Lernprozesse gesehen, da bei den Befürwortern Europas eine zuversichtlichere Diskurskultur herrschte. (Der Zauberlehrling lässt grüßen: „Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister, Werd ich nun nicht los.“).

Zwar war schon im Aktionsprogramm Jugend für Europa 1988 zu lesen: „Der Rat [...] hat bekräftigt [...] dass die Jugendlichen in angemessener Weise auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben vorbereitet werden müssen, und [...] haben hierzu Aktionsprogramme angenommen.“

Diese ökonomische Programmatik war damals und ist heute umso mehr die treibende Kraft in den EU-Mobilitätsprogrammen. Dies wird aus gegebenem Anlass derzeit wieder aus verschiedenen Blickwinkeln bestätigt. Eberhard Funk von der GEW hat anlässlich eines Workshops beim Fachbereichstag Soziale Arbeit in Dresden am 24. Mai 2012 aus der Sicht der Gewerkschaft formuliert:

Europäische Bildungspolitik ist kein eigenständiges, unabhängiges Politikfeld, sondern funktionaler Bestandteil der europäischen Arbeitsmarktpolitik. Bildung wird gefördert soweit sie für einen prosperierenden Markt notwendig ist.“ Im Hinblick auf die Sozialpolitik der EU kommentiert Schieren: „Das Soziale ist als Folge der bestehenden Konstellationen ein Annex der Wirtschaftspolitik geblieben und folgt selbst dann, wenn soziale Ziele verfolgt werden, dem ökonomischen Paradigma. (Schieren, 2012, S. 11)

2. Veränderungen

Festzuhalten bleibt, dass die Mobilitätsprogramme seit ihrer Entstehung immer mal wieder verändert und an die Prioritäten der EU angepasst worden. Dies lässt sich auch am noch bis 2013 gültigen Programm „Lebenslanges Lernen (LLP)“, feststellen, welches den lebensbegleitenden Bildungsweg von der Schule über die Hochschule und Berufsbildung bis hin zur Erwachsenenbildung umfasst.

Das Programm für Lebenslanges Lernen ist als Dachstruktur konzipiert, die auf vier Säulen bzw. Unterprogrammen aufbaut. Im Rahmen dieser Unterprogramme werden Finanzhilfen für Projekte gewährt, die die länderübergreifende Mobilität von Einzelpersonen unterstützen, zum Aufbau bilateraler und multilateraler Partnerschaften beitragen oder die Qualität der Bildungs-

bzw. Berufsbildungssysteme steigern, beispielsweise durch die multilaterale Zusammenarbeit zur Innovationsförderung.

Insbesondere die EU-Kommission plant die nächste Programmgeneration mit dem Namen „Erasmus für alle“ (2014–2020) so zu organisieren, dass die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung so wie der Jugend- und Sportbereich unter einem Dach „vereint“ sind.

Erasmus für alle beruht auf der Prämisse, dass Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung der Schlüssel dazu sind, das Potenzial der Menschen unabhängig von ihrem Alter oder ihrem Hintergrund freizusetzen. Das Programm soll nicht nur ihre persönliche Entwicklung voranbringen, sondern auch zum Erwerb neuer Fertigkeiten und zur Verbesserung der Beschäftigungsaussichten beitragen. (http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/index_de.htm)

Das neue Programm konzentriert sich auf:

- die Bereitstellung zielgerichteter transnationaler Lernmöglichkeiten,
- die Anpassung der Qualifikationen an den Bedarf des Arbeitsmarktes, um die Beschäftigungsfähigkeit, den Unternehmergeist und die Beteiligung junger Menschen zu fördern,
- Freiwilligentätigkeit sowie außerschulische und informelle Bildung und
- die Förderung weitreichender Reformen und die Modernisierung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in ganz Europa und darüber hinaus.

„Strenge Qualitätsanforderungen an die Mobilität, die Konzentration auf wichtige politische Ziele, bei denen eine kritische Masse erreicht werden kann, und die Komplementarität mit anderen EU-Programmen tragen zur Gewährleistung eines sehr hohen europäischen Mehrwerts bei.“ (http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-2931/a_budget_for_europe_2020_-_part_ii_policy_fiches_de.pdf).

3. Institutionalisierte Mobilitätsdruck und Verlockungen

Insbesondere junge Menschen sollen – so das Credo der Mobilitätsprogramme – mobiler werden. Mobilität wird in diesem Kontext auf der einen Seite mit positiver persönlicher Entwicklung konnotiert und auf der anderen Seite mit verwertbaren und gewünschten Effekten im Hinblick auf *employability* in Zusammenhang gebracht.

Dies wird u.a. deutlich in der EU-Strategie mit dem Namen: Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum (<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>).

Teil dieser Strategie ist das Projekt „Youth on the move“. Bei diesem Konzept geht es um die Förderung der Mobilität von Studierenden und Auszubildenden in Verbindung mit der Verbesserung der Beschäftigungschancen. Lebenslanges Lernen und Mobilität werden gefördert und gefordert und in die persönliche Verantwortung eines Jeden gestellt. Dabei wird ein unreflektierter Zusammenhang zwischen Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungschancen konstruiert. Ausgeblendet wird bei dieser Rhetorik, dass Mobilität nicht nur Rahmenwerke und Programme als Motoren braucht, sondern Zielpunkte in Form von bestehenden, attraktiven Arbeitsplätzen. Dazu ist festzuhalten, dass z.B. die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU in fast allen Ländern seit dem Zeitpunkt der Lissabon Strategie (2000) z.T. dramatisch angestiegen ist, in einigen Ländern der EU liegt die Quote bei über 40 % (vgl. Friesenhahn, 2011).

In den Mobilitätskontext gehören noch weitere Dokumente, wie das Grünbuch *Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern* (2009), in dem darauf hingewiesen wird, dass die Mobilität zu Lernzwecken die Qualität des Humankapitals verbessere, da somit die Schüler und Studierenden Zugang zu neuem Wissen erhielten, ihre Sprachkenntnisse erweiterten und interkulturelle Kompetenzen erlangten. Auch Arbeitgeber – so das Versprechen der Politik – würden den Wert dieser Mobilitäts-Erfahrung erkennen und schätzen. Die Zuversicht besteht, dass diejenigen, die als junge Lernende

mobil seien, dies zumeist auch später im Arbeitsleben fortführten (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0329:FIN:DE:pdf>).

Eine quantitative Zielgröße wird schließlich im Abschlussdokument der Konferenz in Leuven (April 2009) angegeben. Da heisst es unter der Überschrift: *The Bologna Process 2020 – The European Higher Education Area in the new decade Communiqué of the Conference of European Ministers Responsible for Higher Education:*

Mobility is important for personal development and employability; it fosters respect for diversity and a capacity to deal with other cultures. It encourages linguistic pluralism, thus underpinning the multilingual tradition of the European Higher Education Area and it increases cooperation and competition between higher education institutions. Therefore, mobility shall be the hallmark of the European Higher Education Area. We call upon each country to increase mobility, to ensure its high quality and to diversify its types and scope. In 2020, at least 20% of those graduating in the European Higher Education Area should have had a study or training period abroad (<http://www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=3401>).

In der Summe konstruiert diese Programmatik den gewünschten Habitus der EU-Bürger/-innen: Mobil, flexibel, permanent lernbereit. Eine positiv besetzte Mobilitätskultur soll gefördert und mit entsprechenden Instrumenten und Ressourcen ausgestattet flächendeckend implementiert werden.

Es ist aber auch deutlich erkennbar, dass das proklamierte Investment in Mobilität auch Dividenden bringen soll. Dies passt zu den Eckpunkten des sich durchsetzenden EU-Bildungsverständnisses, in dem die Parallelisierung von beruflicher und allgemeiner Bildung, erhöhte Durchlässigkeit im Bildungssystem, Stufung der Bildungsgänge und die Output-Orientierung dominieren. Dazu gehören auch die vielfältigen Bemühungen, Lernerfolge und -ergebnisse zu erfassen, anzuerkennen und zu validieren, die außerhalb des institutionalisierten Bildungssystems erworben wurden, z.B. durch Validierungsinstrumente wie den Youthpass (<http://www.jugend-in-aktion.de/youthpass/>) und den EUROPASS (<http://www.europass-info.de/>).

Schaut man aber als Ganzes hinter die einzelnen Instrumente, so ist Vorsicht angebracht: Es geht nämlich um die Taxierung persönlicher und fachlicher

Kompetenzen, die auf unterschiedlichen Lernwegen erworben und für vielerlei Zwecke anerkannt werden sollen. Es geht um eine strukturelle Kopplung von allgemeiner Bildung mit beruflicher Ausbildung und non-formalen Bildungsprozessen sowie um die klare Unterordnung der Bildungspolitik unter die Wirtschaftspolitik. Das aus heutiger Sicht diese Wirtschaftspolitik aus ökologischer, sozialer, demokratietheoretischer, verteilungspolitischer Hinsicht gescheitert ist, bleibt unbeachtet. Damit werden die Koordinaten der bisherigen Diskurse um Aus- und Berufsbildung sowie Studium und Wissenschaft gründlich verschoben. Beispielhaft zeigt sich diese neoliberale Verschiebung in der ESCO-Initiative der EU (European Skills, Competences and Occupation Taxonomy):

In the framework of the New Skills for New Jobs initiative (2009), a group of independent experts recommended to develop 'a common language between education/training and the world of work. This recommendation has been affirmed by Europe 2020 ('A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth') as well as by the conclusions adopted by the Education Council on 13 May 2010 which called for a common language and an operational tool. This need is addressed by ESCO. (<http://joinup.ec.europa.eu/asset/esco/description>)

4. Facts zur Mobilität

Wer will und kann eigentlich an Mobilitätsprogrammen teilnehmen und wozu sollen diese Mobilitäts-Anstrengungen dienen? Befragt man die Studierenden nach ihren Motiven, geht es den meisten zunächst darum, eine Fremdsprache zu lernen bzw. die vorhandenen Schulkenntnisse aufzufrischen. Viele wollen „einfach mal weg“, um andere Menschen und Kulturen kennenzulernen. Die nachgewiesene Sprachkompetenz, eine höhere Flexibilität und der durch das Erleben einer fremden Kultur erlernte Umgang mit fremden und manchmal schwierigen Situationen werden als Mehrwert hervorgehoben. In unterschiedlichen Studien (bezogen auf Schüler, Lehrlinge, Studierende) werden übereinstimmend folgende Effekte von Mobilitätsaktivitäten herausgestellt (vgl. z. B. Thomas, 2006):

- Steigerung des Selbstbewusstseins und der sozialen Kompetenzen,
- Steigerung der interkulturellen Kompetenzen,
- Steigerung der Fremdsprachenkompetenzen,
- Bedeutung der Begegnungserfahrung im Kontext der Gesamtbiographie.

Diese Einschätzungen decken sich mit den Ergebnissen einer Langzeitstudie, die Motive und Effekte im deutsch-amerikanischen Schüleraustausch untersuchte:

For both Americans and Germans, the most important reason for becoming an exchange student were a desire for increased independence, a sense of adventure/desire to travel enhanced intercultural understanding, greater foreign language proficiency, the honour of being an exchange students, and an increased sense of uniqueness... Well over 90 % of both Germans and Americans said that the exchange experience was valuable in the sense that they acquired abilities or traits that were subsequently useful to them. (Bachner & Zeitschel, 2009, S.58–63)

Den letztgenannten Aspekt beobachten wir auch bei einigen unserer Absolventen, die z.T. nach Beendigung des Studiums in ihr Gastland zurückkehren, um dort zu arbeiten.

Bei deutschen Studierenden gehen im Durchschnitt mehr Frauen als Männer ins Ausland. Das liegt u.a. daran, dass Frauen wesentlich häufiger in Sozial-, Sprach- und Kulturwissenschaften immatrikuliert sind, die aufgrund ihrer Inhalte einen Auslandsaufenthalt begünstigen. Insgesamt sollte diese Zahl allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frauen es häufig wesentlich schwerer haben, einen Auslandsaufenthalt zu realisieren. Gerade ältere Studentinnen, die neben dem Studium zumeist Familie und Haushalt zu bewältigen haben, werden im Prinzip von der gelebten Praxis der Auslandsprogramme ausgeschlossen. Empirisch bilden bei männlichen und weiblichen Studierenden die mobilen jungen Menschen die Ausnahme, weit über 80% bleiben zu Hause.

Bundesdeutsche Studien zum Thema, z.B. „Internationalisierung des Studiums – Ausländische Studierende in Deutschland – Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des Deutschen

Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2010; Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2011) zeigen skizzenhaft folgendes Bild:

- Die Auslandsmobilität variiert nach wie vor deutlich in Abhängigkeit von den sozialen Herkunft der Studierenden;
- Die Quote der Studierenden mit studienbezogenen Auslandserfahrungen steigt von der unteren bis zur oberen Herkunftsgruppe (von 11 % auf 20 %);
- Die erwartete finanzielle Mehrbelastung ist mit Abstand der wichtigste Aspekt bei der Abwägung zur Auslandsmobilität;
- Die Sorge um den Zeitverlust im Studium steht bei den Studierenden an zweiter Stelle;
- Für mehr als jede/n Dritten sind die Trennung von Partner/in, Kind, Freunden und/oder der Wegfall von Leistungen bzw. Verdienstmöglichkeiten wichtige Hinderungsgründe.

Mittlerweile geben anteilig deutlich mehr Studierende an, dass ihre Bereitschaft, einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchzuführen, beeinflusst ist durch: „Probleme mit der Anerkennung im Ausland erbrachter Leistungen“ (plus 7 Prozentpunkte), „geringer Nutzen für mein Studium“ (plus 5 Prozentpunkte) und „Zeitverlust im Studium“ (plus 4 Prozentpunkte). Finanzielle Gründe sind gegenüber 2006 ebenfalls angestiegen: „Wegfall von Leistungen und Verdienstmöglichkeiten“ (plus 4 Prozentpunkte) und „finanzielle Mehrbelastung (plus 2 Prozentpunkte).

Der weitaus größte Teil der Studierenden wird dabei finanziell durch die Eltern unterstützt (75 %). Es folgen Stipendien, mit denen 61 % der Studierenden ausgestattet sind. Fast die Hälfte der Studierenden finanziert das Auslandsstudium auch mit eigenem Verdienst, der vorher in Deutschland erworben wurde. 30 % derjenigen, die im Ausland studiert haben, erhielten dafür finanzielle Zuwendungen nach dem BAföG (33 %). Die persönliche Einstellung zu einem Auslandsaufenthalt wird am häufigsten von der erwarteten finanziellen Mehrbelastung durch einen solchen Aufenthalt beeinflusst.

Die finanziellen Hinderungsgründe korrelieren stark mit der sozialen Herkunft der Studierenden.

Studierende an Universitäten befürchten anteilig stärker als Studierende an Fachhochschulen Zeitverluste im Studium (49 % vs. 39 %) sowie Probleme mit der Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen (32 % vs. 26 %).

Die persönliche Einstellung zu einem Auslandsaufenthalt wird am häufigsten von der erwarteten finanziellen Mehrbelastung beeinflusst. Mittlerweile bieten zwar einzelne Hochschulen Fördermöglichkeiten für Auslandsaufenthalte an (<http://www.mystipendium.de>), dennoch ist dies nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

In einer Vergleichsstudie *Youth on the move? Student mobility and immobility in Portugal and Northern Ireland* (http://www.cies.iscte.pt/destaques/documents/CIES-WP74_Cairns.pdf) kommt David Cairns zu dem Ergebnis, dass die Mobilitätsoptionen durch den „Habitus“ der Familie beeinflusst werden und sich stark unterscheiden.

In both research locales, the family and to a lesser extent peers played an extremely important role in mobility decision-making, more so than, say, educational professionals or peers, who were rarely cited as sources of information or as mobility role models. (Cairns, 2013, o.S.)

Überlagert wird der prägende und unterstützende Habitus derzeit, d.h. seit 2009 von den Konsequenzen der Finanzkrise und den damit veränderten ökonomischen Situationen in einzelnen Ländern.

What remains to be explored in this analysis are the influences upon mobility decision making, Including migration to other countries. The most obvious answer is the neoclassical economic explanation: young people move to pursue better career opportunities and/or to escape what may be difficult financial circumstances at home. (http://www.cies.iscte.pt/destaques/documents/CIES-WP74_Cairns.pdf)

Noch deutlicher wird das ökonomische Motiv bei Borrenko/Usatenko (2013):

Nowadays the willing to emigrate is the visible trend of young people and opportunity for long-term learning mobility are often used as chances to stay abroad for employability. The statistic data and sociological surveys show, that professional development and employability are the most important value for young people. Nevertheless it is understandable, that expectations for being employed have weak connection with the expectation from education. In 2009 the unemployment rate among young people in Ukraine increased to 18.0% (30.0–40.0% of registered unemployed people are those up to 35) and 21.0% of young Ukrainians didn't have any income of their own. Moreover the 44.0% of young people were afraid of becoming unemployed within next 2 years (Diuk, 2012, S. 145–187). The newest surveys prove the tendencies, that more than half of young people aged 18 from 29 want to leave the country.

Die Motive, Möglichkeiten und Erwartungen hinsichtlich der „Mobilität zu Lernzwecken“ variieren also erheblich.

Zu beobachten ist auch aus unserer deutschen Sicht, dass Studierende inzwischen immer häufiger auf die EUProgramme und deren knappe Fördermöglichkeiten verzichten und sich lieber selbst organisiert und ohne Stipendium Studien- und Praktikumsplätze auch im außereuropäischen Ausland suchen. Nicht mehr nur England, Frankreich und Spanien sind die Favoriten, sondern inzwischen eher Australien, Neuseeland, Kanada, USA, Südamerika und Afrika und damit verbindet sich die Frage: kann man die dort erworbenen Kompetenzen „brauchen“, wem dienen sie und wie und warum werden sie zertifiziert, validiert und anerkannt?

Spätestens jetzt stellt sich aber eine grundsätzliche Frage:

Müssen/sollen/dürfen mobile junge Menschen wirklichnur das lernen, was validiert werden kann? Ist ein Auslandsaufenthalt nichts wert, wenn am Ende nichts übrig bleibt, was man zu Hause verwerten kann? Was passiert mit dem, was ich gelernt habe und für das es im Inland kein studienrelevantes Äquivalent gibt? Wer entscheidet über den Sinn des Gelernten?

Konkret bedeutet dies für eine Studierende der Sozialen Arbeit: Ersetzt die z.B. in England erbrachte Leistungim Modul „social work and law“ auf

Stufe 6 des EQR die in Deutschland geforderte Leistung „Rechtliche Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit“?

5. Europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen

Von erheblicher Bedeutung in diesem Kontext sind die Bestrebungen, mithilfe des Europäischen und des Deutschen Qualifikationsrahmen (vgl. Thole & Lohmann, 2010; Bartosch, 2010; Böllert, 2010; Lohmann, 2011), Transparenz und Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen herzustellen und damit Mobilität zu fördern.

Der "Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen" (EQR) geht auf einen Vorschlag der EU-Kommission aus dem Jahr 2006 zurück und zielt auf eine umfassende Neujustierung des Verhältnisses von beruflicher Aus- und Weiterbildung und akademischer Bildung. Der EQR beschreibt auf acht „Referenzniveaus“ in operationalisierter Form Lernergebnisse, die Menschen im Prinzip nach einem Lernprozess vorweisen können sollten (http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc44_de.htm).

„Kernstück des EQR sind acht Referenzniveaus zur Beschreibung dessen, was ein Lernender weiß, versteht und in der Lage ist, zu tun“.

Die damit attestierten Qualifikationen sollen helfen, unterschiedliche Lern- und Bildungswege sowie erreichte Ausbildungs- und Studienabschlüsse europaweit transparent und vergleichbar zu machen. Qualifikationen, die außerhalb formaler Bildung erworben wurden, sollen dabei ebenfalls berücksichtigt werden. Dadurch soll die arbeitsmarktbezogene Mobilität gesteigert werden. Die Bildungsminister der EU und das Europäische Parlament haben diesen Vorschlägen zugestimmt.

Diese Empfehlung sollte zur Modernisierung des Bildungs- und Ausbildungssystems, der Kopplung zwischen Bildung, Ausbildung und Beschäftigung sowie der Brückenbildung zwischen formalem, nicht formalem und informellem Lernen dienen und auch zur Validierung von durch Erfahrungen erlangten Lernergebnissen beitragen.

Der EQR sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten ihre nationalen Qualifikationssysteme bis 2010 an den EQR koppeln und transparente nationale Qualifikationsrahmen entwickeln sollen. Dies ist in Deutschland mit der Verabschiedung des Deutschen Qualifikationsrahmens vom 22. März 2011 geschehen. (<http://www.deutscherqualifikationsrahmen.de/>).

Fortan soll auf allen Zeugnissen oder anderen Qualifikationsnachweisen vermerkt sein, welchem der acht festgelegten Referenzniveaus die erworbenen Qualifikationen zuzuordnen sind. Es geht in der Binnenlogik des Mobilitäts-Paradigmas das zeichnet sich klar ab – um Transparenz, Vergleichbarkeit und Qualitätssicherung. Sollte vor mehr als zehn Jahren mit der sog. Bologna-Reform ein europäischer Bildungsraum erschlossen werden, geht es nun um einen europäischen Bildungsmarkt, auf dem die Gleichwertigkeit von schulischer, beruflicher und akademischer Bildung angestrebt wird. Eine durchgängige Orientierung an Kompetenzen und beruflicher Handlungsfähigkeit soll demnach den EQR charakterisieren.

Entscheidend in europäischer Perspektive ist, dass jedes Qualifikationsniveau grundsätzlich auf verschiedenen Bildungs- und Karrierewegen erreichbar sein soll. Hinzu kommt dass der EQR sich als Brückenbildung von formalem, non-formalem und informellem Lernen versteht und es im Weiteren um Validierung von durch Erfahrungen erlangten Lernergebnissen geht. Insofern liegt dem EQR ein erweitertes Bildungsverständnis zugrunde, das Bildungsprozesse nicht nur in formalen Strukturen verankert. (Böllert, 2010, S. 94)

Auch die bisherige Fokussierung auf einen überschaubaren Lebensabschnitt Studium löst sich in der Perspektive des EQR auf. „Bildung wird zu einem lebenslangen, in Niveau und Lebensaltersstufen gegliederten Projekt des Kompetenzerwerbes für das Arbeitsleben; Bildungsbiographien werden zu Lebensläufen in Kompetenzstufen“ (Thole & Lohmann, 2010, S. 70).

6. Die Macht von Vorschlägen, dominanten Begriffen und die Suche nach Standards in der Sozialen Arbeit

Europäische Strategien und Programme sind keine rechtsverbindlichen Regelungen, sondern entfalten ihre nachhaltige Wirkungen auf nationaler Ebene oft durch die „Offenen Methode der Koordinierung“. „Vorschläge“ der EU-Kommission schaffen Rahmenbedingungen, die einerseits einen starken Impuls im Hinblick auf Europäisierung der (organisatorischen) Bildungsgestaltung ausüben. Andererseits bewirken sie aber auch einen Schub zur De-Nationalisierung, indem deutlich wird, dass die nationalen Akteure zunehmend weniger Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltungs- und Definitionsmöglichkeiten von Bildung haben. Schon die Bologna Reform hatte das Ziel, die Mobilität durch die Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen zu fördern und dabei die Vergleichbarkeit von erbrachten Leistungen zu verbessern und die Anerkennung von im Ausland erbrachten Leistungen zu gewährleisten. Strukturell soll durch die Harmonisierung der Studienabschlüsse die Chancen der Zusammenarbeit und die grenzüberschreitende Mobilität erhöht werden. Der Europäische Qualifikationsrahmen führt dies differenziert weiter.

Diesem Streben nach Standardisierung und Vereinheitlichung beiden Makrostrukturen steht eine konstitutive Vielfalt von Sozialer Arbeit im Bereich der inhaltlichen Mikrostrukturen (Inhalte in der Ausbildung) gegenüber. Zweifellos braucht man im Rahmen von internationalen Mobilitätserwartungen und -aktivitäten und deren Verwertung im heimischen Kontext eine Verständigung darüber, was Soziale Arbeit ist und welche Professionen sie gemeint sind.

Soziale Arbeit entwirft sich im Wesentlichen in und aus einem bestimmten gesellschaftlich konturierten Kontext. Deshalb ist es wichtig, die jeweiligen nationalen Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge zu entschlüsseln. Je nachdem aus welcher Perspektive Soziale Arbeit betrachtet wird, entstehen jeweils andere Bilder, andere Anforderungen und andere Ansprüche (vgl. Thimmel & Friesenhahn, 2010). Jede wissenschaftliche Disziplin, die Anspruch auf wissenschaftliche Anerkennung erhebt, muss klarmachen, was ihr Gegenstand ist. Dieser Anspruch ist wissenschaftstheoretisch weitgehend

unbestritten, birgt aber in unserem Kontext eine besondere Anforderung insofern, als die Standards und Regeln der Diskursproduktion in verschiedenen Ländern durchaus unterschiedlich sind und unterschiedliche Denktraditionen zur Begründung von Konzepten und der Praxis Sozialer Arbeit herangezogen werden.

Aufgabe für Soziale Arbeit als Profession und Disziplin ist es, sich inhaltlich an der Diskussion um Mobilität zu beteiligen. Soziale Arbeit ist als Teil des sozialen Sicherungssystems in den Globalisierungsprozess eingebunden und diese Einbindung ist zwischen den Polen sozialpolitischer Indienstrahmung und fachlich-kritischer Begleitung sozialer Entwicklungen jeweils neu zu verorten und muss als Themenfeld in der Ausbildung – wenn schon, denn schon – auf allen Stufen entsprechender Qualifikationsrahmen fest verankert werden.

Nicht nur die Transparenz von Ausbildungsgängen und Vergleichbarkeit von Lernergebnissen und Abschlüssen verdient Aufmerksamkeit, sondern auch fachliche Auseinandersetzung über die Eigenarten und Spezifika der Ausbildungssysteme und -inhalte in den verschiedenen Ländern sowie die strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen Soziale Arbeit stattfindet – und dies sollte dann auch nicht auf Europa beschränkt bleiben. Als Beispiele für die Einbeziehung inhaltlicher Positionen können die Global Standards for Social Work Education and Training gelten (http://www.iasswaiets.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=28&Itemid=49 ändern), wobei es bei genauer Betrachtung eben nicht um Standardisierung, auch nicht um eine hierarchische Zuordnung zu Referenzniveaus, sondern um die Durchsetzung fachlicher Minimalanforderungen in unterschiedlichen nationalen Kontexten geht.

7. Perspektiven

Wenn über Soziale Professionen, Mobilität und Europa gesprochen wird, kommt oft nur das EU-Europa in den Blick. Hier stehen die vergleichbaren Kompetenzen zur Einpassung in den transnationalen Arbeitsmarkt im Vordergrund. Es geht um eine konkrete Verzahnung von Beschäftigungspolitik und Bildungspolitik, wobei die Konnotation des Begriffs Bildung nicht an

den Gehalt der klassischen Bildungsidee der freien, entfalteten Persönlichkeit anschließt. Dies wird vor allem (eigentlich nur?) in Deutschland als schwerwiegendes Problem betrachtet.

Bildung soll – so die EU-Lesart – vor allem als arbeitsmarktgängige Qualifizierung verstanden werden. Es geht im Sinne eines Investment um die Anhebung der Bildungsstandards in Europa, um leichteren Zugang zum Lernen in allen Lebensphasen an unterschiedlichen Orten, um eine Öffnung der Bildungsinstitutionen gegenüber dem lokalen Umfeld, Europa und der Welt und um die optimale Nutzung vorhandener Ressourcen. Institutionelle Rahmungen von Lernprozessen verlieren zugunsten persönlicher Kompetenzen an Bedeutung. Lebenslanges Lernen wird zur Pflichtaufgabe. Die Programmformel „Mobilität zu Lernzwecken“ sollte ehrlicher Weise „Mobilität zu Beschäftigungszwecken“ heißen

Unumkehrbar führt die zunehmende internationale Verflechtung zu Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Sozialer Arbeit in Europa. Dabei gibt es einen klaren Trend in den Fachdiskursen über Europäische Soziale Arbeit, jedweder Idee bzw. Strategie einer Gleichschaltung, Vereinheitlichung oder Harmonisierung eine Absage zu erteilen. Stattdessen wird die Notwendigkeit der *Kontextualisierung* betont und ein neuer Umgang mit Differenzen eingefordert. Wir können davon ausgehen, dass die Unterschiede in den Erscheinungsformen der Sozialen Arbeit in unterschiedlichen Ländern eher zu- als abnehmen werden. Im Grunde bleibt die Vielfalt das Entscheidende und zwar im Hinblick auf Praxismodelle, Studiengänge und Berufsbezeichnungen. Dies ist klug zu managen.

Die Architektur der Bachelor- und Masterstudiengänge ist weitgehend vorgegeben, hat aber nicht zur Vereinheitlichung von Inhalten und Studiengängen geführt.

Der hohe Freiheitsgrad bei den Inhalten bietet gerade in der Bundesrepublik Deutschland Gelegenheit für standortspezifische Profile, die sicher auch als strategisches Element ins Spiel kommen, wenn es um die Rekrutierung von Studierenden geht.

Darüber hinaus führt die Bachelor-, Master-, Promotionsstruktur der Ausbildungsgänge zu erkennbaren Hierarchien innerhalb einer Profession, die sich bisher eher den Prinzipien der Gleichheit und Solidarität denn den Prinzipien des Wettbewerb und der Konkurrenz verpflichtet fühlt. Diese Stufung hat es ja auch früher in Form der Differenzierung zwischen Universitäts- und Fachhochschuldiplom und den damit verbundenen laufbahnrechtlichen und finanziellen Aspekten auch schon gegeben. Aus meiner Sicht sind die (Fach-) Hochschulen die Gewinner dieser Geschichte, da erst die sog. Bologna-Reform ihnen die Möglichkeiten zu Masterstudiengängen und damit den Absolvent/innen den klaren Zugang zu Leitungsfunktionen und zur Promotion in der Sozialen Arbeit eröffnet hat.

Formal wird das durch den „Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit“ unterstützt, in dem die Kompetenzebenen für verschiedene Qualifikationsebenen der Ausbildung niedergelegt sind (http://www.fbts.de/uploads/media/QRSArb_Version_5.1.pdf).

Wir stehen heute vor ähnlichen Problemen wie vor 25 Jahren, dennoch sind wir heute analytisch weiter, brauchen aber auch den Idealismus der vergangenen Epoche, um den Spielraum, den es in der EU-Politik immer gegeben hat und geben wird, auch im Sinne einer Gestaltung des Sozialen zu nutzen. Im Rahmen Sozialer Arbeit sollte es nicht um „Hauptsache: mobil“ gehen, sondern auch um persönlichen und fachlichen Zugewinn. Vielleicht gelingt es sogar, dass die mobilen Studierenden „Soziale Arbeit als internationale Profession“ erkennen und durch und wegen ihrer individuellen Mobilität an dieser Profilierung kompetent mitwirken. Grenzüberschreitende Mobilität (einen Überblick über „Instrumente für Mobilität und lebenslanges Lernen“ findet man unter (http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/mobility_de.htm) verlangt den gekonnten Umgang mit Differenzen. Dafür ist eine klare Zielsetzung, curriculare Verankerung, inhaltliche Strukturierung, persönliche Reflektion und fachliche Begleitung notwendig.

Literaturverzeichnis

- Auernheimer, G. (1990). *Einführung in die interkulturelle Erziehung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.). (2011). *Studierende Im Bachelor Studium 2009. Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des deutschen Studierendenwerkes*, durchgeführt durch HIS Hochschulinformationssystem. Bonn: Eigendruck.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.). (2010). *Internationalisierung des Studiums – Ausländische Studierende in Deutschland – Deutsche Studierende im Ausland. Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks*, durchgeführt durch HIS - Hochschul Informations-System. Bonn: Eigendruck. Zugriff am 15.05.2007 über http://ec.europa.eu/education/doc/reports/doc/leoimpact07_de.pdf
- Bachner, D. J. & Zeitschel, U. (2009). *Students of Four Decades*. Münster: Waxmann.
- Bartosch, U. et al. (Hrsg.). (2010). *Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit* (Version 5.1). Eichstätt: Eigendruck FBTS.
- Bartosch, U. (2010). Die Europäisierung der Hochschullandschaft und die Einführung von Qualifikationsrahmen. *Erziehungswissenschaft* (41), S. 73–92.
- Böllert, K. (2010). Entwicklung und Herausforderungen des Deutschen Qualifikationsrahmen. *Erziehungswissenschaft* (41), S. 93–100.
- Borenko, Y. & Usatenko, G. (forthcoming). Challenges for recognition of non-formal learning and learning mobility in Ukraine: education, labour market and society. In G. J. Friesenhahn et.al. (eds.), *Learning Mobility and Non-formal Learning in European Contexts*. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Cairns, D. (forthcoming). Pre-conditions for movement in Portugal and Ireland: social inequality, mobility field and habitus. In G. J. Friesenhahn et.al. (eds.), *Learning Mobility and Non-formal Learning in European Contexts*. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Friesenhahn, G. J. (1988). *Zur Entwicklung interkultureller Pädagogik*. Berlin: Express.
- Friesenhahn, G. J., Schäfer, H. M. & Seibel, F. W. (1989). *Europäische Förderprogramme im Bildungswesen*. Koblenz: ECCE.

- Friesenhahn, G. J. & Thimmel, A. (2010). Internationalität in der Sozialen Arbeit. In W. Thole (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit* (3. Aufl.) (S. 387–402).
- Friesenhahn, G. J. (2011, Juni). Mobil sein, vergleichen können, Lernen ermöglichen. *Neue Praxis*, S. 647–655.
- Friesenhahn, G. J. & Kniephoff-Knebel, A. (2011). *Europäische Dimensionen Sozialer Arbeit*. Schwalbach: Wochenschau-Verlag.
- Hamburger, F. (1994). *Pädagogik der Einwanderungsgesellschaft*. Frankfurt: Cooperative-Verlag.
- Hamburger, F. (1998). Interkulturelles Lernen durch europäische Kooperationen. Evaluation des ACCESS-Studienprogramms. In F. Hamburger (Hrsg.), *Faszination und Realität des Interkulturellen. Evaluationen zum europäischen Studium* (S. 9–28). Mainz: Logophon.
- Lohmann, I. (2011): Zur Vorgeschichte des Europäischen Qualifikationsrahmens und zum Stand der Diskussion über seine nationale Umsetzung. Eine skeptische Zwischenbilanz. *Erziehungswissenschaft*, 42, S.41–54.
- Schieren, S. (2011): *Europäische Sozialpolitik*. Schwalbach: Wochenschau-Verlag.
- Thole, W. & Lohmann, I. (2010). Vom Bologna Prozess über den Europäischen zum deutschen Qualifikationsrahmen. *Erziehungswissenschaft*, 41, S. 67–72.
- Thomas, A. et al. (2006). *Erlebnisse, die verändern. Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Zukünfte der Sozialen Arbeit

Political democracy is necessary, but not sufficient¹

The contribution of Jane Addams' Theory of „Integral Democracy“ for the Analysis and Change of Power-Relations – in and for Social Work

Silvia Staub-Bernasconi

Technische Universität Berlin (em.)

Abstract

According to David Gil (1998, p. 167–172) social workers have in their code of ethics a mandate to combat social injustice and oppression, but they are very helpless, when they are challenged to put this mandate into practice. The cause, according to him, is that they don't have a differential theory of power-structures and their influence on individuals which could guide their goals and action lines. To develop knowledge about power means to give up the „happiness of ignorance“ not being bothered by knowledge – and I would add, they would have to give up the „happiness to rely happily on the concept of empowerment“ which has – in western social work – turned out to be a placebo and solution for just every problem, as Cox & Pawar showed (2006, p. 78–83). Yet, if social work practitioners would know their theoretical history they would detect that social work has a very sophisticated theory of power abuse and democratic power-sharing. It has been developed by Jane Addams in her book „Democracy and Social Ethics“, published in 1902.² So, let me show, how current it is concerning its analysis and also its vision which is till to-day waiting for its realisation. Before introducing her basic ideas, I start with two theses about the necessity of democracy and the causes why it isn't sufficient and therefore has to be extended in the horizontal and vertical social dimension.

1 For this formulation I am indebted to Mario Bunge in his book „Political Philosophy“, 2009, p. 353

2 Some chapters have been published in The Atlantic Monthly, the International Journal of Ethics, The American Journal of Sociology and The Commons (p. vii). The main reference for democratic social pedagogy is till to-day John Dewey with his book „Democracy and Education“ published 14 years later in 1916! (See Kersten Reich: „Demokratie und Erziehung nach John Dewey aus praktisch-philosophischer und pädagogischer Sicht“ for a poignant critique of the lack of democracy in the actual German school system and its educational practice).

First Thesis

„Democracy‘ as a central idea of a specific political culture and political democracy as institutionalised social rules and practice of power-sharing, -distribution and corresponding procedures is necessary, in order to overcome an organismic concept of society defined as a „social whole“, „totality“ or „social body“ which is still present as an implicit or openly declared culture in many institutional settings – be they familial, educational, economic, political or religious. According to these concepts of society the individual has no value of his or her own. She or he is subordinated to a whole or totality and has the duty to stabilise it by adequate role-functioning – which means obeying to the goals, interests and norms of the power-holders. It also means to accept their double morality which consists of rights with almost no duties for the members of the upper stratas of social systems and many duties with (almost) no rights in the lower stratas. Furthermore, there is almost no trespassing of feudal caste, property or class structures which function as barriers. This cultural and structural model of society can only be overcome when it gets replaced by a model which assumes cooperative as well conflictive relations between individuals and social groups. This means with individuals who have their own human worth, dignity, goals, who are capable of critical reflection and deliberation, who are free to organize themselves – and thus are competent to develop their own laws to whom they want to obey.

To the *slow historical deconstruction* of the organic, partially mystic-religious views of society – think of the huge trace of blood of the religious and other wars, the inquisition, the numberless dictatorships all over the world etc. – the following ideas and social developments have made their contribution (Bobbio, 2009, p. 68):

- first, the rising image of human beings as capable of reflection and reasonable judgement who doesn't have to follow divine laws interpreted and administrated by the church and aristocracy;
- second, the theories about the social contract (Locke, Rousseau, Kant);
- third, the birth of political economy with its view of the individual as *atomistic homo oeconomicus* which replaced the *zoon politicon* defined

according to his membership to the whole of society, but very important also

- the utilitaristic philosophy from Bentham to Mill which replaced and thus reduced the differentiation between the Good and the Bad to the subjective states of pleasure and harm of individuals; and thus it dissolved the problem of the common good into the sum of individual goods, preferences and the happiness or luck of the greatest number.

But who believes that the holistic old view of the „social body“, which doesn't conceive of „individual“ and „society“ as separate, but related entities, is a matter of the past, closes the eyes in the face of much contrary evidence:

- it is the implicit or explicit legitimation base of patriarchally structured families which protect the honor of the family with all means. You don't find it – this is the cliché – only in migrant but also in indigenous families: in Switzerland we had the case of a church representative who killed the lover of his wife with the motive to restore the destroyed honor of the family.
- The same holds for large sections of economic organisations: What is systematically overlooked by the endless bashing of neoliberalism focused on market-fundamentalistic individualism is that many, especially transnational corporations are structured as „total wholes“ which means that the employees have to accept unconditionally the decisions of the management about the profit rate, the salaries of managers and board members, about fusions, investment goals, transfer of jobs into countries with masses of low paid jobs including child labor not securing the barest needs for a decent living and having no labor rights etc. Whole firms are sold and resold with all their employees. It remembers the times where slaves, soldiers, believers of a specific religion were sold or were the price for the winners and losers of wars. (There was a time where Swiss banks made advertisements with the slogan that „if the banks are going well, the whole population of Switzerland would be well and happy!“) – In short, what we have to-day is not pure individualism, which critics of neoliberalism want

us to believe, but a very sophisticated combination of individualism with holism which is obviously very difficult to detect.

- Holistic models of social systems have also survived in religious organisations: A professor of catholic theology, Marianne Heimbach-Steins, catholic theologian, analyses this taking the example of sexual violence against children. She writes: "The long practice of acceptance and keeping secret this delict is a relict or survivor of a theologically outdated conception of church as *'societas perfecta'*, as *'perfect community'* which thinks and acts along its own theologically legitimated laws and rules. [...] Theologically speaking we have the view of a *'holy church'* which *as a whole* can't commit sins." This „clerical absolutistic dominance-structure leads to take the protection of the purity of the church as holy institution more serious than the protection of children dependent from their religious mentors and leaders (Heimbach-Steins, In: ICEPT Argumente, 6. Jg, 2. Ausgabe, Mai 2010).

But we find the concept of the „social body“ also in theories of social work, f.e. in the central notion of „totality“ in Marxist theory of the 60ies (following Hegel), where clients are seen as supporters of a social revolution defined by their leaders (Hollstein, 1973). Then we have – in the same line of thinking – the concept of functionally differentiated totalities, structured by binary codes in Luhmanns theoretical conception of in- and exclusion (Bommes & Scherr, 2000; Pantucek, 2012). In this conception there is no way to find out who and why and to what end actors define and are responsible for exclusion, be it the many forms of discrimination, repression, violence, legitimated by sexism, racism, nationalism, or any other form of superiority. And at the same time there is no way to find out who is responsible for social inclusion, crossing social barriers and the sharing of power.

And on a practical level we find in many manuals of psychiatric and social diagnosis almost only questions about the good role-functioning, the coping of individuals according to the norms of social role expectations which are only reflecting societal common-sense without asking, if they are legitimate. And as a last example, social workers are – according to the actual dominating

„code“ of „employability“ – again compelled to select between usable and unusable clients for the labor market and thus society.

In short, one can say, that political liberalism and democracy are absolutely necessary to free people from repressive holistic systems and their exploiting, colonising and repressive power-structures, but it is, as we shall argue, not sufficient.

Second Thesis

Democracy is necessary, but not sufficient as long as it stays mostly reduced to guarantee and protect institutionalised political and economic liberalism layed down by constitutions and legislations. Human beings don't have only needs of freedom, of participation in affairs which are concerning them. They also have needs of physical protection, social and psychic security, and of having a perspective for their life. Many democracies are unbalanced concerning the constitutional and legislation level in giving priority to liberty rights over social security rights.

Thus, democracy is insufficient because and when

- in many democracies, as I just showed, holistic codes and more or less autocratic social systems have survived, so that in these social contexts not even freedom and participation are guaranteed;
- the strongly cherished and politically supported, unquestioned values are limited/restricted to liberty, especially economic liberty and democratic participation;
- democracy is insufficient, because it is often reduced to communication and voting procedures – one man/one woman one vote, the majority rule – which gets the theoretical support of Habermas and Luhmann. These procedures are often disadvantageous for minorities (see the three initiatives in Switzerland which have been accepted democratically: the anti-

minarett initiative, the initiative to send back most asylum seekers to their home country; the initiative to put sexual delinquents lifelong in jail without possibility to get a prognostic reappraisal of their situation);

- it is also insufficient, because its codes of social justice and social legislation are ethnocentrically restricted to the citizens of a national society, while the laws protecting economic freedom – as *lex mercatoria* of the World Bank, the International Monetary Fund and World Trade Organisation, the OECD – cover the whole world society (Fischer-Lescano & Möller, 2012) – and, most important,
- because the priority of the value of freedom and the corresponding legislation, also f.e. the right to private property for corporations, freedom of trade, tax legislation – are all constitutionally supported and thus democratically decided. But practically implemented they produce worldwide poverty, working poor and at the same time support the growing of enormous income and fortune disparities. (Wilkinson & Pickett, 2010; Pogge, 2011).

In relation to the last point, it is important to realise that the laws about taxation, banking accountability, mental property, taxation of heritages and fortunes etc. – established by national, political representatives in the Bretton Woods institutions – have made possible the accumulation of huge corporate and familial capital not bound to any meritocratic performance and duty, but to familial-biological and thus feudal criterias (Kissling, 2008). Pogge would add: they made possible that the profiteurs of these laws don't have to have a bad conscience, if they hide about 18 billions dollars in offshore regions as a study showed recently. They can still believe in a just world ruled by democratically produced laws (Ross & Miller, 2002). On the other side we have a social legislation for the lower and lowest classes of society which binds minimal subsidies to the fulfillment of specific duties; and these subsidies can be cut till zero, when the performance of the recipients doesn't conform to the requirements of the social welfare legislation. Thus, it isn't just an idea out-

way of reality to speak of a refeudalisation of society, accompanied and stabilised by a double moral, one for the upper and one for the lower classes.

In other words: An empirical analysis of the long-term societal effects of democracy on the social micro and macro level shows that it produces political decisions and legislations which are legal, but not legitimate, which means socially unjust, generating and supporting neofeudal social structures, unemployment and poverty – and on an international dimension kills millions of people (Pogge, 2002). So, what could be an answer to these problematic fallacies of democracy?

Third Thesis

On the base of the problems described in relation to the first two thesis, one has to formulate a third one: Political democracy must be extended by a horizontal social dimension which means – according to Jane Addams – to all social systems: the family, education, economy, and social work. It becomes then first an opportunity to learn about negative and positive power-structures, to change their social rules and to practice democratic participation in all relevant contexts. Second, democracy has to be supplemented by a social dimension of distributive social justice, which is equivalent to the value of freedom. Addams calls this „integral democracy“.

Christopher Lasch (1981 & 1965) in his anthology about „The Social Thought of Jane Addams“ writes: „Hull House, as she conceived it, [...] was not [...] principally a form of good works. It aims not so much at helping the poor as at understanding them by understanding the chasm that industrialism had opened between social classes. [...] the middle class, which had cut itself off from the proletariat, would never begin to understand the degree to which its own culture (of egocentric individualism, StB) has been impoverished thereby. It was also imperative that the social worker not only helps people but also study the conditions under which they lived. [...] Her greatness, as Emily Balch called it, lay precisely in her capacity to ask the kind of questions most people prefer to ignore. (p. xiii–xiv) [...] She was an activist, to be sure,

[...] and I have admittedly minimized that aspect of her career, on the grounds that it is already sufficiently familiar. This anthology tries to rescue the less familiar, but to my mind more important, side of Jane Addams' life. It shows her as theorist and intellectual – a thinker of originality and daring.“ (p. xv)³

For Addams „[...] the identification with the common lot which is the essential idea of Democracy becomes the source and expression of social ethics.“ (p. 11). Thus, democracy is also „a rule of living and a test of faith in the essential dignity and equality of all men“ (p. 11). It means „including all men in our hopes“ and to realise that „all men are hoping and are part of the same movement of which we are a part“ (In: Knight, 2005, p. 5). With other words: democracy is the victory over and end of feudal, caste-like structural patterns and double morality. It makes empathy and cognitive learning processes between people of different classes, societal positions and roles possible. But social change will only occur by a change of the existing social rules to new ones promoting „integral, social democracy“.

So, let me make a mental „parcours“ through the social systems she analyses in order to show what she means with her „core concept“. For this purpose I present her central ideas starting with identifying the basic problem of power distribution, followed by asking about the causes for it. This leads her to an ethical judgement, followed by some actions guidelines. Yet, she writes: „No attempt is made to reach a conclusion, not to offer advice beyond the assumption that the cure for the ills of Democracy is more Democracy“. (p. 11 f.)

1. Democracy in Social Work and Social Welfare (p. 13–70)

Amazingly, Addams starts her analysis not with the political system, but with the welfare system. Choosing the title „Charitable Effort“ she writes: „Probably there is no relation in life which our democracy is changing

3 From here on all quotes are from Addams, J. (1902). *Democracy and Social Ethics*. New York: Macmillan. For extensive quotes along her biography see Knight (2005).

more rapidly than the charitable relation – that relation which obtains between benefactor and beneficiary; at the same time there is no point of contact in our modern experiences which reveals so clearly the lack of that equality which democracy implies. [...] (And) why talk about fraternity and equality if one hasn't the right, to apply these values in the helping relationship?" (p. 13). So she asks on the base of her daily observations:

- Who is the „social parasite“: Is it the washerwomen who repairs her clothes, her poor house which gets inundated by the rain and thus saves money for the taxpayer? Who is always friendly to her children and neighbors? Or is perhaps the friendly female visitor the parasite, who lives from the income and capital of her husband and has a housemaid, who takes care of her household? With what legitimation does the friendly visitor push, even coerce this women to go to work under miserable conditions and a wage which doesn't cover even the minimal requirements for satisfying the most basic survival needs?
- Who is economically inefficient and thus irrational: Is it the young women working in industry who is blamed by friendly visitors for not saving money because she wants to buy nice clothes and glittering jewelry – knowing very well that to get married to a well situated man is her only chance for upward social mobility, which means getting rid of miserable work and life conditions? Or is it the daughter from a well-to-do-family with good education, an overcrowded dress closet, buying an additional dress in a poverty look as the newest fashion and other useless gags and trash? Then Addams asks: Have we developed our democracy any further than in regard to clothes? (p. 36)
- Why the moral indignation, even consternation about the vices of the saloons? This condemnation is only possible if one doesn't have any idea how much spontaneous help people get in these saloons, f.e. free meals, little loans, advocacy in case of being evicted from their living place or losing their job, addresses for shelter on rainy or cold winter days etc. Compared with communities of rich people where people without money

are treated with disrespect, people in this immigration context know the rules of reciprocity and those without money and shelter are treated with respect and dignity. This is also the case, when they can't pay their meal. Friendly visitors in their fancy neighborhoods are so far away from this everyday reality that they should be grateful about the saloons instead of condemning them.

In sum, she asks: With what legitimation do welfare workers – in the name of an apparent societal consensus between equals – coerce poor people to follow norms, while they behave absolute contrarily? Help under these premisses gets perverse: it means employability at any cost and without any social security. It means, that caring for dependent others has no worth at all, it only impedes being fit for the market. Being a girl of a lower class working in a factory means not being able to behave according to the economic rationality which would paradoxically mean to save money from a salary which isn't enough to satisfy one's needs; and the moral judgement about the saloons means that poor people are always under the suspicion of being without ethics and basically corrupt.

What Addams analyses and criticizes is not the *paternalistic attitude* broadly questioned in the critical social work literature which means that helping relationships are defined by showing the only „right way“ to good behavior and happiness and telling the clients either in religious or secular, also political terms: Be like me or us, because we know what is good for you! The assumption underlying the criticism of paternalism is the persuasion, that the helping person *isthe* model of good and decent behavior one has to strive for. But Addams' critique aims at another „mission“: Don't dare to compare yourself with us, our words with our deeds and factual behavior! Don't dare to use criterias of democracy, of the common good or social justice as standards to judge our behavior! If we live from the money of our husbands, this is our choice. And don't dare to seduce wealthy men with erotic clothing! For you very different norms – and men – are appropriate! Her crucial point is that the imposed „right way“ to the clients should not be compared with the values, norms and behaviors of the helping person as a member of the middle or upper class. This is a classic topos of a ruling class and power-holders in general: they

try to eliminate all comparisons of subordinates with them in order to prevent – in their eyes – inappropriate claims for equality, social reform, followed by social protest and upheavals. The message is: What is good and right for the under-class has no ethical relevance at all for the upper-class. On the contrary, the latter one is free and entitled to break all the rules of a democracy which is based on the equality, social justice and societal participation of all individuals. And they are free to construct new values, norms and laws at their own gusto.

In short, in her words: The ethic of the benevolent philanthropist is *first* „self-righteous“ and „egostic“ and *second* „old-fashioned, a feudal virtue, too archaic [...] to accomplish anything new. [...] too many good deeds reinforce the message that they are superior.“ Benevolence is failing because „it does not lead to success in forming egalitarian (democratic) social relations“ (Addams, 1902, in Knight, 2005, p. 355).

2. Democracy in the Family – Filial Relations (p. 71–101)

The central *problem* in families, as Addams defines it, is the claim of daughters as young women to take part in public and political life, without giving up their loyalty to their family. But this claim is interpreted by the parents as „stupid, childish enthusiasm“ or as restless search for a career, while the daughter in fact doesn't know what she really wants.

To find an *explanation* to this problem, Addams refers to the tragedy between King Lear and his most beloved daughter Cordelia. Cordelia refuses what he expects: to be first in her adult affections. She wants to tell him the truth, namely that she owes half of her love to her fiancé and half to him. King Lear, hurt and outraged, disavows and banishes her from his kingdom. He cannot fathom why his best beloved child, on whom he has shown every kindness, should thus betray him.“ (Knight, 2005, p. 353). According to Addams Cordelia is an „untrained soul“ who has „a notion of justice“ and wishes to become „a citizen of the world“. But King Lear doesn't believe that his daughter could have a worthy life apart from him. She is his possession and

thus he has the right to control her life. He isn't even able to imagine that she might have individual motives, desires, goals which differ from his motives. Addams characterises the relationship between the two as a combination of „domination and indulgence“ and calls the „dictatorial relation“ as a typical example of a family tragedy.

This tragedy is even greater, she adds, when families obey more to the claims of the Gods as to the claims of the secular state. In the first case one interprets the claims of young women as quarrelsome, illegitimate and not as democratic impulse for freedom and public participation.

According to *democratic values and ethics*, there is a serious ethical inconsistency: The same parents who don't allow their daughters to take part in public life, give their husbands, sons, father of little children during the times of war to the state without any hesitation, doubt and critique. This double moral is unacceptable from a democratic point of view.

Addams solution on the action and thus practice level is, that democracy makes a *compromise* unavoidable between the claims of the family, the daughter and the claims of the public upon the daughter – which in fact means: the distribution of power between the different parties!

3. Democracy in the Household – Ladies and their Household Employees (p. 102–136)

The main *problems* of household employees are complete social isolation, cut off from their family, without any chances for education and thus upward social mobility. Furthermore, when they make a mistake at work, there is no independent person to judge about the incident; they are at the mercy of their mistress. If girls in industry make a mistake and are unfairly treated, at least the other girls know about it. They can sympathise with them and can even take collective action on the issue. For Addams it is a form of modern slavery characterised by the absence of any rights.

The *explanation*, why young women agree to such submissive, exploitative work, is industrialisation which impoverishes so many families which earn their living with farming or craftsmanship and replace much of household work by industrial production (spinning clothes, cooking, washing etc.).

Democratic values and ethics have to question *first* the diffuse relationship between mistress and servant. Its consequence is that the female employer of household labor fails to see the power aspects of this servant relationship which knows only duties without any rights. *Second*, serving a normal, healthy adult who consumes the energy and time of another person who has to accept an exploitative arrangement because of poverty and lack of education, is not compatible with democracy. Any craftsman who works in households to repair things would never accept such working conditions, and being additionally cut off from his family. This means, *third*, that the family life of men are more valuable than that of women, another aspect of double morality which is unacceptable under democratic premisses.

That the recruitment of young women for this submissive, exploitative work in bourgeois households gets more and more difficult, because they prefer to work in the industry, can – according to Addams – be seen as a positive sign of revolt.

Democratic action guidelines should – as a first step – end the social isolation, allowing the young women to go home or to gather together and thus also being exposed to learning experiences. But more important: the ladies in bourgeois households should give up their narrow egocentric familism and define household-labor not in terms of a feudal servant-mistress-relation, but as a labor relationship of an employee and employer with a decent salary and formal rights and duties on both sides.

4. Democracy in industrial relations between capital owners and workers (p. 137–177)

Pullmann was known as a „good capitalist“ offering relatively good working conditions. But, completely unexpectedly, a strike started just on his plant and expanded over the whole country, so that the national guard had to intervene. At its beginning there were different claims, not only for a higher salary, but also for less control outside of work and for the possibility to buy their houses, built benevolently by Pullmann. The claim to become owners put the implicit „rules of the game“ between capital and work offside: It was trespassing the absolute dividing line marking the hierarchic resource- and powergap between the two sides. There should – as in feudal societies – be no bridge and thus crossover. Jane Addams was called for mediation but the strike ended in a disaster. Every day Pullmann announced in the newspapers autocratically that there is nothing to mediate and compromise about. Instead, he blamed and attacked the illoyalty and lack of thankfulness of „his“ workers to whom he was such a good patron.

Addams *explanation* was – again referring to King Lear: the cause of the strike were the destructive effects of benevolence and philanthropy which asks for loyalty and thankfulness and absolute submission without rights of freedom. Her thesis was: If the capital-owner sees himself as philanthropist, he will initiate good works, f.e. decent and affordable housing; but with this he legitimates the control also of the private life, consumption (alcohol), dresses, even bedtime, i.e. the behavior of „his“ workers which he defines as amoral. So she states: „Too many good deeds can lead to the fact, that one doesn't see anymore the good sides of the others“ (p. 146). In sum, not only the plant was his possession, but also the workers.

Under *democratic premises* this is not tolerable. A big plant is – as Addams points out – not a „private or family enterprise“, but a socially organised unit between co-productive members; each member of the plant contributes, although differently, to the success and profit of the business. But in fact the enterprises are exclusively managed and controlled by the authority and

power of one single capital owner and his family. Even if a part of the profit and wealth would be distributed to the workers, the latter don't have any influence about the *key* of distribution in relation to them and other social categories, especially the family members of the capitalist. These members benefit from the labor of others without any special accomplishments, just because of their biological birth and descent. Under democratic premises one can't accept, too, the offer of Pullmann and other plant-owners after the end of the strike, namely: to give a certain amount of money for the sponsoring of education and social issues. They argued that this act of benevolence would compensate the expenses by a higher productivity of the workers and thus a return to the share holders. Addams refused this deal; for her this was just a sort of appeasement to avoid new strikes instead of changing the social rules of the power-relationship.

A concept of integral democracy would require a new social contract between unions and capital-owners oriented at democratic participation, also in industry, instead of perpetuating charitable sponsoring relationships. As an exception, sponsorship would only be acceptable, if it is discussed democratically and coordinated with representatives of a government and the population.⁴

5. Democracy in Education and Educational Methods (p. 178–220)

The *problems*: According to the knowledge about educational processes, learning should start with the experiences of children in their context and with respect to their spontaneous social activities. She calls this „education by the current event“! The problem is that the life on the streets fulfills these requirements much more than the school. But this street-life leads – for example for children of farmers of southern Italy – often straight to the court

⁴ As a positive example of what she means she refers to the Federal Technical University in Zurich.

and jail, when they are sent by their fathers to gather olives, potatoes, wood or coal fallen from trains, where they get arrested by the police.

Her *explanation* for the inadequate school education is the big influence, almost dictatorship, of the industrial leaders upon the school curricula – and this against the knowledge of the teachers and the recommendations of university professors. Yet, the industrial chief doesn't say: I want that the school trains subaltern workers, so that they become obedient and cheap labor. He says: „I want them to learn to write decently, compute quickly, are always punctual (in time) and well-behaved and – above all – obedient; then, the children will be fit for the world, in which I myself was successful as ‚self-made-man‘“ (p. 191)⁵. For Addams it is the excessive admiration of successful industrial managers and economic leaders, which opens the door of the schools for their notion of industrial education. It is obviously much simpler to conceive a curriculum which starts with the aspirations of a successful „self-made-man“, than to develop democratic, participative methods for and with children of poor migrants trying to evade poverty, but realise that the school won't be of help for this goal (p. 204).

Under *democratic premises*, a curriculum should refer to the ideas of enlightenment which were at the beginning of general education. Among others, it should also promote insights into the economy as a complex system, its historical roots and development, the worth and dignity of labor, and, last but not least, the worth of democratic participation within and outside the educational system. But all the claims for a democratic curriculum and education landed in nirwana because the economy decided, clandestinely and openly against it.

5 Adapted to the actual education for social work in the German speaking countries: The European Union with its Bolognareform, dominated by a neoliberal policy, doesn't say: We want subaltern, cheap social workers, not asking critical questions or even using scientific knowledge; therefore a Bachelor of six semesters is enough for doing social work! They say: „We want them to be employable, knowing how to put the social legislation into practice, having management knowledge and being able to use forms, manuals and a pre-defined accountability-system as main practice tools!“

The hope that the unions should care about these kids being unhappy in school and landing in jails for highly criminal adults – being condemned for almost „nothing“ – is in vain. So Hull House initiated a large range of cultural activities (music, painting, theater, free discussion clubs as well as summer universities, a labor-museum as learning opportunity about the development of economic production and labor instruments etc.). In addition one decided to found a juvenile court and a treatment center for children to avoid to put children in jail with heavy criminals.

6. Democracy and the Political System (p. 221–277)

Only in the very last chapter Addams writes about the political system. One of the main *problems* she describes as follows: There are *social reformers* who are right to criticize and be in opposition to the government; but their abstract, sweeping ideas, theories and visions for a better future don't reach the troubles, griefs and sorrows of the population. As a counterpart there is a group of politicians which many members of the middle and upper class define as deeply *corrupt cheaters and mean swindlers*. Yet, these swindlers have paradoxically a much more realistic, empirically sound political theory, although they wouldn't be able to formulate it, namely: that citizens want to see concrete social outcomes and effects of political interventions; politicians are elected and get power, because they articulate existential human needs and nourish individual hopes. (p. 224) Thus Altgeld, one of these corrupt cheaters in the election district of Hull House, got his votes by donating turkeys for Christmas and multiple small and friendly services to help people out of trouble, f.e. to help a father to bring his son out of jail. Now, these experiences are highly compatible with the thinking and ethics of immigrants: One helps each other not because of the abstract notion of social reformers about social justice, but just because somebody is in need and thus needs help. As immigrants know and live the norm of give-and-take – that is the „golden rule“ of reciprocity – they have no problem to be loyal to and vote for their donors at the election day.

According to *democratic values and ethics* this is – in the eyes of Addams – of course problematic. But then she argues, that corrupt politicians „at least avoid the mistake of a certain type of business men who are frightened by democracy, and have lost their faith in the (judgements of) people“ (p. 225). Her assumption is that successful politicians „minister directly to life and to social needs [...] and so giving a social expression to democracy“ (p. 224).

What are some of her consequences on the *practice* level: *Migrants* have to learn that their loyalty has to be extended beyond the family, which doesn't mean to give up the family reference. It should even transcend the members of their ethnic or religious community in the direction of a broader civil loyalty with civil virtues. The base of this is the discovery that individual needs are universal *human* needs of *all* human beings.

To summarize:

Addams' most general theoretical idea referring to all societal subsystems is the transformation of illegitimate, „negative“ or just inhuman power into legitimate „positive“ (democratic) power and the extension of liberal democracy by an equivalent social dimension of social justice. And remembering the criticism of David Gil of social workers having no diagnostic categories for the analysis of power-relations, she writes: „[...] there is often a honest lack of perception as to what the situation demands. Nowhere is this more obvious than in our political life as it manifests itself in certain quarters of every great city“ (p. 221 f.). Yet, we know „that we can only discover truth by a rational and democratic interest in life [...]“ (p. 11) which is a precondition of social and political change.

Looking through about fifteen introductions to political philosophy, I didn't find the name of Jane Addams and neither the concept of „integral democracy“ – with one exception – an actual essay of Norbert Bobbio (2009)⁶.

6 Another exception is Matio Bunge's „Political Philosophy – Fact, Fiction und Vision“, 2009, p. 351 – especially p. 393–401.

He writes: „As long as in modern [...] societies the two most powerful blocks – corporations and state bureaucracy – haven't been transformed into democracies, the process of democratisation hasn't come to an end. [...] So, if one wants to know if there has been a development towards democracy in a country, one should not just look if the number of participants in the political election and decision processes has increased, but also if the social contexts have increased where democratic rights can be practiced“ as a religious believer, worker, student, soldier, consumer, patient etc.“

Furthermore, Addams is – to my knowledge – the first theoretician of social work who claims the integration of Human Rights into social work (see above). And this leads to my fourth thesis:

Fourth Thesis

Even the horizontal extension of democracy to all social systems according to an „integral social democracy“ is no guarantee against a return to discriminatory and repressive rules and legislation, violence or even neofeudal structures as I tried to show. This always present possibility requires a universal yardstick which allows judgements about these developments. And it requires a place of democratic deliberation where one can discuss about them according to this yardstick. This place is since 1945 the United Nations and the yardstick is human dignity as the philosophical value-base of the Universal Declaration of Human Rights.

This „vertical dimension“ offers the opportunity for discussions about the discrepancy between *Legality* defined as conformity to existing social rules and laws and *Legitimacy* defined as consensus about a value or ethical norm which one accepts as right and just. This holds for world society, national societies, but also for social work. Just some examples from social work to illustrate this gap:

- First, let's remember the examples of Switzerland above which are democratically decided human rights violations;

- Then, there is often a considerable gap between national legislations and the rights of the child of the UN-convention (f.e. the KJHG, Kinder- und Jugendhilfegesetz of Germany) which has established the rights of the child to be heard and respected in decisions which concern her or his life. The problem is a very dominant power-position of the parents, which is implemented mostly unquestioned by the youth protection agencies;
- Comparable problems can be identified in relation to the rights of disabled persons, f.e. those in psychiatric clinics or home for old persons (forced medication, no possibility to leave the bed, room or hospital, no consideration of their needs and wishes etc.;
- Inhuman conditions in detention centers for asylum seekers;
- Then, we have considerable intolerable discrepancies between social rights and the social legislation, f.e. about the amount of welfare provision and sanctions reducing the amount under the existential minimum;
- And we have to mention the discrepancies between religions and their denominations proclaiming human rights outside their walls, but violating them according to discriminatory working rights; sexual, religious, partner-choice rights in relation to marital relationships etc. referring to their own church laws which can't be discussed and criticised democratically (for a comprehensive treatment of these problems see Krefß, 2012).

Claiming this vertical dimension, it doesn't mean something superior, transcending human beings as a kind of absolute argumentative position („Letztbegründung“). It is still the human being with his vulnerability in the centre of the discussion and the knowledge about what sufferances and terrible tortures human beings were and are capable to do to other human beings, be it in the name of a king, of God or religion, of history or tradition, of an empire or a nationalist idea, but also in the name of the inhuman ideology of market-liberalism. In our multicultural world-society no philosophy or religion can claim interpretative hegemony which is a lesson hard to learn (Bielefeldt, 2007).

What follows from this for social work to-day?

I would like to draw your attention to a recent initiative of the three world-wide associations – the IASSW, the IFSW and the ICSW⁷ – which can be combined with the theoretical thoughts, hopes and visionst of Addams: It is the „Global Agenda for Social Work and Social Development“ which was presented in March this year at the United Nations in New York and Geneva. The goals of this agenda are extremely ambitious, yet they are in the line of what Jane Addams was analysing, blaming and claiming, when she developed her concept of „integral social democracy“. The „Global Agenda“ starts in recognising that:

- „the full range of human rights are available to only a minority of the world’s population“. Addams woul add: foremost not to the clients of social work who are nearly identical with the vulnerable individuals and groups addressed by the different conventions of the United Nations;
- it recognises that „unjust and poorly regulated economic systems, driven by unaccountable market forces, together with non-compliance with international standards for labour conditions and a lack of corporate social resonsibility, have damaged the health and wellbeing of peoples and communities, causing poverty and growing inequality“. Here Addams would add: causing social injustice and going back to feudal structures of society legitimated and thus produced by legislations and decision-procedures of one-sided political liberal democracy;
- then: we recognise that „people live in communities and thrive in the context of supportive relationships, which are being eroded by the dominant economic, political and social forces“. The addition here is that the erosion of supportive relationships makes out of every individual a self-managed, egoistic entrepreneur, and finally:
- „people’s health and wellbeing suffer as a result of inequalities and unsustainable environments related to climate change, pollutants, wars, natural

7 International Association of Social Work / Interantional Federation of Social Workers / International Council of Social Welfare

disasters and violence to which there are inadequate international responses“.

„Consequently, we (the three worldwide associations) feel compelled to advocate for a new world order which makes a reality of respect to human rights and dignity, and a different structure of human relationships“. Therefore: „We commit ourselves to supporting, influencing and enabling structures and systems that positively address the root causes of oppression and inequality.“

Addams might have said: Be a little less ambitious; you are not a profession of impeccable do-gooders, always on the right side of history! Start first with trying to change the discriminative, undemocratic power-structures and human rights violations in indigenous and migrant families, local communities, social welfare and educational organisations – including religious, health organisations, universities etc. – in the light of Human Rights wherever you work in the world. But don't stop at the national level, neither in thinking, theorizing nor in action! This means that you can work for the globalisation of democracy and global distributive social justice in joining local and worldwide social movements, alliances, NGOs who have for example the goal to change the social rules of the Bretton Woods organisations forcing them to change their *lex mercatoria*. (see Stiglitz, 2006; Archibughi et al., 2012; Pogge, 2011; Armstrong, 2012). But first of all: Give up the „happiness of ignorance“ about power! – I hope to have been able to show that we can rely on our own theoretical tradition to widen our notions about power and democracy, but also that the contribution of Jane Addams could – should – be a good starting point for further reflection and critical social action.

References

- Addams, J. (1902). *Democracy and Social Ethics*. New York: Macmillan.
- Addams, J., Balch, E- G. & Hamilton, A. (1916). *Women at the Hague. The International Congress of Women and its Results*. New York: Macmillan.
- Archibugi, D., Koenig-Archibugi, M. & Marchetti, R. (2012). *Global Democracy. Normative and Empirical Perspectives*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Armstrong, C (2012). *Global Distributive Justice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bielefeldt, H. (2007). *Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft, Plädoyer für einen aufgeklärten Multikulturalismus*. Bielefeld: Transcript.
- Bobbio, N. (2009). *Ethik und die Zukunft des Politischen, Einleitung von Otto Kalscheuer*. Berlin: Wagenbach.
- Bommes, M. & Scherr, A. (2012/2000). *Soziologie der Sozialen Arbeit*. Weinheim: Beltz/Juventa.
- Bunge, M. (2009). *Political Philosophy, Fact, Fiction and vision*. New Brunswick: Transaction.
- Cox, D. & Pawar, M. (2006). *International Social Work. Issues, Strategies, and Programs*, (p. 78–83). Thousand Oaks: Sage.
- Fischer-Lescano, A. & Möller, K. (2012). *Der Kampf um globale soziale Rechte*. Berlin: Wagenbach.
- Hollstein, W. (1973). Hife und Kapital. Zur Funktionsbestimmung der Sozialarbeit. In W. Hollstein, & M. Meinhold, (Hrsg.), *Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen*, (S. 167–207). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- International Association of Schools of Social Work, International Federation of Social Wokers & International Council on Social Welfare (2012, March). *The Global Agenda for Social Work and Social Development – Commitment to Action*.
- Kissling, H. (2008). *Reichtum ohne Leistung. Die Feudalisierung der Schweiz*. Zürich: Rüegger.
- Knight, L. W. (2005). *Citizen: Jane Addams and the Struggle for Democracy*. New York: University of Chicago Press .

- Kress, H. (2012). *Ethik der Rechtsordnung. Staat, Grundrechte und Religionen im Licht der Rechtsethik*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Lasch, C. (Ed.). (1981/1965). *The Social Thought of Jane Addams*. New York: Irvington.
- Gore, M. S. (1968). Social Work and its Human Rights Aspects. In International Council on Social Welfare (Ed.), *Social Welfare and Human Rights, Proceedings of the XIVth International Conference on Social Welfare*. Helsinki, Finland, Aug. 1968, 1969:56–68
- Müller, C. W. (1988). *Wie Helfen zum Beruf wurde* (2. Aufl.). Weinheim: Beltz.
- Pantucek, P. (2012). Normale Normativität – die Verführung eines „wissenschaftlichen Weltbildes“. *Neue Praxis*, Sonderheft 11, S. 116–124.
- Pogge, T. (2002). *World Poverty and Human Rights: Cosmopolitan Responsibilities and Reforms*. Malden: Polity Press. (dt. Übersetzung: *Weltarmut und Menschenrechte*. Berlin: De Gruyter).
- Reich, K. (2005). *Demokratie und Erziehung nach John Dewey aus praktisch-philosophischer and pädagogischer Sicht*. Zugriff über https://docs.google.com/viewer?a=v&q=cache:BFYAq5reBJkJ:www.unikoeln.de/hf/konstrukt/reich_works/aufsätze/reich_52.pdf+John+Dewey+Demokratie&hl=de&gl=ch&pid=bl&srcid=
- Ross, M. & Miller, D. T. (Eds.). (2002). *The Justice Motive in Everyday Life*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Staub-Bernasconi, S. (2010). *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft*. darin: Jane Addams (1860–1935) – Systemtheoretikerin der ersten Stunde, S. 49–82 und „Das sanfte Entschwinden einer Nobelpreisträgerin Sozialer Theorie und Arbeit: die Gesellschafts- bzw. Friedenstheorie und –praxis von Jane Addams“, (2. Aufl.) (S. 83–100). Bern: UTB/Haupt.
- Staub-Bernasconi, S. (2012): *Partnering with the United Nations – Human Rights and Social Work*, Celebration of United Nations World Social Work Day – Palais des Nations, Geneva.
- Stiglitz, J. (2006): *Making Globalization Work*. New York: W. W. Norton. (deutsch: *Die Chancen der Globalisierung*. München Siedler.)

The Global Agenda for Social Work and Social Development. On the way to real Utopia?

Klaus Kühne

Fachhochschule Bern (em.)

Abstract

The recently passed ILO Recommendation concerning national floors on social protection can be seen as a “real Utopia” substantiating Articles 22 and 25 of the Universal Declaration of Human Rights. Those articles are stating the right to social security and to the standard of living adequate for health and well-being. The paper discusses the possible contributions of international social work and especially of „The Global Agenda for Social Work and Social Development” to promote and support those rights. The European financial crisis endangers the attainments of the welfare state. The promise of social security for all is becoming fragile. Under the title „Confronting Social Transition, Realising Utopia, Safeguarding the Social” the international conference in Brixen in June 2012 seeks for guiding ideas and real Utopias for social professions in this time of transition, crisis and upheaval.

On the background of my new position as representative of the International Federation of Social Work (IFSW) at the United Nations in Geneva I will present you a „real Utopia” aiming at social security for all. After this first part of my contribution I will discuss the role international social work can play for the realisation of this Utopia. Highly relevant for this discussion is „The Global Agenda for Social Work and Social Development”, which the three global Organisations¹ in the field of Social Welfare and Social Work have given themselves in 2012 to strengthen their role and influence on the international level.

¹ ICSW: International Council of Social Welfare; IASS: International Association of Schools of Social Work; IFSW: International Federation of Social Work

1. Real Utopia

The invitation for this conference defines real Utopia as the planned attempt to “anticipate desired future social developments”. Silvia Staub-Bernasconi (1994), receiver of the Mary Kendall award for outstanding achievements in the field of social work and Human Rights two years ago in Hong Kong, once said that Human Rights are real Utopia (Realutopien) as they conceive a desirable social life of peace, justice and well-being respecting human dignity. Furthermore the conditions and means for their realisation can clearly be specified. In this sense Article 22 and 25 of the Universal Declaration of Human Rights from 1948 postulating the right to social security and the right to an adequate standard of living are a real Utopia of topmost importance to social work.

Article 22 of the Universal Declaration of Human Rights from 1948 reads:

Everyone, as a member of society, has the right to social security and is entitled to realization, through national effort and international cooperation and in accordance with the organizations and resources of each state, of the economic, social and cultural rights indispensable for his dignity and the free development of his personality.

And Article 25 says:

1. Everyone has the right to a standard of living adequate for the health and well-being of himself and of his family, including food, clothing, housing and medical care and necessary social services, and the right to security in the event of unemployment, sickness, disability, widowhood, old age or other lack of livelihood in circumstances beyond his control.

This does not describe a reality. The World Social Security Report 2010/11 estimates “that only about 20 per cent of the world’s working-age population (and their families) have effective access to comprehensive social protection”

(ILO, 2010, p. 1). Nearly one third has no access to any health facilities or services at all and it is estimated that 4 of 5 persons worldwide have no adequate social protection across the life cycle and in situation of vulnerability (ILO, 2010). According to statistics of the World Bank in 2005 48 % (3.08 billions) of the world's population live under the international poverty line of 2.5 \$ a day and 1.38 billion live in extreme poverty (Pogge, 2008).

Social security has been on the agenda of the United Nations and its agencies since 1948 and several steps have been taken to realise the Utopia of social security. I will not go in details of this long development but only mention some highlights and achievements on this way.

- 1952 The International Labour Organisation ILO adopted the *Social Security (Minimum Standards) Convention* (No. 102) (in force since 1955)². The convention establishes worldwide-agreed minimum standards for social security.
- 1966 The International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights states in § 9: "*The States Parties recognize the right of everyone to social security, including social insurance.*"
- 2008 With the "*Declaration on Social Justice for a fair Globalization*³" ILO restates its mandate and objectives in the contemporary context of globalization, trade liberalization and financial crisis. In particular ILO strengthens its capacity for concrete actions and increases its influence on non-state actors (Maupain, 2009), Social protection is one of the four strategic objectives together with employment, social dialogue and rights at work.
- 2009 The UN Chief Executive Board for Coordination adopted the *Social Protection Floor Initiative* co-led by ILO and WHO. It is a joint initia-

2 http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:12100:0::NO::P12100_INSTRUMENT_ID:312247

3 http://www.ilo.org/global/meetings-and-events/campaigns/voices-on-social-justice/WCMS_099766/lang-en/index.htm

tive of many UN Agencies and international financial institutions. The aim is to cope with the effects of the economic crisis. The SPF Initiative developed the concept, tested its practicability and demonstrated its feasibility and effectiveness in several states⁴.

2012 The 101st ILO International Labour Conference in Geneva in June 2012 passed a *Recommendation concerning national Floors on Social Protection*⁵. This is an important step to implement the initiative on a global level and to enhance the binding character of the Social Protection Floor for the states accepting the obligation and ratifying the recommendation.

2012 *Guiding Principles on Extreme Poverty and Human Rights* were adopted by the Human Right Council in September 2012 as “a useful tool for States in the formulation and implementation of poverty reduction and eradication policies.”⁶ These Guiding Principles together with the Publication “The Human Rights Approach to Social Protection” of Magdalena Sepulveda, Special Rapporteur on extreme poverty and Human Rights at the Human Right Council, further concretise the implementation of social protection systems (Sepulveda & Nyst, 2012).

2. Social Protection Floor

The Social Protection Floor is a political framework to introduce basic social security for all on the national level. In the last years social protection became predominant in the discourse of poverty reduction after the deadline for the Millennium Development Goals (MDG) after 2015. The concept of SPF is an extension and advancement of the MDG as it concretizes the instruments to

4 <http://www.social-protection.org/gimi/gess/ShowTheme.do?tid=1321>

5 http://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/101stSession/reports/provisional-records/WCMS_183326/lang-en/index.htm

6 http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/RegularSession/Session21/A-HRC-21-39_en.pdf

achieve poverty reduction. The adoption of the MDG had to overcome a strong opposition fighting implementation of social political instruments. So the MDG concentrated mainly on the reduction of numbers and indicators of poverty but neglected the political instruments that have proved in many countries to be most effective: the guarantee of basic needs by the state, compulsory and additional voluntary but state controlled insurances against life risks.

The aim of the Social Protection Floor is the extension of social protection for all. It is part of national social security systems with three successive levels of growing protection built on top of one another:

1. The Social Protection Floor is the first basic level giving four essential guarantees:
 - Access to health care for all
 - Income security for children
 - Assistance for unemployed and poor
 - Income security for elderly and disabled
2. The second step of the social security staircase is based on contributory social security of guaranteed levels.
3. The third level relies on voluntary insurances under government regulation.



Fig. 1 : The Social Protection Floor as part of the social security staircase. Global Extension of social security (Gess). <http://www.social-protection.org/gimi/gess/ShowTheme.do?tid=2505>

SPF introduced on the national level and is owned by the state and the state has the ultimate responsibility. For a comprehensive protection of all it is important to adopt the whole package, although it may be introduced gradually. In poor countries not all guarantees can be introduced at once.

The SPF concept contains two main elements:

- Services: essential services such as water and sanitation, health and education
- Transfers: basic set of essential transfers in cash or in kind to provide minimum income security and access to essential services including health care.

The rationale of the Social Protection Floor is manifold: it is an investment not only in social justice but also in economic development. The reduction of poverty and inequality and the contribution to economic growth enhances both, social and economic stability. *Social security is a human right as well as a social and economic necessity.*

On request the global SPF Initiative supports national SPF. The SPF process is consultative, inclusive, and participatory involving all stakeholders, governments, social partners, parliamentarians and civil society through a social dialogue. It has been tested in some countries e.g.:

- Cape verde: introduced social welfare benefits and pensions for the poorest, social insurances, employment intensive public works to guarantee income for working poor. The Human Development Index showed considerable improvements.
- Zambia: for the reduction of extreme poverty cash transfer schemes were implemented for older persons caring for orphaned children.
- India: introduced the National Rural Employment Guarantee Scheme. A rural household is entitled to demand up to 100 days of employment per year.

- Brazil: bolsa familiar, one of the largest assistance programme giving families in extreme poverty a minimum level of income on condition that children go to school. 2008 47 million people received this assistance. The costs were 0.4 % of Gross domestic product, 1.8 of federal government budget.
- Thailand: introduced a full health care covering 98 % of the population

Evaluation of first experiences showed that the concept of the Social Protection Floor proved to be *practicable, efficient and affordable*. This allows us to speak of a real Utopia. SPF was mainly developed and tested in threshold and poor countries in the South and it probably does not directly apply to the situation in Europe where systems of social security have been introduced decades ago in many countries. But there is a clear parallel with the history of European social policy. The provision of general schooling, health services, sanitation, insurances, and last but not least social services and social work was crucial for triggering development and overcoming great poverty. In the actual crisis and austerity policy in Europe the experience of the SPF may be helpful to remind us, that *social and economic development are going together. The resolution of the financial and economic crisis at the expense of social security is not sustainable and violates fundamental Human Rights and destroys the basis of well-being and development. Wilkinson and Picket (2008) have demonstrated impressively that "equality is better for everyone". There is rich empirical evidence that health and social problems are worse in more unequal countries.*⁷

3. The Global Agenda for Social Work and Social Development

Without question the activities of the United Nations and its agencies concerning poverty reduction, human rights and social protection are of high

⁷ see also Equality Trust <http://www.equalitytrust.org.uk/about>

relevance for social work. The international organisations of social work and social welfare are accredited to the United Nations. Representatives of IFSW in New York and in Geneva participated and contributed to those year long processes of opinion making, consultation, debates and negotiations in many panels, meetings and committees. A coalition of NGOs, among which ICSW and IFSW supported the recommendation for SPF, was lobbying during the debates and is promoting the ratification and implementation of Social Protection Floors.

The adoption of the "Recommendation concerning national Floors on Social Protection" or of the "Guiding Principles on Extreme Poverty and Human Rights" are big achievements and important milestones for the commitment of IFSW representative at the United Nation. But it is by no means an endpoint; it is rather a starting point for the international social work organisations. Now the recommendations have to be ratified, guiding principles have to be put into action, social protection floors have to be implemented. "Real Utopia" has to be transformed into reality. And this can not be done in and by the United Nations and its agencies alone. The commitment of States, civil society and international organisations around the world are called to overcome poverty, to achieve social security and to respect Human Rights.

Helen Clark, Administrator of the United Nations Development Programme, addressed social workers at World Social Work Day at the UN in New York: "Social workers must speak up; get involved with UN agendas and challenge inequality and injustice. There are so many complementarities and synergies between the UN agenda and the work of social workers; we must find better ways to work together."

"The Global Agenda for Social Work and Social Development" is a response to such a call for cooperation. It is a strong Commitment to Action that international organisations of social work and social welfare gave themselves. I will describe it in the following chapter.

The vision for the Agenda process starting in 2004 or 2005 was:

- To claim/reclaim the priority of social action
- To create a collective voice of those in social work and social development and in social work education
- To develop a process for setting a common agenda
- To address the major challenges of our societies
- To identify major and relevant social issues that connect within and across our profession
- To provide a basis for action

The three international organisations of social work and social welfare participated in this process. The three organisations, whose common origins go back to 1928, are representing the broad field of social work professions and practice, social work education and social development work:

- International Federation of Social Workers (www.ifsw.org)
IFSW represents 750'000 social workers in more than 90 countries.
- International Association of Schools of Social Work (www.iassw.org)
Thousands of schools with some 500'000 students are members of IASSW.
- International Council on Social Welfare (www.icsw.org)
ICSW represents tens of thousands of international, national and community organisations that work directly with people in poverty, hardship or distress.

The three organisations established a common platform to steer the Global Agenda process. At the joint conference in Hong Kong, June 2010, a first draft was discussed and it was decided to launch a movement that addresses the major challenges of our societies. Relevant social issues were identified. A world wide process of consultations and discussions was initiated among the members of the organisations.

After two years and many drafts “The Global Agenda for Social Work and Social Development – A Commitment to Action” was officially presented and delivered to the United Nations in New York, Geneva, Nairobi, Santiago and Bangkok and to the African Union, the Council of Europe etc. on occasion of the celebration of World Social Work Day 2012.

The Global Agenda formulates strong commitments for social workers, educators and social development practitioners:

- “We commit ourselves to supporting, influencing and enabling structures and systems that positively address the root causes of oppression and inequality.
- We commit ourselves wholeheartedly and urgently to work together with people who use services and with others who share our objectives and aspirations to create a more socially-just and faire world that we will be proud to leave to future generations.”

During the period of 2012–2016 the efforts will be focused in four areas:

- Promoting social and economic equalities
- Promoting the dignity and worth of people
- Working toward environmental sustainability
- Strengthening recognition of the importance of human relationships

In each of these areas specific Commitments to Action have been specified aiming at three different target groups:

- The United Nations and international organisations
- Communities and other partners
- Our own organisation

To illustrate I will cite in extenso the commitments concerning the first objective, the promotion of social and economic equalities, which will be the prioritized theme for 2013–2014:

Our role in promoting social and economic equalities

The United Nations and other international agencies

We commit to support, influence and promote global initiatives aimed at achieving social and economic equality. We will accomplish this by using and strengthening our established relationships with the UN system and other international agencies. We will support the Millennium Development Goals. Our major focus is to prepare for the post-2015 development agenda, which includes, for example, the social protection floor initiative; decent work and international labour standards; the WHO initiative on the social determinants of health; and education for all.

We will strive with others for a people focused global economy that is regulated to protect and promote social justice, human rights and sustainable development.

Communities and other partners

We will support and work in collaboration with others for the development of strong local communities that promote the sustainable social wellbeing of all their members. Our major focus is to strengthen the capacity of communities to interact with their government to extend social and economic development.

Our own organisations

We will work within our own organisations to promote education and practice standards in social work and social development that enable workers to facilitate sustainable social development outcomes. (Global Agenda, 2012)

Assane Diop, Managing director of ILO Social Protection Department, received the Global Agenda on behalf of UN and ILO at World Social Work Day 2012 at the UN in Geneva. He warmly welcomed the Global Agenda being “fully compatible with the mandate of the ILO and the UN at large” and being “also a formidable support for the transmission of that mandate into reality.” In particular he called for help to implement the Social Protection Floor Initiative.

Coordinated action plans by the three global bodies closely linked to UN agenda 2012–2016 will structure the implementation process of the Global Agenda. One of the themes identified in the Global agenda will be prioritized

each year as joint focus for the Agenda partners and will be announced at World Social Work Day.

Periodical monitoring, reviewing and reports will make the process transparent and open for initiatives and participation of members and partners and give account to members and partner organisations. Activities and achievements relating to the previous year's theme will be presented and celebrated at World Social Work Day.

The prioritized focus for 2013–2014 will be: *Promoting Social and Economic Equality*.

IFSW will prepare a policy statement and launch a campaign among members to encourage activities and publications on this theme on the regional, national and local level⁸. IFSW will promote development, dissemination and exchange of knowledge concerning the impact of inequality. IFSW aims at scientific publication in *International Social Work* and seeks for partners for research on the focus theme and evaluation of the Agenda process. UN representatives will focus their activities and statements around this theme.

Global Agenda is no Utopia, but it is an instrument designed to support and to promote the realisation of the Utopia conceived in the Human Rights declaration and in the promise of a life without poverty. The Global Agenda makes the commitment of social work visible; Global Agenda focuses the activities between and within the three international organisations; it encourages, inspires and supports commitments and activities of members and member organisations respecting regional, national and cultural values, differences and priorities.

To sum it up: the reason for this paper is to present you a “real utopia” in poverty reduction and to highlight the important role social work, that means we all, may play to develop, to promote and to implement this “real utopia”. I am convinced that realizing Social Protection Floor would make a difference, alleviate the fate of many poor in the world and “facilitate a good and just life in a well ordered society” (Aristoteles⁹).

8 In her speech at World Social Work Day 2012 at the United Nations in Geneva Silvia Staub-Bernasconi identified several opportunities for social workers to promote Human Rights in their professional activities.

9 in the Flyer inviting to the Conference “Confronting Social Transition, Realizing Utopia, Safeguarding the Social” Brixen 2012

References

- IASSW, IICSW & IFSW (2012). *The Global Agenda for Social Work and Social Development – Commitment to Action*. Retrieved from <http://cdn.ifsw.org/assets/globalagenda2012.pdf>
- ILO (2010). *World Social Security Report 2010/2011. Providing coverage in Time of crisis and beyond*. Geneva: ILO. Retrieved from <http://www.socialsecurityextension.org/gimi/gess/RessShowRessource.do?ressourceId=15263>
- Maupain, F. (2012). *New Foundation or New Façade? The ILO and the 2008 Declaration on Social Justice for a Fair Globalization*. Retrieved from <http://ejil.oxfordjournals.org/content/20/3/823.full.pdf+html>
- Pogge, T. (2008). *World Poverty and Human Rights: Cosmopolitan Responsibilities and Reforms*. Cambridge: Polity Press. (Deutsch: (2011). *Weltarmut und Menschenrechte. Kosmopolitische Verantwortung und Reformen*. Berlin: De Gruyter).
- Sepulveda, M. & Nyst, C. (2012). *The Human Rights Approach to Social Protection*. Retrieved from <http://www.social-protection.org/gimi/gess/RessShowRessource.do?ressourceId=31072>
- Staub-Bernasconi, S. (1994). Wird die UNO zur Sozialarbeiterin oder Soziale Arbeit zur Menschenrechtsprofession? In S. Staub-Bernasconi, *Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international oder: vom Ende der Bescheidenheit* (S. 413–425). Bern: Haupt.
- Staub-Bernasconi, S. (2012). *Partnering with the United Nations – Human Rights and Social Work*. Celebration of World Social Work Day at the United Nations, Geneva. Retrieved from <http://www.avenirsocial.ch/de/p42011397.html>
- Wilkinson, R. & Pickett, K. (2010). *The Spirit Level – Why Equality is Better for Everyone* (revised edition). London: Penguin.

Soziale Arbeit als Gerechtigkeit schaffende Profession – Ein sozialetisch informierter Beitrag zur Normativitätsdebatte in der Sozialen Arbeit

Marc-Ansgar Seibel

Kinder- und Jugendpastoral Koblenz

Abstract

Mit dem Wiederauftauchen der Gerechtigkeitsproblematik im digitalen Kapitalismus erwächst der Disziplin und Profession Soziale Arbeit die Möglichkeit, ihr Proprium (wieder)zufinden. Unter Rückgriff auf den *capability approach* und den Rekurs auf ein sozialetisch entfaltetes Verständnis von Sozialer Gerechtigkeit als Beteiligungsgerechtigkeit kann Soziale Arbeit als Gerechtigkeit schaffende Profession eine theoretische Grundlegung vorweisen, die sowohl die Subjekt- als auch Strukturperspektive beinhaltet. Kurz gesagt geht es um die theoriegeleitete Vision einer sozial gerechten Gesellschaft, die neben der gerechten Verteilung der materiellen Güter eine Beteiligung aller Menschen ermöglicht. Durch die Perspektive auf die Verliererseite entfaltet Soziale Arbeit darüber hinaus ihr kritisch-politisches Potenzial.

Der französische Sozialphilosoph Paul Ricœur liefert mit seinen Überlegungen den hermeneutischen Rahmen, innerhalb dessen sich die folgenden Ausführungen bewegen. Ist es doch Anliegen und Ziel der Sozialen Arbeit „das gute gelingende individuelle Leben, gemeinsam mit und für andere, in gerechten Institutionen“ (Ricœur, 2005) sicherzustellen.

In diesem Zitat klingen die Dimensionen an, die im Folgenden behandelt werden sollen: Es geht um das gelingende Leben einzelner Menschen und die Frage, was es bedarf, damit diese Menschen ein solches eigenes, gelingendes Leben führen können. Folglich geht es auch um (sozial-)ethisch relevante Prinzipien wie Solidarität und Gerechtigkeit (von Strukturen und

Institutionen). Schließlich muss auch reflektiert werden, wie die Disziplin der Sozialen Arbeit als normative Handlungswissenschaft hierauf reagieren kann, indem sie auch auf wertgestützte Handlungsprinzipien zurück greift.

Die nachfolgenden Überlegungen bauen auf dem nicht nur bei Sozialethikern bewährten Dreischritt von „Sehen-Urteilen-Handeln“¹ auf. Etwas modifiziert wird das gleiche Vorgehen unter dem Begriff des transformativen Dreischritts diskutiert. Dieser wird von Staub-Bernasconi in Anlehnung an Bunge (Bunge, 1989 & 2003) der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit als Konnex zur Verfügung gestellt, um die Dichotomie von wissenschaftlicher Disziplin und praktischer Profession zu überwinden (Staub-Bernasconi, 2009).

Es geht zunächst um eine – mitunter zeitdiagnostische – Situationsanalyse (Sehen), in der die virulenten sozialen Verwerfungen herausgefiltert werden: „Was ist?“ und „Warum ist es so?“

Der zweite Schritt ist die Bewertung der Situationsanalyse (Urteilen) vor dem Hintergrund transdisziplinärer Diskurse innerhalb der Sozialen Arbeit, wobei vor allem die Sozialethik als praktisch-philosophische Disziplin Beiträge zu leisten in der Lage ist. Erst dann können handlungsleitende Hypothesen generiert werden: Wer muss hier handeln?

Als normative Handlungswissenschaft liefert die Soziale Arbeit theoriegeleitete Anstöße für eine bessere Praxis (Handeln), gleichwohl ohne den Anspruch, eine Orthopraxie zur Verfügung stellen zu wollen: Womit und wie sind diese Ziele zu erreichen? Da es immer um ein Handeln am und mit Menschen in sozialen Strukturen geht, gilt es hier, höchst sensibel zu sein. Sozialtechnologische Wenn-Dann-Lösungen wären an dieser Stelle völlig unangemessen.

1 Dieser Dreischritt wurde von der vom belgischen Kardinal Joseph Cardijn gegründeten Jeunesse Ouvrière Catholique/Christliche Arbeiterjugend entwickelt. (Goldstein, 1991) Der Dreischritt: ‚voir – juger – agir‘ (Sehen-Urteilen-Handeln) liegt als Methode der ‚révision de vie‘ (Überprüfung des Lebens) zugrunde. Zur theoretischen Weiterentwicklung des Dreischritts als Methode für die kirchliche Sozialverkündigung und die Christliche Sozialethik (Lienkamp, 1996.)

1. Sehen

Im Folgenden sollen Streifzüge in die Welt der Kinder und Jugendlichen unternommen werden, um dort die relevanten sozialen Problematiken aufzuspüren. Dabei werden sicherlich nicht alle Themen zur Sprache kommen. Die Situationsanalyse beschränkt sich bewusst auf die Zielgruppe von Kindern und Jugendlichen, da gerade diese von den sozialen Veränderungen der letzten Jahre besonders stark betroffen sind.

Blickt man zurück auf die Pressemeldungen der letzten Monate scheint es fast so, als ergänzten diese nach und nach das Bild: Armut bei Kindern und Jugendlichen, ungleiche Bildungszugänge, ungleiche Teilhabemöglichkeiten, Exklusion.

a) Diagnose Armut

Belege finden sich in einem kurzen Überblick über die Kernergebnisse aktueller Studien und Berichte. Zunächst sind der 3. und der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2008 (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008) und 2012 heranzuziehen, deren Grundaussagen durch weitere Referenzen verschärft werden sollen.

Kinder sind vor allem dann von einem Armutsrisiko betroffen, wenn sie in Alleinerziehenden-Haushalten, in Haushalten mit geringer Erwerbsbeteiligung oder mit mehreren Kindern aufwachsen. Nach den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ist das Armutsrisiko von Kindern deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung und in den letzten Jahren auch stärker gestiegen. Die SGB II-Statistik (Hartz IV) für 2012 weist rund 2 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren aus, die in rund 1,26 Mio. Bedarfsgemeinschaften leben. Das sind bezogen auf alle Kinder 15,1 %.

Die Zahlen verschärfen sich. Aktuell sind in Deutschland 2,5 Millionen Kinder armutsgefährdet, d. h. jedes sechste Kind. Noch gravierender ist die Situation der Jugendlichen. Unter den 16- bis 24-Jährigen hat die Jugendarmut ein beeindruckendes Ausmaß angenommen: 28 Prozent der jungen Menschen in dieser Altersklasse müssen teilweise auf Hartz-IV-Niveau leben – oder sogar darunter. Bundesweit sind dies mehr als 2,4 Millionen.

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich in den kommenden Jahren die Situation signifikant verbessern wird. Das Gegenteil dürfte der Fall sein, denn die Verschärfungen im Sozial- und Bildungsbereich, die die jüngste Weltfinanz- und Eurokrise ausgelöst haben, zeigen sich erst langsam. Die Ungleichheiten nehmen also nicht ab, sondern wachsen – in der Bundesrepublik sogar noch stärker als in der Vielzahl der OECD-Staaten (OECD, 2011).

b) Diagnose Bildung

Neben der materiellen Grundsicherung ist es die Bildung, die einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe darstellt. Dies haben nicht zuletzt der 11. und 12. Kinder- und Jugendbericht treffend herausgearbeitet. Und auch die Aussagen der 16. Shell-Jugendstudie von 2010 unterstreichen dies. Erneut belegt PISA 2010 wie auch schon die vorherigen Untersuchungen der Jahre 2000 bis 2006 den ausgeprägten Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Schüler und ihrem Bildungserfolg.

Fehlende Bildungsabschlüsse stellen ein hohes Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko dar. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien haben im Blick auf Bildung ein doppeltes Benachteiligungsrisiko. Aufgrund ihrer sozialen Herkunft haben sie zum einen schlechtere Bildungschancen. Aus einem fehlenden oder niedrigeren Schulabschluss resultieren zum anderen geringere Zugangschancen zum Beispiel zum Arbeitsmarkt und damit ein langfristiges Armuts- und Benachteiligungsrisiko.

Der kurze Überblick über die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen hat in einem ersten Schritt gezeigt, wo die virulenten Themen zu finden sind. Treffend zusammengefasst sind diese im Motto des 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags in Essen (2008): „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen! Bildung – Integration – Teilhabe.“

Folgend sollen die diagnostizierten Problemanzeigen, die sich zum Teil bedingen und ein äußerst komplexes Bild der Situation von Kindern und Jugendlichen zeichnen, näher erläutert und in aktuelle sozialpolitische Debatten eingeordnet werden. Wohl wissend, dass dabei der erste Teil der Ausführungen, in denen das zeitdiagnostische „Sehen“ der gesellschaftlichen

Situation von Kindern und Jugendlichen im Zentrum stand, verlassen und in die Phase des „Urteilens“ eingetreten wird.

Armut ist ein Stigma. Sie verletzt die Menschenwürde und führt zu sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung. Armut wirkt sich negativ auf die physische und psychische Entwicklung aus. Kinder aus armen Familien haben überdurchschnittlich oft keinen oder nur einen niedrigen Schulabschluss. Ihre persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftschancen sind eingeschränkt. Ein gelingendes Leben sieht anders aus.

Bildung umfasst Prozesse der formalen, informellen und nonformalen Bildung. Für alle Bereiche gilt die Notwendigkeit, die Ressourcen der Kinder und Jugendlichen zu betonen und gemeinsam mit ihnen Perspektiven für einen Bildungsweg zu entwickeln. Bildung ist der zentrale Zugang zur Teilhabe in der Gesellschaft.

Integration beschreibt das politische Ziel in zentralen Gesellschaftsbereichen und Feldern der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik, ebenso in der Sozialpolitik, insbesondere mit Blick auf Fragen der Migration.

Teilhabe von Kindern und Jugendlichen steht in enger Wechselwirkung vor allem mit Entwicklungen im politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen System. Um allen Kindern und Jugendlichen ein gerechtes Aufwachsen zu ermöglichen, müssen individuelle und gesellschaftliche Antworten auf die Frage gefunden werden, wie Teilhabe angesichts schwieriger sozialpolitischer Rahmenbedingungen zu realisieren ist.

Die aktuellen Kampagnen vieler großer Sozialverbände in der Bundesrepublik zeigen an, dass die Sozialpolitik der letzten Jahre materielle Armut bei Kindern und Jugendlichen, ungleiche Bildungszugänge, mangelnde Teilhabe mit der Folge von sozialer Exklusion nicht in den Griff zu bekommen vermag.

Wie könnte ein möglicher Ausweg aus der beschriebenen Situation aussehen? Neben einem höheren Hartz IV-Regelsatz für Kinder und Jugendliche wären

zahlreiche weitere Maßnahmen in der Familienpolitik, der Bildungspolitik, der Gesundheitspolitik, der Jugendhilfe sowie der Arbeitsmarktpolitik notwendig. Die aktuelle Sozialpolitik ist neben diesen Nachjustierungen in vielen Fällen jedoch von Leistungskürzungen mit dem Hinweis auf Eigenverantwortung gekennzeichnet. Stichwort: aktivierender Sozialstaat. Diese Leistungskürzungen sind keine Sozialreform, sondern ein Rückfall ins vorletzte Jahrhundert, als die Gesellschaft ihre Mitglieder nicht vor allgemeinen Lebensrisiken zu schützen vermochte, da die Ressourcen schlichtweg unzureichend waren. Heute ist sie trotz steigender Neuverschuldung und der Folgen der Weltfinanzkrise so reich wie nie. Und der Wohlfahrtsstaat ist für die Gesellschaft insgesamt und erst recht für sozial Benachteiligte unentbehrlich.

Gerade die Bundesrepublik, die durch eine exportorientierte Wirtschaft zu den Hauptgewinnern des Globalisierungsprozesses zählt, kann sich einen entwickelten Sozialstaat aufgrund ihres kontinuierlich wachsenden Wohlstandes – der allerdings immer ungleicher verteilt ist (In der Bundesrepublik besitzen im Jahre 2012 10 % der Bevölkerung 53 % des Gesamtvermögens.) – einerseits sehr wohl leisten. Andererseits darf sie ihn auch nicht abbauen, wenn sie die Demokratie und den inneren Frieden bewahren sowie konkurrenzfähig bleiben will. Selbst im Rahmen der neoliberalen Standortlogik gibt es gute Gründe für eine expansive Sozialpolitik.

2. Urteilen

Die referierten Problemanzeigen und die angemahnten sozialpolitischen Nachjustierungen gilt es weiter zu beurteilen, wobei zugleich die Wertorientierung Sozialer Arbeit weiter herausgestellt werden soll.

Vor dem Hintergrund massiver sozialer Verschiebungen ist es notwendig, einen zeitgemäßen Entwurf einer kritischen Theorie Sozialer Arbeit zu formulieren. Dieser bildet dann auch die Grundlage dafür, Soziale Arbeit als Gerechtigkeit schaffende Profession zu verstehen (Schrödter, 2007; Otto, Scherr & Ziegler, 2010).

Eine kritische Theorie Sozialer Arbeit sieht sich mit folgenden Handlungsproblemen konfrontiert:

- Armut bei Kindern und Jugendlichen
- ungleiche Bildungszugänge
- ungleiche Teilhabemöglichkeiten
- Exklusion

Diese diagnostizierten Handlungsprobleme verweisen auf die Notwendigkeit, unverzichtbare normative Prämissen auszuweisen und zu begründen. Soziale Arbeit als soziale Institution ist beauftragt mit der Herstellung sozialer Gerechtigkeit (Hosemann & Trippmacher, 2003). Unter den Bedingungen einer ungerechten Grundstruktur kompensiert sie die „unfaire“ Verteilung gesellschaftlicher Leistungen. Vereinfacht gesprochen: Soziale Arbeit gibt Menschen das, was ihnen zukommt. Von dem römischen Rechtsgelehrten Ulpian (gest. 228 n. Chr.) stammt die berühmte Formel: *Suum cuique* (lat., Jedem das Seine), die schnell zur Gerechtigkeitsformel schlechthin geworden ist und eben auch die Funktion Sozialer Arbeit definiert.

Ein solches Verständnis Sozialer Arbeit fußt auf einer explizit ethischen Grundlage, wenn auch nach wie vor nicht wenige Fachvertreter skeptisch gegenüber dem normativen Gehalt einer Ethik der Sozialen Arbeit sind.

Ich möchte an dieser Stelle jedoch darlegen, dass es die Soziale Arbeit immer auch mit ethischen Fragestellungen zu tun hat, denn es geht ihr um Handeln an und mit Menschen (Otto & Ziegler, 2012). Die Orientierung an ethisch begründeten Werten ist daher m.E. erstes und oberstes Handlungsprinzip Sozialer Arbeit als Gerechtigkeit schaffender Profession.²

Eine Theorie Sozialer Arbeit, die beansprucht im engeren, explizit normativen Sinn kritisch zu sein, macht „unnötiges Leiden und unnötige Beschränkungen menschlicher Entfaltungsmöglichkeiten“ (Otto, Scherr & Ziegler, 2010, S. 137) sichtbar.

2 In den letzten Jahren wurde eine Vielzahl von Publikationen im Bereich Ethik und Soziale Arbeit auf den Markt gebracht, die die These von der Renaissance ethisch-normativer Begründungen sozialer Arbeit bestärken. (Gruber, 2005; Dungs, Gerber & Schmidt, 2006; Lob-Hüdepohl & Lesch, 2007)

Als unnötig erscheinen Leiden und Beschränkungen menschlicher Entfaltungsmöglichkeiten dann, wenn Veränderungen von gesellschaftlichen (ökonomischen, politischen, rechtlichen, kulturell-normativen usw.) Bedingungen und Mechanismen aufgezeigt werden können, die es ermöglichen, Leiden zu reduzieren und Entfaltungsmöglichkeiten zu erweitern. (Otto, Scherr & Ziegler, 2010, S. 137)

Der Capabilities-Ansatz, der im Rückgriff auf die US-amerikanische Philosophin Martha C. Nussbaum und den indischen Ökonomen Amartya Sen den unhintergehbaren Wert menschlichen Lebens, die Autonomie und die grundsätzlichen Voraussetzungen menschlicher Entfaltung betont, ist für ein solches Verständnis Sozialer Arbeit anschlussfähig (Nussbaum & Sen, 1993; Nussbaum, 2007; Nussbaum, 2011; Sen, 2010; Alexander, 2008). Insbesondere die menschenrechtlichen Grundlagen als auch das normative Konzept der zu achtenden Würde des Individuums lassen sich hierdurch konkretisieren.

Es geht einem solchen Verständnis Sozialer Arbeit um die Erfassung vermeidbaren Leidens, oder positiv formuliert, um die Identifizierung menschlichen Wohlergehens, um Befähigungen und Verwirklichungschancen für ein „gutes Leben“.

Haben alle Individuen die zumindest gleichen Verwirklichungschancen und die entsprechenden Handlungsbefähigungen kann von sozialer Gerechtigkeit gesprochen werden. Hier wird aus einer anderen Perspektive das beschrieben, was in der Christlichen Sozialethik seit einigen Jahren unter dem ethischen Leitprinzip der Beteiligungsgerechtigkeit verhandelt wird.

Zur besseren Einordnung des Beitrags der Sozialethik zum Verständnis von Sozialer Gerechtigkeit als Beteiligungsgerechtigkeit wird ein Exkurs zum Auftauchen des Begriffs „Soziale Gerechtigkeit“ zwischengeschaltet.

a) Exkurs: Das Auftauchen der Rede von Sozialer Gerechtigkeit im 19. Jahrhundert

Die soziale Lage um die Mitte des 19. Jahrhunderts ist geprägt von der Industrialisierung und der damit einhergehenden Verarmung des Proletariats (Pauperismus). Die Rede von der so genannten „Sozialen Frage“ beinhaltet die bekannten Probleme und Nöte, wie Arbeitslosigkeit, Schutzlosigkeit bei

Krankheit und Alter, mangelnde (Aus-)Bildung, Hunger und Verelendung großer Teile der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft in den Städten aber auch der Landbevölkerung. In diesem Zusammenhang wird soziale Gerechtigkeit zu einem programmatischen Ruf, verbunden mit der Vorstellung einer neuen, besseren – also gerechteren – sozialen Ordnung.

Der Begriff soziale Gerechtigkeit (it., *giustizia sociale*) taucht erstmals bei Luigi Taparelli d'Azeglio SJ (gest. 1862), einem katholischen Sozialwissenschaftler, auf und wird in Antonio Rosminis Reformschriften des Jahres 1848 im Zusammenhang mit der sich verschärfenden sozialen Frage als richtunggebendes Prinzip ausgearbeitet. Soziale Gerechtigkeit steht bei Taparelli für die natürliche gattungsmäßige Gleichheit der Menschen – unabhängig von ihren je individuellen Unterschieden (Taparelli, 1949). Aus dieser Gleichheit folgern die natürlichen, unveräußerlichen Menschenrechte. Diese gilt es prinzipiell zu schützen, soweit sie nicht mit den gleichen Rechten anderer kollidieren. Die Gestaltung der sozialen Strukturen des Gemeinwesens muss entsprechend erfolgen. Taparellis Konzept sozialer Gerechtigkeit ist nicht nur kirchengeschichtlich bemerkenswert – dauerte doch der Weg bis zur Anerkennung der allgemeinen Menschenrechte durch die Katholische Kirche noch bis in die 1960er Jahre.

Auch für ein zeitgemäßes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit ist es richtungweisend: Austeilende und ausgleichende Gerechtigkeit werden als Konsequenzen der sozialen Gerechtigkeit aufgefasst, d.h. des Faktums der fundamentalen Gleichheit aller Menschen. Soziale Rechte und soziale Pflichten werden ebenfalls aus dem Gleichheitsgedanken abgeleitet. Taparelli nimmt vorweg, was die Christliche Sozialethik erst Jahre später ausarbeitet: Soziale Gerechtigkeit wird zur allgemeinen Gerechtigkeit – zum Leitbild, der die Verteilungs-, Gesetzes- und ausgleichende Gerechtigkeit als partikulare Gerechtigkeiten nachgeordnet werden. Soziale Gerechtigkeit wird als umfassende Gemeinwohlgerechtigkeit verstanden.

b) Beteiligungsgerechtigkeit als sozialetisches Leitkriterium

Beteiligungsgerechtigkeit (*contributive justice*/kontributive Gerechtigkeit) wird innerhalb der (katholischen) Christlichen Sozialethik seit geraumer Zeit als ethisches Leitkriterium entfaltet (Seibel, 2005), denn „die Grundforderungen

der Gerechtigkeit müssen allen Personen ein Mindestmaß an Beteiligung an der menschlichen Gemeinschaft ermöglichen“ (Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten von Amerika 1987, Nr. 77). Vor allem geht es um eine aktive Beteiligung am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Gemeinschaft (Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten von Amerika 1987, Nr. 78). Beteiligungsgerechtigkeit beinhaltet zweierlei, sie ist sowohl Verhaltens- als auch Strukturnorm. Dies bedeutet zunächst, dass alle Menschen dazu verpflichtet sind, sich am Leben der Gesellschaft aktiv und produktiv zu beteiligen. Zugleich ist es eine Obliegenheit der Gesellschaft, ihnen die Möglichkeit einer solchen Beteiligung zu schaffen. Soziale Strukturen sind demnach so zu gestalten, dass Beteiligung möglich wird. Eigenverantwortung und Solidarität gehören fundamental zusammen.

So verstanden ist Beteiligungsgerechtigkeit nicht nur eine Form von sozialer Gerechtigkeit, sondern ein unabdingbares und vorrangiges ethisches Leitkriterium im Gesamtkonzept sozialer Gerechtigkeit. Zudem kann Beteiligungsgerechtigkeit als Korrektur einer Engführung des Gerechtigkeitsverständnisses fungieren, das tendenziell exklusiv den materiellen Verteilungsaspekt in den Vordergrund stellt und so dem Personsein des Menschen nicht in einer angemessenen Form Rechnung trägt. Schließlich ist Beteiligungsgerechtigkeit ein dynamisches Kriterium, das veränderungsoffen in der Lage ist, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren (Huber 1996).

Neben der gerechten Verteilung innerhalb des wirtschaftlichen Bereichs (Güter, Arbeit etc.) geht es der Beteiligungsgerechtigkeit „nicht um das normative Einklagen von (individuellen) Ansprüchen [Korrektur; MAS] aus wie auch immer gearteten Gerechtigkeitsvorstellungen heraus, sondern um die gemeinsame Realisation einer Vision von Gesellschaft, deren Ordnungen auf die Integration aller Bevölkerungsschichten, und zwar gerade der randständigen, abzielt“ (Habisch, 2000, S. 325).

Beteiligungsgerechtigkeit trägt mit der Perspektive auf die Randständigen und von Exklusion Betroffenen der biblisch begründeten Option für die Armen Rechnung. Aufbauend auf dem Personalitätsprinzip der Christlichen Sozialethik ist der Ausbau der Beteiligungsgerechtigkeit eine Möglichkeit, die Chancen für die jeweils Schwächeren zu verbessern und so allen die bestmögliche Entfaltung von Personalität in Sozialität zu ermöglichen: Der

Christlichen Sozialethik „geht es vom Personalitätsprinzip her nicht bloß um eine sozial versorgte Gesellschaft, sondern um eine mitbestimmte, partizipative und solidarische Gesellschaft, die allen Personen die Chance eröffnet, in ihrer Würde Anerkennung zu finden“ (Anzenbacher, 1993, S. 29).

Grundlegende Überlegungen zur Beteiligungsgerechtigkeit liefert auch das Memorandum ‚Mehr Beteiligungsgerechtigkeit‘, das im Anschluss an das Sozialwort der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland von einer Expertengruppe verfasst wurde: „Beteiligungsgerechtigkeit zielt darauf, Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Übernahme von Verantwortung für andere zu befähigen“ (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 1998, S. 6–7).

Folglich muss alles „Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft [...] an der Frage gemessen werden, inwiefern es auch die Nichtbeteiligten betrifft, ihnen nützt, sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt und ihnen gesellschaftliche Beteiligung ermöglicht“ (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 1998, S. 6). Das hier grundgelegte Verständnis von Beteiligungsgerechtigkeit – und dies wiederholt den Gedankengang des US-amerikanischen Wirtschaftshirtenbrief – „bringt die notwendige Wechselbeziehung zwischen der Verantwortung der einzelnen, gesellschaftliche Prozesse aktiv mitzugestalten, und der Verantwortung des Gemeinwesens, solche Teilnahme in Freiheit zu ermöglichen, zur Geltung“ (ebd.). Beteiligungsgerechtigkeit widerspricht einem Verständnis, das als Ideal individueller Selbstverwirklichung ein Individuum sieht, das gänzlich unabhängig und dem anderen nicht verpflichtet ist.

Beteiligungsgerechtigkeit zielt darauf ab, die Sozialität als gleichursprüngliches und gleichgewichtiges Pendant zur Individualität der Person zu begreifen. Sozialität stellt deshalb ebenso wie die Individualität eine Gestaltungsaufgabe dar, an der alle Glieder einer Gesellschaft je nach ihren Kräften und Fähigkeiten aktiv teilnehmen sollen. [...] Jede und jeder einzelne ist im Maß seiner bzw. ihrer Fähigkeiten zur Übernahme von Verantwortung für die eigenen Belange und zur Mitwirkung am Gemeinwohl, also zur Solidarität verpflichtet. Zugleich mahnt die Beteiligungsgerechtigkeit die Solidaritätspflicht der Gesellschaft gegenüber ihren Gliedern an, die sich aus der Anerkennung des Subjektstatus [...] herleitet. Daraus folgt, daß im Sinn der

Beteiligungsgerechtigkeit die Gewährleistung materieller Versorgung allein noch nicht die Verwirklichung von Gerechtigkeit bedeutet, sondern daß auch nichtmaterielle Güter wie die Mitwirkung an politischen, ökonomischen und kulturellen Prozessen notwendig zur Verwirklichung von Gerechtigkeit gehören, wenn das Personsein des Menschen wirklich ernst genommen werden soll. Beteiligungsgerechtigkeit fordert deshalb gemäß den sozialen Menschenrechten die Verwirklichung bestimmter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ein. Sie fragt nach den realen Chancen der Gesellschaftsglieder, an materiellen und immateriellen Gütern, an Macht und Einfluß in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen zu partizipieren. [...] Maßstab gerechter gesellschaftlicher Verteilung wäre dann, daß jeder und jede in die Lage versetzt würde, seine/ihre elementaren Bedürfnisse zu befriedigen und an den gesellschaftlichen Gütern, Aufgaben und Positionen im Maß der je gegebenen Fähigkeiten maximal zu partizipieren. (Heimbach-Steins, 1999, S. 150 f.)

In folgender Graphik wage ich den Versuch, das Zusammenspiel und die Verknüpfungen der unterschiedlichen „Bindestrich-Gerechtigkeiten“ in einem Bild zusammen zu fassen:

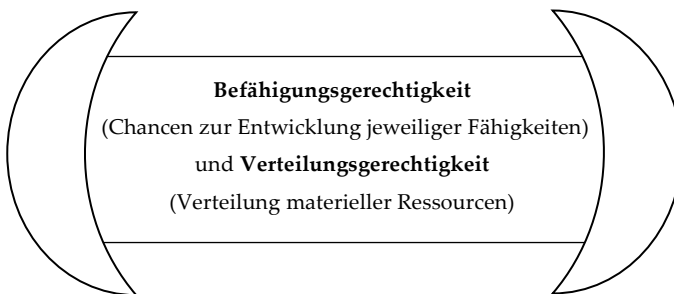


Abb. 1: Soziale Gerechtigkeit ist Beteiligungs-/Teilhabegerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist somit weitaus mehr als Verteilungsgerechtigkeit (*iustitia distributiva*). Befähigungsgerechtigkeit mit dem Ziel einer zu erreichenden Beteiligungsgerechtigkeit ist von eben so großer Bedeutung. Allerdings dürfen Verteilungsgerechtigkeit und Beteiligungs- oder Befähigungsgerechtigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden; denn sie

bedingen einander. Daher ist es eine Verkürzung, einseitig den Aspekt der Eigenleistung in den Vordergrund zu stellen (Stichwort: aktivierender Sozialstaat), denn es bedarf immer auch einer gewissen Umverteilung der individuell erforderlichen Ressourcen, sprich materielle Hintergrundsicherheiten.

Chancengleichheit in der Bildung, Integration und Teilhabe sind entscheidende Bedingungen und Voraussetzungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Soziale Gerechtigkeit und damit auch die Auseinandersetzung mit ungleichen Lebens- und Entfaltungschancen für Kinder und Jugendliche müssen zum Ziel haben, dass alle Kinder und Jugendlichen unterschiedliche Fähigkeiten nicht nur entwickeln, sondern auch entfalten können.

Sozialpolitik kann so als Politik der sozialen Gerechtigkeit (re-)formuliert und Soziale Arbeit als konstitutiver Bestandteil einer solchen Sozialpolitik, – kurz als Gerechtigkeit schaffende Profession (Schrödter, 2007) – theoretisch begründet werden. Denn sie ermöglicht Befähigungs- oder besser Beteiligungsgerechtigkeit (Dabrock, 2012). Soziale Arbeit als Akteurin des Sozialstaats wird so für eine gerechte Verteilung der Grundgüter eintreten, die für eine aktive Beteiligung aller Menschen an der materiellen und immateriellen Wertschöpfung der Gesellschaft die Grundlage bildet. Soziale Arbeit als Gerechtigkeit schaffende Profession baut auf einer Sozialpolitik auf, die sich neben dem Prozess der Umverteilung auch der Gestaltung von Lebenslagen verantwortlich weiß, Beteiligungsgerechtigkeit im Bildungs- und Gesundheitssystem fördert und die gravierenden Folgen des Ausschlusses aus der ökonomischen Ordnung kompensiert (Kurzke-Maasmeier, 2006).

3. Handeln

Soziale Arbeit als relativ junge Disziplin weist historisch begründete unterschiedliche Orte der Theorieproduktion auf. Aktuell gibt es im deutschsprachigen Raum eine Vielzahl von Theoriediskursen, die unabhängig voneinander geführt werden. Jüngere Theorieimpulse und die virulenten sozialen

Herausforderungen des neuen Jahrtausends bieten der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit mit dem Wiederauftauchen der Gerechtigkeitsthematik die Chance der weiteren Profilierung. Die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit kann zur thematischen Klammer für die unterschiedlichen Theorieetiketten werden.

Der Theorieimpuls des *capability approach* in Verbindung mit dem sozialetisch fundierten Verständnis von Sozialer Gerechtigkeit als Beteiligungsgerechtigkeit wurde exemplarisch vorgestellt. Hiernach wird es möglich, Soziale Arbeit als Gerechtigkeit schaffende Profession auf einer normativ-ethischen Grundlage theoretisch zu begründen. Sowohl die subjekt- als auch die strukturtheoretische Dimension der Sozialen Arbeit können so berücksichtigt werden. Soziale Arbeit ist mehr als eine rein personenbezogene Dienstleistung. Sie hat auch strukturbezogene Aufgaben, geht es ihr doch um die Mitwirkung am Aufbau sozial gerechter Strukturen.

Das Ziel „Herstellung sozialer Gerechtigkeit“ bietet sich der Sozialen Arbeit als Disziplin und Profession bei aller Unterschiedlichkeit der Theorieetiketten (May, 2008) als Alleinstellungsmerkmal an. Gilt doch als ein wesentliches Kennzeichen von Profession die Zuständigkeit für einen gesellschaftlichen Bereich: Es geht um einen gesellschaftlichen Zentralwert, ein zentrales gesellschaftliches Problem, die Erfüllung einer zentralen Funktion für die Gesellschaft. Für die Profession Soziale Arbeit ist dies die „Herstellung von sozialer Gerechtigkeit“.

Die Theorieproduktion Sozialer Arbeit kann hier ansetzen. In einem ersten Schritt bedeutet dies, die Grundlagenforschung auszuweiten und das Disziplinwissen durch sozialphilosophische und -ethische Ansätze (weiter) anzureichern. Aber auch innerhalb der Anwendungsforschung und im Handlungsfeld Sozialer Arbeit bieten sich neue Chancen: In interdisziplinären Vorhaben und neuen Formen der Kooperation zwischen Sozialer Arbeit und etwa Schule, Kulturarbeit, Medizin usw. kann die Soziale Arbeit so ihr Proprium darlegen, ohne als Ergänzungsleistung in die Arbeitsaufträge der anderen Institutionen einbezogen zu werden.

Politisches Bewusstsein, wissenschaftliche Weiterentwicklung und sozialprofessionelle Handlungskompetenz zusammen können einen weiteren

Professionalisierungsschub der Sozialen Arbeit hin auf eine Gerechtigkeit schaffende Profession auslösen.

So lässt sich das emanzipatorisch-kritische Potential und durchaus politische Profil Sozialer Arbeit schärfen. Die Mitwirkung an der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit stellt sich zunehmenden Ökonomisierungstendenzen im sozialen Bereich ebenso entgegen wie dem weiteren Abbau sozialstaatlicher Leistungen und bestimmt die Leistungsfähigkeit Sozialer Arbeit positiv.

Literaturverzeichnis

- Alexander, J. M. (2008). *Capabilities and Social Justice: The Political Philosophy of Amartya Sen and Martha Nussbaum*. Farnham: Ashgate.
- Anzenbacher, A. (1993). Das Personalitätsprinzip und die Krise des Personbegriffs. In N. Glatzel & E. Kleindienst (Hrsg.), *Die personale Struktur des gesellschaftlichen Lebens (FS A. Rauscher)* (S. 15–30). Berlin: Duncker & Humblot.
- Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten von Amerika (1987). *Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle: Die Katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft*. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2008). *Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Zugriff am 24.01.2013 über http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/forschungsprojekt-a333-dritter-armuts-und-reichtumsbericht.pdf;jsessionid=5FA3177A77AE01902D8B4AEF4C4B431F?__blob=publicationFile
- Bunge, M. (1989). *Ethics: The Good and the Right*. Dordrecht: Reidel.
- Bunge, M. (2003). *Philosophical Dictionary*. New York: Prometheus Books.
- Dabrock, P. (2012). *Befähigungsgerechtigkeit. Ein Grundkonzept konkreter Ethik in fundamentaltheologischer Perspektive*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Dungs, S., Gerber, U. & Schmidt, H. (Hrsg.). (2006). *Soziale Arbeit und Ethik im 21. Jahrhundert – Ein Handbuch*. Stuttgart: Evangelische Verlagsanstalt.

- Goldstein, H. (1991). Katholische Aktion. In H. Goldstein (Hrsg.), *Kleines Lexikon zur Theologie der Befreiung* (S. 108 f.). Düsseldorf: Patmos.
- Gruber, H.-G. (2005). *Ethisch denken und handeln. Grundzüge einer Ethik der Sozialen Arbeit*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Habisch, A. (2000). Die beziehungsreiche Gesellschaft. Die jüdisch-christliche Heilsvision und soziale Desintegrationsprobleme des 21. Jahrhunderts. In B. Nacke (Hrsg.), *Visionen für Gesellschaft und Christentum, Teilband 1: Wodurch Gesellschaft sich entwickeln kann* (S. 315–330). Würzburg: Echter Verlag.
- Heimbach-Steins, M. (1999). Beteiligungsgerechtigkeit: sozialetische Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion. *Stimmen der Zeit*, 217, S. 147–160.
- Hosemann, W. & Trippmacher, B. (Hrsg.). (2003). *Soziale Arbeit und soziale Gerechtigkeit*. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- Huber, W. (1996). *Gerechtigkeit und Recht. Grundlinien christlicher Rechtsethik*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Kurzke-Maasmeier, S. (2006). Aktivierende Soziale Arbeit im reformierten Sozialstaat. Professionelle Herausforderungen und sozialetische Kritik. In S. Kurzke-Maasmeier et al. (Hrsg.), *Baustelle Sozialstaat! Sozialetische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände* (S. 111–128). Münster: Aschendorff Verlag.
- Lienkamp, A. (1996). Systematische Einführung in die christliche Sozialetik. In F. Furger, A. Lienkamp & K.-H. Dahm (Hrsg.) (1996), *Einführung in die Sozialetik* (S. 29–88). Münster: Lit Verlag.
- Lob-Hüdepohl, A., & Lesch, W. (Hrsg.) (2007). *Ethik Sozialer Arbeit. Ein Handbuch*. Paderborn: UTB.
- May, M. (2008). *Aktuelle Theoriediskurse Sozialer Arbeit. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nussbaum, M. C. (1999). *Gerechtigkeit oder das gute Leben*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Nussbaum, M. C. (2007). *Frontiers of Justice: Disability, Nationality, Species Membership (The Tanner Lectures on Human Values)*. Cambridge: Harvard University Press.
- Nussbaum, M. C. (2011). *Creating Capabilities: The Human Development Approach*. Cambridge: Harvard University Press.

- Nussbaum, M. C. & Sen, A. (1993). *The Quality of Life*. Oxford: Oxford University Press.
- Organisation for Economic Co-operation and Development [OECD] (2011). *Society at a Glance 2011. OECD Social Indicators*. Zugriff am 24.01.2013 über http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/society-at-a-glance-2011_soc_glance-2011-en
- Otto, H.-U., & Ziegler, H. (Hrsg.). (2010). *Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Otto, H.-U., Scherr, A. & Ziegler, H. (2010). Wieviel und welche Normativität benötigt die Soziale Arbeit? Befähigungsgerechtigkeit als Maßstab sozialarbeiterischer Kritik. *Neue Praxis* 40(2), S. 137–163.
- Otto, H.-U. & Ziegler, H. (Hrsg.). (2012). Das Normativitätsproblem in der Sozialen Arbeit. Zur Begründung des eigenen und des gesellschaftlichen Handelns. *Neue Praxis Sonderheft 11*.
- Ricœur, P. (2005). Ethik und Moral. In P. Welsen (Hrsg.), *Paul Ricœur: Vom Text zur Person. Hermeneutische Aufsätze (1970–1999)* (S. 251–267). Hamburg: Meiner Verlag.
- Ricœur, P. (1996). *Das Selbst als ein Anderer* (S. 207–358). München: Wilhelm Fink Verlag.
- Schrödter, M. (2007). Soziale Arbeit als Gerechtigkeitsprofession. Zur Gewährleistung von Verwirklichungschancen. *Neue Praxis* 37, S. 3–28.
- Seibel, M.-A. (2005). *Eigenes Leben? Christliche Sozialethik im Kontext der Individualisierungsdebatte*. Paderborn: Schöningh Verlag.
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.). (1998). *Mehr Beteiligungsgerechtigkeit. Beschäftigung erweitern, Arbeitslose integrieren, Zukunft sichern: Neun Gebote für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Memorandum einer Expertengruppe berufen durch die Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz*. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.
- Sen, A. (2010). *The Idea of Justice*. London: Belknap Press.
- Staub-Bernasconi, S. (2009). Der „transformative Dreischritt“ als Vorschlag zur Überwindung der Dichotomie von wissenschaftlicher Disziplin und praktischer Profession. In R. Becker-Lenz et al. (Hrsg.), *Professionalität in der*

Sozialen Arbeit: Standpunkte, Kontroversen, Perspektiven (S. 163–186).

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Taparelli D'Azeglio, L. (1949). *Saggio teoretico di dritto naturale appoggiato sul fatto*.

Roma: Civiltà Cattolica.

Gender-Diskurs und Geschlechtsreflexivität im Blick auf die Zukunft der Sozialen Arbeit

Lothar Böhnisch

Technische Universität Dresden (em.)

Abstract

Die Soziale Arbeit gilt gemeinhin als weibliche Profession. Dies ist nicht nur mit der MitarbeiterInnen-Statistik begründbar, sondern auch aus dem gesellschaftlichen Anspruch der Frauenbewegungen heraus. Gleichwohl lässt sich auch eine männliche Traditionslinie seit der Jugendbewegung nachzeichnen, die nicht nur auf die sozialadministrative Leitungsebene, sondern genauso auf unterschiedliche Felder der Jugendhilfe beziehbar ist. Allerdings wird die Frage nach einer "weiblichen" oder "männlichen" Sozialarbeit dann obsolet, wenn man den gesellschaftlichen Hintergrund geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung analysiert, von dem solche geschlechts-differenten Zuweisungen ausgehen.

Die Grundmuster eines differenteren männlichen und des weiblichen Bewältigungsverhaltens in kritischen Lebenskonstellationen (Böhnisch & Funk, 2002; Ehlert, Funk & Stecklina, 2011) durchziehen nahezu alle Interventions- und Gestaltungskontexte der Sozialen Arbeit. Gender-Orientierung ist also für professionelles sozialpädagogisches Handeln unerlässlich. Dabei wird keinesfalls die konstruktivistische Warnung außer Acht gelassen, nach der das Handeln mit geschlechtsdifferenten Kategorien zur Bestätigung, wenn nicht gar Verstärkung von Geschlechterstereotypen führen könne. Im Gegenteil. Geschlechtsreflexivität meint hier das Aufdecken von Geschlechterstereotypen, denen gerade die Praxis der Sozialen Arbeit ausgesetzt und für die sie anfällig ist. Gleichzeitig ermöglicht sie einen Zugang zum inneren Erleben kritischer Lebenssituationen, zu unterschiedlichen Formen des „Betroffen-seins“. Dass die Mehrheit der Männer oder die Mehrheit der Frauen in be-

stimmt Konstellationen des Betroffenseins geschlechtsdifferent erfahren und entsprechend reagieren, ist längst empirisch breit aufgeschlossen und kann nicht einfach übergangen werden. Natürlich verführen die sozialpädagogischen Konstrukte des „Falls“ und des „Klienten“ dazu, geschlechtsneutral zu argumentieren. Das scheint sich inzwischen in der neueren Fachliteratur wieder eingebürgert zu haben. Die beanspruchte professionelle Rationalität hat die Geschlechterfrage, die sie doch lange verunsichert hat, gleichsam ausgesessen. Damit wird aber die hinter der Fallkulisse wirkende Geschlechterrealität ausgeblendet und – wenn auch ungewollt – Geschlechterstereotypen wieder Vorschub geleistet. Auch der neuere Diskurs zur *Intersektionalität* drängt die Kategorie Geschlecht eher in den Hintergrund, indem er ihre Bedeutung faktisch relativiert. Das Paradigma der Intersektionalität betont das Zusammenwirken verschiedener – vor allem geschlechtsbezogener, sozialer und ethnischer – Ungleichheiten (Lutz et al., 2011) bei der Konstruktion sozialer Positionen von Individuen. Die Beantwortung der Frage, inwieweit dies die soziale Bedeutung des Geschlechts relativiert, bleibt der Analyse der jeweiligen empirischen Konstellation überlassen. Empirisch evident aber ist, dass männliche und weibliche Bewältigungsmuster in allen industriegesellschaftlichen Kulturen *quer durch alle Schichten* – wenn auch sozial und ethnisch variiert – zu beobachten sind. Von daher stellt das Geschlecht eine besondere psychosozial wirksame Kategorie dar, indem es in der Tiefendynamik der Persönlichkeit genauso verankert ist wie in den unterschiedlichen sozialen Interaktionsgefügen und in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Denn unsere Arbeitsgesellschaft ist strukturell weiter nach dem Prinzip der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung aufgebaut: Die reproduktiven Rollen der Beziehungs- und Hausarbeit, aber auch der Erziehung und Fürsorge sind niedriger bewertet als die industriewirtschaftlichen, technischen und die darauf bezogenen administrativen Rollen. Traditionell waren die reproduktiven Rollen den Frauen zugeordnet. Zwar stehen heute den Frauen auch alle gesellschaftlichen Rollen außerhalb des Reproduktionsbereiches offen, das geschlechtshierarchische Prinzip ist aber als Wertprinzip geblieben. Die Kluft zwischen externalisierter Ökonomie und sozial emotionaler Reproduktionsphäre ist eher noch gewachsen. Sie ist aber verdeckt, weil – der Druck auf die

Familie zeigt es – die reproduktive Sphäre wieder zunehmend (re-)privatisiert wird. Dennoch scheint es – wenn man sich geschlechtsspezifisch gewichtete Umfragen der letzten Jahre anschaut, einen bemerkenswerten Trend zur Nivellierung der Geschlechtsunterschiede und zur Geschlechterpartnerschaft zu geben. Umfragen geben aber nur eine Dimension, nämlich die der gesellschaftlichen Einstellungen der Befragten wieder. Man zeigt, dass man gesellschaftlich mithalten, dabei sein will und eine flexibilisierte Arbeitsgesellschaft kann eben keine rigiden und starren Geschlechterrollen brauchen. Sieht man sich dagegen Befunde der beratenden und therapeutischen Dienste an, dann zeigt sich, wie deutlich tradierte Geschlechterrollen und das geschlechtshierarchische Verhältnis im Privaten, durch den gesellschaftlichen Druck der Problemverdeckung überfordert, weiterwirken. Diese Seite bekommt vor allem die Sozialarbeit ab.

Vor dem Hintergrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung ist also das Geschlecht eine, wenn auch oft verdeckte, Ordnungs- und Orientierungskategorie für alle Gesellschaftsmitglieder. Sie ist es vor allem deswegen, weil sie die personalen Befindlichkeiten tiefgreifender berührt als jede formelle Rolle. Wenn im Alltag gesagt wird: „Männer/Frauen sind halt so“, dann ist damit nicht nur gemeint, dass sich die Betreffenden so verhalten, wie es gesellschaftlich erwartet wird, sondern dass man von sich selbst (als interpretierende(r) Betrachter/Betrachterin) davon ausgeht, dass die Betreffenden es auch so empfinden. Die Geschlechterrolle schafft Orientierung, Normalität, Unterscheidung, es ist keine aufgezwungene Rolle wie die institutionellen Rollen, sondern eine, in die man „mit Leib und Seele“ so hineinwächst, dass sie sogar dem Verstand widerstehen kann. In dieser leibseelischen Verankerung liegt die eine Tücke der Tradierung von Geschlechterrollen. Die andere erwächst aus dem gesellschaftlichen Verdeckungszusammenhang. Zwar ist die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung überformt durch demokratische Verfahren der Gleichstellung und die Ausweitung öffentlicher Reproduktionsagenturen (deren MitarbeiterInnen aber vergleichsweise schlecht bezahlt sind). Verdeckt wirkt sie aber als Auffang- und Orientierungszusammenhang in gesellschaftlichen oder privaten Krisenkonstellationen weiter, greifen die Menschen selbst auf dieses Ordnungs-, Orientierungs- und Bewältigungsmuster zurück.

Das Klientel der Sozialarbeit kommt oft aus sozial prekären Lebenslagen, befindet sich in kritischen Lebenskonstellationen, in denen die sozialen und kulturellen Ressourcen der Ordnung und Orientierung im Alltag schwach oder weggebrochen sind und in denen man nach dem greift, was man noch hat, was einem nicht genommen werden kann. Der Griff nach der tradierten Geschlechterrolle schafft in diesem Bewältigungszusammenhang Orientierungs- und Verhaltenssicherheit und erscheint damit als selbstverständlich. Soziale Orientierung und leibseelische Befindlichkeit werden wieder eins. Der arbeitslose Mann glaubt, mit seiner nun herausgekehrten Maskulinität als Abspaltung seiner Hilflosigkeit, leibseelisch und sozial überleben zu können. Die arbeitslos gewordene Frau sucht vermeintlichen Schutz in der Zurücknahme ihrer Ansprüche, im übertragenen Dasein für andere.

Der Kern einer geschlechtsreflektierenden Sozialarbeit besteht nun gerade darin, diese bewältigungsbezogene Orientierung an tradierten Geschlechterrollen aufzubrechen, das Klammern an sie vorsichtig zu lösen. Wir wissen zwar, dass sich dadurch die Lage der betroffenen Männer und Frauen mittel- und langfristig verschlechtern wird – wenn die Männer nicht zu sich kommen und die Frauen nicht aus sich heraus –, denn für die Betroffenen zählt der spürbare, kurzfristige Bewältigungserfolg, wenn sie sich an traditionelle Männlichkeits- und Weiblichkeitsmuster klammern. Darin sind sie umso mehr bestärkt, wenn ihre soziale Umgebung insgesamt – wie das in sozial benachteiligten Milieus oft der Fall ist – an traditionellen Männer- und Frauenrollen als Orientierungs-, Ordnungs- und Interaktionskategorien gewöhnt ist. In mittelschichtigen Milieus hingegen sind die Geschlechterrollen im Alltagsverhalten zwar nivelliert, können aber in Konflikt- und Krisensituationen umso unvorhergesehener aufbrechen.

Inzwischen aber haben die Entgrenzungsdynamiken der Arbeitsgesellschaft und die geschlechtsemanzipatorischen Entwicklungen in Bildung und Konsum zu einer offensichtlichen Nivellierung der Geschlechter und einer Entgrenzung des traditionellen Geschlechterverhältnisses geführt. Ist damit auch die Bedeutung der Kategorie Geschlecht für die Sozialisationstheorie in Frage gestellt? In der Frauenforschung wird dies verneint, es wird aber darauf hingewiesen, dass die Geschlechterfrage in den westeuropäischen Gesellschaften an Eindeutigkeit verloren habe und eine „paradoxe Lage“ entstanden

sei: „Die paradoxe Lage lässt sich wie folgt zusammenfassen: Alle sozialen Zuschreibungen an weibliche Positionen und Rollen haben ihre Verbindlichkeit verloren, das demokratische Prinzip universeller Inklusion erlaubt es, dass auch ein Junge oder ein Mann diese übernehmen bzw. erleben können. Zugleich ist aber die Basiskategorie Geschlecht erhalten geblieben, womöglich fester als je zuvor, weil das handelnde Individuum, das sich dazu entschließen soll, Führungskraft zu werden oder Elternzeit zu nehmen, ohne Geschlecht nicht denkbar und erfahrbar ist – denn ein Individuum lebt nur in einem Körper. Und bei aller Verschiebung hin zur Präsentation und bewussten Gestaltung des Körpers hat er offenbar eine basale, tragende Bedeutung“ (Hagemann-White, 2006, S. 83).

Die sich hier auftuende Verlegenheit muss noch größer werden, wenn man über das demokratische Inklusionsgebot hinaus die ökonomisch-technologische Hintergrundentwicklung und die aus ihr hervorgehende neokapitalistische Geschlechterideologie betrachtet. Der digitale Kapitalismus und seine Protagonisten bieten eine Ideologie an, nach der die ökonomisch-technologische Entwicklung sowie die Teilhabe an ihr jenseits von Rasse und Geschlecht gestaltbar seien. Sollte sich das Geschlecht dennoch bemerkbar machen, liegt es an den Einzelnen, wie sie damit umgehen, geschlechtsspezifische Benachteiligungen als individuelle und persönliche Probleme bewältigen.

Diese ökonomisch induzierten Tendenzen zur Privatisierung der Geschlechterfrage und ihrer genderpolitischen Neutralisierung spielen heute latent zusammen. Aus dieser Perspektive stellt sich dann zwangsläufig auch die Frage, ob es überhaupt noch einen Sinn macht, subjektübergreifende Konstrukte wie das einer „weiblichen“ oder „männlichen Sozialisation“ zu entwickeln, wenn doch die Alltagsnivellierungen der Geschlechterdifferenz so hervorstechen. Das gilt auch für die Reichweite einer interaktionistischen Theoriebildung, die von ihren eigenen Postulaten eingeholt würde. Denn die Geschlechterfrage ist aus den Alltagswelten in die Struktur „abgewandert“ und hier für interaktionsorientierte Zugänge schwer erreichbar. Wir müssen vielmehr mit dem Konstrukt des – ökonomisch-gesellschaftlichen wie tiefenpsychischen – *Verdeckungszusammenhangs* arbeiten. Was auf der Alltagsebene als privates Bewältigungsproblem erscheint entpuppt sich in der Strukturanalyse als doppeltes Verdeckungsproblem: Zum einen wirkt in der technolo-

gisch-ökonomischen Entwicklungslogik des digitalen Kapitalismus das männlich konnotierte Prinzip der Externalisierung (vgl. Böhnisch, 2013) – vielleicht sogar radikaler als zuvor – weiter, zum anderen muss der damit verbundene strukturelle Druck auf die private Sphäre bewältigt werden. Es handelt sich dabei um tiefenpsychisch verdeckte, nicht-thematisierte Zusammenhänge, die meist vom Alltagsbewusstsein und damit auch biografisch abgewehrt bzw. verdrängt werden und eine entsprechende Eigenlogik aufweisen, die zu analysieren ist.

Das bedeutet nicht, dass die interaktive Dimension der Sozialisation in der Genderfrage ausgeblendet wird. Skripts und Rahmungen (Goffman, 1977; Lenz, 2003) wirken weiter, zumal sie immer wieder – nicht nur in kritischen Lebenskonstellationen – aus den Strukturen heraus aktiviert werden. Wichtig aber ist, die Vermittlungsproblematik nun auch aus der Perspektive des Verhältnisses von ökonomisch-technologischem Externalisierungsdruck und tiefenpsychischer Bewältigungsdynamik zu betrachten. Konstrukte wie männliche „Bedürftigkeit“ und weiblicher „Doppelstandard“ verweisen auf solche durch Brechungen komplizierte sozialisatorische Vermittlungszusammenhänge zwischen Subjekten und ökonomisch-gesellschaftlichen Verhältnissen. Insgesamt kommt es darauf an, diese Erkenntnisse als „zweite Dimension“, als „hidden-gender-structure of socialization“, sozialisationstheoretisch so einzubringen, dass sie nicht nur in ihrer differentiellen Qualität, sondern vor allem auch als Antriebsmomente im Sozialisationsprozess thematisierbar werden.

Karl Lenz und Marina Adler haben in ihrem Grundlagenwerk „Geschlechterverhältnisse/Geschlechterbeziehungen“ (2010/2011) vier Szenarien zur „Geschlechterordnung der Zukunft“ für unseren Kulturkreis aufgemacht (2011, S. 229 ff.). Zuerst fragen sie, was denn zu erwarten sei, wenn es mit der Entwicklung der Gleichstellung der Geschlechter so weiterginge wie bisher. In diesem Falle, so bilanzieren sie entsprechende Prognosen, wird es noch viele Generationen dauern, bis die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen erreicht sein würde. Dabei müsse es gar nicht zu „nennenswerten konservativen Gegenströmungen“ kommen. Sie gehen einfach davon aus, dass die gegenwärtigen ökonomischen Parameter des Wachstums und der Arbeits-

platzsicherung weiter gelten und Gleichstellungsentwicklungen immer wieder bremsen. Geschlechterpolitik wird sich danach also auch in Zukunft im Rahmen einer „investiven Sozialpolitik“ (Böhnisch & Schröer, 2012) entwickeln, in der das Soziale ökonomisch interpretiert, Familien- und Geschlechterverhältnisse unter der Perspektive der Humankapitalbildung thematisiert und die Arbeitsteilung der Geschlechter im Dreieck von Ökonomie, Staat und Familie variabel gehalten wird. In diesem Falle kann man weiterhin von einer *Modernisierung* der Geschlechterverhältnisse sprechen.

In einem zweiten Szenario gehen sie von derzeitigen Entwicklungen im Geschlechterdiskurs der westlichen Industriegesellschaften aus, die durchaus auf einen zukünftigen „backlash“, ein „Zurück zur *Geschlechterpolarisierung*“ hindeuten würden. Vor allem unter den gebildeten erwerbstätigen Frauen und den neuen Mädchengenerationen nehme die Einstellung zu, dass die Vereinbarkeitsproblematik in den inzwischen verbreiteten Zwei-Verdiener-Familien immer komplizierter geworden, die Doppelbelastung der Frau gestiegen und die Integration des Mannes in die Familienarbeit angesichts zunehmender Intensivierung der Erwerbsarbeit nicht zu erhoffen sei. Dies steigere die Attraktivität familientraditionaler Argumente wie die der naturgegebenen Mütterlichkeit, des möglichen Anstiegs der Geburtenzahlen und der besonderen Erziehungsqualität der Familie. „Die Anzahl der Frauen, die mit ihren Kindern zuhause bleiben, ist in den letzten Jahren angestiegen; am stärksten ist dieser Anstieg unter gebildeten Frauen mit hohem Einkommenspotential“ (Lenz & Adle, 2011, S. 232). Wieder wachsende Tendenzen zur Geschlechterpolarisierung machen die Autoren auch im offensichtlichen Sexismus mancher männlicher Jugendkulturen aus. Aber auch in Erziehungsratgebern scheint als „Gebrauchsanweisung“ durch, „die Unterschiede zwischen Männern und Frauen als zentrales Faktum in allen persönlichen Beziehungen wieder zu akzeptieren“ (Lenz & Adler, 2011, S. 234).

Ein drittes Szenario stellt den Sozialstaat und seine zukünftigen geschlechterpolitischen Möglichkeiten hin zu einer *Geschlechtergerechtigkeit* in den Mittelpunkt. Dabei wird erkannt, dass unter den gegenwärtigen und mittelfristig zukünftigen ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen eine wie bisher nur frauenorientierte Gleichstellungspolitik zu kurz greifen wird, um Geschlech-

tergerechtigkeit für beide Geschlechter in allen Lebensbereichen zu erreichen. „Das bisherige Emanzipationsmodell, das von der Benachteiligung und Diskriminierung einer Gruppe, wie z. B. Frauen oder Minderheiten ausgeht, kann nicht unmodifiziert auf historisch privilegierte Gruppen wie die Männer angewandt werden. Die Unterdrückung der Männer durch Männlichkeitsnormen ist qualitativ anders als die Unterdrückung der Frauen durch männlich konnotierte Herrschaftsstrukturen und den damit verbundenen Machtverhältnissen.“ Außerdem sei zu thematisieren, dass auch Frauen, wenn sie Gleichstellung wie im gegenwärtigen System erreichen können, selbst wieder unter „Maskulinitätsdruck“ geraten können, männliche Leistungs- und Erfolgsnormen übernehmen müssen. (Lenz & Adler, 2011, S. 235). Nachdem für dieses Szenario mögliche Erweiterungen des sozialstaatlichen Instrumentariums der Familien-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Quotenpolitik durchdiskutiert worden sind, kommen die AutorInnen zu dem ernüchternden Schluss, dass ein gesellschaftspolitischer „Paradigmenwechsel“ erfolgen muss. „Eine solche Politik kann weder durch eine exklusive Frauenpolitik noch durch eine Männerpolitik erreicht werden“ (Lenz & Adler, 2011, S. 237). Wenn man diese Argumentation in unserem Sinne hegemonial- und bewältigungstheoretisch aufschließt, wird als Erkenntnis deutlich, dass es das (männlich konnotierte) ökonomische Antriebssystem der Externalisierung (Böhnisch, 2013) ist, dass im Kapitalismus der Zweiten Moderne intensiviert worden ist und das Männer (und zunehmend Frauen) erfasst und in beidseitige neuartige Bewältigungsprobleme der Vereinbarkeit treibt. Insofern verwundert der Optimismus, der in den Diskursen zum *Degendering* in die Perspektive einer zukünftig „geschlechtsneutralen“ Gesellschaft zu Tage tritt. Diese Perspektive steht im Mittelpunkt des vierten Szenarios. Denn es ist ja gerade das neokapitalistische System, das in seiner Programmatik wie Praxis jenseits sozialer und ethnischer Bindungen und jenseits von Geschlechterunterschieden agiert, bzw. diese ins Private verschiebt. Das Konzept des *Degendering* denkt ja systemisch und geht davon aus, dass soziale Systeme in der weiteren Entwicklung der Zweigeschlechtlichkeit als Ordnungsstruktur nicht mehr bedürften. Allerdings wird eingeräumt, „dass immer dann, wenn soziale Systeme ihre Mitglieder als Personen [...] auffassen, ein nach Geschlechtern differenzierendes Verständnis das System

‘indizieren’ kann“ (Weinbach & Stichweh, 2001, S. 49). Lenz/Adler kommen in der Bilanzierung dieses Ansatzes entsprechend zum Schluss, dass dieser „ auf der Ebene der Geschlechterverhältnisse mit einer fortschreitenden Dethematisierung von Geschlecht“ rechnet, „nicht jedoch auf der Ebene der Geschlechterbeziehungen“ (Lenz & Adler, 2011, S. 239 f.). Dass aber die Struktur der Zweigeschlechtlichkeit als demografischer und sozialer Reproduktionsform in die leibhaftigen Familien verschoben wird und damit strukturelevant wie bewältigungsintensiv weiter und immer neu sich ausbildet, wird in diesem historisch-methodologisch fragwürdigen Konzept unterschlagen. Es handelt sich also nicht um eine Aufhebung der Struktur der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in der Zweigeschlechtlichkeit, sondern um eine verdeckte Strukturverschiebung. In dieser Form arbeitet es dem digitalen Kapitalismus mehr in die Hände, als es Perspektiven der Emanzipation entwickeln kann.

Vor diesem Hintergrund ist es auch problematisch, angesichts der "weiblichen Prägung" der Sozialarbeit und ihres Berufsfeldes in der Professionsgeschichte bis heute von einer "weiblichen Profession" geredet wird. Das im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts sprunghaft gewachsene feministische Selbstbewusstsein, die damit einhergehende Krise der Männlichkeit und der Wandel der industriellen Arbeitsorganisation angesichts der steigenden Nachfrage nach traditionell weiblich konnotierten soft skills ("Feminisierung der Arbeit") hatten vor allem publizistisch die Prognose provoziert, die Zukunft unserer Gesellschaft werde weiblich sein. Dies schlug sich auch in entsprechenden sozialpädagogischen Diskurssträngen nieder. Eine doch so weiblich geprägte Sozialarbeit/Sozialpädagogik sollte ihren geschlechtstypischen Fundus theoretisch und professionell in Zukunft noch stärker als bisher durchsetzen können.

Die Zukunft aber wird weder weiblich noch männlich sein. Sie wird vielmehr – zumindest auf absehbare Zeit – einem neokapitalistischen Programm gehören, das Weiblichkeit und Männlichkeit auf seine Weise, in seine Logik integriert, vereinnahmt hat und dabei die Ideologie streut, jenseits der Geschlechterfrage zu agieren. Ein Programm, das die Geschlechter

gleichzeitig in allen ihren Erscheinungsbildern und Stereotypen vermarktet und dabei jenes Externalisierungsprinzip vorantreibt, das im Geschlechterdiskurs als das männliche Prinzip der Moderne schlechthin erkannt worden ist.

Auch in der Geschichte der modernen Sozialarbeit gibt es bis heute eine maßgebliche Diskurslinie, die darauf baut, dass die vor allem in der Praxis weiblich dominierte Profession auf der Woge der Frauenbewegungen die Prinzipien der Sorge (Care) und der Beziehungsarbeit in die männlich beherrschte Konkurrenz- und Verdrängungsgesellschaft hineinbringen könne. Der feministische Traum einer in diesem Sinne sozialrevolutionären Sozialen Arbeit, den schon Alice Salomon (1931) vor nun fast hundert Jahren geträumt hat und den auch seitdem jene Männer träumen, die sich darüber einen Zugang zu einer anderen Männerwelt erhoffen, scheint heute ausgeträumt. Den großen Dämpfer hat es schon durch die Art und Weise gegeben, in der der digitale Kapitalismus die Sorge vereinnahmt, indem er Sorge freisetzt und sie gleichzeitig wieder vermarktet, kapitalisiert. Sorge ist so zum Vergesellschaftungsprinzip geworden, aber eben ganz anders, als es sich die feministischen Sozialbewegungen erhofft hatten

Das sollte eigentlich Männern und Frauen in der Sozialen Arbeit gleichermaßen zu denken geben. Es muss aber auch – und darum geht es uns – zu einer grundsätzlichen und darin kritischen Reflexion der geschlechterideologischen Seite unserer Disziplin führen können. Grundsätzlich, weil wir über diese Frage wieder einen realistischen Zugang zum gesellschaftlichen Ort der Sozialen Arbeit finden können. Kritisch, weil das empirische Bild die eigentliche Struktur verdeckt. Denn in ihrem empirischen Bild erscheint unsere Profession als Frauenberuf. Drehen wir aber dieses Bild um und schauen auf seine Rückseite, erkennen wir eine andere, eher gesellschaftlich gemaserte Struktur. Danach waren die Frauen in der Geschichte und oft auch noch bis heute in Praxisfeldern, die um die Familie herum gruppiert sind. Männer findet man dagegen vor allem dort, wo die sozialen Problemzonen und ihre Auffälligkeiten außerhalb der Familie im öffentlichen Raum liegen: in der Heimerziehung für ältere Jugendliche, der Antigewalt- und Strafvollzugsarbeit, in Streetwork-Projekten, aber auch dort, wo es – wie beim Sozial-

management – um Probleme der organisationalen Steuerungs- und der Marktfähigkeit geht. Das ist wie im schulischen und vorschulischen Bildungssystem: Wo Kindertagesstätten und Grundschule noch sehr familiennah sind, dominieren die Frauen. Wenn es später in der Jugend- und Nachjugendzeit – in den weiterführenden und berufsbildenden Schulen – um die Qualifikations- und Zertifizierungsperspektive für die arbeitgesellschaftliche Integration geht, kommen immer mehr Männer ins pädagogische Spiel. Und siehe da: Wenn heute die Kindertagesstätte schon früh von der Bildungsplanung erfasst wird, wollen auch die Männer – nun aber als Planer – auf die Bühne treten.

Diese Strukturperspektive verändert das Bild von der „weiblichen Sozialen Arbeit“, eröffnet uns einen Zugang, der für die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen weiterführend ist und die Frage, ob die Soziale Arbeit weiblich war, ist oder sein wird, zum Nebenschauplatz werden lässt. Um diesen strukturellen Zugang aufmachen zu können, erscheint es sinnvoll, erst einmal weiter der Frage nachzugehen, welche Spuren denn die Männer in der Geschichte unserer Profession bis heute hinterlassen, welche Weichen sie gestellt haben. Je mehr wir uns damit beschäftigen, desto deutlicher tritt eine durchaus gewachsene „männliche Soziale Arbeit“ hervor. Sie hat drei Wurzeln: Zum einen die Jugendbewegung – von jungen Männern dominiert die auf der Suche nach einer Männlichkeit abseits der überkommenen Väterherrschaft waren –, aus der Sozialarbeiter und Jugendpfleger hervorgingen, die mit auffälligen Jungen in den Heimen und auf der Straße arbeiteten, mit Methoden, die aus der „männlichen Praxis“ der Jugendbewegung schöpften: Gruppenarbeit, Führung, Kameradschaftspädagogik. Ein deutlicher Kontrast zur „weiblichen“ Beziehungsarbeit in der Familienfürsorge. Zum Zweiten: Die von Herman Nohl (1949) in den 1920er Jahren ideologisierte Figur des „männlichen Sozialbeamten“, die sich – bewusst gegen den weiblichen Führungsanspruch in der damaligen Sozialarbeit gewandt – auf traditionell hochgehaltene männliche Attribute wie gesellschaftliche Verantwortung und Führung berief. Und nicht zuletzt die militärischen Wurzeln: In der staatlichen Jugendpflege in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhundert tummelten sich nicht nur etliche Unteroffiziere; der Geist der Kommandeurs- und Abschreckungspädagogik wehte noch lange durch die Soziale Arbeit. In

der heute in der Antigewaltarbeit hochgehalten Konfrontationspädagogik lassen sich noch Spuren davon finden.

Nun können wir die eigentliche gesellschaftliche Struktur der Sozialen Arbeit – aus der Genderperspektive heraus – erkennen. Es ist das System der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, das bis heute unsere Gesellschaft prägt (und auch in Zukunft in immer modernisierten Formen prägen wird), das auch die Soziale Arbeit strukturiert: Auf der einen Seite die erwerbsarbeitszentrierte Produktionssphäre, die traditionell männlich konnotiert war, auf der anderen Seite die familienzentrierte „weibliche“ Reproduktionssphäre, die gesellschaftlich vorausgesetzt wurde (wird) und deshalb einen niedrigeren Status hat, obwohl ohne sie ökonomisch nichts laufen kann: die Intim- und Beziehungswelt der Familie gegenüber der rationalistischen Vertragswelt der Arbeit. Und das Entscheidende ist hier: Dieser Gegensatz bildet sich historisch genauso innerhalb der Sozialen Arbeit ab: Die familiennahe Beziehungsarbeit in der Spannung zur systemnahen, kontrollzentrierten Integrationsarbeit.

Feministisch inspirierte sozialpädagogische Diskurse erwecken dagegen oft den Eindruck, eine reproduktions- und darin familiegebundene Sozialen Arbeit stehe einem hermetischen ökonomisch-gesellschaftlichen (dazu noch männlich dominierten) Block gegenüber, den es zu knacken gilt. Aus dieser Position heraus wird dann eine gesellschaftliche Transformation der Beziehungsperspektive und damit ökonomisch-gesellschaftlicher Wandel im Zeichen von Care gefordert. Dabei ist gar nicht so sehr der Zweifel ausschlaggebend, ob Kategorien der familialen Intimstruktur so ohne weiteres in die gesellschaftlichen Vertragsstrukturen transferiert werden können. Die Kritik richtet sich vielmehr gegen die Standortillusion dieser Position. Denn die Soziale Arbeit steht ja nicht neben der Gesellschaft, auf die sie mit ihrer Reproduktions- und Sorgeorientierung einwirken möchte, sie repräsentiert eben selbst den gesellschaftlichen Grundkonflikt in dem ihr innewohnenden Dualismus von Hilfe und Kontrolle, von klientenbesorgter Beziehungsarbeit und öffentlich-administrativ erwarteter bis repressiver Integrationsarbeit. Und dieser strukturelle Gegensatz war und ist in beiden Sphären, der familial-

beziehungsorientierten wie der öffentlich-integrationsorientierten zu Hause, also nicht nur die eine Seite bei den Männern und die andere bei den Frauen. Auch "weibliche" Beziehungsarbeit kann repressiv sein und war es auch vielgestaltig und vielerorts in der Geschichte der Familienfürsorge. Und die früher oft repressive "männliche" Integrationsarbeit hat sich inzwischen auch beziehungsorientiert und nicht nur sozialtechnologisch gewandelt.

Wenn man sich die gegenwärtigen Kampagnen und Reports zu der Frage anschaut, wie man mehr Männer in die männerlosen Kindergärten oder – schon vorher – länger in die Elternzeit bringen könnte, so ergibt sich immer wieder dasselbe Bild. Hinter der Abwehrhaltung vieler Männer und ihren Rationalisierungen steht die Angst, dass dies negative Folgen für die Arbeits- und Berufskarriere haben könnte, stehen aber auch die Befürchtungen, dafür keine soziale Anerkennung so wie die Frauen zu bekommen. Nirgends zeigt sich die Abhängigkeit der männlichen Identität von der Erwerbsarbeitsrolle, die strukturelle Verwehrung des Zugangs zu Familien- und Kinderarbeit durch das industriegesellschaftliche Diktat der ökonomischen Verfügbarkeit des Mannes deutlicher als hier. Die Entgrenzung der Geschlechter hat den Frauen den Zugang in die Bildungs- und Arbeitswelt eröffnet, vielen Männern dagegen bleibt der Zugang in die reproduktive Sphäre sorgender Arbeit weiter verschlossen.

So wie sich dieses Strukturproblem in der Sozialarbeit abbildet, sollte es auch in der Zukunft thematisiert werden: Als Ausdruck einer gesellschaftlichen Zurichtung, die verdeckt bleibt, wenn sie nur auf der Motivations- und Stausebene abgehandelt wird. Insofern verwischen auch Formeln wie die von einer "weiblich dominierten" Sozialarbeit und die darin angemeldeten Ansprüche das eigentliche Problem, schneiden sich gleichsam ins eigene Fleisch. Sie zementieren eher ihre Beschränkung auf den gesellschaftlich weiter minderbewerteten Reproduktionsbereich, dessen Abwertung aber nicht mehr so wie früher skandalisiert werden kann. Die Kapitalisierung der Sorge hat dies überformt ausgehebelt. Aber auch die Männer laufen in diese neokapitalistische Falle, wenn sie ihre Domänen in den sozialmanageriellen und sozialbetrieblichen Bereichen von der „weiblichen“ Beziehungsarbeit –

natürlich hinter vorgehaltener Hand – abgesetzt sehen wollen. Deshalb ist es in Zukunft notwendig, den Sorgediskurs von seiner Gender-Konnotation abzulösen und sozialpolitisch zu transformieren.

Diese sah im Sorgediskurs vor allem eine Perspektive der Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und damit einhergehend der Humanisierung der kapitalistischen Gesellschaft. Zum einen wird care ethisch und handlungstheoretisch als „innere Einstellung“ und „zwischenmenschliche Tätigkeit“ gesehen, zum anderen und gleichzeitig als „gesellschaftlich notwendige Arbeit“, die stark geschlechtsspezifisch konnotiert ist und damit zum gesellschaftspolitischen Ziel wird. „Zusammenfassend geht es um die Neubewertung traditioneller Aufgabenbereiche, die eng mit der weiblichen Geschlechterrolle im System der Zweigeschlechtlichkeit verknüpft sind und um die sozialpolitische Anerkennung der Frauenarbeit“ (Brückner, 2001, S. 150). Mit der Verstetigung struktureller Arbeitslosigkeit, dem demografischen Wandel (Zunahme alter hilfsbedürftiger Personen) und der Pluralisierung der Familienstrukturen (Rückgang familialer Fürsorgeleistungen) sei die gesellschaftliche Durchsetzung von care nicht nur feministisch-interessenpolitisch, sondern vor allem auch allgemein sozialstrukturell begründbar. Von daher sei es notwendig, care nicht nur als weiblich-konnotierte Form von Arbeit zu begreifen und ihre Gleichstellung zur Erwerbsarbeit zu fordern, sondern darüber hinaus als „gesellschaftliche Praxis“ einzufordern, „die auf dem care-ethischen Anspruch der Verbundenheitssymbole aller aufbaut“. Care enthält damit den Rang von social citizenship“, womit weniger ein Rechtskonstrukt gemeint ist, sondern eher eine „Form des Handelns auf ethischer Grundlage. Damit erhält care in Anlehnung an Hannah Arendt den Charakter einer republikanischen Tugend, deren Organisation in öffentlicher (statt bisher privater) Verantwortung – unter Beibehaltung privater Aspekte des Sorgens – liegt, ohne als Teil weiblicher Identität und Verpflichtung festgeschrieben zu werden“ (Brückner, 2001, S. 133). In dieser Bedeutung wird sie zu einem sozialpolitischen Leitcode (Brückner, 2011) und geht entsprechend in die Wohlfahrtsmessung ein (Diefenbacher & Zieschank, 2008). Dies setzt aber eine gesellschaftlichen Kultur des Sorgens voraus., die sich als Gegenkultur zum ökonomisch-technologischen Externalisierungsdruck des globali-

sierten Kapitalismus entwickeln kann und auch – vor allem über die neuen sozialen Bewegungen – in der Entwicklung begriffen ist.

Literaturverzeichnis

- Böhnisch, L. (2013). *Männliche Sozialisation*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Böhnisch, L. & Funk, H. (2002). *Soziale Arbeit und Geschlecht*. Weinheim: Juventa
- Brückner, M. (2001). Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Liebe, Fürsorge und Gewalt. In M. Brückner & L. Böhnisch (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse* (S. 119–178). Weinheim: Juventa.
- Brückner, (2011). Zwischenmenschliche Interdependenz – Sich sorgen als familiale, soziale und staatliche Aufgabe. In K. Böllert & C. Heithe (Hrsg.), *Sozialpolitik als Geschlechterpolitik – Geschlechterpolitik als Sozialpolitik* (S. 105–122). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Diefenbacher, H. & Zieschank, R. (2008). *Wohlfahrtsmessung in Deutschland*. Heidelberg: Umweltbundesamt.
- Hagemann-White, C. (2002): Gewalt und Geschlechterverhältnis als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. In R. Dackweiler & R. Schäfer (Hrsg.), *Gewaltverhältnisse* (S. 2952). Frankfurt am Mein: Campus.
- Lutz, H. et al. (2010). *Fokus Intersektionalität*. Wiesbaden: Springer VS.
- Nohl, H. (1949). *Pädagogik aus dreißig Jahren*. Frankfurt am Main: Schulte-Bulmke.
- Salomon, A. (1931). Der soziale Frauenberuf. In A. Schmidt-Beil (Hrsg.), *Die Kultur der Frau* (S. 309–316). Berlin-Frohnau: Verlag für Kultur und Wissenschaft.

Soziale Arbeit als reale Utopie

„Open Educational Resources“ – innovative Triebkraft für Entwicklung und Bildung? Zum Stand der Umsetzung einer realen Utopie im Bildungsbereich

Patricia Arnold
Fachhochschule München

Abstract

Die Wiederentdeckung der „Commons“, Gemeingüter im öffentlichen Raum, ist auch im Bildungsbereich zu verzeichnen. Die Grundidee der „Open Educational Resources“ (im Deutschen auch „Freie Bildungsressourcen“ genannt) ist so einfach wie faszinierend: Lernmaterialien jeglicher Art, die derzeit ohnehin vielfach bereits in einem digitalen Format vorliegen und in ihrer Mehrzahl im öffentlich finanzierten Bildungsbereich entwickelt werden, stehen internetbasiert und mit alternativen Lizenzmodellen wie z.B. „Creative Commons“-Lizenzen versehen, einer weltweiten Gemeinschaft von potentiellen Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung. Lernende können so wertvolle Bildungsressourcen für die eigene Weiterbildung und das Selbststudium erhalten und gewinnen an Autonomie. Lehrende duplizieren nicht weltweit ähnlich gestaltete Einführungsmaterialien, sondern bauen auf vorhandenen Unterlagen und Konzepten auf und passen sie ihren spezifischen Kontexten an. Bildungseinrichtungen realisieren zusätzlich einen Zugewinn an Transparenz und Qualitätssicherung. „Open Educational Resources“ haben daher das Potential den Bildungssektor nachhaltig zu verändern. Wie aber sieht die Umsetzung dieser „realen Utopie“ aus? Was sind die Stolperstellen und Entwicklungshemmnisse dieser innovativen Praxis, insbesondere im deutschsprachigen Raum? Der Beitrag zeichnet verschiedene Entwicklungslinien zu „Open Educational Resources“ nach, stellt Beispiele vor, analysiert kritisch das Potential und gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Open Educational Resources-Bewegung.

1. "Open Educational Resources" – erste Annäherung

In vielen Bereichen werden derzeit Gemeingüter im öffentlichen Raum, sogenannte „Commons“ (wieder)entdeckt. Unter dem programmatischen Titel „Commons – Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat“ hat die Heinrich Böll Stiftung jüngst ein umfassendes Kompendium zur Renaissance der Commons herausgegeben. Das Potenzial der Commons sehen die Herausgeberinnen der Studie „darin, soziale Innovation als entscheidenden Hebel gesellschaftlicher Transformation zu entwickeln“ (Helferich & Heinrich Böll Stiftung, 2012, S. 12). Das alternative Produktionsmodell freier Software („Open Source Software“) ist ein schon länger vielzitiertes Beispiel für derartige Commons im technologischen Bereich (vgl. z.B. Osterloh, Rota & Kuster, 2004). Die „Open Access“-Bewegung, die den freien Zugang zu wissenschaftlichen Ressourcen und insbesondere Publikationen fordert und geeignete Modelle hierzu entwickelt, ist ein anderes Beispiel (vgl. z.B. Mruck, Gradmann & Mey, 2004).

Im Bildungsbereich ist vor diesem Hintergrund die „Open Educational Resources“ Bewegung entstanden, die die gemeinschaftliche Entwicklung und das Teilen von „freien Bildungsressourcen“ auf vielfältige Weise propagiert und insbesondere in Hochschulen und Universitäten auf Resonanz stößt (vgl. UNESCO, 2002 und 2012; Geser, 2007; OECD, 2007; OPAL, 2011; SIG OER, 2012). Die Grundidee ist einfach und faszinierend zugleich: Lernmaterialien jeglicher Art, die ohnehin vielfach bereits in einem digitalen Format vorliegen und in ihrer Mehrzahl im öffentlich finanzierten Bildungsbereich entwickelt werden, stehen internetbasiert und mit alternativen Lizenzmodellen wie z.B. „Creative Commons“ Lizenzen¹ versehen, einer weltweiten Gemeinschaft von potentiellen Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung. Lernende können so wertvolle Bildungsressourcen für die eigene Weiterbildung und das Selbststudium erhalten und gewinnen an Autonomie. Lehrende duplizieren nicht weltweit Einführungsmaterialien, sondern bauen auf vorhandenen Unterlagen auf und passen sie ihren spezifischen Kontexten an.

1 Vgl. <http://de.creativecommons.org> und Kap. 3.3. Diese und die folgenden Internetadressen sind auf dem Stand vom 31.10.2012.

Bildungseinrichtungen realisieren zusätzlich einen Zugewinn an Transparenz und Qualitätssicherung.

Soweit die Vision, wie aber sieht die Umsetzung aus? Angestoßen hat die Bewegung das Massachusetts Institute of Technology (MIT) mit seiner OpenCourseWare-Initiative im Jahr 2001, in deren Rahmen das MIT alle Lehrmaterialien der Universität frei zugänglich im Internet veröffentlichte. Die britische Fernuniversität Open University ist mit ihrem OpenLearn-Portal im Jahr 2006 gefolgt und hat komplette Kursangebote, aufbereitet für die Fernlehre, im Internet weltweit für alle verfügbar gemacht. Neben diesen Vorreitern gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Projekten, Initiativen und Ansätzen, die die Idee der „Open Educational Resources“ auf vielfältige Weise umsetzen und in unterschiedlichsten Richtungen weiter entwickeln. Lange Zeit stammte dabei die überwiegende Zahl der Projekte und konkreten Umsetzungen aus dem angloamerikanischen Raum.

Im deutschsprachigen Bildungssektor wurde das Konzept eher langsam aufgenommen. Passend zum zehnjährigen Bestehen des Begriffs „Open Educational Resources“ – die UNESCO hat den Begriff im Jahr 2002 geprägt, als sie in einem Forum erweiterte Bildungsmöglichkeiten in Entwicklungsländern erörterte – scheint das Konzept auch im deutschsprachigen Raum größere Beachtung zu finden: Die Wochenzeitung ZEIT titelte in ihrem Bildungsteil jüngst „Die Edupunks kommen!“ (Werdes, 2012) und berichtete von den zahlreichen neuen Möglichkeiten, die freie Bildungsressourcen für unabhängige und eigenständige Lernende böten (so genannte „Edupunks“, die ggf. das Hochschulwesen gravierend verändern könnten). Zum gleichen Zeitpunkt lief bereits der zweite große deutschsprachige Offene Kurs „Trends im E-Teaching. Der Horizon-Report unter der Lupe“ im Format eines so genannten „Massive Open Online Course (MOOC)“ mit knapp 1500 registrierten Teilnehmenden. Das freie „Lehrbuch Lehren und Lernen mit Technologien (L3T)“, das in Österreich initiiert wurde und seit Anfang 2011 online verfügbar ist, freut sich ebenfalls großer Beliebtheit und bringt den Gedanken der „Open Educational Resources“ mit unterschiedlichsten Geschäftsmodellen auf der Ebene von Lehrbüchern voran (vgl. z. B. Ebner & Schön, 2011a).

Die UNESCO (2012) hat ihrerseits das zehnjährige „Jubiläum“ zum Anlass genommen eine neue Deklaration („Paris 2012 OER Declaration“) zu verabschieden, die die Entwicklung und Verbreitung von „Open Educational Resources“ weltweit weiter fördern soll. Das Jahr 2012 scheint also in vielfacher Hinsicht geeignet, die „Open Educational Resources“-Bewegung genauer zu betrachten und eine kritische Bilanz, insbesondere für den deutschsprachigen Raum, zu ziehen. Der Beitrag zeichnet die unterschiedlichen Strömungen und Entwicklungslinien zu „Open Educational Resources“ in der ersten Dekade nach, gibt einen Überblick über die Vielfalt der Umsetzungsinitiativen und -projekte, zeigt fördernde und hindernde Faktoren bei der Umsetzung dieser „realen Utopie“ auf und schätzt den gegenwärtigen Stand der Umsetzung abschließend kritisch ein. Dazu werden zunächst der Begriff bzw. das Konzept und zugehörige Weiterentwicklungen genauer betrachtet (Kap. 2), im Anschluss werden einige Beispiele dargestellt, die geeignet sind die Vielfalt der Umsetzungsmöglichkeiten zu verdeutlichen (Kap. 3), um dann Erfolgsfaktoren und Herausforderungen bei der Umsetzung zusammenzufassen (Kap. 4). Eine kritische Bilanzierung und ein Fazit runden den Beitrag ab (Kap. 5).

2. Begriff und Entwicklung über eine Dekade

a) Definitionen

Ein einheitliches Verständnis und eine allgemein akzeptierte Definition von „Open Educational Resources“ (OER) hat sich bislang nicht herausgebildet (vgl. Geser 2007, S. 20). Im Detail werden mit OER verschiedene Definitionen und Modellvorstellungen verbunden, die immer auch vom jeweiligen Anwendungskontext abhängen. Der Begriff selbst wurde erstmals bei einem Forum der UNESCO im Jahr 2002 benutzt und als zukunftsfähiges Konzept vorgestellt. OER bezeichnete hier „die durch Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützte freie Zurverfügungstellung von Bildungsmaterialien zur Einsichtnahme, Verwendung und Weiterentwicklung für nicht kommerzielle Zwecke durch eine Gemeinschaft von Nutzenden“ (UNESCO 2002, S. 24, Übers. PA).

Eine detailreichere Definition liefert die Hewlett Foundation, die viele OER-Projekte finanziell unterstützt hat. Ihre definitorische Beschreibung lautet:

Open Educational Resources sind Lehr-, Lern- und Forschungsressourcen, die lizenzfrei vorliegen oder mit einer Lizenz versehen sind, die ihren freien Gebrauch und eine Verwendung zu anderen Zwecken [ggf. mit Ausnahme von kommerziellen Zwecken] zulässt. Open Educational Resources beinhalten ganze Kurse, Kursmaterialien, Module, Lehrbücher, Videofilme, Tests, Software und alle übrigen Werkzeuge, Materialien oder Techniken, die benutzt werden, um Zugang zu Wissen zu ermöglichen. (Atkins, Brown & Hammond, 2007, S. 4, Übers. PA):

In dieser Definition wird bereits die Frage der Lizenzierung angesprochen, die in der Regel nicht nur eine einfache Nutzung, sondern auch eine Weiterentwicklung ermöglichen sollte (zur Lizenzierung s. ausführlich Kap. 3.3). Weiterhin wird in dieser Definition der Grundgedanke sichtbar, dass das Wissen, das in der Welt vorhanden ist, ein öffentliches Gut ist und das Internet außergewöhnliche Möglichkeiten bietet, eben dieses öffentliche Gut weltweit miteinander zu teilen, es zu nutzen, weiterzuentwickeln und wiederzuverwenden (Atkins et al., 2007, S. 5).

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat OER kurz und knapp als „digitalisierte Materialien, die frei und offen für Lehrende, Lernende in und außerhalb von Bildungsinstitutionen für die Lehre, das Studium und die Forschung zu nutzen sind“ beschrieben (Hylén, 2006, S. 1, Übers. PA). Die Adjektive „frei“ und „offen“ sind ebenfalls wieder unterschiedlich interpretierbar. Ein gemeinsamer Konsens scheint in dem Verständnis zu liegen, dass mit „frei“ und „offen“ solche Lernressourcen bezeichnet werden, bei denen Zugriff und Nutzung mit so wenig Hürden wie möglich in Bezug auf Kosten, Technologie und Rechte verbunden sind (Geser, 2007).

Weitere Definitionen unterscheiden sich ebenfalls im Detail. Als idealtypische Kernprinzipien von OER werden in der Regel die folgenden angesehen (Geser, 2007, S. 20, Übers. PA): Für OER ist kennzeichnend, dass

- der Zugang zu freien Inhalten (einschließlich der Metadaten) für Bildungsinstitute [...] sowie Endverbraucher wie Lehrende, Schüler/innen, Studierende und lebenslang Lernende kostenlos ist,
- Inhalte weniger restriktiv für die Weiterverbreitung zu Bildungszwecken lizenziert werden, sodass sie nach Möglichkeit verändert, kombiniert und in anderem Zusammenhang wiederverwendet werden können [...],
- für Lernsysteme/-werkzeuge eine Software benutzt wird, deren Quellcode zugänglich ist [...] und
- offene Schnittstellen [...] und Genehmigungen für die Weiterverbreitung von webbasierten Diensten sowie Inhalten vorhanden sind.

Diese Kernprinzipien werden in den unterschiedlichen Umsetzungsansätzen und –projekten selten im vollen Umfang verwirklicht; sie konturieren eher die anspruchsvolle Idee, die sich mit dem OER-Konzept verbindet.

Die Vielfalt der mit OER bezeichneten Elemente wird darüber hinaus in der nachstehenden Abbildung deutlich:

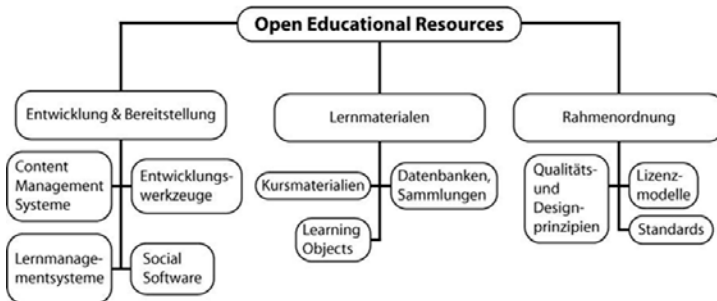


Abb. 2: Open Educational Resources (Quelle: e-teaching.org² in Anlehnung an OECD, 2007, S. 31)

b) Neuere Entwicklungen

In jüngerer Zeit wurde dafür plädiert den Begriff von „Open Educational Resources“ zu „Open Educational Practices“ zu verändern (vgl. den OPAL-Bericht 2011 mit dem Titel „Beyond OER: Shifting Focus from Resources to

2 <http://www.e-teaching.org/didaktik/recherche/oer/>

Practices“). Es wird kritisiert, dass mit der Bezeichnung OER der Fokus zu stark auf den Lehr- und Lernmaterialien selbst liegt sowie auf dem Zugang zu ihnen, der zugehörigen Infrastruktur und den Sammlungen in Datenbanken und so genannten Repositorien. Innovative Lehr- und Lernszenarien, in denen diese Materialien ggf. verwendet werden können, insbesondere auch für autonome Lernende, würden so kaum Aufmerksamkeit erhalten, ebenso wenig wie unterstützende Einsatzstrategien. Somit würde keine echte Innovation im Bildungsbereich gefördert (vgl. z.B. Baumgartner & Zauchner, 2007, OPAL 2011). Wesentlich für eine breite und vor allem innovative Verwendung von OER sind in dieser Argumentation aber eben die Lehr-/Lernszenarien und die Praktiken, in die OER eingebettet werden. Hier wiederum müssen auch insbesondere neuartige, flexible Lernarchitekturen für autonome Lernende mit berücksichtigt werden, die auf kollaborativem Lernen und dem (informellen) Lernen von Gleichgestellten („peer-learning“) aufbauen. Schon die OLCOS-Studie (Geser, 2007) hat angesichts der „offenen Nutzerschaft“ auch für die stärkere Berücksichtigung der Lehr-/Lernszenarien plädiert, in denen OER verwendet werden. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen werden „Open Educational Practices“ (OEP) umfassend definiert als „Praktiken, die die Produktion, Nutzung und Weiterverwendung von OER durch unterstützende Einsatzstrategien fördern, innovative Lehr-/Lernszenarien voran bringen sowie Lernende als Ko-Produzenten respektieren und für ihren Weg des lebenslangen Lernens befähigen“ (OPAL, 2011, S. 12, Übers. PA).

Etwas vereinfachend könnte man das Verhältnis von OER und OEP auch in folgendem Stufenmodell zusammenfassen: Auf der untersten Ebene finden sich einzelne Lernobjekte wie Texte, Abbildungen, Audiodateien etc. (OER Ebene 1) – Lernobjekte, die in umfassenden Lehr- bzw. Lernmaterialien zusammengestellt werden können. Solche Lehr- und Lernmaterialien können nun zu Lerneinheiten zusammen gefügt in traditionellen Kursen benutzt und weiterentwickelt werden oder auch von autonomen Lernenden im Rahmen ihres eigenständigen Selbststudiums (OER Ebene 2 – Freie Lehr-/Lernmaterialien oder Kurseinheiten). Werden die Lehr-Lernmaterialien oder einzelne Lernobjekte aber in flexible Lernarchitekturen eingebettet, die – wie z.B. in großen offenen Kursen – nicht mehr lehrendenzentriert und in forma-

len Bildungssettings ablaufen, sondern auf informellem, selbst organisierten und kollaborativen Lernen unter Gleichgestellten basieren, ist die Ebene 1 der OEP erreicht. Werden diese Formen darüber hinaus durch Einsatzstrategien und Richtlinien unterstützt, erreicht man OEP Ebene 2 (s. Tabelle 1).

OER / OEP Level	Beschreibung
OER 1	<i>Lernobjekte</i> wie z.B. Text, Abbildungen, Audio, Video als Bausteine
OER 2	Zusammenstellung von Lernobjekten in <i>Lehr-/Lernmaterialien</i> , eingesetzt und weiter entwickelt in traditionellen Kursen oder im individuellem Selbststudium
OEP 1	Nutzung und Zusammenstellungen von Lernobjekten sowie Lehr-Lernmaterialien in flexiblen, offenen Lernarchitekturen wie beispielsweise großen offenen Kursformaten, auch außerhalb von Bildungsinstitutionen, die vollständig auf selbst gesteuertes, kollaboratives oder informelles Lernen setzen
OEP 2	Hochschulweite oder nationale Einsatzstrategien, Richtlinien und Förderprogramme für OER und OEP

Tab. 1 – vereinfachte Stufen zu OER und OEP

Wirklich trennscharf ist diese Unterteilung aber nicht, da es auch zahlreiche Mischformen gibt und weitere Varianten im Entstehen sind, die sich nur schwerlich einordnen lassen (vgl. in Kapitel 3 „X-MOOCs“ versus „C-MOOCs“). Der Begriff OEP hat sich auch noch nicht im größerem Maßstab durchgesetzt, sodass häufig auch genau die innovativen, flexiblen Lernformate autonomer Lernerinitiativen weiterhin mit OER als allgemeinem Oberbegriff bezeichnet werden (so der sprachlichen Vereinfachung halber auch in diesem Text).

3. Vielfalt der Umsetzung

a) Internationale Beispiele

Vorreiter bei der Umsetzung der OER-Idee waren das MIT mit der OpenCourseWare-Initiative³ sowie die britische Fernuniversität Open University mit ihrem OpenLearn-Portal⁴. Die Initiative des MIT im Jahr 2001, alle Lehrmaterialien im Internet frei verfügbar zu machen und damit als renommierte private Universität den Zugang zu hochwertigen Lehrmaterialien deutlich zu erleichtern, war zum damaligen Zeitpunkt einzigartig und wurde weltweit viel beachtet. Allerdings waren die Lehrmaterialien in keiner Weise für ein unabhängiges Fernstudium aufbereitet, sondern waren genau die Unterlagen, die Lehrende des MIT im Rahmen ihrer Präsenzlehre an der Universität verwendeten. Aufgrund des Charakters der Open University als Fernuniversität waren die Lerneinheiten, die die Open University im OpenLearn Portal frei veröffentlichte, im Gegensatz dazu in sich abgeschlossene, für die Fernlehre aufbereitete Kurse. Die Open University stellte dafür nicht alle ihre Kurse frei zur Verfügung, sondern nur einen kleineren Teil.

Für beide Institutionen erfüllte ihre OER-Initiative damit auch eindeutig Marketingzwecke, da auf diese Weise auch neue Studieninteressierte geworben wurden. Die Funktionalisierung der OER-Idee zu Marketingzwecken ist vielfach kritisiert worden, im Falle des MIT wurde darüber hinaus auch die Dominanz US-amerikanischer Materialien auf dem internationalen Bildungsmarkt zum Teil kritisch betrachtet (vgl. z. B. Bergamin & Filk, 2009; Didden & Verjans, 2012).

In jedem Fall bleiben beide Initiativen aber institutionenzentriert und in traditionellen Kursformaten mit einer herausragenden Rolle eines Lehrenden bzw. eines klaren Instruktionsdesigns im Falle der Open University verhaftet. Diese Beschreibung gilt auch für spätere Weiterentwicklungen wie beispielsweise das OpenCourseWare Consortium⁵, einem weltweiten Netzwerk von Universitäten, das, ebenfalls auf eine Initiative des MIT zurückgehend, freie

3 <http://ocw.mit.edu>

4 <http://openlearn.open.ac.uk/>

5 <http://www.ocwconsortium.org>

Kurse im Bereich der Hochschulbildung anbietet oder OER Africa⁶, einem OER-Netzwerk mit regionalem Fokus. Auf der einen Seite erleichtern diese Initiativen und Projekte den Zugang zu qualitativ hochwertiger Hochschulbildung in bislang nicht bekanntem Maße (Englischkenntnisse vorausgesetzt). Andererseits schaffen sie aber keine wirklich neuen Lehr-/Lernszenarien, die ggf. den speziellen Bedürfnisse autonomer Lernenden auf ihren häufig eigenwilligen Pfaden des lebenslangen Lernens stärker entgegen kommen als traditionelle Kursangeboten und „präkonfektionierte“ Studienprogramme tertiärer Bildungsorganisationen.

OER-Initiativen, oder genauer gesagt OEP-Initiativen, mit neuartigen Lehr-/Lernszenarien, die für diese noch kleine, aber beständig wachsende Gruppe Lernender besonders geeignet erscheinen, sind die Projekte „OpenStudy“⁷ oder die „Peer-to-Peer University“ (P2PU)⁸. Open Study bietet ein Online-Forum für themenbasierte Studiengruppen, die sich zu bestimmten OER-Materialien, einzelnen OER-Kursen oder völlig unabhängig von bestimmten Materialien oder Kursen bilden können. Die Peer-to-Peer University basiert auf dem Ansatz des Lernens von Gleichgestellten. Wer sich als Expertin oder Experte für ein Themengebiet begreift – und sei es noch so klein –, kann hier einen Kurs anleiten. An den jeweiligen Fragen oder Themen interessierte Personen können dann an einem solchen „informellen Lehrangebot“ teilnehmen, vollkommen unabhängig von formalen Bildungsinstitutionen.

Eine weitere Umsetzung der OER-Idee, die ebenfalls ein neues Lehr-/Lernszenario konstituiert, sind die so genannten „Massive Open Online Courses (MOOCs)“. Sie sind Kurse, die in der Regel institutionenunabhängig von Expertinnen und Experten angeboten werden, komplett internetbasiert ablaufen, keine Teilnahmebeschränkung haben, oft OER-Materialien als Lernressourcen nutzen, aber vor allem mit einer minimalistischen Struktur auskommen und die Verantwortung für das Lernen komplett in die Hände der Teilnehmenden geben. MOOCs basieren im großen Maßstab auf den Beiträgen und den Reflexionen der Teilnehmenden, die in der Regel mit Hilfe frei verfügbarer Web 2.0 Werkzeuge wie Weblogs oder Twitter eingebracht wer-

6 <http://www.oerafrica.org>

7 <http://openstudy.com>

8 <https://p2pu.org>

den. MOOCs überlassen es ebenfalls den Teilnehmenden ihre eigenen Lernpfade in der Zusammenarbeit mit anderen zu gestalten und auch ihren jeweiligen Beteiligungsgrad selber festzulegen. Die Teilnehmerzahl liegt häufig bei mehreren Tausenden, teilweise kommen auch über 100.000 registrierte Lernende zusammen (z.B. im MOOC Change11⁹). Die geringe Strukturierung und die große Offenheit in vielen Dimensionen werden zum Teil aber auch als verwirrend und überfordernd wahrgenommen: „Es ist Chaos mit vielen verschiedenen Ebenen von Freiheit“ (Didderen & Verjans, 2012, S. 14, Übers. PA).

Interessanterweise ist jüngst die OER-Praktik der großen, frei zugänglichen und stärker informell organisierten MOOCs wieder zurück an die etablierten Institutionen gekommen. Bekanntestes Beispiel ist eine Vorlesung des Stanford-Professors Thrun zu Künstlicher Intelligenz¹⁰, die frei über das Internet angeboten wurde und auf 160.000 Interessierte stieß. Diese Resonanz hat im Jahr 2012 zu verschiedenen Aus- und Neugründungen bzw. Verbänden im Bereich der amerikanischen Elite-Universitäten geführt, die solche offenen Großformate für Hunderttausende frei anbieten und Geschäftsmodelle eher über Zertifizierungsangebote entwickeln (z.B. Udacity¹¹, Coursera¹², edX¹³; vgl. auch „Ivy League for the Masses“ Ripley, 2012). Das besondere im Sinne der OER-Idee bleibt hier, dass komplette Kursangebote der Elite-Universitäten frei zugänglich werden, andererseits überwiegt in diesen Kursen trotz der immensen Teilnehmerzahlen wieder ein klassisches lehrerzentriertes Szenario. Diese MOOCs werden daher zur Unterscheidung von den zuvor erwähnten MOOCs mit lernerzentrierter, informeller Struktur als X-MOOCs (von edX) bezeichnet, die informellen MOOCs als C-MOOCs (C für „connectivism“, ein Lernansatz der Verbindungen und Gemeinschaft betont) (vgl. z.B. Daniel, 2012).

Eine weitere Art der Umsetzung des OER-Konzepts sind Sammlungen und spezialisierte Suchmaschinen für OER-Materialien wie beispielsweise „Wikieducator“¹⁴ oder „OER Commons“¹⁵. Noch einen anderen Ansatz stellt die

9 <http://change.mooc.ca>

10 <https://www.ai-class.com/>

11 <http://www.udacity.com>

12 <https://www.coursera.org>

13 <https://www.edx.org>

14 <http://wikieducator.org>

Sammlung per Video aufgezeichneter Vorlesungen mittels iTunesU¹⁶ (U steht für Universität) dar, die ebenfalls in Angebot und Nutzerzahlen kontinuierlich zunimmt. Da iTunesU auf proprietärer Software der Firma Apple aufsetzt, zählt iTunesU im engeren Sinne nicht als OER-Sammlung (da das zuvor genannte Kernprinzip der Nutzung frei zugänglicher Software nicht erfüllt ist). Dennoch stellt iTunesU, insbesondere wegen seiner mobilen Nutzungsmöglichkeiten auf iPhones oder iPads, eine viel genutzte Möglichkeit dar, Hochschulvorlesungen zu nutzen bzw. zu veröffentlichen.

Mit diesen wenigen Beispielen werden schon das breite Spektrum und die große Vielfalt an Umsetzungsmöglichkeiten der OER-Idee deutlich. Auf noch anderer Ebene liegen erste Entwicklungen zur Frage, wie denn Bewertung und Teilnahmedokumentation in offenen Kursformaten mit Tausenden von Teilnehmendenrealisiert werden kann, der Frage des „open assessment“. In (C)-MOOCs wird zum Teil mit visuellen Repräsentationen der Teilnahme („online badges“) experimentiert ebenso wie mit Formen der gegenseitigen Bewertung der Teilnehmenden („peer-assessment“). In wieweit diese Arten der Dokumentation und Bewertung mittelfristig Anerkennung finden, von den Teilnehmenden gewünscht werden oder sogar zu tragenden Geschäftsmodellen für die Bereitstellung von OER- Kursen werden, lässt sich derzeit schwer einschätzen (vgl. auch Diddersen & Verjans, 2012).

Auf der Ebene von Strategien und Richtlinien haben derzeit verschiedene Länder nationale OER Strategien entwickelt und fördern die Produktion und Erprobung von OER Materialien im größeren Umfang (z.B. Indien, Polen, Südafrika; vgl. Mulder, 2012). Zum Teil haben einzelne Länder auch nationale OpenCourseWare Netzwerke gegründet (z.B. Spanien, Niederlande und Großbritannien, vgl. ebd.).

b) Beispiele aus dem deutschsprachigen Raum

Wie sieht es nun mit Beispielen aus dem deutschsprachigen Hochschulraum aus? Insgesamt scheint die Verbreitung und Umsetzung des OER-Konzepts in den D-A-CH-Staaten (Deutschland, Österreich, Schweiz) wesentlich langsamer zu sein, als im internationalen, vor allem angloamerikanischen Raum

15 <http://www.oercommons.org/>

16 <http://www.apple.com/education/itunes-u/>

(vgl. Goertz & Johanning, 2007; Zauchner, Baumgartner, Blaschitz & Weissenbäck, 2008; Deimann & Bastiaens, 2010; Ebner & Schön, 2011b). Es ist zwar angesichts der Vielfalt der Umsetzungsmöglichkeiten schwierig, valide empirische Belege für diese Aussage zu finden, aber verschiedene Indikatoren lassen sie zumindest sehr plausibel erscheinen: In einer Bestandsaufnahme von OER-Initiativen weltweit (Goertz & Johanning, 2007) werden nur sehr wenig Projekte aus dem deutschsprachigen Raum aufgeführt. Die wenigen, die genannt werden, erfüllen nur eine sehr weite Definition von OER und werden in anderen Untersuchungen entsprechend nicht als OER-Projekte geführt (vgl. ausführlich Braun, 2008).

Für eine noch geringe Verbreitung des OER Gedanken spricht weiterhin auch, dass keiner der D-A-CH-Staaten über eine nationale OER-Strategie oder größere nationale Förderprogramme mit ausgewiesenem OER-Fokus verfügt. In den aufgeführten internationalen Verbänden und Netzwerken sind deutschsprachige Hochschulen auch eher selten vertreten. Im OpenCourseWare-Consortium ist einzig die Universität Klagenfurt vertreten (Stand: September 2012). iTunesU startete im deutschsprachigen Raum erst 2009 und noch sind weniger als 5 % der mit einem Angebot auf iTunesU vertretenen Hochschulen aus den D-A-CH-Staaten. Auch eine jüngere Studie zur Akzeptanz des OER-Gedankens auf der Seite der Hochschullehrenden an deutschsprachigen Hochschulen zeigte nur ein mittleres Maß an Akzeptanz und insbesondere an Bereitschaft auf, sich stärker im OER-Bereich zu engagieren (Deimann & Bastiaens, 2010).

Dennoch gibt es einzelne erfolgreiche Umsetzungen des OER-Gedankens auch im deutschsprachigen Raum. Ein viel beachtetes Beispiel ist das seit Anfang 2011 vorliegende freie „Lehrbuch für Lernen und Lehren mit Technologien (L3T)“¹⁷, einer österreichischen Initiative. Es wurde in einem kollaborativen Arbeitsprozess von mehr als 100 Autorinnen und Autoren erstellt und liegt in den unterschiedlichsten Medienformaten vor, in einer Version frei zugänglich im Internet.

Ebenfalls in 2011 fanden die ersten deutschsprachigen MOOCs statt, zunächst ein offener Kurs, der eine reguläre Präsenzlehrveranstaltung an einer Univer-

17 <http://l3t.eu>

sität mit einem offenen Forum ergänzte: der „Open Course on Workplace Learning“ (OPWL)¹⁸. Für den komplett online ablaufenden offenen Kurs zur „Zukunft des Lernens“, unterstützt durch die Goethe-Universität Frankfurt und den unabhängigen Weiterbildungsblogger Jochen Robes registrierten sich mehr als 900 Teilnehmende und diskutierten Lernrends über einen Zeitraum von 11 Wochen. Die gleichen Akteure, zusätzlich unterstützt durch das Projekt „e-teaching.org“ des Instituts für Wissensmedien der Universität Tübingen, haben in 2012 einen weiteren offenen Kurs „Open Course Trends im E-Teaching. Der Horizon-Report unter der Lupe (OPCO12)“¹⁹, angeboten, der sich mit dem Horizon-Bericht zu neueren E-Learning Trends auseinandersetzt und knapp 1500 registrierte Teilnehmende hatte²⁰.

Dass MOOCs mittlerweile auch im deutschsprachigen Raum Konjunktur haben, zeigt auch ein Blogeintrag eines Teilnehmers am OPCO12. Er formulierte im Oktober unter der Überschrift „Die MOOC Uni“, dass passend zum Semesterstart seiner deutschen Heimathochschule auch zahlreiche interessante MOOCs beginnen, sodass die Frage derzeit auch in Deutschland eher zu sein scheint „an welchem MOOC nehme ich teil“ als „wie nehme ich an einem MOOC teil“ (Franz, 2012). Noch haben die deutschsprachigen MOOCs aber überwiegend einen Bezug zum Lernen selbst. Es bleibt interessant zu beobachten, wann diese thematische Dopplung wegfällt und MOOCs auch zu ganz anderen Inhalten angeboten werden.

Auch wenn der relative Anteil der Hochschulen aus den D-A-CH-Staaten, die ein Angebot über iTunesU machen, noch gering ist, stellen immerhin schon knapp 40 Hochschulen aus Deutschland und der Schweiz ein Angebot auf iTunesU zur Verfügung. Interessant wäre darüber hinaus herauszufinden, wie viele Lernende in den D-A-CH-Staaten englischsprachige (oder anderssprachige) OER-Angebote nutzen. Dazu liegt bis lang aber noch keine Untersuchung vor, was vermutlich an der unübersichtlichen Lage der unterschiedlichen Umsetzungen der OER Idee liegt, aber auch daran, dass die informell

18 <http://ocwl11.wissensdialoge.de>

19 <http://opco12.de>

20 Zahlenangaben gemäß Video-Clio „Zahlen & Fakten zum OPCO 2012“ von e-teaching.org ; <http://www.youtube.com/watch?v=Z1s-u3wWrjY&feature=share&list=UUPEDCDMghrMTn10XJYR12iQ>

Lernenden wesentlich schwerer zu erfassen wären als Lernende in klassischen Bildungsinstitutionen.

c) Exkurs: Creative Commons Lizenzen







Die Umsetzung der OER-Idee baut wesentlich auf so genannte alternative Lizenzierungsmöglichkeiten. Stellvertretend für viele andere soll hier kurz ein internationales, aber auch zunehmend im deutschsprachigen Raum verbreitetes Lizenzsystem vorgestellt werden, die so genannten Creative Commons Lizenzen²¹.

Grundgedanke aller alternativen Lizenzierungssysteme ist, dem Urheber differenziertere Möglichkeiten zur Bestimmung der Nutzungs- und Verwertungsrechte an seinen Werken zu geben, als bislang möglich, um so eine Nutzung und Verwertung unter bestimmten Bedingungen zu erleichtern und Rechtsunsicherheit zu reduzieren. Ohne besondere Lizenzierung gab es bislang nur die Möglichkeit auf eine Veröffentlichung im Internet zu verzichten oder sich alle Rechte vorzubehalten, d.h. jede weitere Nutzung bedurfte der Einzelgenehmigung durch den Urheber oder die Urheberin. Durch die Creative Commons Lizenzen können die Urheberinnen oder Urheber jetzt bestimmte Nutzungsrechte freigeben, andere aber nicht bzw. die Nutzung nur unter bestimmten Bedingungen zulassen.

Derzeit gibt es sechs verschiedene Creative Commons Lizenzen im deutschsprachigen Rechtsraum zur Auswahl. Als Urheberin eines im Internet veröffentlichten Werkes kann ich festlegen, dass das Werk ohne meine Genehmigung im Einzelfall genutzt werden kann, wenn ich als Urheberin genannt werde (*Namensnennung*). Darüber hinaus kann ich mit weiteren Lizenzen festlegen, ob mein Werk auch kommerziell genutzt werden darf oder nicht (*Namensnennung-Nicht Kommerziell*) sowie ob mein Werk bearbeitet werden darf oder nicht (*Namensnennung-Keine Bearbeitung*) und ob etwaige Bearbeitungen zu den gleichen Konditionen weiter gegeben werden müssen (*Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen*) oder nicht. Aus der Kombination dieser einschränkenden Bedingungen ergeben sich insgesamt folgende sechs in Tabelle 2 zusammengestellte Creative Commons Lizenzen.

21 <http://de.creativecommons.org/was-ist-cc/>

Die Lizenzen als solche sind detailliert ausgearbeitete und rechtlich geprüfte Lizenzverträge; die Kurzbezeichnungen sowie die Symbole dienen nur der schnellen Erkennung:

	Namensnennung
	Namensnennung-KeineBearbeitung
	Namensnennung-NichtKommerziell
	Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung
	Namensnennung-Nicht Kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen
	Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen

Tab. 2 – Sechs Creative Commons Lizenzen im deutschsprachigen Raum (Quelle: <http://de.creativecommons.org/was-ist-cc/>)

Die Verwendung derartiger alternativer Lizenzsysteme schafft die notwendige Rechtssicherheit im Umgang mit OER-Materialien und trägt erheblich zur Umsetzung des Kerngedankens des OER-Konzepts bei, vorhandene Lehr- und Lernressourcen weiter zu entwickeln und an die eigenen Kontexte anzupassen.

4. Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Unter welchen Bedingungen gelingt es, OER Materialien zu produzieren und gemeinschaftlich zu nutzen? Welche Hürden sind dabei zu überwinden? Erfolgsfaktoren und Hemmnisse sind je nach konkreter Umsetzung und dem jeweiligen Kontext im Einzelfall unterschiedlich. Dennoch gibt es einige generelle Erfolgsfaktoren, die für die meisten Ansätze und Initiativen gelten. Ebenso existieren generelle „Stolpersteine“, die in vielen OER-Projekten aus dem Weg geräumt werden müssen, auch wenn sie in jedem Projekt eine etwas andere Gestalt annehmen können.

Als ein genereller Erfolgsfaktor für Produktion und Nutzung von OER-Materialien gilt die Einbettung der OER-Initiative in eine aktive Nutzergemeinschaft (Community of Practice). Nur wenn derartige gemeinschaftliche, ebenfalls internetbasierte Strukturen etabliert werden können, werden OER-Sammlungen genutzt und „mit Leben gefüllt“ (Geser, 2007; Attwell, 2008; Arnold, 2009). Eng damit verbunden sind Vertrauen und ein allgemeines Gefühl der Sicherheit weitere Erfolgsfaktoren, die es zu beachten gilt. Vertrauen bildet sich in engagierten Nutzergemeinschaften eher heraus, als in OER-Sammlungen in Repositorien, die nicht in ein Netzwerk von Akteuren eingebunden sind. Vor diesem Hintergrund kann auch das Wissen um und die Verbreitung von alternativen Lizenzierungsmodellen wie den Creative Commons Lizenzen grundlegend zum Erfolg von OER-Initiativen beitragen (OPAL, 2011, S. 171).

Generelle Hürden liegen auf verschiedenen Ebenen: auf der Makroebene ist es oft schwierig, innerhalb einer Organisation einen Konsens zur Nutzung von OER zu erreichen. Ebenso sind komplexe Abstimmungsprozesse zwischen den zahlreichen unterschiedlichen interessierten Parteien zu durchlaufen, bevor so etwas wie eine nationale OER Strategie verabschiedet werden kann. In Ländern mit föderalistisch strukturierter Bildungspolitik wie in Deutschland kommt noch eine weitere Ebene der Komplexität hinzu. Weiterhin ist es allgemein anspruchsvoll, für den jeweiligen Kontext passende und tragende Geschäftsmodelle zu finden. Genauso herausfordernd ist es, eine kritische Masse bei Sammlungen von OER-Material zu erreichen sowie die Beteiligten darin zu unterstützen und zu qualifizieren, OER-Material zu produzieren bzw. zu verwenden und weiter zu entwickeln.

Auf der Mikroebene der Akzeptanz durch einzelne Lehrende einer Hochschule oder einer anderen Organisation hat die OPAL Studie (2011) mit Fokus auf die Umsetzung in europäischen Staaten fünf entscheidende Hürden identifiziert:

1. Das Fehlen unterstützender Strukturen innerhalb der Organisation
2. Das Fehlen angemessener technologischer Werkzeuge
3. Das Fehlen von Fertigkeiten und Zeit

4. Unzureichende Qualität oder Passung vorhandener OER-Materialien
5. Persönliche Hürden (Vertrauen, Zeit, Motivation, etc.)

Der Mangel an Unterstützung seitens der Organisation, insbesondere das Fehlen von Anreizsystemen, wird auch in einer UNESCO Studie (2009) als wichtige Hürde herausgestellt. Der letztgenannte Punkt, fehlendes Vertrauen, scheint ebenso entscheidend zu sein, denn die OPAL-Studie formuliert als ein Ergebnis: „Unabhängig davon, ob die Lehrenden OER als wichtig für sich selbst oder für andere einstufen (z.B. für die Studierenden), galt, je geringer die Angst, die Unsicherheit und das Unbehagen in Bezug auf OER-Materialien war, desto häufiger fanden diese Materialien Verwendung“ (OPAL, 2011, S. 171, Übers. PA).

Mit diesen Schwierigkeiten ringt jede der genannten Initiativen und Umsetzungsprojekte, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Studien zur Verbreitung von OER identifizieren im deutschsprachigen Raum weitgehend ähnlich wirkende Hürden wie auf internationaler Ebene (Braun, 2008; Deimann & Bastiaens, 2010). Gibt es aber ggf. zusätzliche Faktoren, die die Verbreitung und Akzeptanz der OER-Idee im deutschsprachigen Raum noch einmal besonders erschweren und die eventuell für das langsamere Tempo der Aufnahme der Idee und ihrer Umsetzung verantwortlich sind?

Bei der Frage, welche besonderen Hürden im deutschsprachigen Raum auftreten, kommt zwei empirischen Studien Bedeutung zu: Barbara Braun (2008) hat in ihrer empirischen Studie zur Nutzung und Integration von OER an deutschsprachigen Hochschulen die folgenden erschwerenden Faktoren identifiziert:

- die tief in der akademischen Kultur in Deutschland verwurzelte Praxis, keine Lehrmaterialien außer selbst hergestellten, zu nutzen,
- die Schwierigkeit, in vorhandenen OER-Materialien passendes Material für den kulturellen Kontext und das jeweilige Kompetenzniveau zu finden; noch erschwert durch die Tatsache, dass OER-Materialien lange den Fokus auf „Material“ hatten und kaum didaktische Aufbereitungen sowie kollaborative Szenarien damit verbunden waren,

- die Sprachhürde: es ist immer noch unüblich in deutschsprachiger Lehre englischsprachige Lehr- oder Arbeitsunterlagen einzusetzen (anders als beispielsweise bei wissenschaftlicher Literatur)
- zu wenige Beispiele guter Praxis oder bekannter OER-Initiativen im deutschsprachigen Raum, die die Akteure zur Aufnahme von OER-Material anregen könnten.

Die zwei Jahre später erschienene Studie von Markus Deimann und Theo Bastiaens (2010) zeigt keine grundsätzlich veränderte Situation auf. Die Autoren fassen ihre Ergebnisse zu den Hemmnissen einer OER-Verbreitung im deutschsprachigen Hochschulkontext unter folgenden vier Kategorien zusammen:

- *Kulturelle Barrieren*: Ähnlich wie in der Studie von Braun wird hier auf die geringe Akzeptanz von nicht selbst produzierten, in anderen Kontexten erstellten oder in fremden Sprachen vorliegenden Materialien in der deutschsprachigen Lehre berichtet („not invented here“-Syndrom).
- *Fehlende Beispiele*: Im deutschsprachigen Raum ist die OER-Idee noch wenig bekannt und es gibt nur eine reduzierte Auswahlmöglichkeit.
- *Rechtliche Verunsicherung*: aufgrund geringer Kenntnisse über alternative Lizenzierungssysteme gibt es große Verunsicherung in Hinblick auf Copyright-Verletzungen.
- *Technische Probleme*: Suchmaschinen und OER-Repositoryen lassen sich häufig nicht schnell und effizient durchsuchen.

5. Fazit und Ausblick

Für viele ist die Open-Educational-Resources-Bewegung eine der sichtbarsten Auswirkungen des Internets auf den Bildungsbereich (Brown & Adler, 2008). Andere schreiben ihr „revolutionäres Potential“ für den Bildungsbereich zu (vgl. Bonk, 2009) oder sehen in den internetbasierten OER-Materialien sogar eine „disruptive Technologie“, eine Innovation also, die bestehende Technologien oder Vorgehensweisen in einem Bereich völlig verändern wird (Beispiel Digitalkamera für das Fotografieren; zum Begriff vgl. Bower &

Christensen, 1995). Der in diesem Beitrag gegebene Überblick über die Entwicklung des OER-Konzepts in der ersten Dekade seit Prägung des Begriffs, die vorgestellten Umsetzungsbeispiele sowie die Analyse derzeitiger Akzeptanz- und Verbreitungshemmnisse insbesondere im deutschsprachigen Hochschulkontext haben gezeigt, dass diese „revolutionären Prognosen“ derzeit überzogen erscheinen. Das OER-Konzept bzw. seine Umsetzungen stehen zumindest im deutschsprachigen akademischen Bereich eher am Anfang, auch wenn die „Öffnung der Hochschulen“ im Sinne der OER-Bewegung in den vergangenen zwei – drei Jahren durchaus in Bewegung gekommen ist.

Zahlreiche Herausforderungen müssen bewältigt werden: Für eine größere Verbreitung sind Maßnahmen auf Makro- wie auf Mikroebene wichtig. Auf der Makroebene bräuchte es nationale Strategien und Förderprogramme und innerhalb von Hochschulen ebenfalls organisationsweite Strategien sowie Anreizsysteme. In Deutschland hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz für Ende des Jahres 2012 eine umfangreiche Anhörung zum Thema OER gestartet (nicht ganz unpassender Kommentar eines OER-Forschenden in seinem Weblog „netzpolitik.org“: „Open Education – Milliarden in den USA. Fragen in Deutschland“²²). Ggf. bringen Ergebnisse hier die OER-Bewegung voran.

Auf der Mikroebene braucht es weiterhin erfolgreiche Bottom-Up Initiativen bzw. „Leuchtturmprojekte“, denen es gelingt, eine Gemeinschaft um die OER-Idee aufzubauen, und so anderen Akteuren im Bildungsbereich Orientierungspunkte zu bieten. Weiterhin wird die Verschiebung innerhalb der OER-Bewegung von Materialien hin zu innovativen Lehr-/Lernszenarien und Praktiken, die das informelle Lernen und das Lernen von Gleichgestellten einbeziehen, die Verbreitung im deutschsprachigen Raum ebenfalls fördern ebenso wie ein höherer Bekanntheitsgrad alternativer Lizenzierungsmodelle.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass in einer Dekade des Begriffs bzw. des Konzepts „Open Educational Resources“ im internationalen Raum vielfältige Umsetzungen entstanden sind und mittlerweile auch einige erfolgreiche Beispiele in den D-A-CH-Staaten vorliegen. Weiterhin kann man im

22 <https://netzpolitik.org/2012/open-education-milliarden-in-den-usa-fragen-in-deutschland/>

internationalen wie auch im deutschsprachigen Bereich eine Entwicklung weg von einem Fokus auf Materialien hin zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit für die mit OER-Materialien verbundenen Lernarchitekturen und hier insbesondere für das informelle Lernen in großen, schwach strukturierten Gruppen konstatieren. Insgesamt ist die Aufnahme und Umsetzung der Idee im deutschsprachigen Bereich noch geringer, wobei Sprache und kulturelle Anpassung Haupthürden darstellen.

Zudem gilt es, die fördernden Faktoren genauer zu untersuchen: Welche Anreizsysteme können im akademischen Kontext öffentlich finanzierter Hochschulen aufgebaut werden? Wie können Nutzergemeinschaften etabliert werden? Wie kann die Rechtsunsicherheit gezielt überwunden werden? Wie können innovative Lernarchitekturen wie offene, große Online- Kurse ggf. in Bologna kreditierte Veranstaltungen integriert werden?

Für ein letztes Fazit soll hier passend zum Thema eine Aussage von Diddersen & Verjans (2012, S. 15; Übers. PA) wieder verwendet und auf den deutschsprachigen Kontext übertragen werden:

Die Schlüsselfrage ist hier, ob unsere tertiären Bildungseinrichtungen und ihre Lehrenden es sich leisten können, eine ‚Warten-wir-einmal-ab-Haltung‘ bezüglich diesen [den OER- und OEP-]Bewegungen an den Tag zu legen. Die Frage zu stellen, heißt eigentlich schon sie zu beantworten.

Literaturverzeichnis

- Arnold, P. (2009). Freie Bildungsressourcen durch Communities of Practice? – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren beim Aufbau von Communities of Practice in Bildungskontexten. In P. Bergamin, H. Muralt Müller & C. Filk (Hrsg.), *Offene Bildungsinhalte (OER), Teilen von Wissen oder Gratisbildungskultur?* (S. 101–124). Bern: h.e.p.
- Atkins, D. E., Brown, J. S., Hammond, A. L. (2007, Februar). *A Review of the Open Educational Resources (OER) Movement. Achievements, Challenges, and New Opportunities. Report to The William and Flora Hewlett Foundation.* Zugriff am

- 01.10.2012 über [http://cohesion.rice.edu/Conferences/Hewlett/emplibrary/A%20Review%20of%20the%20Open%20Educational%20Resources%20\(OER\)%20Movement_BlogLink.pdf](http://cohesion.rice.edu/Conferences/Hewlett/emplibrary/A%20Review%20of%20the%20Open%20Educational%20Resources%20(OER)%20Movement_BlogLink.pdf)
- Attwell, G. (2008). *BAZAAR Project Scenario Papers*. Zugriff am 01.10.2012 über <http://www.pontydysgu.org/wp-content/uploads/2008/05/scenarios.doc>
- Baumgartner, P. & Zauchner, S. (2007). Freie Bildungsressourcen im didaktischen Kontext. In C. Eybl, J. Magenheimer, S. Schubert & M. Wessner (Hrsg.), *DeLFI 2007: 5. e-Learning-Fachtagung Informatik. Proceedings* (S. 57–66). Bonn: Gesellschaft für Informatik.
- Bergamin, P. & Filk, C. (2009). Open Educational Resources (OER) – Ein didaktischer Kulturwechsel? In P. Bergamin; H. Muralt Müller & C. Filk (Hrsg.), *Offene Bildungsinhalte (OER), Teilen von Wissen oder Gratisbildungskultur?* (S. 25–38). Bern: h.e.p.
- Bonk, C. J. (2009). *The world is open: How web technology is revolutionizing education*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Bower, J. & Christensen, C. (1995, Januar). "Disruptive Technologies: Catching the Wave". *Harvard Business Review*, S. 43–53.
- Braun, B. (2008). *Die Open Educational Resources Bewegung – Optionen und Hürden für Lehrende an deutschen Hochschulen*. Heidelberg: Universitätsbibliothek der Universität Heidelberg. Zugriff am 01.10.2012 über www.ub.uni-heidelberg.de/archiv/8676/
- Brown, J. S., Adler, R. P. (2008). Minds on Fire: Open Education, the Long Tail and Learning 2.0. *Educause Review*, 43(1), S. 16–32.
- Daniel, J. (2012). *Making sense of MOOCs: Musings in a maze of myth, paradox and possibility*. Seoul: Korean National Open University. Zugriff über <http://www.tonybates.ca/wp-content/uploads/Making-Sense-of-MOOCs.pdf> daniel
- Deimann, M. & Bastiaens, T. (2010). Potenziale und Hemmnisse freier digitaler Bildungsressourcen – eine Delphi-Studie. *Zeitschrift für E-Learning*, 5(3), S. 7-18.
- Didderen, W. & Verjans, S. (2012). Does the phenomenon of Open Educational Resources lead to new didactic model? "It depends". In SIG OER (Hrsg.), *Trend Report Open Educational Resources 2012* (S. 9-15). Utrecht: SURF Foundation – Special Interest Group Open Educational Resources,.

- Ebner, M. & Schön, S. (2011a). Mit Vielen offene Bildungsressourcen erstellen: Neue Wege der Erstellung von Lehrbüchern am Beispiel von L3T. In T. Köhler & J. Neumann (Hrsg.), *Wissensgemeinschaften. Digitale Medien – Öffnung und Offenheit in Forschung und Lehre* (S. 21–35). Münster: Waxmann.
- Ebner, M. & Schön, S. (2011b, Oktober). Offene Bildungsressourcen: Frei zugänglich und einsetzbar. In K. Wilbers & A. Hohenstein (Hrsg.), *Handbuch E-Learning. Expertenwissen aus Wissenschaft und Praxis – Strategien, Instrumente, Fallstudien*. 39(7-15), S. 1–14). Köln: Deutscher Wirtschaftsdienst (Wolters Kluwer Deutschland). Erg.-Lfg. Oktober 2011.
- Franz, T. (2012). *Die MOOC-Uni*. Blog Beitrag. Zugriff am 08.10.2012 über <http://opco12.de>
- Geser, G. (Hrsg.). (2007). *Open educational Practices and Resources. OLCOS Roadmap 2012*. Salzburg: Salzburg Research/EduMedia Group. Zugriff am 01.10.2012 über http://www.olcos.org/cms/upload/docs/olcos_roadmap.pdf
- Goertz, L. & Johanning, A. (2007). *Open Educational Resources an internationalen Hochschulen – eine Bestandsaufnahme*. Essen: MMB Institut für Medien- und Kompetenzforschung.
- Helfrich, S. & Heinrich-Böll-Stiftung (2012). *Commons – Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transcript.
- Hylén, J. (2006). *Open Educational Resources: Opportunities and Challenges*. OECD-CERI. Zugriff am 01.10.2012 über <http://www.oecd.org/dataoecd/5/47/37351085.pdf>
- Mruck, K., Gradmann, S., Mey, G. (2004). Open Access: Wissenschaft als Gemeingut. *Neue Soziale Bewegungen*, 17(2), S. 37–49.
- Mulder, F. (2012). The LOGIC of National Strategies for Open Educational Resources. In SIG OER (Hrsg.), *Trend Report Open Educational Resources 2012* (S. 72–75). Utrecht: SURF Foundation – Special Interest Group Open Educational Resources.
- OECD (2007). *Giving Knowledge for Free. The Emergence of Open Educational Resources*. Paris: OECD.
- OPAL (2011). *Beyond OER. Shifting Focus to Open Educational Practices. OPAL Report 2011*. Zugriff am 01.10.2012 über http://portal.unesco.org/ci/en/ev.phpURL_ID=31243&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html

- Osterloh, M., Rota, S., Kuster, B. (2004). Open-Source-Softwareproduktion: Ein neues Innovationsmodell? In B. Lutterbeck & R. Gehring (Hrsg.), *Open Source Jahrbuch* (S. 121–138). Berlin: Lehmanns Media.
- Ripley, A. (2012, 18. Oktober). College Is Dead. Long Live College! *Time Magazine*, Zugriff über <http://nation.time.com/2012/10/18/college-is-dead-long-live-college/>
- SIG OER (Hrsg). (2012). *Trend Report Open Educational Resources 2012*. Utrecht: SURF Foundation – Special Interest Group Open Educational Resources.
- UNESCO (2002). *Forum on the impact of Open Courseware for higher education in developing countries (Final report)*. Paris: UNESCO.
- UNESCO (2009). *Open Educational Resources. Conversations in Cyberspace. Edited by Susan D'Antoni*. Paris: UNESCO.
- UNESCO (2012). *2012 PARIS OER DECLARATION. 2012 World Open Educational Resources (OER) Congress*. Unesco, Paris, June 20-22, 2012. Zugriff am 01.10.2012 über http://www.unesco.org/new/fileadmin/MULTIMEDIA/HQ/CI/CI/pdf/Events/Paris%20OER%20Declaration_01.pdf
- Werdes, A. (2012, 14. Juni). Die Edupunks kommen! *DIE ZEIT*, 25, S. 69.
- Zauchner, S., Baumgartner, P., Blaschitz, E. & Weissenback, A. (Hrsg.). (2008). *Offener Bildungsraum Hochschule: Freiheiten und Notwendigkeiten*. Münster: Waxmann.

Beiträge von Lokaler Agenda 21 und Gemeinwesenarbeit zur Versorgung mit erneuerbaren Energien

Sabine Gruber

Sozialwissenschaftlerin und Gemeinwesenentwicklerin¹ Wien

Abstract

Die Lokale Agenda 21 ist aufgebrochen, um eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen. 20 Jahre nach der wegweisenden Umweltkonferenz in Rio de Janeiro fällt die Bilanz ernüchternd aus. Die Autorin verortet die Widersprüche im dominierenden Wirtschaftssystem. Sie analysiert Alternativen von unten am Beispiel erneuerbarer Energien im Spannungsfeld zwischen Ansprüchen und Rahmenbedingungen. Davon ausgehend formuliert sie Voraussetzungen, die Nischenprojekte zu tragenden Säulen einer Energiewende und einer sozialökologischen Transformation werden ließen.

1. Ansprüche vs. Realität

Die Lokale Agenda 21 (LA 21) geht auf die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 zurück, die einen historischen Wendepunkt markiert. In der *Agenda 21* (vgl. BmNUR o.J.) hat man sich auf gemeinsame Ziele und auf zahlreiche Maßnahmen in insgesamt 40 Kapiteln geeinigt. Im Kapitel 28 werden die Kommunen aufgerufen, in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft einzutreten und eine *lokale Agenda 21* zu beschließen. Eine Akkordierung ist bis 1996 vorgesehen. Tatsächlich ratifizieren hunderte Bürgermeister weltweit eine entsprechende Selbstverpflichtung und weitere kommen hinzu.

¹ Sabine Gruber war 2005–2009 Leiterin der Lokalen Agenda 21 im neunten Wiener Gemeindebezirk.

Für den Bereich Klimaschutz und Energie ist damals von einer 30%igen Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2000 die Rede (vgl. z.B. Österreichischer Informationsdienst für Entwicklung, S. 71), die durch einen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger und einem Umstieg auf erneuerbare Energien erreicht werden soll. Gleichzeitig ist von einer generellen Senkung des Energieverbrauchs durch Energiesparmaßnahmen die Rede. Diese Ziele wurden eingedenk der weltweit großen sozioökonomischen Ungleichheit formuliert.

Seit der Formulierung der vielversprechenden Ziele sind 20 Jahre vergangen und sie wurden weit verfehlt. Im Kyoto-Protokoll wurden nur noch 15% Emissionsreduktion vorgeschlagen – ein Ziel, das bis heute nicht von allen Ländern ratifiziert ist (die USA sind aus dem Kyoto-Protokoll ausgestiegen) und von den meisten, die es ratifiziert haben nicht erreicht wird (vgl. Pflüglmayer, 2004). Daher haben die CO₂-Emissionen weltweit zu- statt abgenommen (IEA, 2011). Die Schere zwischen Arm und Reich driftet weltweit weiter auseinander; viele reiche Länder kommen ihren Zahlungen für die Entwicklungszusammenarbeit nicht nach und auch innerhalb der so genannten entwickelten Ländern nimmt die ökonomische Ungleichheit wieder zu (Zu internationaler Ungleichheit und Armut vgl. Ziegler, 2005; zur Ungleichheit in „entwickelten“ Ländern vgl. Hradil, 2005).

Die Reaktionen auf die gegenläufige Entwicklung fallen unterschiedlich aus. Offensichtlich ist, dass das Aktionsprogramm, so wie es aufgesetzt ist, nicht greift. Kann es auf internationaler Ebene überhaupt gelingen verpflichtende Ziele zu beschließen? Braucht es solche Abkommen oder beginnt man nicht einfach besser vor Ort Alternativen zu umzusetzen? Ist das Nachhaltigkeitsparadigma ein taugliches Ziel oder ist es zu schwammig? Wie erwartet stand 2012 am Ende der Konferenz Rio +20 wieder kein großer Fortschritt, sondern lediglich der Beschluss bis 2015 die Klimaziele zu konkretisieren. Angesichts der Dringlichkeit und der Stagnation bei den Verhandlungen fragen sich Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft, „*warum auf Abkommen warten*“ (Besse/Nadjafi, 2012, S. 9.), und wenden sich stattdessen den Lösungen von unten zu. Dennis Meadows, Autor von *Grenzen des Wachstums*, hält das Ziel

der Nachhaltigkeit inzwischen für überholt, weil die inzwischen merkbaren Klimaveränderungen damit nicht aufgehalten werden können. „*Was wir brauchen, ist nicht Sustainability, sondern Resilience, also eine elastische Widerstandsfähigkeit gegen katastrophale Entwicklungen*“ (Interview mit Dennis Meadows: „Lebensstandard wird drastisch sinken“. In: Der Standard, 8.9.2011). Auf offizieller Ebene wird indessen die einst einende Vision der Nachhaltigkeit mit rein technischen Lösungen beantwortet. Hauptverhandlungspunkte von Rio +20 sind *Green Economies*, die *Green Growth* versprechen (vgl. Brunnengräber & Haas, 2011).

Demgegenüber vertrete ich die Ansicht, dass weder das Paradigma der Nachhaltigkeit noch das Programm der LA 21 an sich verkehrt sind, doch leiden sie an Leerstellen und widersprüchlichen Rahmenbedingungen. Die Widersprüche ergeben sich aus dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in dem wir agieren. Wachstum und Nachhaltigkeit widersprechen sich in vielerlei Hinsicht. D.h. in der Praxis versuchen wir das Richtige im Falschen zu tun. Dementsprechend bescheiden fallen die Erfolge aus, die wir im Rahmen der LA 21 verzeichnen können. Um die Barrieren aus dem Weg zu schaffen, müssen wir die Widersprüche aufzeigen und an deren Auflösung arbeiten.

2. Das Paradigma – oder welche Nachhaltigkeit?

Der Nachhaltigkeitsbegriff hat sich in einer Zeit nach dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert, in der der dringlichste Nachholbedarf erledigt und die Nachteile eines extensiven und konsumorientierten Wachstumsmodells sichtbar wurden. Besonders die Ölkrisen Anfang der 1970er-Jahre, die zu empfindlichen Preiserhöhungen führte, rückten die Problematiken rund um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ins Bewusstsein. Erdöl, Erdgas und Kohle schädigen nicht nur die Umwelt, sondern stellen auch ein ökonomisches Risiko und damit ein Versorgungsrisiko dar. Mit dem Nachhaltigkeitsbegriff wurde eine zeitliche Dimension eingeführt, die auch zukünftige Perspektiven einschließt. Als

Definition hat sich folgende Formulierung durchgesetzt: *„Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können“* (Hauff, 1987, S. 47).

Diese Formulierung wurde von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung erarbeitet und 1987 im Brundtland-Bericht veröffentlicht. Folgenden Programme und Initiativen berufen sich auf diese Definition, wie auch die Lokale Agenda 21.

Der entscheidende Fortschritt liegt darin, dass seither soziale, ökonomische und ökologische Dimensionen nicht mehr getrennt voneinander gedacht werden. *„Der Entwicklungsdiskurs, der sich lange nur um Fragen der Ökonomie (vor allem des Wirtschaftswachstums) und des Sozialen (vor allem der Verteilung) gedreht hatte, wurde so um die Dimension der Ökologie (Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen) erweitert“* (Lumplecker, 2009, S. 7). Der Brundtland-Bericht lässt aber ebenso wie die Agenda 21 offen, mit welchen Wirtschaftsmodellen nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll. Während Kritiker in der Vagheit die Untauglichkeit des Begriffs identifizieren, sehen Diplomaten darin die Voraussetzung für eine Einigung. Indem der Begriff Wachstum durch Entwicklung ausgetauscht wird (vgl. ebd., S. 8), wurde ein Festlegung hinsichtlich des Wachstumsdilemmas umschifft. Was uns daher bleibt, ist das Vakuum, das in der Realität vom Mainstream, wie dem Green Economy-Diskurs, gefüllt wird.

Neoklassische Ökonomen, die die Wirtschaftspolitik seit den 1980er-Jahren verstärkt beeinflussen (Zu den unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Schulen und den Paradigmenwechseln über die Zeit vgl. Gruber, 2010), setzten Wirtschaftswachstum als Notwendigkeit voraus. Sie sehen darin die Grundlage für allgemeinen Wohlstand und die Bekämpfung von Armut. Mit der ökologischen Krise setzten sie sich insofern auseinander, als sie eingestehen, dass Naturkapital bislang inadäquat bewertet wurde. Dadurch entstehen externe Effekte (d.h. Umweltschäden), die zu Reparaturkosten führen. In logischer Konsequenz seien die externen Effekte zu internalisieren. Durch die

Bewertung der Natur werden die Umweltkosten in eine Kosten-Nutzen-Analyse einbezogen, wodurch künftige externe Kosten vermieden werden sollen (vgl. Knorring, 1995). Die heutige Betriebswirtschaft funktioniert nach diesem Prinzip und da es auf volkswirtschaftlicher bzw. auf internationaler Ebene kein Gegensteuern gibt, dreht sich die Wachstumsspirale mit all ihren krisenhaften Erscheinungen immer schneller.

Für die Vordenker von damals sowie für die Kritiker von heute ist klar, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht in einem wachstums- und wettbewerbsbasierten Produktionssystem aufgehen kann. Sie haben ein ganz anderes Bild von Nachhaltigkeit und vom Menschen als Akteur vor Augen. Das Menschenbild, das die (Neo-)Klassik idealisiert, ist das des rational abwiegenden Nutzenmaximierers. In den alltäglichen Lebenszusammenhängen kommt es jedoch weniger auf Profitmaximierung als auf die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen an. Die Versorgung aller erfordert gegenseitige Rücksichtnahme und Kooperation statt Konkurrenzdenken. Diese Seite wirtschaftlichen Handelns existiert ebenso und wird häufig unter dem Begriff der Reproduktionsarbeit zusammengefasst. Wir haben es den Feministinnen zu verdanken, dass sie die unbezahlte Reproduktionsarbeit sichtbar gemacht haben (vgl. Stichwort „Arbeitsteilung“. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus). Auf der Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise aufbauend entstehen ganz andere Wirtschaftsmodelle, die die ganze Arbeit – Produktion und Reproduktion – einschließen und die Arbeit als Herstellen und Wiederherstellen auffassen. Sie berücksichtigen die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und auch die Endlichkeit der menschlichen Bedürfnisse. Dafür braucht es auch anderen Vermittlungsmechanismen als die Konkurrenz, nämlich bewusste demokratische Entscheidungsprozesse und Raum für Politik.

Am umfassendsten ausformuliert finden wir solche alternative Wirtschaftsansätze bei feministischen Ökonominen – bspw. *„Versorgendes Wirtschaften“* (Biesecker et al., 2000) bei Adelheid Biesecker und Kolleginnen – oder bei Theoretikern, die sich der Politischen Ökonomie verpflichtet fühlen. Wirtschaftspolitisch tonangebend sind jedoch die neoklassischen Ansätze. In

der Praxis bedeutet das, dass wir als Beraterinnen und Berater ideell einem anderen Nachhaltigkeitsverständnis folgen als die Wirtschaftspolitik, die allerdings die Rahmenbedingungen wesentlich beeinflusst. In diesem Dilemma befindet sich auch Lokale Agenda 21, denn die folgenden Richtlinien auf internationaler Ebene untergraben die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 21, indem bspw. im Kyoto-Protokoll der Handel mit Emissionen zugelassen wird (vgl. Pflüglmayer, 2004). Grundsätzlich ist dazu anzumerken, dass es kein Recht auf Verschmutzung geben kann. Was der Emissionshandel aber verdeutlicht, ist das neoklassische Denken, das auf der Vorstellung basiert, Umweltkapital durch Finanzkapital substituieren zu können. Doch selbst wenn wir das Geld dafür aufbringen können (und die Geldvermehrungsmöglichkeiten sind ebenfalls kritisch zu hinterfragen), kann die Natur nicht so schnell wachsen wie unsere aktuelle Produktions- und Finanzwirtschaft. Daher kann der Tausch nicht aufgehen. Finanz- und Umweltkapital bzw. Sozialkapital sind nicht beliebig gegeneinander austauschbar, sondern müssen sich in einem Gesamtsystem die Waage halten. Da ein Wirtschaftssystem, das sich nicht daran hält, ruinös für Mensch und Natur ist, sehe ich dort den Ansatzpunkt, statt die Ziele der Nachhaltigkeit für obsolet zu erklären.

3. Reale Utopien im Spannungsfeld

Gegenwärtig sind wir also mit einer gegenläufigen Entwicklung konfrontiert. Während sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch De-Regulierung der Wettbewerbsbedingungen und Liberalisierung der Märkte noch radikalisieren, wachsen auch der Unmut darüber und die Gegenentwürfe. Betrachtet man alternative Wirtschaftsprojekte in diesem Spannungsfeld, kann man deren Voraussetzungen und benötigte bessere Rahmenbedingungen formulieren. Als Beispiele greife ich bereits realisierte Projekte für eine selbstbestimmte Versorgung mit erneuerbaren Energien²

2 Träger erneuerbare oder regenerative Energie sind Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse. Sie haben viele Vorteile und auch einige Nachteile. An dieser Stelle möchte ich lediglich auf einen zentralen Knackpunkt hinweisen. Die Biomasse (Raps, Mais, Sonnenblumen, Palmöl) gilt nicht mehr als die große Alternative, weil sie mit der Lebensmittelproduktion in Konkurrenz tritt und zahlreiche

heraus. Worauf reagieren sie? Was können wir von ihnen lernen? Welche Strukturen wären für sie förderlicher? Ich beginne mit der kleinsten Einheit, Bürgersolaranlagen, gehe zu Energiegenossenschaften und schließe mit einer energieautarken Gemeinde.

a) Bürgersolaranlagen

Bürgersolaranlagen sind keine Seltenheit mehr, seitdem die Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz gesetzlich sicher gestellt ist³. Die Photovoltaikanlagen werden durch die finanzielle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern finanziert und eine Betreiberorganisation gründen. Dabei geht es nicht um die Selbstversorgung der Beteiligten, sondern um die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie im allgemeinen Stromnetz. Damit werden der ökologische Anteil und die Unabhängigkeit von konventionellen Betreibern und Großkonzernen erhöht. Neben den ökologischen Zielen verfolgen Bürgersolaranlagen auch ein finanzielles Ziel, das der Kapitalanlage. Dieses Ziel ist an sich konventionell, nur dass das Kapital in ein ausgewähltes umweltfreundliches Projekt investiert wird, das nicht expandieren muss. Ein idealtypischer Verein ist z.B. der *Bürgerkraftwerke e.V.* (www.buergerkraftwerke-saar.de), der in mehreren deutschen Städten Bürgersolaranlagen initiiert hat und betreibt.

Ausschlaggebend sind die nationalen Gesetze, die erst von Interessensvertretungen erkämpft werden mussten. Vor der Möglichkeit der Einspeisung leisteten Privatinitiativen Pionierarbeit und einen großen Beitrag zur Bewusstseinsbildung. Die Rolle der Lokalen Agenda 21 kann dabei die Vernetzung mit Kooperationspartner und Förderstellen sein. Die Agenda-Gruppe *Solar+* (www.la21wien.at/die-la-21-bezirke/23-bezirk/gruppen/solar-1/solar/) in Wien bspw. hat sich jahrelang für die Errichtung einer Photovoltaikanlage eingesetzt. Als Kooperationspartner

soziale Konflikte auslöst. Weil mit Biotreibstoffen im Westen Geld zu machen ist und es nicht ausreichend Flächen gibt, werden die Produktion ausgelagert, Urwälder gerodet, Menschen zu unwürdigen Bedingungen beschäftigt, der Ertrag exportiert und die Lebensmittelpreise im Land in die Höhe getrieben. Damit wird den Menschen die Basis für Subsistenz entzogen und sie können trotz Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten.

3 Die Regelungen sind national unterschiedlich. In Deutschland gilt seit 2009 das EEG (Erneuerbare Energie Gesetz).

konnte eine Schule gewonnen und 60 % der Kosten über private Spenden aufgebracht werden. Letztendlich zustande gekommen ist die Errichtung durch die Förderung der restlichen 40 % durch die Stadt Wien. Generell gibt es dafür aber keine fixe Förderschiene. Wäre die Stadt nicht eingesprungen, hätte das Projekt noch lange nicht finanziert werden können. Das Beispiel zeigt, dass wir als Beraterinnen und Berater ein vis-à-vis brauchen, das mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist. Im Energiebereich müssen diese erst ausgebaut werden.

b) Energiegenossenschaften

Im Unterschied zu den Bürgersolaranlagen, die unterschiedliche Rechtsformen annehmen können (vom Verein bis zur GmbH), wird hier bewusst die Genossenschaftsform gewählt. Was diese Rechtsform auszeichnet, ist das Prinzip: ein Kopf, eine Stimme. D.h. dass jedes Mitglied stimmberechtigt ist und bei der Ausrichtung der Genossenschaftsziele mitbestimmen kann. Die Genossenschaft ist ihren Mitgliedern, dem Gemeinwesen verpflichtet und nicht einigen Eigentümern oder Aktionären, für die es gilt Gewinne oder Renditen zu erwirtschaften. Die Rechtsform bietet damit eine echte Alternative zu anderen marktförmigen oder staatlichen Unternehmensformen. Häufig werden Energiegenossenschaften gegründet, um eine unabhängige und preisgünstige Alternative zu kommerziellen Anbietern aufzubauen. Selbsthilfe und Leistbarkeit stehen dabei im Vordergrund. Die Vorteile gehen dann auf, wenn die Genossenschaft als Energieverbrauchergenossenschaft konzipiert ist, die ein eigenes Netz betreiben, weil der für den Eigenbedarf produzierte Strom dann innerhalb der Mitglieder verbraucht wird. Die Genossenschaftsbewegung kann historisch auf viele Beispiele verweisen. Neu sind jene Energiegenossenschaften, die in ihrer Satzung explizit ökologische Ziele verankern und so zu Promotoren der Energiewende werden. Ihnen geht es nicht darum, einfach kostengünstigen Strom herzustellen, sondern sie erzeugen Strom aus 100 % regenerativen Energiequellen (vgl. Flieger, 2011).

Mit der Rechtsform in Kombination mit ökologischen Zielen sind gute Voraussetzungen für eine selbstbestimmte, weil selbstverwaltete Versorgung mit erneuerbarer Energie geschaffen. Daher wird der Genossenschaft im Bereich der Gemeinwesenentwicklung ein hoher Stellenwert zuerkannt

(vgl. Elsen, 2003). Wie wir aus historischen Beispielen wissen, können die Prinzipien aber langfristig nicht immer durchgehalten werden, weil auch Genossenschaften nicht in einem abgeschotteten geschützten Raum agieren, sondern innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft. Zwei Schicksale sind dafür typisch. Entweder die Genossenschaft kann dem Wettbewerb nicht standhalten und muss schließen oder sie ist erfolgreich und kann das nur bleiben, indem sie sich anpasst, sprich in eine wettbewerbsorientierte Geschäftsform umwandelt (vgl. Schwendter, 1986, S. 259). Der Grat des Bestehens ist schmal. Wenn Genossenschaften zu einer echten und verbreiteten Alternative werden sollen, müssen die Wettbewerbsbedingungen entschärft, also der Markt wieder re-reguliert werden. Der Begriff der Regulierung ist an dieser Stelle verwirrend. Da die Energieversorgung nach dem Zweiten Weltkrieg als öffentliche Aufgabe erachtet und von öffentlichen Betrieben abgedeckt wurde, wird unter Deregulierung die Öffnung des Marktes für private Anbieter verstanden (Liberalisierung) bzw. die Privatisierung staatlicher Anbieter. Diese Öffnung kommt auch den Energiegenossenschaften zugute und verleiht ihnen neue Handlungsmöglichkeiten (vgl. Flieger, 2011, S. 323). Eine Liberalisierung im Bereich der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge schwächt in der Regel jedoch gerade die Angebote für sozial benachteiligte Gruppen. Daher ist einerseits gut zu überlegen, welche Bereiche am Markt abgedeckt werden können und welche besser bei der öffentlichen Hand bleiben und ggf. wieder re-verstaatlicht werden sollen. Andererseits muss der Bereich des Marktes – für den man sich bewusst entschieden hat – gestaltet werden. Eine Regulierung der Wettbewerbsbedingungen halte ich für alle Unternehmen und im besonderen für Genossenschaften für notwendig, da sie sich sonst aufreiben müssen, es sei denn, sie können sich dem Wettbewerb ausreichend entziehen, indem sie als Erzeugerverbraucher-genossenschaften funktionieren. Das wäre eine idealtypische Wirtschaftsweise im Sinne einer bedürfnisorientierten Versorgung innerhalb eines Gemeinwesens unabhängig von einem Markt.

c) Energieautarke Gemeinden

Ein Ausnahmebeispiel ist die ländliche Gemeinde Güssing in Österreich nahe der ungarischen Grenze. Güssing hat es geschafft, sich zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Dabei stammt nicht nur der Strom aus Photovoltaik, selbst die Fahrzeuge werden aus der eigenen Treibstoffproduktion betankt und für die Wärmeengewinnung wird Solarthermie eingesetzt. Die treibende Motivation für die großen Veränderungen ist dabei nicht nur der Wunsch nach Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Güssing war eine Abwanderungsgemeinde, die seine Bewohnerinnen und Bewohner mangels Arbeitsplätze nicht halten konnte. Um die Abwärtsspirale zu stoppen, suchten die Gemeindevertreter nach einer Innovation, die sie in umweltfreundlichen Technologien fanden. Der Standort eignet sich gut, weil der umliegende Wald die Rohstoffe für die Biomasse liefert. So entstand das „*Güssinger Modell*“ (nähere Informationen siehe: www.eee-info.net), das einerseits die Selbstversorgung stärkt und andererseits attraktive Arbeitsplätze schafft. Neben der Energieproduktion für den Eigenbedarf richtet Güssing einen Cluster rund um erneuerbare Energie ein. 2007 eröffnet das erste Solarzellenwerk Österreichs. Das „*Europäische Zentrum für erneuerbare Energie*“, eine Einrichtung für Forschungs- und Entwicklung, und der Ort als Phänomen sind inzwischen ein Anziehungspunkt für Fachleute und interessierte Touristen geworden. Heute ist die Gemeinde ein Vorzeigebeispiel dafür, wie ökonomische, soziale und ökologische Ziele in eins fallen können.

Die Idee ist überzeugend, doch man muss einräumen, dass die Gemeinde die nötigen Investitionen nie ohne Förderungen der EU, des Bundes und des Landes bestreiten hätte können. Wertschätzende Kenner der Szene, die den Erneuerbaren gerne zum Durchbruch verhelfen wollen, fragen sich daher, woher in Zukunft die Gelder für Nachahmer kommen sollen vor dem Hintergrund öffentlicher Einsparungen. Ebenfalls bedacht werden muss, dass das Güssinger Modell überwiegend auf Biomasse basiert. Im Falle von Güssing ist das in Ordnung, weil Abfallprodukte aus den umliegenden Wäldern verwendet werden können. Generell stellt Biomasse aber keine Alternative dar. Oft tritt sie in Konkurrenz mit der Lebensmittelproduktion. Es geht also darum, dass jede Gemeinde, jede Region, je nach Zugang zu Ressourcen ein

passendes Modell selbst entwickeln muss (Exner et al., 2008, S. 60–62). Beispielsweise können am Land Windparks angelegt werden, während man in der Stadt mit Photovoltaik arbeiten kann. Kleinen Gemeinden wird es leichter gelingen, autark zu werden, während große Städte einen größeren Einzugsradius für ihre Energiezufuhr brauchen.

Leiten wir aus dem Mosaik nun die Aspekte ab, die richtungsweisend für eine sozialökologische Transformation sind:

- *Bedarfsorientierung*: Idealerweise orientieren sich Energiegenossenschaften und energieautarke Gemeinden am Eigenbedarf. Im Vordergrund steht die Selbstversorgung (mit Energie und Arbeitsplätzen) und nicht das Wirtschaftswachstum. Um Produktionsschwankungen auszugleichen können sie den Strom speichern oder ein Austauschsystem mit anderen alternativen Produzenten aufbauen.
- *Ressourcenorientierung*: Bei der Wahl der Energieträger (Wind, Sonne, Erdwärme) richten sich die Produzenten nach den örtlichen Gegebenheiten. Lange Stromtransportwege werden vermieden und auf Biomasse, die aus dem globalen Süden zugekauft wird bzw. die die Lebensmittelproduktion konkurrenziert, wird verzichtet.
- *Selbstbestimmung*: Selbstbestimmte Entscheidungsmöglichkeiten der Betroffenen sind der Schlüssel zur Eigenverantwortung. Die ökologischen Ziele werden aus eigener Motivation festgelegt.
- *Autarkie*: Durch eine eigenständige, bedarfs- und ressourcenorientierte Energieversorgung nehmen sich die Produzenten (Genossenschaftsmitglieder oder Gemeindeglieder) aus dem globalisierten Markt heraus. Damit werden sie von konventionellen Energiekonzernen, deren Energiemix und deren Preisdiktat unabhängig.
- *Existenzsicherung*: Mit innovativen und ökologischen Technologien können vor Ort nachhaltige Arbeitsplätze und eine Existenzgrundlage für die Bewohnerinnen und Bewohner geschaffen werden. Arbeit und Umwelt stehen nicht mehr im Widerspruch.

Wie aus den oben beschriebenen Beispielen hervorgeht, müssen alle mehr oder weniger Kompromisse eingehen, weil sie eingebettet in einem „falschen“ System agieren. Daher sollen an dieser Stelle auch die unterstützenden Strukturen zusammengefasst werden:

- *Förderungen:* Ohne öffentliche Förderungen würde es das Vorzeigemodell Güssing nicht geben. Im Wesentlichen mangelt es nicht an guten Ideen und Engagement, sondern an Finanzierungsmöglichkeiten. Insbesondere solange alternative Projekte gegen den Mainstream zu bestehen haben, brauchen sie eine zuverlässige finanzielle Unterstützung.
- *Rechtsgrundlagen:* Um von Nischenprojekten zu einer breiten Anwendung zu gelangen, brauchte es ein Gesetz, das die Einspeisung erneuerbarer Energien regelte. Über die Anhebung des gesetzlich erlaubten Anteils von erneuerbaren Energien im Strommix kann man einen schrittweisen Übergang von einer konventioneller zu erneuerbarer Energieversorgung bewusst steuern. Das gleiche gilt für Treibstoffe.
- *Wettbewerbsbeschränkungen:* Fördermittel und Energiegesetz können also wirkungsvolle Instrumente für ein Mainstreaming zugunsten der Erneuerbaren sein. Parallel dazu müssen die aktuellen Wettbewerbsbedingungen auf den globalisierten Märkten entschärft werden, sonst werden die Alternativen nie aus ihrer Nische heraustreten können. Wir sollten auch aus der Geschichte lernen.

4. Der Beitrag der Gemeinwesenarbeit

Um Alternativen von unten zu begleiten, brauchen wir keine neuen Methoden oder Begriffe. Die Gemeinwesenarbeit bietet ausgereifte Methoden, die besonders im Bereich der Aktivierung auch im Rahmen der LA 21 Anwendung finden (Neben Methoden aus der Gemeinwesenarbeit greift die LA 21 auch Methoden anderer Fachdisziplinen auf; vgl. Verein Lokale Agenda 21, 2008). Hier muss das Rad nicht neu erfunden werden. Was wir aber brauchen, ist ein besseres Zusammenspiel von bottom up und top down. Wie die obigen Beispiele zeigen, gibt es viele Initiativen, die in Richtung Dauerlebensfähigkeit

weisen. Handlungsbedarf besteht im Bereich top down, der durch unzureichende oder widersprüchliche Direktiven oft behindert.

Wenn Initiativen von unten die Energieversorgung essenziell mittragen sollen, dann müssen sie auf stabilen Förderungsangeboten und Rechtsgrundlagen aufbauen können. Die Kompetenzen dafür liegen auf nationaler und auf EU-Ebene, wo die entsprechenden Voraussetzungen aber ausgebaut bzw. erst geschaffen werden müssen. Das erklärt auch, warum die kommunale Agenda 21 im Energiebereich weniger erfolgreich sein kann als bspw. bei städtischen Infrastrukturprojekten, wo sie konkrete Ansprech- und Kooperationspartner hat. Würden die rechtlichen und institutionellen Lücken geschlossen, könnte auch zur Energiewende einen nennenswerten Beitrag beisteuern. Die Vernetzung der Steuerungsebenen wird derzeit im Rahmen der Governance-Debatte vorangetrieben (Zu den Herausforderungen einer Multilevel-Governance vgl. Benz, 2010). Für die inhaltlichen Ausformulierungen sind auch die internationalen Richtlinien von Bedeutung. Das dort verankerte Wirtschaftsverständnis darf sich nicht mit den auf lokaler Ebene erwarteten Ergebnissen widersprechen. Da sich die Ebenen gegenseitig bedingen und komplex vernetzt sind, beschreibt für mich das Motto, *„Global denken, vernetzt handeln“*, die Realität besser als die häufiger verwendete Phrase, *„Global denken, lokal handeln“*, weil letztere die direkten Zusammenhänge – auch wenn sie weit weg scheinen – nicht verdeutlicht.

Das Selbstverständnis der Gemeinwesenarbeit reicht von konsensorientierten, dem Staat verantwortlichen Ansätzen bis hin zu konfliktorientierten Ansätzen, die Widerstand von unten organisieren (vgl. Oelschlägel, 2010). Die Agenda 21 schlägt den Kommunen die „Herstellung eines Konsenses“ (Kapitel 28.3 der Agenda 21; BmNUR o.J.) vor. Hinsichtlich des dominierenden und alle Ebenen umschließenden Wirtschaftssystems gibt es aber keinen Konsens, weil es einer nachhaltigen Entwicklung diametral entgegensteht. Das betrifft auch die Rahmenbedingungen, die derzeit die Entfaltung von Alternativen behindern. Daher werden wir nicht um das (konstruktive) Austragen von Konflikten herumkommen. Die Arbeit am Sozialen bedeutet Arbeit am Systemwandel.

Literaturverzeichnis

- Biesecker, A., Mathes, M., Schön, S- & Scurrrell, B- (Hrsg.). (2000). *Versorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens.* (Wissenschaftliche Reihe, Bd. 132). Bielefeld: Kleine Verlag.
- Benz, A. (2010). Multilevel Governance. Governance in Mehrebenen-systemen. In A, Benz (Hrsg), *Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung* (2., aktualisierte und veränd. Aufl.) (S. 11–136). Wiesbaden: VS Verlag.
- Besse, V. & Nadjafi, M. (2012). Rio +20 – ein kleiner Schritt für die Menschheit. *SOL Zeitschrift für Solidarität, Ökologie und Lebensstil*, 149, S. 8–9.
- BmNUR (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (o.J.). *Umweltpolitik*. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21. Bonn: BmNUR.
- Brunnengräber, A.& Haas, T. (2011, November). Green Economy – Green New Deal – Green Growth: Occupy Rio plus 20. *W&E Hintergrund*, S. 1–2.
- Elsen, S. (2003). *Lokale Ökonomie, Empowerment und die Bedeutung von Genossenschaften für die Gemeinwesenentwicklung*. Zugriff über <http://www.stadtteilarbeit.de/theorie/lok-oeko-gwa/100-lokale-oekonomie-empowerment-und-genossenschaften.html>
- Exner, A., Lauk, C. & Kulterer, K. (2008). *Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern*. Wien: Ueberreuter.
- Flieger, B. (2011). Energiegenossenschaften – Eine klimaverantwortliche, bürgernahe Energiewirtschaft ist möglich. In S. Elsen (Hrsg.), *Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens* (S. 315–338). Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher.
- Gruber, S. (2010). Arbeitsverhältnisse als Geschlechterverhältnisse. Grundannahmen zu Arbeit und Wohlstand. In S. Gruber, F. Haug & S. Krull (Hrsg.), *Arbeiten wie noch nie!? Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit* (S. 15–35). Hamburg: Argument.
- Hauff, V. (Hrsg.). (1987). *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp.

- Hradil, S. (2005). Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften wieder ungleicher? In P. Windolf (Hrsg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45*, S. 460–483.
- IEA (2011). *World Energy Outlook 2011*. Paris: International Energy Agency.
- von Knorring, E. (1995). Das Umweltproblem als Externalität. Ökonomische Ökologie oder ökologische Ökonomie? *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht*; 18(4), S. 537–567.
- Seidl, C. (2011, 8. September). Interview mit Dennis Meadows: „Lebensstandard wird drastisch sinken“. *Der Standard*.
- Lumplecker, S. (2009). *Ein Vergleich dreier ökonomischer Paradigmen der Nachhaltigkeit. Neoklassische Umweltökonomie, Ökologische Ökonomie, Politische Ökologie*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.
- Österreichischer Informationsdienst für Entwicklung (1992): *Umwelt und Entwicklung. Agenda 21. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung*. Wien.
- Pflüglmayer, B. (2004). *Vom Kyoto-Protokoll zum Emissionshandel. Entwicklung und ausgewählte Rechtsfragen*. (Schriftenreihe des Energieinstitutes an der Johannes-Kepler-Universität Linz, Bd. 8). Linz: Trauner Verlag.
- Schwendter, R (1986). Notate zu den Mühen der Ebenen. In R. Schwendter (Hrsg), *Die Mühen der Ebenen. Grundlagen zu alternativen Ökonomie, Teil 2* (S. 259–267). AG SPAK.
- Arbeitsteilung. (2003). In *Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus*, (Band 1, S. 18-23). Hamburg: Argument.
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hrsg.). (2008). *Das Wiener Modell der Lokalen Agenda 21. Handbuch zu Strukturen, Grundsätzen, Regeln, Methoden*. Wien. Zugriff über www.la21wien.at/die-la-21-bezirke/23-bezirk/gruppen/solar-1/solar/
- Ziegler, J. (2008). *Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung* (6. Aufl.). München: Goldmann.

Lavoro sociale, interventi psicopedagogici e di riabilitazione con famiglie multiproblematiche: intersezionalità e pratica interculturale

Anna Aluffi Pentini
Terza Università Roma

Abstract

Intercultural models of practice frequently fail on account of their concentration on one-dimensional or polarised aspects of discrimination and exclusion whereas in actual practice the cumulative effects of various dimensions and aspects of problematic situations make an intercultural approach often appear impractical. Here the concept of 'intersectionality', recently made thematic in feminist, but also in social and pedagogical discourses, provides a perspective that helps to explain and address the 'blockages' that occur in multi-problematic situations when different service agencies limit their areas of responsibility to few of those dimensions which they seek to define 'objectively' so that actual psycho-pedagogical and intercultural competences cannot even be activated and developed. A case example of a single immigrant mother and her small daughter, with a possible developmental and linguistic retardation, illustrates how this dyad, affected additionally by poverty, poor housing, linguistic and cultural barriers, gets caught up in partly contradictory bureaucratic procedures. This results in growing alienation on the part of the mother and not least in further developmental impediments for the daughter despite the efforts by staff of a socio-pedagogical project to arrange supports informally, a situation from which eventually the mother decides to flee. An intersectional approach would shift the focus of intervention from the objective criteria of need and assistance towards the construction of inter-subjective ways of creating a shared understanding of priorities which place the dignity of the persons concerned at the centre.

Nonostante la convergenza degli attuali orientamenti teorici del servizio sociale su approcci olistici e integrati (Perino, 2010) permane forte nella prassi la categorizzazione di aree problematiche distinte e separate (Hess, 2011). Questo contributo sottolinea l'importanza di un approccio basato su principi della "intersezionalità" (visione olistica e trasversale di analisi e interventi nel sociale) anche per quanto concerne la pedagogia interculturale (McCall, 2005; Auernheimer, 2011; Hess, 2011). A partire dal caso concreto di una famiglia monoparentale immigrata multi problematica (immigrazione, povertà, ritardo mentale), accompagnata per più di tre anni dai servizi socio assistenziali del Comune di Roma, si intende evidenziare la complessità esponenziale di quei segmenti di popolazione. Nell'essere oggetto di interventi di pedagogia sociale tali soggetti non rientrano nei confini delle categorie tradizionali (immigrazione, handicap, donne, infanzia, povertà), ma piuttosto in sottoinsiemi trasversali tali da rendere necessaria la sensibilizzazione delle agenzie educative e sociali alla loro presenza, affinché esse riescano a guardare oltre le categorie tradizionali (Aluffi Pentini et al., 2010).

L'ipotesi che si sostiene è che la categorizzazione dei problemi con conseguente perimetrazione delle competenze di intervento dei servizi contribuisca al fallimento degli interventi psicopedagogici complessi (McCall, 2005; Berger Guidroz, 2009).

La frustrazione dell'operatore nei casi di fallimento di un intervento si situa solitamente nel gap tra intervento ideale e intervento possibile. Il gap concerne non di rado ostacoli di tipo strutturale (economico organizzativo), ma nel caso che si propone, si tratta del gap tra progetto teoricamente perfetto secondo la logica di un intervento già iniziato con successo, e l'"inspiegabile" (perché basata su criteri soggettivi) interruzione del progetto da parte del cliente. La riflessione autocritica che ne consegue ridefinisce la questione di "*chi ha quale problema*" in modo necessariamente trasversale alle categorie tradizionali e settoriali per entrare nella logica soggettiva del portatore del problema e mettere in discussione la settorialità nell'ottica della intersezionalità (Collins, 2003; Becker-Schmidt, 2007; Degele & Winker, 2010). L'interesse per l'analisi del caso deriva appunto dalla riflessione su un assunto abbastanza tipico della pedagogia sociale che recita che "quando diventa tangibile chi, in una data situazione, ha quale problema, diventa anche chiaro

quali possibilità di intervento (sott. socio pedagogico) possano essere utilizzate. Allo stesso tempo è qui che comincia il vero e proprio lavoro. Poiché frequentemente chi ha quale problema è nei casi psicopedagogici una questione di definizione” (Mueller, 1997, p. 56).

La famiglia immigrata monoparentale con figlio portatore di handicap rientra in una situazione trasversale in cui più di una persona necessita per più di una ragione interventi di tipo socio-psico-pedagogico e questi interventi si collocano in spazi di confine tra le classiche categorie del disagio (Barresi, 1982; Moro, 1989; Moro et al., 1994). Il rischio di semplificare l’analisi del problema, individuando un ambito di intervento prioritario, a scapito dell’equilibrio appunto trasversale, è alto (Raab, 2007; Shaw et al., 2012). Nella situazione oggetto della nostra analisi la questione definitoria di cui sopra si è rivelata quindi squilibrata, rispetto all’esigenza di trasversalità categoriale necessaria; la definizione di gravità di un particolare disagio, discriminazione ed esclusione, ha sminuito la multifattorialità della problematicità della situazione: ha associato in modo prevalente un problema con un soggetto (nel caso preso in considerazione, si tratta del ritardo mentale della bambina).

Paradossalmente poi l’inattesa possibilità di intervenire in modo “ideale” sul problema più grave¹ ha ulteriormente alimentato il disequilibrio fra la percezione / definizione del problema da parte dei servizi e da parte dell’utente. Gli aspetti intersezionali e cumulativi del problema non sono stati considerati.

In questa prospettiva si darà quindi in questa sede conto del fallimento di un agire socio psico-pedagogico che sulla carta poteva essere considerato esemplare, evidenziando anche come la progettazione dell’intervento sulla famiglia abbia di fatto seguito un iter articolato, integrato, innovativo e con standard qualitativi elevati, soprattutto se paragonato agli interventi solitamente attuabili e alle risorse spendibili a Roma in situazioni del genere.

Si cercherà pertanto di ricostruire le tappe di questo percorso potenzialmente ottimale che si è interrotto a causa della polarità estrema venutasi a creare in primo luogo tra una progettazione accurata e integrata secondo le logiche dei

1 E’ stato ottenuto un cospicuo finanziamento privato finalizzato alla terapia della bambina.

servizi e gli esiti dell'intervento che non ha perseguito abbastanza una logica d'interazione fra le varie aree di problemi. In secondo luogo si può osservare la discrepanza tra l'investimento di aspettative e risorse sul versante degli operatori e l'impossibilità da parte dell'utente di entrare in questa logica e di rendersi conto delle nuove chances che gli vengono offerte. È mancata quindi una specifica attenzione a sostenere e a verificare una vera comprensione e partecipazione dell'utente all'intervento.

L'utente

Si tratta di una famiglia monoparentale, formata da una mamma nata nel 1979 in Etiopia e trasferitasi, dopo la guerra, in Sudan; dopo aver trascorso un anno tra Grecia e Turchia, la donna arriva in Italia nel 2004, partorisce la figlia Pecola² nel 2006, il marito parte dopo tre settimane dalla nascita della bambina dopo aver ricevuto il visto per il Canada. Da allora non s'interessa della famiglia, se non di tanto in tanto per telefono: i rari contatti telefonici si diradano progressivamente. La mamma della bambina ha lo status di rifugiata politica in Italia. Lavora saltuariamente. Madre e figlia hanno vissuto a Roma per tre anni in un centro di accoglienza per poi stabilirsi in una casa occupata, un luogo piuttosto degradato dove vivono 700 persone in condizioni estremamente precarie dal punto di vista della sicurezza e delle condizioni igienico sanitarie.

Quando la bambina ha due anni la madre, Elena, contatta un centro interculturale per l'infanzia gestito da un'ONLUS³ romana e finanziato dal Dipartimento dei Servizi Sociali del Comune di Roma per iscrivere la figlia al centro. Il centro offre un servizio di sostegno alla genitorialità, portato avanti da un'équipe medico psicopedagogica ben collegata alla rete dei servizi territoriali. In questo centro il nucleo familiare sarà seguito da settembre 2008 a maggio 2012, per quanto riguarda, frequenza a scuola

2 Il nome di fantasia della bambina Pecola è mutuato dal romanzo "L'occhio più azzurro" di Toni Morrison, e sta ad indicare i livelli di fragilità del soggetto considerato più debole (nera, femmina, bambina e – in questo caso – immigrata e con tratti autistici) (Aluffi Pentini et al., 2010).

3 Sta ad indicare un'associazione senza scopo di lucro. Per molti versi concettualmente simile ad una cooperativa sociale.

dell'infanzia (interna al centro), sostegno alla genitorialità, situazione alloggiativa, situazione sanitaria, iter diagnostico, richiesta del sostegno per la scuola elementare ecc.⁴.

Nei primi tempi di frequentazione del centro, alle operatrici Elena racconta la sua situazione specificando di non dover pagare nulla per l'alloggio e di aver ricavato tre stanze dall'unica grande stanza che le è stata assegnata nell'occupazione (letto soggiorno e cucina: il bagno è in comune con gli altri occupanti e ciò le crea un certo disagio). Elena non parla bene l'italiano, ma in linea di massima preferisce non ricorrere a un mediatore culturale. La vaghezza della madre rispetto a un suo progetto per il futuro viene attribuita alla precarietà della sua situazione, nella quale, comprensibilmente, le energie sono concentrate sulla sopravvivenza quotidiana. Si tratta comunque di una madre attenta, che sembra consapevole dei bisogni di protezione della figlia in un contesto degradato, e che mette in atto delle strategie per avere la figlia più possibile sotto controllo (per esempio la manda a giocare solo nella stanza della bambina di una signora sua amica e per il resto dice di invitare lei gli altri bambini da lei). Ai primi colloqui con le operatrici e con la pedagoga del centro dichiara "meglio fare una figlia sola ma farla crescere bene" ma non menziona particolari problemi della figlia. Dice che P. parla tigrino con lei (anche se la sua lingua madre è l'amarico), ma il papà di P. parla tigrino e voleva che la figlia parlasse tigrino "...così quando incontra i parenti..." Dice che P. capisce anche l'amarico e che parla anche qualche parola di arabo e d'inglese. Dice anche che a volte P le risponde in italiano. Peraltro le difficoltà di Pecola non sono così evidenti e alla visita pediatrica prevista per l'accesso al centro, non appaiono preoccupanti.

Durante il primo anno di frequenza al centro Pecola appare però agitata e mostra un certo ritardo del linguaggio. La madre sembra non rendersene conto e, dal momento che insiste sul fatto che nella lingua di origine Pecola

4 Ho parlato altrove di progetti interculturali integrati (Aluffi Pentini, 1999) e del modello di pedagogia interculturale dell'incubatore di continuità (Aluffi Pentini, 2004 & 2008). Il centro si configura rispetto ad altre situazioni di inserimento scolastico di minori immigrati come un luogo piuttosto protettivo che si fa carico di mediare a situazioni di spaesamento dei nuclei immigrati arrivati in Italia da poco o con particolari problemi. A Roma ne esistono una decina e costituiscono quindi una buona prassi consolidata ma minoritaria nel panorama degli interventi su allievi e famiglie immigrate della città.

parla correttamente, trae in inganno le operatrici che sono portate a dare ancora tempo di ambientarsi alla bambina, che vive una situazione difficile. Successivamente vengono riscontrati dalle operatrici problemi di linguaggio che vanno oltre le difficoltà legate alle questioni di bilinguismo e in generale più evidenti difficoltà di attenzione e di concentrazione e quindi di comportamento di Pecola, che nel frattempo viene seguita dal pediatra di base. Dopo successivi tentativi di affrontare la questione con la mamma, nell'aprile 2010 viene comunicata alla madre l'improrogabile necessità di una visita specialistica per la bambina. La madre appare interessata alle questioni che riguardano la figlia, ma anche stupita e insiste valorizzando le abilità della figlia, in particolare il fatto che la bambina ha una buona memoria. Quando l'operatrice le prospetta la possibilità di una visita specialistica a fini diagnostici la mamma sembra contenta e porta poi un'impegnativa scaduta da diversi mesi del pediatra di base con prescrizione "visita neurologica e somministrazione test sviluppo intellettuale".

All'inizio del contatto di madre e figlia con il centro l'analisi dei bisogni della famiglia ha portato alla conclusione che la vita in un ambiente sociale disagiato e un ruolo genitoriale ostacolato da preoccupazioni legate alla sopravvivenza quotidiana, avessero ritardato la presa di coscienza del problema evolutivo di Pecola.

Così anche il particolare della prescrizione medica scaduta e lo stupore della madre vengono discussi sì dalle operatrici, ma in modo tangenziale alla questione prevalente, che sembra essere quella di avviare il percorso diagnostico di Pecola. Si trattava invece di un primo importante indizio di una negazione del problema talmente forte da far "dimenticare" alla madre il fatto di aver necessariamente già ricevuto indicazioni precise da parte di un professionista in merito alla necessità di una diagnosi di tipo neuropsichiatrico. O forse il linguaggio della prescrizione era incomprensibile? In ogni caso la comunicazione tra le parti non è efficace.

La prima visita in un centro specializzato di Neuropsichiatria infantile avviene per Elena e Pecola a fine luglio 2010. Un'operatrice del centro le accompagna.

Durante il tragitto in macchina, emergono tutte le paure della madre fino ad allora taciute che cerca di auto convincersi della normalità della figlia: la fa cantare, contare in inglese, le chiede insomma di rispolverare repertori vari. La bambina non ne ha voglia. Il servizio diagnostico dove sono dirette non utilizza mediatori culturali e sarà l'operatrice italiana, alla quale Elena chiede espressamente di entrare con lei dal neuropsichiatra, a "tradurre" in linguaggio comprensibile domande solo apparentemente banali quali "suo marito, le passa un mantenimento", domande che non vengono comprese da Elena. I problemi di comunicazione rivelano in questo frangente più che l'inadeguatezza di Elena, l'impreparazione del servizio di sintonizzarsi sull'utenza straniera. Ciò che impressiona fortemente Elena è il verdetto finale e cioè che il medico colloca l'età mentale di Pecola al livello di quella di una bambina di diciotto mesi e consiglia accertamenti più specifici presso il servizio per i disturbi del linguaggio e dello sviluppo, per i quali si prevedono tempi di attesa indefiniti. La madre è prostrata e tende in qualche modo ad attribuire la responsabilità di prendere coscienza di un problema tanto grave al lavoro delle operatrici del centro che si sono occupate del problema. Anche questo particolare, in nome della comprensione del grosso dispiacere di Elena viene sottovalutato.

A causa dei tempi burocratici la restituzione degli accertamenti poi effettuati avviene solo nel febbraio 2011, un anno dopo la richiesta di visita specialistica del medico di base. Pecola viene messa in lista di attesa per la logopedia e la terapia psicomotoria ma non è dato di fare previsioni sui tempi. Alla richiesta se sia meglio inviare Pecola ad una scuola pubblica con richiesta di sostegno o continuare ad accoglierla sia pure senza sostegno al centro diurno i professionisti del centro neuropsichiatrico non hanno dubbi: meglio che resti al centro, il lavoro svolto è ottimo per la bambina.

Ciò rafforza nell'équipe la percezione della qualità del servizio che si offre e viene fatto il possibile per continuare a sostenere al meglio la situazione di Pecola e sua madre. Nonostante il fatto che nel frattempo la presenza della

bambina nel centro diurno sia diventata piuttosto gravosa, perché Pecola non ha un operatore di sostegno.

Un paio di mesi dopo la restituzione della diagnosi, grazie ad un inatteso cospicuo finanziamento all'associazione che gestisce il centro diurno, si riesce progettare per Pecola un percorso "privato" di terapia psicomotoria gratuita con una terapeuta specializzata, in orario scolastico, nella sede del centro interculturale.

L'opportunità viene vissuta con entusiasmo dall'équipe, che non coglie nessuna riserva da parte della madre. La terapia comincia, Pecola fa grandi progressi dei quali anche la madre sembra essere contenta, salvo fare frequenti domande in merito alla guarigione di Pecola. Nel frattempo data la possibilità di continuare la terapia al centro, per almeno un altro anno, la costruzione del progetto per il futuro del nucleo familiare (situazione abitativa ancora precaria, istruzione pratica iscrizione alla prima elementare per l'AS 2012-2013 e relativa richiesta del sostegno) avviene intorno al fulcro della terapia che dal punto di vista delle operatrici appare come un'opportunità unica, una sorta di dono del cielo. Pecola viene quindi iscritta nella scuola elementare di fronte al centro diurno frequentato, scuola con la quale la coordinatrice del centro e l'assistente sociale del comune si mettono in contatto per progettare il futuro inserimento di Pecola, che continuerà a fare terapia al centro diurno una volta uscita da scuola.

L'ufficio immigrazione del Comune di Roma accoglie la richiesta di accoglienza del nucleo familiare di Pecola nel centro di semiautonomia gestito dalle stesse operatrici del centro diurno. E anche questa notizia è accolta dall'équipe con grande entusiasmo perché crea lo spazio e il tempo per continuare a seguire da vicino e in modo integrato la famiglia di Pecola.

La madre di Pecola fa di tanto in tanto degli accenni a volersi trasferire in un'altra città italiana o addirittura all'estero ma le operatrici le fanno notare l'assurdità di partire proprio quando tutto si è messo al meglio per lei e per la figlia. Anche questi accenni vengono quindi letti in una logica di problema prevalente, vale a dire la fragilità della bambina, ma anche di consapevolezza (verosimilmente non condivisa dalla madre) di quante difficoltà sono state superate per rendere possibile un efficace intervento intorno a tale fragilità: in

pratica di quanta “fortuna” abbiano avuto Pecola e la madre rispetto ad altre persone nella loro situazione.

Il nuovo dispositivo socio educativo intorno a Pecola prevede dunque alloggio, scuola, terapia e riabilitazione nel raggio di meno di un chilometro, continuità di sostegno al nucleo per tempi che potrebbero raggiungere i due anni, e la verosimile speranza che la bambina sia chiamata dalla lista di attesa della logopedia non più tardi della fine della terapia psicomotoria comunque garantita ancora per alcuni mesi.

Nel momento in cui la situazione sembra configurarsi in modo ottimale, nel maggio 2012 Elena e Pecola partono improvvisamente, senza spiegazione dicendo solo che faranno ritorno dopo un mese circa. Ad oggi non si sa, dove siano.

Dal loro mancato nel mese di luglio 2012 numerose e sempre più accese discussioni hanno avuto luogo fra i servizi. Gli argomenti oscillano fra sentimenti una percezione di “ingratitude” da parte di Elena, spiegazioni “culturali” per quanto riguarda l’incomprensione “tipica” degli stranieri del valore di servizi psico-sociali e preoccupazione circa il benessere di Pecola. Alla fine si prospetta la necessità di fare una segnalazione al Tribunale dei Minori. Anche in relazione a questa decisione la mancanza di consenso tra i diversi servizi specializzati crea un ritardo eccessivo: la scuola e i servizi sociali non hanno ritenuto che fosse loro competenza occuparsi della segnalazione e questa alla fine è stata fatta solo nel novembre 2012, dalla ONLUS che gestisce il centro interculturale, una volta escluso che Pecola potesse fare ritorno perlomeno nella scuola elementare dove era stata iscritta.

Per un'interpretazione intersezionale

Il caso evidenzia che il disagio multiplo non può essere affrontato tramite un procedimento di addizione di servizi specializzati. La multifattorialità del disagio ha conseguenze esponenziali che devono essere considerate ad un livello “meta” (integrativo): essere stranieri ritarda la diagnosi, il ritardo mentale della figlia potenzia il senso di estraneità da parte dell'utente, amplifica la

sua l'angoscia, esaspera il vissuto di solitudine mentre da parte dei servizi la molteplicità e la frammentazione rischiano di rafforzare le categorizzazioni e (almeno a livello inconscio) gli stereotipi.

Un esempio di questo si può desumere dal riflettere su come per esempio la situazione di famiglia immigrata accentui tra l'altro la polarità paradossale della concezione del tempo nelle diagnosi di ritardo mentale. Nelle biografie delle persone con handicap mentale non è raro che la resistenza da parte di genitori al riconoscimento del disturbo del figlio sia corroborata dal tempo-reggiare dei servizi, gli stessi che successivamente non mancheranno di colpevolizzare il genitore che "non l'ha portato prima". E' come se i tempi non fossero mai quelli giusti, è sempre troppo presto o troppo tardi – i genitori dovrebbero aver segnalato il problema più presto secondo gli esperti, mentre comunque spesso gli esperti esitano a fornire una diagnosi concreta alla sottolineando la necessità di "aspettare lo sviluppo futuro". Per i bambini stranieri questa dinamica si accentua, in parte per un normale ritardo del linguaggio per chi è esposto a più di una lingua, in parte per la difficoltà di orientarsi rispetto ai servizi diagnostici, e in parte perché la solitudine e la precarietà rendono spesso ancora più intollerabile la presa in considerazione dell'esistenza di un ulteriore problema che si può attribuire ai problemi di adattamento. E' *più* "ancora presto" per diagnosticare un disturbo del linguaggio nei casi di bilinguismo e alla madre di Pecola viene detto che esiste un ritardo psicomotorio e ritardo cognitivo confermabile solo in età più avanzata... ("quando? Più tardi"); nel frattempo si consiglia una terapia. Ma i tempi di attesa dei servizi pubblici sono inversamente proporzionali all'urgenza del trattamento. Così una questione poco prima annoverata nel troppo presto, rischia di finire in breve nel troppo tardi. La logopedia, presso il servizio pubblico, che avrebbe dovuto avere inizio non appena formulata la diagnosi (febbraio 2011), non ha ancora avuto inizio nel maggio 2012 quando Pecola sparisce. L'ultimo anno di prescolarità così cruciale per il futuro decorso dei disturbi di Pecola e delle loro conseguenze sulla sua vita, secondo le liste di attesa dell'assistenza pubblica verrebbe inevitabilmente sprecato. Ciò appare "normalmente assurdo" per chi conosce la burocrazia del proprio paese, ed è comunque umiliante per un genitore italiano di un bambino con problemi, ma è assolutamente fuorviante per una persona straniera, già

destabilizzata dalla diagnosi e dal senso d'impotenza che non può che peggiorare di fronte ad una lista di attesa indefinita.

Resta comunque difficile dire esattamente perché un intervento potenzialmente esemplare sia fallito. L'ipotesi che qui si sostiene è che data la visione prevalentemente frammentaria delle politiche sociali che portano a operare con finanziamenti scarsi e aleatorie capitoli di spesa restrittivi il problema più evidente abbia offuscato la multifattorialità del disagio e soprattutto abbia costruito solo rispetto al membro apparentemente più fragile della famiglia gli obiettivi prioritari per risolvere (tutta) la situazione difficile.

La dimensione interculturale s'intreccia con la dimensione intersezionale e non è stata sufficientemente presa in considerazione perché si è dato per scontato che Elena dovesse condividere la visione socio psicopedagogica adottata dall'équipe. Inconsapevolmente, con la possibilità di dare a Pecola ciò di cui aveva bisogno, secondo una valutazione "oggettiva" e razionale da parte di esperti, e che oggettivamente le faceva bene in termini cognitivi e di socializzazione con i pari, secondo altri esperti si è operata una "normalizzazione" della madre, come se risolvendo la questione prioritaria di presa in carico terapeutica della figlia e strutturale-organizzativa della vita del nucleo, la madre di Pecola avesse cessato di essere una persona fragile in quanto a) ragazza madre b) madre di una bambina con handicap b) rifugiata c) senza famiglia in Italia d) di cultura diversa d) di lingua diversa e) visibilmente diversa dalla maggioranza della popolazione italiana (elemento razziale), di essere alla fine la persona che era, soprattutto una persona. La prospettiva "razionale" in questo caso si è combinata con i meccanismi di essenzialismo che non riguardano necessariamente indicatori etnici, ma che possono comunque "oggettivare", nel senso di rendere oggetto, una portatrice di qualsiasi "deficit".

Il sostegno alla genitorialità è stato organizzato ponendo al centro le esigenze di Pecola ma sottovalutando come le difficoltà della madre gravassero sul nucleo almeno quanto le difficoltà di Pecola. Rispetto agli sforzi per arrivare a una diagnosi su Pecola, rispetto alla soddisfazione di aver potuto garantire a Pecola per almeno due anni un intervento privato gratuito di psicomotricità che le ha fatto fare grandi progressi, di fronte alle difficoltà continue per

trovare e mantenere una situazione alloggiativa adeguata per il nucleo e rispetto alla soddisfazione di averla ottenuta, per un periodo di tempo adeguato alle difficoltà, rispetto alle pratiche per ottenere il sostegno nella scuola elementare, la crucialità del ruolo e dello stato mentale soggettivo della madre è stata sottovalutata.

Si è ritenuto cioè secondo dei canoni considerati impropriamente universali che Elena dovesse condividere una prospettiva operativa ottimale, che avrebbe consentito di ridurre il disagio presente e futuro della figlia, e non si è considerata abbastanza la prospettiva "irrazionale" (per quanto riguarda i punti di riferimento degli esperti), secondo la quale il luogo e la possibilità di cura sanciscono in modo definitivo e senza possibilità di appello, il disagio stesso: si tratta quindi di un luogo da cui fuggire.

Assumendo come una unica logica quella del benessere del minore, si è sottovalutato che il luogo della salvezza (presunta?) di Pecola diventava necessariamente il luogo del fallimento della madre, costretta a riconoscere, l'anormalità della figlia, la sua inadeguatezza genitoriale, il suo isolamento, la fine di una speranza di normalizzazione della propria esistenza e anche il successo del progetto d'immigrazione. Il progetto di presa in carico di Pecola è stato costruito intorno a quella che per la madre era una sentenza di fallimento.

La fuga sottolinea il fatto che non esisteva ancora un consenso sul significato della "realtà", fra la versione "oggettiva" degli esperti e la versione soggettiva da parte di Elena.

La percezione vaga e non "categorizzata" di queste dinamiche che pure è stata tematizzata dall'équipe prima della partenza di Elena e Pecola ("i rapporti con noi sono meno spontanei", "sembra vivere un certo disagio quando sta al centro, da quando Pecola ha iniziato la terapia") non è stata presa sufficientemente in considerazione. Ha prevalso la convinzione che fosse impossibile per una persona "normale" non capire la fortuna che aveva avuto.

Anche il contrasto agli accenni della madre ad un possibile trasferimento è avvenuto solo sul piano del ragionamento razionale ("proprio ora che hai risolto i tuoi principali problemi -riabilitazione, scuola di Pecola e alloggio-vuoi andare via"), senza leggere al di là delle parole il bisogno di sostegno

personale, di accoglienza e verosimilmente di terapia di una donna multi fragile almeno quanto la figlia.

La resistenza iniziale della terapeuta della riabilitazione a far assistere Elena ad alcune ore di terapia con Pecola rivendicava a buon diritto una regola standard della terapia, che non teneva tuttavia conto del fatto che senza una comprensione profonda e adesione al progetto da parte della madre il progetto sarebbe fallito: ciò significa che ogni caso d'intervento terapeutico deve far riferimento alla dimensione interculturale.

Di fatto anche la presenza, della madre ad alcune sedute riabilitative che pure ha significato il riconoscimento di una situazione di precarietà strutturale del nucleo (nucleo che oggi è qui e domani chissà e che va quindi accompagnato in modo diverso) e quindi un'apertura nella direzione intersezionale, alla multifattorialità del problema (la terapia è qui ed ora, la madre si terrà questa figlia per chissà-quant'anni) ha avuto come centro focale Pecola. La logica di condivisione di conoscenze e comportamenti con la madre non è stata poi accompagnata da una integrazione emotiva dell'angoscia che ha inevitabilmente suscitato in lei la consapevolezza dei limiti della propria figlia.

Essere genitore straniero richiederebbe un maggior sostegno alla genitorialità nella comunicazione della diagnosi e nel percorso riabilitativo, ma sin dall'inizio nella maggior parte delle istituzioni non si dà importanza a rendere comprensibile la diagnosi e si sottovaluta cosa comporta per una persona completamente sola far fronte psicologicamente e organizzativamente all'accudimento di una bambina come Pecola (Moro, 2001; Sayad, 2002; Shaw et al., 2012; UNESCO, 2003).

Di fronte all'angoscia e alla paura Elena ha reagito nel modo psicologicamente più arcaico che si può immaginare, recuperando una trasversalità interculturale, intergenerazionale, interrazziale, di livelli di intelligenza, di genere: è fuggita ed è fuggita senza dire una parola. La sua fuga è un monito a prestare attenzione alla necessità di stabilire un equilibrio degli interventi di fronte alla multifattorialità esponenziale delle situazioni sociali come quella della famiglia di Pecola.

Conclusioni

Il lavoro sociale con le famiglie immigrate si colloca evidentemente in una area intermedia di competenze disciplinari, professionali e politico amministrative, in uno spazio di confine che, a seconda delle situazioni, può essere rivendicato proprio o disconosciuto dai professionisti che ne sono di fatto responsabili, nei vari segmenti del lavoro sociale. In questo caso il percorso messo a punto dall'equipe socioeducativa aveva molte caratteristiche per essere considerato esemplare, fortunato e vincente: di fatto nella realtà il progetto è fallito nel peggiore dei modi, per delle ragioni che necessariamente devono essere oggetto di riflessione per qualsiasi professionista riflessivo. Dal punto di vista quantitativo sono state mobilitate per il progetto enormi risorse economiche, strutturali, professionali e affettive e i risultati che definiamo qui "parziali" possono da certi punti di vista essere visti come straordinari e sorprendenti, ad esempio i progressi di Pecola nel linguaggio e nella comunicazione. E' vero però che le differenze culturali dell'utenza rendono più complessa l'usuale oscillazione di distribuzione di competenze, e questo perché in nome della diversità culturale si tende a considerare che l'utente debba poter disporre di modalità comunicative e operative più flessibili, che compensino (in modo poco efficace per altro) le carenze linguistiche e interculturali delle istituzioni. Si è ancora lontani, in situazioni come quella di cui qui si è riferito, da una mediazione di significati e conseguenze che non sia semplice traduzione, ma che comporti anche l'interpretazione del vissuto di chi ascolta il verdetto dei tecnici. Dal concetto di mediazione co-terapeutica per esempio dell'etnopsichiatria. Si è ancora lontani dal cogliere il livello di amplificazione reciproca tra problematiche sociali quali migrazione, handicap, monogenitorialità, povertà, precarietà, genere.

Ciò comporta anche che in assenza di protocolli sperimentati per esempio nell'attuazione del diritto alla protezione del minore (scuola, sanità, custodia quotidiana) o della donna (pari opportunità, autodeterminazione ecc.) gli operatori, in quanto specchio di una società tollerante tendono ad adottare trasversalmente stili di intervento "aperti" e "tolleranti" non solo in senso strettamente culturale, ma anche nell'adottare un metro di valutazione dei

“tempi” del cliente diverso, e nell’effettuare delle verifiche sul grado di consapevolezza rispetto alla sua situazione.

Tendono inoltre ad essere in un contesto interculturale meno sistematici e quindi impropriamente “tolleranti”, come nel caso della denuncia tardiva della sparizione del nucleo adottando uno stile più aperto da quello che si adotterebbe per un cliente considerato parte di una stessa cultura.

Nella situazione odierna nella quale si realizza il “mainstreaming” di servizi alla persona per quanto riguarda i bisogni di persone immigrate è assolutamente necessario andare oltre le categorie non solo di etnia e di appartenenza culturale, ma anche delle categorie di aree di problemi (Collins, 2003). Una prospettiva in intersezionalità come è stata sviluppata nell’ambito del femminismo critico e anti-essenzialista, ci offre la possibilità di concettualizzare la interazione fra dimensioni problematiche come una area che richiede una attenzione esplicita e continua (Raab, 2007; Degele & Winker, 2010; Shaw et al., 2011). L’attenzione alla soggettività non solo come diritto della persona-utente ma come nozione chiave di un approccio partecipativo e quindi efficace e lungimirante è un requisito centrale del lavoro psicoterapeutico che è sempre caratterizzato da situazioni non pre-determinate (come normalmente nell’ambito della terapia) ma che assume chela professionalità si basi sulla capacità di gestire processi di cambiamento complessi e sul valore della dignità e della autorevolezza di ogni persona.

Bibliografia

- Ait Ben Lmadani, F., Diaye, M.-A. & Urdanivia, M. W. (2008). *L’intersectionnalité des rapports sociaux de pouvoir en France : le cas du sexe et de l’origine ethnique*, Centre d’études de l’emploi, n.°100.
- Aluffi Pentini, A. (1999). La consulenza pedagogica in un centro per famiglie immigrate. In F. Susi (a cura di), *Come si è stretto il mondo*. Roma: Anicia.
- Aluffi Pentini, A. (2002). *Il laboratorio interculturale*. Bergamo: Junior.

- Aluffi Pentini, A. (2008). Der interkulturelle Kindergarten als Ort praktizierter Kinderrechte. Das Recht auf Wohlsein. In H. Eichelberger & E. Furch (Hrsg.), *Kulturen, Sprachen, Welten* (pp. 13–22). Wien: Studien Verlag.
- Aluffi Pentini, A., Ciammetti, O., Senni, M. (2010). *Immigrazione e spaesamento. Piccola sua madre e .. ?*, Poster presentato al convegno "Autismi dai bambini agli adulti, dalla famiglia alla società", Riva del Garda 22–23 novembre 2010.
- Ansary, P., Crupi, V. (1999). *La partnership nel lavoro sociale*. Torino: Ediz. Abele.
- Auernheimer, G. (2011). Diversity und Intersektionalität – neue Perspektiven für die Sozialarbeit?, *Neue praxis*, 41(4), pp. 409–424.
- Barresi, J. G. (1982, aprile). Educating handicapped migrants: Issues and options. *Exceptional Children*, 48(6), pp. 473–488.
- Becker-Schmidt, R. (2007). "Class", "gender", "ethnicity", "race": Logiken der Differenzsetzung, Verschränkungen von Ungleichheitslagen und gesellschaftliche Strukturierung, In G.-A. Knapp & A. Wetterer (Hrsg.), *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik 2* (pp. 56–83). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Berger, M. T. & Guidroz K. (eds.). (2009). *The intersectional approach: transforming the academy through race, class, and gender*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Coballes Vega, C. & Salend S. J. (1988). *Guidelines for Assessing Migrant Handicapped Students in Assessment for Effective Intervention*, 13(2-4), pp. 64–75.
- Collins, P. H. (2003). Toward a new vision: Race, class, and gender as categories of analysis and connection. In: M. S. Kimmel & A. L. Ferber (eds.), *Privilege: A reader* (pp. 331–347). Cambridge: Westview Press.
- Degele, N. & Winker, G. (2010). *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Demetrio, D., Favaro, G. (1997). *Bambini stranieri a scuola: accoglienza e didattica interculturale nella scuola dell'infanzia e nella scuola elementare*. Firenze: La Nuova Italia.
- Ferree, M. M. (2008). Framing Equality: The Politics of Race, Class and Gender in the US, Germany, and the Expanding European Union. In S. Roth (ed.), *Gender Politics in the Expanding European Union: Mobilization, Inclusion, Exclusion*. New York: Berghahn Books.

- Hess, S. (Hrsg.). (2011). *Intersektionalität revisited. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- McCall, L. (2005). The complexity of intersectionality. *Signs*, 30(3), pp. 1771–1800.
- Moro, M. R. (1989). *L'enfant exposé*. Grenoble: La Pensée Sauvage.
- Moro, M.R., Nathan, T., Rabain-Jamin, J., Stork, H., Si-Ahmed, D. (1994). Il bambino e la sua cultura di appartenenza. In S. Lebovici & F. Weil-Halpern, *Psicopatologia della prima infanzia vol. 3: Il bambino, la famiglia e le istituzioni*. Torino: Bollati Boringheri.
- Moro, M.R. (2001). *Bambini immigrati in cerca di aiuto: i consultori in psicoterapia transculturale*. Torino: Utet.
- Mueller, C.W. (1999). *Sozialpädagogisches Brevier*. Münster: Votum.
- Perino, A. (2010). *Il Servizio Sociale - strumenti, attori e metodi*. Milano: Angeli.
- Raab, H. (2007). *Intersectionality in den Disability Studies- zur Interdependenz von Disability, Heteronormativität und Gender*. In A. Waldschmidt & W.Schneider (Hgs.), *Disability Studies. Kultursoziologie und Soziologie der Behinderung. Erkundungen in einem neuen Forschungsfeld*. Bielefeld: Transkript Verlag.
- Sayad, A. (2002). *La doppia assenza. Dalle illusioni dell'emigrato alle sofferenze dell'immigrato*. Milano: Raffaello Cortina.
- Shaw, L. R., Chan, F. & McMahon, B. T. (2012, gennaio). Intersectionality and Disability Harassment – The Interactive Effects of Disability, Race, Age, and Gender. *Rehabilitation Counselling Bulletin*, 55(2), pp. 82–91. doi:10.1177/0034355211431167
- UNESCO (2003). *Overcome exclusion through inclusive approaches in education. A challenge a vision*. Paris.

Developments and barriers in social work with families and children at risk in Poland in times of transition

Ewa Kantowicz

University of Warmia and Mazury in Olsztyn/Poland

Abstract

Social work in Poland has been developed for years in accordance with social work in Europe. At the beginning of the twentieth century new welfare state systems at the European level were founded that influenced the development of the welfare system in Poland. Finally, great changes of the economy and the socio-political system have been going on in Poland since 1989. The transformation from the centrally managed system to democracy has become a key issue in creating the new social policy and the new model of the welfare state. Since 1989, the process of transformation began, while bringing about visible and positive effects in the sphere of social services and professionalization of social work in Poland. Besides being focused on traditional social problems like disability, elderly, alcoholism, crime, it also addressed the new issues that emerged such as unemployment, poverty, homeless and drug abuse. The platform for social work changes has influenced the creation of local governments directly responsible for the life quality of those excluded in local communities. The article will focus on the new developments in socio-educational services for families and children at risk and barriers in that field of social work.

1. Introduction

The transformations in the socio-economic system in Poland for the last two decades influenced the social care system and the implementation of the new social policy. There is a growing number of different Welfare institutions

which deal with the activities supporting various categories of individuals affected by exclusion. Due to the Social Welfare Act from 12 March 2004 (the first Social Welfare Act was accepted on 29 November 1990) we have positive solutions for a variety of social institutions supporting vulnerable groups of clients at the national, regional and local level: centers of social support, centers of family support, day centers for children, handicapped, elderly; residential centers for different vulnerable groups, consultation centers; local community day centers of support. Most of them work under the auspices of the public sector, some belong to nongovernmental organizations, few work as a private entity.

The reconstruction of family support and child care systems in Poland, as in other European countries, is in general related to the decentralization of care institutions and to moving the responsibility for child and family social support to local authorities. New paradigms in child care are based on the "New ethic for children", which is based on the Convention on the Rights of the Child (1989). Its implications are for instance individualized approaches to a child and her/his family; ecological and holistic concepts in social practice with children and families; projecting and planning actions for children in care; looking for alternative forms of child care institutions like foster families (new types of foster families), family-type houses of care, daily support centers (Kantowicz, 2010c, p. 85).

2. New solutions in the social family and child care system

The new Social Welfare Act of 2004 delegates many of the responsibilities to local communities. Besides the Social Welfare Act in Poland, the Constitution guarantees the special protection to children and families (Articles 71, 72). The Family Code (*Kodeks Rodzinny i Opiekunczy*) is the basic legal document regulating family relations and child protection. Since the year 2000, the organization of child welfare services has been the responsibility of the Ministry of Social Policy. The new challenges in the family support and child care system

have been introduced by the Ministry of Social Policy in 2011 through the new Act of family support and foster care (09.06.2011)¹.

According to new legal regulations related to the organisation, task and functions of the family support and child care system all social and care institutions should promote cooperation between all components of the socio-educational environment which are involved in family support and child protection.

It means that the institutions should become more of an integral element of the family's and child's environment than it was in the past, aiming for full socialization of the child under its care, and actively supporting family reintegration, including even dysfunctional families in the process of care procedures (Kantowicz, 2007, p. 941) .

New standards underline the role of social work and child care institutions in creating better conditions for respecting the child's individual cultural, ethnic and religious needs, so that he/she can maintain his/her own traditions and the habits of his/her family and environment. In accordance with the newest law, professionals should be aware of better cooperation with different socio-educational institutions which have had direct or indirect contact or which have been engaged in social work with children's families, including:

- Individual forms of social support in place of family life;
- consultative-therapeutic family centers;
- schools which the children attend now and previously attended;
- official court departments and curators looking after the family and/or the child;
- non-governmental organizations, the Catholic Church and/or other public or non-public institutions and organizations, foundations or associations which organize any kind of social support in the child's or the family's environment.

1 Ustawa o wspieraniu rodziny i pieczy zastępczej z dnia 9 czerwca 2011 roku, Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej.

3. The multi-faceted character of actions for children and families at risk in Poland

A family at risk, under a threat of becoming a dysfunctional family, has been a subject widely studied in humanistic and social sciences for many years, a fact that has manifested itself in numerous publications addressing this issue. A high-risk family is also the object of professional diagnostic, prophylactic and support actions (Kawula, 1997).

In Poland, concepts of multi-professional support and interdisciplinary teams working with dysfunctional families are a novel approach, although there are some examples of such actions found in projects performed during the interwar years. An attempt to create teams composed of representatives of different professions that would undertake research as well as educational and care-providing activities in schools was made at the turn of the 1920s and 1930s by Helena Radlińska, who diagnosed why some children in Warsaw-based schools had to repeat a year (Radlinska, 1961, p. 105).

The research into high-risk families, which are often families known to welfare services, has evidenced that living in a family at risk actually poses a threat to the successful functioning of all family members, to the development of the children and to their school achievements as well as their pursuit of other educational, professional or social ambitions. Thus, social and educational work with families and children from such a social background should take into account the context and the multi-faceted character of the problems families at risk are faced with.

Today, a multi-faceted approach is exemplified by interdisciplinary teams which are set up under various programmes, for example to prevent violence in a family, and which pursue their work guided by the concept of diagnosing and solving problems of a child and a family by taking into consideration many aspects. From this perspective, activation and integration of social institutions which support children and families in local environments is aimed at activating each family to make a change and at encouraging the relevant organization and institutions to join in activities. This dual aim can be achieved by competent professionals committed to their work. The following are examples of such institutions and people:

- welfare institutions which diagnose a child's background (e.g. unemployment, poverty, disability, single parenthood, alcoholism) and provide support;
- educational and care-providing institutions, especially daytime support centres, which organize compensatory and therapeutic workshops as well as leisure-time activities for children from environments threatened by or affected by social exclusion;
- family and juvenile courts, which through legal guardians intervene with schoolchildren's family environments that appear pathological or criminal;
- non-governmental organizations, specializing in providing care to children with special educational needs and/or families who need aid, and in giving different types of support depending on the kind of organization;
- psychological and pedagogical clinics prepared to give professional diagnosis of the following groups of children: exceptionally talented, with development deficits, socially maladjusted, etc., and other specialist counseling services for children, adolescents and adults;
- local authorities and local governments, which design a specific policy (also in the sphere of education) and are able to provide support in terms of organization and finances to institutional initiatives as well as to monitor certain projects in a given environment (Jarosz, 2008, p. 369);
- police, church and other institutions which undertake actions under various prophylactic or educational and care programmes;
- mass-media, which can undertake information and educational programmes as well as promotional campaigns, thus giving support to other institutions by raising social awareness in the field of care and education (Kantowicz, 2010a, p. 147).

Considering the above, social work with a child and a family at risk should not only account for the complexity and multi-dimensional character of the

functioning of a family but also for the context of a given child's and his or her family's situation as well as the multitude of information sources.

It can therefore be assumed that child care and social work with a family will be more effective if we take into consideration the need to perform the following: early diagnosis of dysfunctions in a family; identification of causes and mechanisms of these dysfunctions; correction of abnormalities in the family life or the social maladjustment of a family in the stage of partial dysfunction but not pathology; financial support given in advance in order to cater for the basic family needs; referral of the family to appropriate specialist institutions when a crisis appears; active participation in support activities directed at all family members, also by stimulating their own intellectual capacities, abilities, willingness to change the situation; depending on available options, activation of the immediate environment (family, relatives, neighbours, school, daily care centres, volunteers, church) in the family support process; control of the duration of services given to a family so as not to make them financially or functionally dependent on the welfare system (agreements, contracts); provision of equal educational and professional opportunities of children and teenagers from high-risk and healthy families (Kantowicz, 2004, p. 302).

4. Barriers to the social and educational work with the family

Some of the latest empirical research on social work with families in enclaves of poverty in Poland, conducted by a team led by W. Warzywoda-Kruszyńska, draws attention to certain limitations in social work with families at risk (Trawkowska, 2007, p. 46). Above all, the study demonstrated some internal differentiation in the situation of poor residents of urban housing estates, which turns into the main barrier to the adjustment of different forms of welfare work to the actual needs of these families. In many cases, poor people have very limited opportunities to take legal action due to their age, low qualifications, bad health, ambivalent attitude to employment, etc. These circumstances make people more dependent on social help.

Another aspect associated with obstacles in social work carried out in poverty ghettos is noticed by A. Karwacki who claims that passive and demanding attitudes of families stem from their focusing on survival and lack of strong local bonds and community feeling, *'where such norms of cooperation are shaped that guide the residents towards constructing shared aims and overcoming fear of being engaged in their attainment'* (Karwacki, 2007).

Studies carried out in recent years by a team of researchers from the Institute of Public Affairs (Hryniewicz, 2006; Kwak, 2006; Waclaw-Markowska, 2005; Rymza, 2005) on issues related to social work with children and families uncover many weaknesses of the child and family support system now created in Poland.

Recapitulating the results of these investigations on welfare actions for children and families at risk in Poland, and comparing them with the European standards, many disadvantages of the existing support system are mentioned, including:

- lack of coordination of activities between different institutions on a local level;
- lack of continuous work with the families whose children have been placed in foster families or social care institutions;
- shortage or even complete lack of prophylactic activities, which can support families before a more lasting crisis strikes;
- lack of possible effective support to families in a crisis situation due to the scarcity of proper institutions, e.g. family counseling clinics, shortage of information about possible support, limited access to specialists and mental barriers;
- an insufficient number of foster families, especially the ones which function as emergency families and professional foster families which help children with special needs (health-related, educational, social ones) (Tarkowska, 2006, p. 47).

The following drawbacks can be added to the above list of the shortcomings of the family support system:

- lack or insufficient number of daytime institutions giving support to children and teenagers from families and groups at risk (especially in small towns and villages);
- an insufficient number of professionals specializing in work with families, who undertake everyday activities with families in local environments whenever crises surface;
- lack of belief among specialists (professional social workers) that they can successfully help to solve problems of multiple-problem or pathological families;
- lack of trust in social care institutions and lack of self-confidence among families to believe that they can manage in a crisis situation (mental, cultural and awareness barriers);
- presence of superficial, short-lived actions – limited to financial or in-kind help;
- lack of instruments to motivate dysfunctional families so as to change their attitudes to positive ones, and lack of tools to monitor use of social support;
- lack of instruments to perform relatively objective evaluation of social work with multiple-problem families (Kantowicz, 2010b, p. 217).

Due to these and certainly many other obstacles, the difficult social situation of many families persists, and the social groups on welfare will continue to suffer. Moreover, the role of social workers as persons initiating changes is less appreciated while their function as those who make changes in the social support and care system is overestimated as long as they are not equipped with adequate decision and control instruments (social work as an instrument of social support is entangled in the political and ideological context, compounded by the fact that no formal legal regulations exist ensuring, for example, regular aid to children living in families with an income below the social minimum level that could actually improve the situation of very poor families exposed to social risks). From the point of view of pedagogues, it is also worth considering potential and actual achievements and possibilities of the development of the system of support to children and families at risk of

social exclusion. One of the leading dilemmas in Poland is the fact that we create a fictitious image of a better tomorrow without ensuring that the basic needs of many Polish families are satisfied.

5. A family assistant as a new social profession in work with families

Among the professionals who undertake actions for the benefit of families and to solve their everyday problems in child care and education, first of all there are social workers and school pedagogues. But we could name several other professionals who support families at risk (including legal guardians, family councilors, consultants in different types of specialist clinics, personal and group therapists, therapeutic workshop instructors, rehabilitation officers in different educational, social and care-providing institutions).

A family assistant is a new occupation among welfare professions. Pursuant to the Act of the Ministry of Labour and Social Policy of 9 June 2011 on Family Support and Foster Custody System, family assistants are to work directly with a problem family, they are meant to give support to families experiencing difficulties in performing child care and educational roles. The objective is to help a problem family recover the ability to fulfill these functions¹.

According to the underlying assumptions, this new professional in the realm of social and educational work, namely a family assistant, is a person who has experience in working with families in crisis, with addicts and with disabled persons. The goal is to help a family promote better life attitudes in all its members. Cooperation between a family and its family assistant should take place by the family's consent, and during the initial meetings the assistant is expected to find out as much as possible about the family, the children, the problems the family is facing and their expectations. Together with the family the assistant should then try and determine the way to overcome the difficulties, to evaluate the family strengths and to establish the type and sequence of actions to be undertaken. Above all, the assistant should support the family in

1 Art.2.pkt 1 ustawy o wspieraniu rodziny i systemie pieczy zastępczej (Paragraph 2, item 1 of the Act on Family Support and Foster Care).

solving everyday problems. When the tasks of a family assistant are formulated as above, it becomes obvious that a person who desires to work as a family assistant is expected to possess certain qualifications and skills, such as: experience in working with families (as a social worker or a pedagogue), knowledge of legal regulations which govern welfare and family support organizations, good work organization and planning skills, commitment to his/her work, being trustworthy, possessing very good communication skills, being independent and able to work flexible hours.

The professional tasks undertaken by a family assistant should comprise the multi-faceted nature of the problems that families are challenged with, and this means they should: diagnose problems of a given family from the relevant documentation including an interview, make a social contract with the family and together identify the main problems and needs of the family as well as planned actions in order to overcome the problems, make a plan of support actions dedicated to the family including methods consisting in direct work with the family, organize the support by the family's environment inviting representatives of services and institutions to cooperation, engage the whole family in the performance of the plan, organize the support for the improvement of the family's situation, especially the help to remove obstacles to the personal upbringing of the children (solving basic social, psychological, educational, problems, helping to acquire good housekeeping skills, supporting the family in finding employment and gaining better qualifications), support the family in overcoming problems, forming and strengthening the feeling of self-confidence among the family members, counsel and educate families in difficult life situations, including advice on the available sources of help in solving problems and information about the support offered by state and local government institutions, cooperate with proper non-governmental organizations and institutions as well as other groups and specialists engaged in the work for the benefit of children and families and in order to counteract and limit the consequences of negative social developments that affect the family, monitor and support the changes, give feedback and show to the family its own achievements, create an active approach to life by the family.

6. Final remarks

Despite very ambitious assumptions and very good legal solutions in the realm of social work with children and families at risk which have appeared in Poland over the past decade, we will not be able to speak about opportunities for successful work with multiple-problem families until firm and lasting cooperation is undertaken between the institutions which deal with children and families and until the trust of families at risk to social institutions is stronger.

In the welfare services for problem families in Poland, it is noticeable that work with such families and children should account for the context and multi-faceted character of the problems that such families struggle with. More successful work with problem families will be possible if the professionals specializing in work with children and families (a social worker, a school pedagogue, a family assistant), next to their individual direct work with the families, collaborate with each other on a regular basis. Another condition is that high-risk families themselves should have more trust in social family support organizations.

When analyzing the results of some studies on families on welfare, and on barriers to social and education work with such families, it is worth considering the major goals of the pro-family policy, such as: identification and implementation of the rights of a family; support to families in order to become financially self-sustainable; improved living conditions; development and improvement of the family infrastructure; bringing incomes of families to a more even level; preparing children and adolescents to play family and social roles; counteracting the negative trends towards more pathological family life; instilling respect for the marriage and family (Dyczewski, 1995, p. 32). But it is even more important to take into consideration the individual, environmental and institutional context of the support providing process and the actual possibilities of giving support as well as the extent to which a given family is engaged in this process. Social work practice shows that goals of the active pro-family policy are mostly declarative in nature, and at present forms of multi-professional child and family support often remain mere hypothetical projects because they require more financial resources and employment of more professionals prepared to work with children and families.

References

- Dyczewski, L. (1995). Rodzina-społeczeństwo-państwo. (Family-society-state). In A. Kurzynowski (ed.), *Rodzina w okresie transformacji ustrojowej* (Family in the State Transformation Period). Warszawa: WSP.
- Hellinckx, W. (1999). Opieka instytucjonalna i jej alternatywy w krajach Unii Europejskiej. In W. Z. Stelmaszuk (red.), *Współczesne kierunki w opiece nad dzieckiem*. Warszawa: Wyd. Akademickie Żak.
- Hryniewicz, J. (2006). *Odrzuceni. Analiza procesu umieszczania dzieci w placówkach opieki, Warszawa 2006*. (The Discarded. An Analysis of the Process of Placing Children in Welfare Institutions). Warszawa: Instytut Spraw Publicznych.
- Jarosz, E. (2001). Ochrona dzieci przed krzywdzeniem. Perspektywa globalna i lokalna. (Protecting Children from Harm. Global and Local Perspective). In E. Kantowicz (ed.), *Elementy teorii i praktyki pracy socjalnej*. Uniwersytetu Śląskiego, Katowice 2008. Olsztyn: UWM.
- Kantowicz, E. (2004). Diagnostowanie i programy wsparcia na rzecz rodzin ryzyka. (Diagnosing and support programmes to help high-risk families). In E. Trafiałek, A. Kieszkowska & R. Stojcka-Zuber (red.), *Pomoc społeczna i praca socjalna wobec problemów współczesności*. (Welfare and Social Work Versus the Modern World's Problems), Tarnobrzeg: PWSZ.
- Kantowicz, E. (2010a). Koncepcje multiprofesjonalnego wsparcia dziecka i rodziny w środowisku szkoły – szanse i bariery. In J. Surzykiewicz & M. Kulesza (red.), *Ciągłość i zmiana edukacji szkolnej – społeczne i wychowawcze obszary napięć* (S. 143). Łódź: Wyd. Uniwersytetu Łódzkiego.
- Kantowicz, E. (2010). *Perspektywa transwersalna w badaniu rodziny ryzyka i wsparciu społecznym na rzecz dziecka i rodziny*. „Roczniki Socjologii Rodziny” 2010b, tom XX, s. 206–221, tom pt. *Zalety i wady życia w rodzinie i poza rodziną* (red. A. Kotlarska-Michalska).
- Kantowicz, E. (2007). *Standardy w opiece nad dzieckiem*. W: *Encyklopedia Pedagogiczna XXI wieku*. (Pilch T. ed.) Tom V, Warszawa: Wyd. Akademickie Żak.
- Kantowicz, E. (2010c). Traditions and New Approaches In Child's Care System In Poland. In Dan Sandu (eds.), *European Societies in Transition. Social Development and Social Work, Vol. 2*. Berlin: Dan Sandu.

- Karwacki, A. (2007). *Błędne koło. Reprodukacja kultury podklasy społecznej*. (The Vicious Circle. Reproduction of the Social Underclass Culture). Toruń: UMK.
- Kawczyńska-Butrym, Z. (2003). Problemy pracy socjalnej w wiejskich enklawach ubóstwa. In E. Kantowicz & A. Olubiński (red.), *Działania społeczne w pracy socjalnej na progu XXI wieku*. Toruń: Akapit.
- Kawula, S. (1997). Rodzina o skumulowanych czynnikach patogennych. (Family with accumulated pathogenic factors). In S. Kawula, J. Brągiel, & A. W. Janke, *Pedagogika rodziny*. (Pedagogy of the Family). Toruń: Adam Marszałek.
- Kawula, S. (2003). *Mozaikowość rodziny. Szkic do portretu współczesnych form rodzinno-mażeńskich*. Olsztyn: Adiaphora.
- Krasiejko, I. (2010). *Metodyka działania asystenta rodziny. Podejście skoncentrowane narodziwzaniach w pracy socjalnej*. Katowice: Adam Marszałek.
- Kwak, A. (red.). (2006). *Z opieki zastępczej w dorosłe życie. Założenia i rzeczywistość*. (From Foster Care to Adult Life). Warszawa: Instytut Spraw Publicznych.
- Leśniak, E. & Dobrzyńska-Mesterhazy, A. (1996). Rodziny w kryzysie: diagnoza i interwencja kryzysowa. In W. Badura-Madej (red.), *Wybrane zagadnienia interwencji kryzysowej*. Warszawa: Interart.
- Little, M. (2003). Family support. In M. Davies (red.), *The Blackwell Encyclopaedia of Social Work*. Oxford: Blackwell.
- Marynowicz-Hetka, E. (1987). *Dziecko w rodzinie problemowej. Pomoc w rozwoju*. Warszawa: Instytut Wydawniczy Związków Zawodowych.
- Przygońska, E. (2008). *Zagrożenia rodziny XXI wieku*. Retrieved on 20.02.2008 from www publikacje.edu.pl
- Raław-Markowska, M. & Rymśa, M. (2005). *Zreformowany system pomocy dziecku i rodzinie w Polsce. Analizy i opinie*. (The Reformed Child and Family Support System in Poland. Analyses and Opinions). Warszawa: Instytut Spraw Publicznych.
- Radlińska, H. (1961). *Pedagogika*. (Social Pedagogy). Wrocław: Ossolineum.
- Trawkowska, D. (2007). Niewidoczna czy nieistniejąca? Praca socjalna z rodziną w pomocy społecznej. Rodzina jako środowisko pracy socjalnej. (Invisible or non-existent? Social work with families in the welfare system). In J. Biała & B. Matyjas (eds.), *Rodzina jako środowisko pracy socjalnej*. (Family as a Social

Work Environment) (p. 47). Kielce: Wydawnictwo Akademii Świętokrzyskiej.

Trawkowska, D. (2008). Praktyki dyskryminacyjne w pomocy społecznej. *Problemy Polityki Społecznej*, (8).

Ustawa o wspieraniu rodziny i systemie pieczy zastępczej (Act on Family Support and Foster Care) from 9 June 2011.

Kurzbiographien

Anna Aluffi Pentini

è docente di Pedagogia Generale e Sociale alla Terza Università di Roma e collabora dal 1997 con l'Università di Bolzano. E' presidente dell'Associazione Zero in Condotta che gestisce servizi educativi e sociali interculturali per il Comune di Roma. 2011 premio Mittner, per la pedagogia
Interessi di ricerca: metodologie partecipative, famiglie e allievi immigrati, mediazione interculturale, spiritualità nella prima infanzia.

Patricia Arnold

Professorin für Sozialinformatik an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München. Wissenschaftliche Leiterin des E-Learning-Centers der Hochschule und Studiengangsleiterin des Online-Studiengang BA Soziale Arbeit (basa-online). Zuvor langjährige Tätigkeit in der Erwachsenenbildung sowie in Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu E-Learning an Hochschulen und in der betrieblichen Weiterbildung. Aktuelle Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Flexibilisierung des Studiums durch Einsatz von E-Learning, E-Portfolios, Open Educational Resources, Communities of Practice, Qualitätsentwicklung im E-Learning.

Lothar Böhnisch

Bis 2009 Professor für Sozialpädagogik und Sozialisation der Lebensalter an der Technischen Universität Dresden. Lehrt Soziologie an der Freien Universität Bozen. Schwerpunkte: Soziologie abweichenden Verhaltens, Genderforschung, Sozialisation der Lebensalter, Sozialpolitik.

Susanne Elsen

Studium der Sozialpädagogik, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Erziehungswissenschaft. Langjährige Tätigkeit in der nachhaltigen Tourismusentwicklung, Gemeinwesenarbeit und Weiterbildung. Wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität Trier und Professorin an der Hochschule München (bis 2010). Aktuell Professorin für Soziologie an der Freien Universität Bozen. Forschungsschwerpunkte: Gemeinwesenentwicklung, ökosoziales Wirtschaften und Genossenschaftswesen.

Günter J. Friesenhahn

Professor for European Community Education Studies and dean of the Department of Social Studies at the University of Applied Sciences in Koblenz/Germany. Currently vice president of the European Association of Schools of Social Work – EASSW. His teaching and research areas are: Social professions in Europe, international youth work and diversity studies.

Sabine Gruber

M.C.D., Sozialwissenschaftlerin und Gemeinwesenentwicklerin, seit 2002 tätig im Bereich Stadtforschung und -entwicklung mit den Schwerpunkten Integration, Partizipation, alternative Ökonomien und Nachhaltigkeit; 2005–2009 Leiterin der Lokalen Agenda 21 – Plattform für nachhaltige Bezirksentwicklung BürgerInnenmitbestimmung im neunten Wiener Gemeindebezirk; Moderationen, Beratung und Bildungsangebote für NGOs und zivilgesellschaftliche Initiativen.

Franz Hamburger

1978–2011 Professor für Sozialpädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Arbeitsschwerpunkte: Migration und Minderheiten; Europa und Internationaler Vergleich; Jugendhilfe und Öffentlichkeit der Sozialen Arbeit.

Martin Dimiter Hoffmann

1974–1988 Research Fellow am Europäischen Zentrum für Soziale Wohlfahrt. 1988–2003 Direktor der Bundesakademie für Sozialarbeit in Wien. Dozent an der Cusanus-Akademie und Lehrbeauftragter an der Freien Universität Bozen. Schwerpunkte: Interkulturelle Arbeit, Internationale Sozialarbeit und Ethnopschoanalyse.

Ewa Kantowicz

Director of the Chair of Social Pedagogy, Director of Doctoral Studies in Pedagogy at the Faculty of Social Sciences and Director of Postgraduate Studies of Welfare Organization. Vice-President of Polish Association of Schools of Social Work (PASSW) and member of Executive Committee of European Association of Schools of Social Work (EASSW). Research interests: social pedagogy and social work concepts, models of education for social professions, community activation and integration, protection on child rights, life quality, empowerment, exclusion/inclusion in social work, child's care in welfare system, social support for vulnerable groups, families at risk.

Klaus Kühne

Ehemaliger Dozent und Auslandbeauftragter an der Berner Fachhochschule Sozialarbeit für die Fächer Sozialpsychologie, Rassismus, Armut, Migration, internationale Sozialarbeit. 2011–2012 Vorstandsmitglied des IFSW Europa und seit 2012 Delegierter des IFSW bei der UNO in Genf.

Markus Litz

Dozent des Goethe-Instituts. Langjährige Auslandstätigkeit als Leiter der Goethe-Institute in Khartoum (Sudan), Dhaka (Bangladesch), Córdoba (Argentinien) und Karachi (Pakistan). Schwerpunkt: Kulturwissenschaft.

Walter Lorenz

is a highly qualified social worker who has been teaching social work in different European countries. His research interests mainly concern the relationship between social work and social policy. He is currently Rector of the Free University of Bozen-Bolzano.

C. Wolfgang Müller

Kulturwissenschaftler, Publizist, Journalist und Jugendpfleger. Professor für Sozialpädagogik an der Technischen Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Soziale Bewegungen und Soziale Arbeit; Methodisches Arbeiten in der Sozialen Arbeit; Handlungs- und Evaluationsforschung; emanzipatorische Gruppen- und Gemeinwesenarbeit; Organisationsentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit.

Hans-Uwe Otto

Director of the Bielefeld Center for Capabilities and Educational Research. Director of the International Research School „Education and Capabilities“ at the Universities of Bielefeld and Dortmund. Research interests: professionalism in social work, childhood and adolescence welfare, capability approach.

Marc-Ansgar Seibel

Dipl.-Päd. Dipl.-Theol., Leiter der FachstellePlus für Kinder- und Jugendpastoral Koblenz und Lehrbeauftragter an der Hochschule Koblenz, Fachbereich Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Theorien, Konzepte und Ethik der Sozialen Arbeit.

Silvia Staub-Bernasconi

Zurich and Berlin, Studies of social work, sociology, social ethics and educational sciences. Professor for social problems, theories of social work and methods at Zurich School of Social Work, University of Fribourg/CH, Technical University Berlin (1997-2003); lecturer at the University of Trier and Vienna University of Economics. Founding member, director and professor of the Master „Social Work as Human Rights Profession“, Berlin; Board member and chair of the section “Social Work Theories” of the German Society of Social Work; Member of the Academic Board and lecturer of „International Doctoral Studies in Social Work” (INDOSOW). Areas of interest: Social Problems as base of social work; social work as science of social action; neoliberalism and social work; social philosophy and ethics, legality and legitimacy of social legislation; universality of human rights.